Donnerstag, 27. Februar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10.15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 49 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Dänemark 8,75 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:



Der Mangel an Führungswillen in Europa hat Folgen: Zuviel Dominanz von Leuten in Washington, die wenig internationale Erfahrung besitzen, unterminiert Europas Vertrauen in die USA und damit in das Bündnis. Das schreibt Helmut Schmidt in seinem Buch „Eine Strategie für den Westen", aus dem die WELT heute die fünfte Folge ihrer Serie abdruckt.

Seite 6

Europa kann nur mit Hilfe der USA und Kanadas verteidigt werden. Dennoch, so der belgische Außenminister Leo Tindemans in einem WELT-Interview, sollten sich die Westeuropäer zu einer eigenständigen Sicherheitspolitik zusammenfinden. Die Vorschläge von Bundesverteidigungsminister Wörner zu einer Raketenabwehr seien wegweisend.

Seite 7

POLITIK

Sexualstrafrecht: SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat sich von den Vorschlägen aus den Reihen der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" distanziert, den Schutz für Kinder und Jugendliche im Sexualstrafrecht aufzugeben.

Flucht: Zwei Arbeiter im Alter von 22 und 25 Jahren sind in der Nacht zum Mittwoch aus der „DDR" nach Niedersachsen geflohen. Wie der Bundesgrenzschutz in Hannover mitteilte, hatten die beiden bei minus 17 Grad alle Hindernisse im „DDR"-Sperrsystem unverletzt überwunden.

Preise: Die Inflationsrate in Nordrhein-Westfalen betrug im Februar nur noch 0,6 Prozent gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Dieser Wert ist der niedrigste seit Beginn der Preisindexberechnungen 1962.

Kohl: Der Bundeskanzler kommt heute in Paris zu Konsultationen mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand zusammen.

Dänemark: Die Reform der EG-Verträge wird heute von den Dänen bei einer Volksabstimmung wohl mit großer Mehrheit gebilligt werden. Letzte Meinungsumfragen haben eine Zustimmmung von 62 Prozent ergeben.

Nasa: Die Ingenieure des Herstellers der Feststoffrakete von „Challenger" sind von hohen Nasa-Beamten zu einer Startempfehlung gedrängt worden. Dies erklärten sie vor der Präsidenten-Kommission zur Aufklärung des Unglücks vom 28. Januar. Das Weiße Haus hat unterdessen den Rücktritt des Nasa-Chefs James Beggs bestätigt, dem vorgeworfen wird, in einer früheren Stellung Gelder veruntreut zu haben. (S. 12)

Indien: Ein wegen der Preispolitik der Regierung ausgerufener Genralstreik hat das öffentliche Leben gestern weitgehend lahmgelegt. Mehr als 3000 Personen kamen in Vorbeugehaft. – Energieminister Khan ist wegen der geplanten Änderung des Scheidungsrechts zurückgetreten.

WIRTSCHAFT

Hypotheken: Seit einigen Wochen schon befinden sich die Zinsen für Hypothekendarlehen auf einer rasanten Talfahrt. Hypotheken sind derzeit so billig wie zuletzt 1978. Trotz des attraktiven Zinsniveaus ist die Nachfrage nach Hypotheken im Durchschnitt „eher mäßig", ergab eine Umfrage. (S. 23)

Börse: Obwohl die Aktienmärkte mehr Widerstandskraft zeigten als am Vortag, konnten die Kurse sich noch nicht erholen. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 266,03 (268,22). BHF Rentenindex 106,153 (106,218). BHF Performance Index 102,038 (102,044). Goldpreis pro Feinunze 345,75 (352,40) Dollar.

Aktienindex der WELT 31.12.1964=100
290 280 270 260
17 18 19 20 21 24 25 26 27 28
Februar 1986
DIE WELT

KULTUR

Musik: Die Gründung der „Bach-Gesellschaft für die Musik der Bach-Söhne" zeigt, daß die Kinder des berühmten Johann Sebastian auch Musiker von ungewöhnlichem Format waren. (S. 23)

Paris: Der Komponist Pierre Boulez stellte jetzt die Pläne und Ideen für das neue Opernhaus in Paris, die „Opéra Bastille", vor, das 1989 fertig werden und rund 770 Millionen Mark kosten soll. (S. 23)

SPORT

Handball: Gleich zum Auftakt der Weltmeisterschaft in der Schweiz gab es eine große Überraschung: Titelverteidiger Sowjetunion unterlag Jugoslawien klar mit 22:26 Toren. (S. 9)

Fußball: Der ehemalige deutsche Nationalspieler Bernd Schuster ist als Kapitän des FC Barcelona abgesetzt worden. Der Verein will ihn für rund acht Millionen Mark verkaufen. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Fluggerät: Wie eine Kreuzung zwischen einem Truthahn, einer Fledermaus und einem Pelikan sieht das Fluggerät aus, das der amerikanische Konstrukteur Paul MacCready jetzt in Kalifornien erstmals zum Fliegen brachte. Als Vorbild für die mit Autopilot, Servolenkung und Computern ausgerüstete Flugmaschine diente ein vor 65 Millionen Jahren ausgestorbener Flugsaurier (Pterodactylus) mit 5,5 Meter Spannweite. (S. 24)

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Polizei-Revolte stürzt Kairo in Panik. Kämpfe mit Armee

Luxus-Hotels geplündert / Unbefristete Ausgangssperre / Großdemonstrationen

DW. Kairo

Kairo ist von den schwersten Unruhen seit dem Amtsantritt von Präsident Hosni Mubarak im Oktober 1981 erschüttert worden. Die ägyptische Armee kämpfte mit Panzern und Hubschraubern gegen mehrere tausend Angehörige der als besonders regimetreu geltenden Sicherheitspolizei, die – wie es hieß – gegen die Verlängerung ihrer Dienstzeit rebellierte. Die Regierung verhängte gestern über den gesamten Kairoer Großraum eine unbefristete Ausgangssperre, der Flughafen war zeitweise gesperrt.

Begonnen hatte die Welle der Unruhen am Dienstag abend im westlichen Kairoer Stadtteil Giseh, nachdem die Rekruten der paramilitärischen Sicherheitspolizei von einer Verlängerung ihrer Dienstzeit um zwölf Monate auf viereinhalb Jahre erfahren hatten. Die Polizisten setzten drei Luxushotels in der Nähe der Pyramiden in Brand. Das „Jolie Ville" und das „Sphynx" wurden davon betroffen. Auch das „Mena House", seit Jahren Schauplatz israelisch-ägyptischer Verhandlungen, wurde schwer beschädigt. Am Morgen eröffneten Panzer das Feuer auf die Meuterer, die nur über Handfeuerwaffen verfügten. Bei der dreistündigen Schlacht zwischen Antiaufruhreinheiten und den Meuterern gab es mehrere Dutzend Tote.

Auch im Kairoer Stadtzentrum kam es gestern vormittag zu Zwischenfällen. Ein rund 50köpfiger Polizistentrupp stürmte einen Autobus, im Stadtteil Heliopolis wurden drei Polizisten bei Zwischenfällen verletzt. Nach Augenzeugenberichten überflogen F-16-Jäger die dortigen Kasernen mehrfach im Tiefflug. Aus der Gegend des östlich von Kairo gelegenen Flughafens, wo Hubschrauber kreisten, wurden sporadische Schußwechsel gemeldet. Außerdem zogen Einheiten der Elitetruppe „Saika" auf. Zeugen berichteten, die Truppen schössen meuternde Polizisten „wie Hasen" ab. In dem Industrievorort Heluan und dem Luxus-Viertel Maadi kam es zu Massendemonstrationen. Auch aus dem Südosten Kairos wurden schwere Schießereien gemeldet.

In ganz Kairo führte die Verhängung der Ausgangssperre zur Panik, im Zentrum kam es zu einem unvorstellbaren Verkehrschaos. Dort zogen schon Stunden vor Inkrafttreten der Ausgangssperre Einheiten der Militärpolizei, Panzerspähwagen und gepanzerte Truppentransporter auf.

Die Unruhen ereigneten sich vor dem Hintergrund einer sich ständig verschlimmernden Wirtschaftssituation, vor allem seit dem Verfall des Erdölpreises. In den vergangenen Wochen mußten die 49 Millionen Ägypter kräftige Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, Strom und Gas hinnehmen.

Die Polizeirekruten, die jetzt gemeutert haben, stammen zumeist aus den allerärmsten Schichten der ländlichen Bevölkerung Oberägyptens und des Nildeltas. Von ihren Offizieren und der Bevölkerung werden die Rekruten allgemein mit Verachtung behandelt. Für ihren harten Dienst, der im Durchschnitt zwölf Stunden täglich dauert, erhalten sie einen Monatssold von umgerechnet nicht einmal 30 Mark.

DER KOMMENTAR

Gefahr für Mubarak

PETER M. RANKE

Die schweren Unruhen in Kairo gingen von der kasernierten Bereitschaftspolizei aus, die Ministerien, Banken und Botschaften bewacht. Die als besonders zuverlässig geltenden Wächter meuterten nicht nur, weil sie angeblich länger dienen sollen, sondern weil sie jeden Tag die „Reichen" beobachten können. Berichte über Korruptionsfälle, die zur Verhaftung des früheren Wirtschaftsministers Mustafa Said führten, mögen zur Revolte beigetragen haben.

Präsident Mubarak läßt schießen. Die Erinnerung an den „Brand von Kairo" im Januar 1952 und den folgenden Sturz der Monarchie ist in Ägypten noch immer ein Alptraum. Setzt sich Mubarak jetzt nicht durch, droht die Machtübernahme durch das Militär und das Ende des demokratischen Experiments und der freien Wirtschaft. Möglich ist dann auch die Kündigung des Friedens mit Israel, um Ruhe an der innenpolitischen Front zu erkaufen.

Mubarak ist seit langem gewarnt, aber er hat keinen Schritt in Richtung Reformen zuwege gebracht. Vor zwei Wochen legten Streiks das Textilzentrum Mehalla el Kobra lahm. Die Schwierigkeiten nahmen zu. Ägypten, dessen Deviseneinnahmen zu sechzig Prozent aus dem Ölexport stammen, mußte die Ölförderung drosseln und die Preise herabsetzen. viele Touristen blieben wegen der jüngsten Terrorakte weg.

Die Ausschreitungen richteten sich gegen die „Reichen" und gegen Ausländer im Gartenviertel Meadi. Ein Grund ist die Verhetzung durch Linke und durch islamische Fundamentalisten, aber auch die tiefe Hoffnungslosigkeit der Volksmassen. Die Zeit der Unruhe beginnt; man muß mit dem Ruf nach einem ägyptischen Khomeini oder einem neuen Nasser rechnen. Ägypten ist kein stabiles Land mehr.

Gewässerschutz drastisch verschärft

Bisher Investitionen von 50 Milliarden Mark / Trinkwasserversorgung langfristig gesichert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das „ökonomisch wirkende Instrument des Gewässerschutzes" ist nach den Worten von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann durch den Entwurf zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes, den das Kabinett gestern billigte, entscheidend verbessert worden.

Das „Regelwerk für den Gewässerschutz hat einen hohen Standard erreicht, der vor allem eine langfristige Sicherung unserer Trinkwasserversorgung gewährleistet", sagte Zimmermann. Während bisher schon die Schwermetalle Quecksilber und Cadmium im Abwasser mit hohen Gebühren für den Verursacher belegt sind, werden jetzt auch die Schwermetalle Chrom, Nickel, Blei und Kupfer sowie die Stoffgruppe der organischen Halogenverbindungen in den Gesetzentwurf aufgenommen.

Die chemische Industrie, die Halogen-Kohlenwasserstoffe ins Abwasser abgibt, wird nach den neuen Bestimmungen mit 16,2 Millionen Mark im Jahr belastet statt bisher 2,2 Millionen Mark. Bei Einhaltung des Standes der Technik reduziert sich die Abgabe hingegen auf 2,1 Millionen Mark. Als Regelsatz gilt, daß Einleiter ins Abwassersystem, die gefährliche Stoffe nach dem künftig verbindlichen Stand der Technik verringern oder vermeiden, nur noch 20 Prozent der bisherigen Abgaben bezahlen werden. Werden allerdings die vorgegebenen Werte überschritten, wird sich entsprechend dem Gesetzentwurf die Abgabe bis zu 400 Prozent erhöhen.

Auf die im April 1985 vollzogene Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes und den im vergangenen Monat vorgelegten Gesetzentwurf zur Novellierung des Waschmittelgesetzes erinnernd, erklärte der Minister, daß die Bundesregierung „eine erfolgreiche Gewässerschutzpolitik nach einem breit angelegten, systematisch durchdachten und schlagkräftigen Konzept" betreibe.

Zu den Auswirkungen auf das Verbraucher-Preisniveau der jüngsten Maßnahme heißt es in dem Entwurf, sie seien „vom Umfang der Einzelpreisanhebungen her nicht zu erwarten". Der Verwaltungsaufwand bei den Ländern gehöre zu den Kosten, die „im Rahmen eines ordnungsgemäßen wasserrechtlichen Vollzugs anfallen".

Die zu treffenden Maßnahmen im Umweltschutz würden, so hieß es dazu im Bundesinnenministerium, „noch einmal einen kräftigen Investitionsschub auslösen", nachdem zum Wasserschutz in den vergangenen Jahren bereits in der Bundesrepublik Deutschland rund 50 Milliarden Mark verausgabt worden wären.

Gleichzeitig mit der Vorlage des neuen Gesetzes im Kabinett hat Bundesinnenminister Zimmermann eine Große Anfrage der SPD-Fraktion im Bundestag zur Gewässerschutz-Politik der Bundesregierung beantwortet. Darin wird unter anderem der Vorwurf zurückgewiesen, es werde künftig durch das neue Gesetz die Möglichkeit eröffnet, flüssige Abfälle, die nicht Abwasser seien, in die Gewässer einzuleiten.

Regierung Aquino setzt auf die USA

Neues Kabinett vorgestellt / Die letzten Tage von Präsident Marcos / Beifall für Reagan

FRITZ WIRTH, Washington

Die letzten drei Tage von Ferdinand Marcos im Amt des philippinischen Präsidenten waren für die Reagan- Administration ein Alptraum. Die Gefahr, daß stündlich ein Bürgerkrieg ausbrechen könnte, war überaus groß. „Niemand wußte wirklich, was Marcos tun würde", erklärte Staatssekretär Paul Wolfowitz, der im State Department den für diese Affäre eingesetzten Krisenstab leitete. „Wir wußten erst eine halbe Stunde bevor Marcos sich im Hubschrauber aus seinem Palast fliegen ließ, daß er wirklich gehen würde", sagte Wolfowitz.

Alle stimmen überein, daß die Telefongespräche, die Marcos mit US-Senator Paul Laxalt führte, ein Schlüsselereignis waren. „Das Gespräch schaffte Klarheit und beschleunigte die Vorgänge", meint Wolfowitz. Die Konversation enthüllte jedoch zugleich, wie verzweifelt sich Marcos an jeden Strohhalm klammerte und wie weit er sich von den Realitäten entfernt hatte. Er hoffte offensichtlich noch bis kurz vor seiner Flucht, eine Art Koalitionsabkommen mit Frau Aquino aushandeln oder zumindest als ihr Berater fungieren zu können.

Vor allem aber hoffte er auf ein direktes Gespräch mit Präsident Reagan. Das aber fand während der gesamten Krise nicht statt. Reagan hielt nur indirekt mit Marcos Kontakt. Das Weiße Haus ließ jedoch wissen, daß Reagan in naher Zukunft

SEITEN 2 UND 5:
Weitere Berichte

sowohl mit Frau Aquino als auch mit dem Ex-Präsidenten Marcos telefonisch Verbindung aufnehmen werde.

Im Kongreß erntete Reagan von allen Parteien Dank und Anerkennung für sein Verhalten in dieser Krise. Die Administration selbst hat der gestern vorgestellten neuen Regierung in Manila eine enge politische und wirtschaftliche Partnerschaft angeboten, die von Frau Aquino bereits dankbar akzeptiert wurde. Ihr Premierminister Salvador Laurel, der zugleich die Funktion des Außenministers ausübt, erklärte im amerikanischen Fernsehen auf die Frage, ob die Regierung Aquino anti-amerikanischer sein werde als die des Präsidenten Marcos: „Wir suchen so enge Beziehungen zu den USA wie möglich. Sie sind unser wichtigster Verbündeter. Wir wollen die Kontakte noch enger halten, als es unter Marcos der Fall war."

Laurel kündigte ferner an, daß unverzüglich eine Amnestie für alle sogenannten kommunistischen Guerillas verkündet werden soll, die ihre Waffen niederlegen. Er glaubt, daß 90 Prozent von ihnen dieser Aufforderung folgen werden. „Die meisten sind keine Kommunisten". Sie seien lediglich in den Untergrund geflüchtet, weil sie Gegner des Marcos-Regimes waren. Im State Department mißt man für die künftige Stabilität der Philippinen der Tatsache große Bedeutung zu, daß die Armee den Machtwechsel und die Unruhen der vergangenen Tage weitgehend intakt überstanden hat.

Halstenberg: So etwas wie Rififi

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Vor einem Millionen-Fernsehpublikum wurde Professor Friedrich Halstenberg deutlich. Es sei so ein wenig wie in dem Film „Rififi" zugegangen, schilderte der frühere SPD-Schatzmeister die Praxis bei den Parteispenden. Immerhin brauche man aber für eine Million Mark in Scheinen nicht unbedingt einen Koffer, das passe auch „in einen hinreichend großen Umschlag".

Sein Vorgänger im Schatzmeisteramt, Alfred Nau, so Halstenberg in der ARD-Sendung „Report", habe ihm erklärt, man könne größere Beträge von Spendern nur unter Zusicherung absoluter Anonymität bekommen – das habe eben bedeutet, daß man jährlich acht bis zehn Millionen Mark als Bargeld habe transportieren müssen.

Nachdem ihm in dem „Report"-Interview die Frage gestellt worden war, ob er als Schatzmeister „kriminell" geworden sei, meinte Halstenberg, er habe kein Delikt begangen, außer dem des Verstoßes gegen die Publizitätspflicht von Spenden. Den betreffenden Paragraphen 25 des Parteiengesetzes habe aber „keine der Bonner Parteien je beachtet", schon weil die Bestimmungen bei Verstößen noch nicht einmal „von einer Miniatur von Sanktionen" bewehrt seien. Die „Grundabreden" über die Spendensammelaktionen hätte Nau „sozusagen geschäftsüblich mit meinem Kollegen, Vorsitzenden und Bundeskanzler" getroffen, an der „Fallgestaltung" habe er dadurch gar nichts mehr ändern können.

Die SPD-Spendenpraxis unter Nau erklärte Halstenberg damit, daß dieser „davon geprägt worden war, daß der Staat ihn früher geplündert hätte". Halstenberg räumte ein, daß der Verstoß gegen die Meldepflicht ihm als Schatzmeister immer gegenwärtig gewesen sei, er habe aber „vor der Grenzlinie gelegen, die ich mir selber gezogen hatte". Und: „Hätten wir gewußt, in welchen Dimensionen alle zusammen gehandelt und auch geschadet haben, so wäre höhere Sensibilität angezeigt gewesen."

Nach Ansicht der CDU/CSU hat Halstenberg auch den SPD-Vorsitzenden Brandt belastet, und ihn einer Falschaussage im Flick-Untersuchungsausschuß bezichtigt. Damit bezog sich die Fraktion auf eine im Interview angesprochene angebliche Spende über 100 000 Mark von Flick an die SPD, obwohl Brandt im Ausschuß als Zeuge definitiv erklärt hatte, die Partei habe zu keiner Zeit von dort Spenden bekommen.

Nachdem Halstenberg zum Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl im „Report"-Interview gesagt hatte, Anzeigen wie die des Grünen-Abgeordneten Schily seien „im politischen Stil unserer Zeit unzulässig und negativ stilbildend", präzisierte er in einem Interview mit der „Bild-Zeitung" (Donnerstag-Ausgabe) noch: „Die Unsitte der politischen Anzeige ist besonders schädlich für unseren Staat. Staatsanwälte dürfen nicht die Büttel der Politiker sein."

US-Dollar fällt auf 2,2438 Mark

DW. Frankfurt

Der Kurs des US-Dollar hat gestern wieder nachgegeben. Auf den Tag genau ein Jahr nach seinem Höchststand von 3,4690 Mark fiel er am Frankfurter Markt auf 2,2438 Mark zurück. Am Dienstag lag er nach einem Höhenflug noch bei 2,2550 Mark. Die Bundesbank griff offiziell nicht in das Marktgeschehen ein. Bei nervösen Devisenmärkten blieb der Dollar weiter unter Druck und rutschte außerbörslich unter die Marke von 2,24 Mark.

Seite 13: Richtung 2,20 Mark

Romanow kam als Delegierter

DW. Moskau

Grigori Romanow, der im Juli vergangenen Jahres als ZK-Sekretär und Politbüromitglied abgelöst worden war, nimmt als Delegierter am XXVII. Parteitag der KPdSU teil. Diese überraschende Mitteilung machte gestern der Vorsitzende des Gebietssowjets von Leningrad, Nikolai Popow. Romanow hatte als Hauptrivale Gorbatschows um den Parteivorsitz gegolten. Um Romanows Schicksal gab es in den vergangenen Monaten wieder Spekulationen.

Seite 3: Der neue Mann

Tumulte vor 116-Anhörung

DW. Bonn

Ohne Ansätze für einen möglichen Kompromiß begann gestern in Bonn das zweitägige Experten-Hearing des Bundestags-Sozialausschusses zu der geplanten Neufassung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz. Gewerkschaften und Arbeitgeber tauschten ihre seit Monaten bekannten Standpunkte aus. Für Minuten herrschten in dem Sitzungssaal tumultartige Zustände, als protestierende IG Metall-Mitglieder in den überfüllten Raum gelangen wollten.

Beamte bekommen 3,5 Prozent mehr

DW. Bonn

Die Beamten, Richter, Berufssoldaten und Versorgungsempfänger erhalten rückwirkend vom 1. Januar an um 3,5 Prozent höhere Grundbezüge und Ortszuschläge. Dies beschloß gestern das Bundeskabinett. Das Urlaubsgeld wird für die unteren Besoldungsgruppen einschließlich des mittleren Dienstes um 150 Mark und für Anwärter um 100 Mark angehoben. Die Besoldungserhöhung muß noch von Bundestag und Bundesrat gebilligt werden.

Videotheken zur Kasse gebeten

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat die Novelle zum Filmförderungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz will Strukturverbesserungen schaffen, um die Leistungskraft der Filmwirtschaft zu erhöhen. Danach müssen auch Videotheken 2,25 Prozent ihres Umsatzes als Filmabgabe abführen. Andererseits sollen die Filmtheater spürbar entlastet werden. Ihre Abgabe wird auf 2,75 Prozent der Einnahmen gesenkt.

Seite 22: Videothek soll zahlen

Stoltenberg jetzt optimistischer

DW. Bonn

Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) erwartet für das laufende Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von 3,5 bis vier Prozent, eine Teuerungsrate von einem Prozent und bis zu 400 000 neue Arbeitsplätze. Mit dieser Prognose korrigierte Stoltenberg die bisherigen offiziellen Annahmen, die eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von drei Prozent, eine Inflationsrate von 1,5 bis zwei Prozent und 300 000 neue Arbeitsplätze prognostiziert hatten.

Kleine Freuden in China: Kundgebungen ohne Strafen

Schrittweise Lockerung der Überwachung des Alltagslebens

DW. Peking

In China mehren sich seit einem Jahr Kundgebungen von Bauern, Studenten, Fischern und nationalen Minderheiten. Das seit der Machtübernahme Deng Xiaopings neue Phänomen ist die Folge einer schrittweisen Lockerung der Überwachung des Alltagslebens durch Behörden und Partei.

Im Gegensatz zur gewaltsamen Repression spontaner politischer und sozialer Bewegungen, die bis 1979 an der Tagesordnung war, werden die widerspenstigen Geister jetzt mit Überredungskunst beschwichtigt. Bei den Demonstrationen geht es nicht um politisches Dissidententum, sondern um den Ausdruck der Unzufriedenheit bestimmter Gruppen, die sich in ihren Interessen benachteiligt sehen. Jüngstes Beispiel dafür sind Kundgebungen in Peking, wo Hunderte ehemaliger Oberschulabsolventen gegen ihre Verbannung aus Peking während der Kulturrevolution protestierten.

Die ersten Demonstranten waren Studenten in der Hauptstadt. Sie klagten im Dezember 1984 und Januar 1985 gegen die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen. Im Juni 1985 demonstrierten 2000 bis 3000 Bauern und Fischer in der Hafenstadt Tianjin, um ihren Lohnforderungen lautstark Nachdruck zu verleihen. Nach drei Tagen wurden sie schließlich von den Behörden empfangen.

Die Protestkundgebungen zeugen von einer Auflockerung des Regimes und vom Wiederaufleben individueller Interessen nach der Verherrlichung der Volkmassen, die unter Mao Zedong seit 1949 vorgeschrieben war. „Nach dreißig Jahren Totalitarismus kann man endlich aufatmen. Das Regime Deng Xiaopings gewährt ein wenig Freiheit, ohne daß dadurch die Institutionen gefährdet werden", meint ein Diplomat. „Das Regime hat mit der Bevölkerung einen stillschweigenden Pakt geschlossen: Wir lassen Euch in Ruhe, macht in Eurem Privatleben was Ihr wollt, doch arbeitet für die Wirtschaftsentwicklung des Landes."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Leer-Stunde

Von Peter Philipps

Gerd Weisskirchen von der SPD-Fraktion stimmte gestern im Bundestag zu früher Stunde wieder einmal sein Klagelied an: Ein „Dokument des Bankrotts" sei die Lehrstellenbilanz der Bundesregierung. Während es unter Bundeskanzler Schmidt noch einen „Angebotsüberhang" an Ausbildungsplätzen gegeben habe, sei nun hunderttausend Jugendlichen mit „zerstörten Hoffnungen eine Chance zum Einstieg in die berufliche Erstausbildung verwehrt worden".

In Wahrheit sind knapp vierzigtausend Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Was Weisskirchen einfach hinzurechnet, sind etwa sechzigtausend junge Menschen, die statt in einem Lehrverhältnis in anderen, beispielsweise überbetrieblichen, Ausbildungsplätzen ihren Weg in den Beruf beginnen.

Der zweite Rechenfehler ist nicht minder schlimm: Der „Angebotsüberhang" zu Schmidts Zeiten hatte nichts mit der damaligen Politik zu tun, sondern allein mit der Bewerberzahl. Die demographische Woge der geburtenstarken Jahrgänge ist eben erst in der jüngsten Vergangenheit über die Ausbildungsbetriebe hereingebrochen. Da hätte es auch den SPD-Rednern gut angestanden, ein Lob an die deutsche Wirtschaft auszusprechen, die unter ungeheuren Anstrengungen Jahr um Jahr Rekordzahlen bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen möglich gemacht hat.

Dennoch, knapp vierzigtausend Jugendliche ohne Lehrvertrag – dies ist eine schlimme Zahl. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß ein „Lehrstellen-Versorgungsgrad" von etwa 95 Prozent die Nachkriegsnormalität in unserem Land ist, selbst zu Zeiten, als die Betriebe statistisch nicht genügend Auszubildende für ihre freien Stellen fanden. Die Sache rechtfertigt große Anstrengungen und zum Auftakt eine Debatte. Aber eine seriöse. Dazu gehört auch die Zahl der Beteiligten. Alarmismus vor knapp fünf Prozent der Parlamentarier während dieses langsam zu Tode gerittenen Instituts der Aktuellen Stunde; selbst das Präsidium demonstrierte durch intensive Zeitungslektüre Desinteresse – das alles unterstreicht den Eindruck, daß die Lehrlinge hier eher Verfügungsmasse denn Thema ernster Sorge waren.

Ein übles Argument

Von Rolf Görtz

Wie groß die Verlegenheit ist, in die Spaniens Ministerpräsident González mit seiner eigenen Referendums-Idee im Kampf gegen die plötzlich vereinten Linken geriet, zeigt sich an den Argumenten, mit denen er jetzt seinen Kreuzzug für den Verbleib in der NATO eröffnete. Bis zum 12. März hat er Zeit, die Nation von dieser Allianz zu überzeugen – und da bringt er das Kunststück fertig, überhaupt nicht von deren Entstehungsgeschichte zu sprechen. Was nach dem Krieg in Prag geschah, nämlich die kommunistische Machtübernahme durch Putsch; welche Überlegungen damals und heute dazu führten, eine Allianz zu bilden, die Entsprechendes in den westlichen Ländern verhindern sollte und soll, davon spricht González nicht.

Vielmehr wirbt er mit folgendem Argument: Wenn wir Spanier nicht in der Allianz bleiben, dann sind wir den Amerikanern als den einzigen Partnern ausgeliefert. Das heißt also: die Gefahr für Spanien, der Buhmann, das sind nicht die sowjetischen Bedroher, sondern die amerikanischen Beschützer.

Dabei weiß González, daß die USA, ob in- oder außerhalb der Allianz, ohnehin die wichtigsten Partner der Spanier bleiben. Deren Verteidigungskonzept nämlich beruht auf der Abwehr von Angriffen aus dem Mittelmeerraum gegen Andalusien und aus dem Atlantik gegen die Kanarischen Inseln. Zu diesem Zweck schafften sich die Spanier eine teure Luftflotte an und bauten neue atlantikfähige Kriegsschiffe.

Vor allem im Atlantik aber kommen nur die Amerikaner als Partner in Frage – eine Seemacht. Hier endet auch die Utopie der Spanier: die Westeuropäische Union. Selbst wenn sie funktionell existierte, sie wäre nicht in der Lage, Moskaus Seemacht auch nur etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Spaniens europäische Verbündete sollten deshalb nicht weghören, wenn in Madrid zweihunderttausend Kommunisten und Sozialisten „OTAN no – bases fuera!" (NATO nein, US-Stützpunkte weg!) skandieren. Denn ohne Amerikas Seestreitkräfte in diesen Gewässern mit ihrer Basis in Rota bei Cadiz wären auch die europäischen Verbindungen zu den wichtigsten Energiequellen dem Druck der Sowjetmacht ausgesetzt.

Ohne Lohnausgleich

Von Joachim Neander

Der moderne Passepartout ist rot-grün. Wer sich zu diesen Farben bekennt, dem wird fast alles verziehen, geglaubt und erlaubt. Eine andere plausible Erklärung gibt es eigentlich nicht für den folgenden verblüffenden Vorgang.

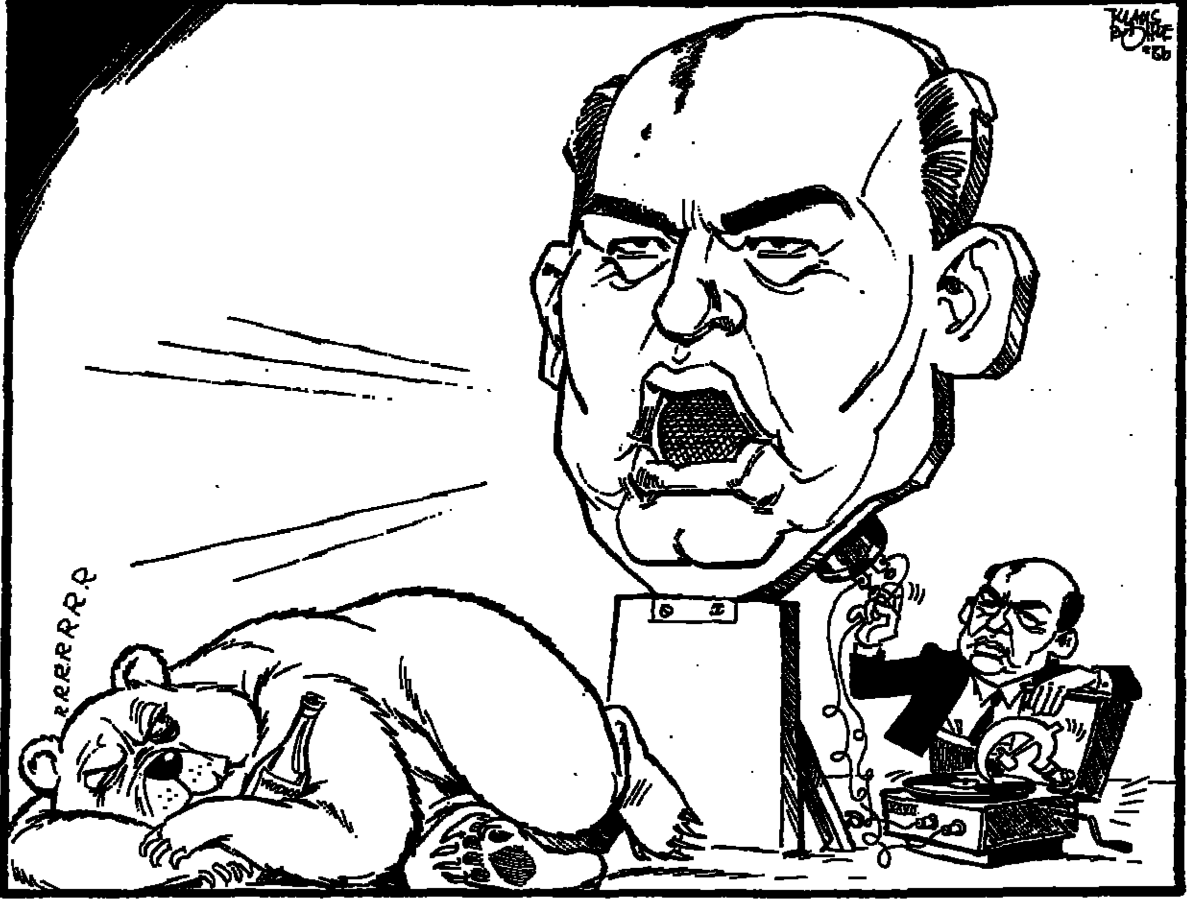
Da hat der hessische Kultusminister Karl Schneider (SPD) bekanntgegeben, daß in diesem Bundesland neue Lehrer – wenn überhaupt – in den nächsten vier oder fünf Jahren grundsätzlich nicht mehr als Beamte, sondern nur noch als Angestellte beschäftigt werden können, und zwar nur für zwei Drittel eines normalen Lehrergehalts bei zwei Dritteln der normalen Arbeitszeit.

Das allein ist nichts Besonderes. Die anderen Bundesländer praktizieren Ähnliches. Steuergeld ist knapp, die Schülerzahl sinkt. Außergewöhnlich ist die Eleganz, mit der der rot-grüne Minister seine Entscheidung begründet.

Eine Fernsehreporterin fragt ihn etwas beklommen, ob dies denn nicht Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sei. Der Minister verzieht keine Miene. Kurz und knapp kommt seine Antwort. Dies sei eben eine besondere Situation. Den arbeitslosen jungen Lehrern gehe es vor allem um Beschäftigung. Dafür seien sie offenbar bereit, auf einen Teil des Gehalts zu verzichten. Alles klar?

Nichts gegen Minister Karl Schneider. Was er da sagt, ist vernünftig und eindeutig. Aber man stelle sich vor, dies würde an seiner Stelle (und in ähnlicher Situation) der Vorstandsvorsitzende einer Maschinenbaufirma aussprechen. Da käme mit absoluter Sicherheit der öffentliche Vorwurf der Ausbeutung, der Erpressung, die alte Karl-Marx-These von den Arbeitslosen als lohndrückender Reservearmee. Und „Monitor" würde dem Mann vielleicht ein Kamerateam hinterherschicken, um seinen privaten Lebensstil zu erforschen.

Dies alles braucht Karl Schneider nicht zu befürchten. Weil er Minister in Hessen ist. Die rot-grüne Kreditkarte verschafft ihm freies Geleit bei den Medien. Wollte Gott, es gäbe dort neue oder auch alte Arbeitszeiten bei vollem Verstandesausgleich.



Wacht auf, Verdammte dieser Erde! KLAUS BÖHLE

Frau Aquino und Reagan

Von Fritz Wirth

Der nahezu unblutige „fliegende Abgang" von Männern wie Jean-Claude Duvalier und Ferdinand Marcos ist eines der ermutigendsten Schauspiele in einer vom Terror der Macht gezeichneten Dritten Welt. Beide wurden nicht so sehr die Opfer einer ideologischen Revolution als eines Aufstandes der Moral. Ihre waffenstarrende Macht wandelte sich auf fast wundersame Weise in Ohnmacht angesichts einer fast gewaltlosen, aber dennoch so kraftvollen Opposition.

Von diesem Diktatorensturz werden nicht die letzten hilflosen Gesten des vereinsamten Ferdinand Marcos in Erinnerung bleiben, sondern Bilder von Bürgern, die sich vor zwei Wochen schützend um die Wahlurnen scharten, und von Hausfrauen und Nonnen, die sich zwischen die Rebellen unter Ramos und die Panzer des Präsidenten Marcos stellten.

Daß Marcos und Duvalier fast friedlich und ohne Bürgerkrieg stürzten, ist zugleich das Ergebnis eines bemerkenswerten diplomatischen Geschicks, mit dem die Reagan-Administration diese Affären handhabte. Es waren Drahtseilakte, begleitet von Warnschildern mißglückter ähnlicher Operationen in der Vergangenheit, deren Folgen die Weltpolitik veränderten. Die Art, in der sich die USA einst – geleitet von guten Vorsätzen, doch irregeführt von oft fatalen Fehleinschätzungen der jeweiligen innenpolitischen Situation – von ehemaligen Verbündeten wie der Familie Somoza in Nicaragua, dem Schah in Persien und Ngo Dinh Diem in Vietnam trennten, veranlaßte viele Beobachter, der Aushebelung von Marcos mit angehaltenem Atem zuzuschauen.

Die Gefahr, daß der Versuch, Menschenrechte und Demokratie in ein wirtschaftlich, politisch und militärisch von einem Despoten verwüstetes Land zu exportieren, wie schon andernorts in eine neue Despotie mit umgekehrten Vorzeichen mündet, ist auch auf den Philippinen noch nicht ganz beseitigt. Es stehen starke kommunistische Kräfte bereit, die die Destabilisierung suchen und fördern, um sich als lachende Dritte selbst an die Macht zu bringen.

Zugleich sollte nicht übersehen werden: Die 10,8 Millionen Stimmen, die Marcos bei der letzten Wahl für sich beanspruchte, waren nicht allesamt gefälscht. Er hatte jenseits allen Wahlbetrugs eine immer noch starke Anhängerschaft. Werden sie nun ebenso schlechte Verlierer sein, wie sie bei der letzten Wahl schlechte Sieger waren, und die neue Ordnung sabotieren?

Der zweite Unsicherheitsfaktor ist die neue Präsidentin selbst. Sie ist eine bewundernswert mutige und entschlossene Frau, doch ihr fehlt jede Erfahrung für ein so großes Amt. Das Schicksal dieser neuen Präsidentin, deren Macht sich zur Stunde weniger auf ihre politische denn ihre moralische Autorität stützt, wird von der Auswahl ihrer Freunde und Verbündeten abhängen. Einige davon waren bis vor kurzem noch treue Gefolgsleute von Marcos. Man wird abwarten müssen, ob Opportunismus oder echte politische Läuterung ihren Wechsel bestimmte.

Der wichtigste und verläßlichste Verbündete Frau Aquinos werden die USA sein, und alle Anzeichen deuten auf eine gute Partnerschaft. Die Tatsache, daß Ronald Reagan bis zur letzten Minute Marcos einen „guten Freund und Verbündeten" nannte, sollte nicht zu falschen Schlüssen verleiten. Es geschah in erster Linie, um die Kommunikationswege zu einem Mann offenzuhalten, der mit dem Rücken an der Wand stand, und um zu verhindern, daß er seinen Abgang mit einem Blutbad verband.

Tatsächlich aber hatte die Reagan-Administration das Urteil über Marcos schon vor dessen letzter Wahlcharade gesprochen. Er hatte sich zu lange dem Wunsch Reagans nach Reformen widersetzt und war zu einem Risiko für die USA geworden. Zur Debatte stand in den letzten Monaten in Washington nicht mehr, ob man sich von Marcos trennen werde, sondern nur noch das Wie und das Wann.



Amerika steht hinter ihr: Corazon Aquino bei der Vereidigung FOTO: AP

Die USA haben bei diesem Machtwechsel mehr als nur eine abwartende Rolle gespielt. Sie haben seit einigen Wochen auf Frau Aquino gesetzt. Sie geht mit einem großen Bonus in ihr neues Amt, denn sie kann innerhalb der Reagan-Administration wie auch im Kongreß auf ein Ausmaß von Goodwill rechnen, wie es ihrem Vorgänger schon seit Jahren nicht mehr zuteil wurde.

Mehr noch: Die gesamte amerikanische Öffentlichkeit ist bewegt von dem Mut, mit dem die Bürger dieses Inselstaates sich den Weg zur Demokratie freikämpften. Die Erinnerungen an diese Szenen sind für die Philippinen die wichtigsten Garantien für eine Zukunft, die weitgehend die Befürchtungen für ein neues Nicaragua oder Persien auslöschen.

Für Präsident Reagan ist der Ausgang dieser Affäre ein persönlicher Triumph. Viele Kritiker, die in den letzten Wochen seine Philippinen-Politik mit ätzenden Kommentaren versahen, haben ihr Urteil inzwischen revidiert, unter ihnen Männer wie „Tip" O'Neill und Senator Edward Kennedy, der gestern freimütig feststellte: „Ich glaube nicht, daß dieser Tag ohne die außergewöhnlich geschickte Führerschaft von zwei überaus wichtigen politischen Persönlichkeiten, Frau Aquino und Präsident Reagan, möglich gewesen wäre."

Kennedy und der in seinem Lob für Reagan ungewöhnlich einmütige Kongreß können sicher sein, daß der Präsident nicht lange warten wird, ihnen dieses Lob als Bumerang zurückzuschicken mit der Aufforderung, ihn bei seinem Bemühen, die Demokratie nach Nicaragua zurückzubringen, genauso zu unterstützen wie bei den Philippinen. Denn es gibt im Umgang mit der Demokratie keine doppelten Maßstäbe und es gibt im Umgang mit den Unterdrückern, den Duvaliers, den Marcos und den Ortegas dieser Welt, keinen Mangel an amerikanischen Flugzeugen, sie von ihren Tatorten zu entfernen.

IM GESPRÄCH Abu Bakr al-Attas

Zum Glück außer Landes

Von Volker Stahr

Manchmal muß man nur im richtigen Moment am richtigen Platze sein – oder zumindest nicht am falschen. Als in Aden der Machtkampf ausbrach, beendete der südjemenitische Ministerpräsident al-Attas gerade einen Staatsbesuch in Indien. Da zunächst einzig die Ungewißheit gewiß – und der Weg nach Aden ohnehin versperrt – war, begab sich al-Attas nach Moskau.

Aber auch im Kreml herrschte zu diesem Zeitpunkt Ratlosigkeit. Offensichtlich war man auch dort auf dem falschen Fuß erwischt worden. In ersten Meldungen titulierte man die Rebellen um den noch links von den damaligen Machthabern stehenden Expräsidenten Isma'il gar als „Konterrevolutionäre". Als sich schließlich der Sieg der Rebellen abzeichnete, stellte sich Moskau auf deren Seite und half mit den im Land befindlichen „Beratern", die Lage schnellstmöglich zu beruhigen.

Dies war die Stunde von al-Attas. Daß ihn sein erster Weg nach Moskau führte, war offenbar sein Glück. So drängte er sich als neuer Staatspräsident förmlich auf. Al-Attas ist ein Technokrat ohne Hausmacht und somit jemand, auf den sich alle – unter Moskaus Druck – einigen konnten.

Haidar Abu Bakr al-Attas, Jahrgang 1939, stammt aus dem Hadramaut, dem südjemenitischen „Hinterland". Dort haben noch heute die Stämme mehr zu sagen als die kommunistische Staatspartei. Al-Attas brach aus diesem Traditionalismus aus und ging nach Kairo, um dort am Technischen Institut der Universität zu studieren. Später arbeitete er als Elektroingenieur im südjemenitischen Staatsdienst.

Mitte der sechziger Jahre schloß sich al-Attas der im Hadramaut entstandenen marxistischen „Befreiungsfront" NLF an. Als diese 1967 nach dem Abzug der Briten in Aden die Macht übernahm, gehörte er bereits dem Zentralkomitee an. Schon bald wurde er Minister, erst für Öffentliche Arbeiten, dann für Kommunikation und schließlich (ab 1977) für das Bauwesen. Als es 1980 (wieder einmal) zu einem Machtkampf in der



Der Organisator unter Südjemens Kommunisten: neuer Staatspräsident al-Attas FOTO: CONTANT/STUDIO X

südjemenitischen Führung kam, obsiegte der pragmatische Flügel um Premier Muhammad über die Ideologen, deren Führer, Staats- und Parteichef Isma'il, nach Moskau gehen mußte. 1985 kehrte Isma'il auf sowjetische Vermittlung hin zurück. Bei der Neuverteilung der Macht mußte der zum Staats-, Partei- und Regierungschef avancierte Muhammad das Amt des Ministerpräsidenten abgeben. Nachfolger: al-Attas, der zugleich ins Politbüro aufstieg. Ob dieser Karriere wurde al-Attas damals dem Flügel Isma'ils zugerechnet.

Doch al-Attas gilt in erster Linie als Verwaltungsmann und guter Organisator. Innerhalb des Isma'il-Flügels war er keiner der bedingungslosen und engagiertesten Köpfe. Dies dürfte auch jetzt den Ausschlag für ihn gegeben haben. Seine wenig kontroverse Person dürfte die Nachbarn nicht gar zu sehr verschrecken und garantiert entfernt so etwas wie „Kontinuität". Schließlich hatte Moskau gerade erst eine diplomatische Offensive gestartet, um am Golf hoffähig zu werden: Nach Kuwait hatten die Vereinigten Emirate und Oman offizielle Beziehungen aufgenommen. Am Ende dieser Liste soll irgendwann einmal auch Saudi-Arabien stehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALENPOST

Das Hagener Blatt meint zur Wirtschaftslage:

Die neuesten Konjunkturzahlen beweisen, daß der vor vier Jahren begonnene und zuerst zögerliche Aufschwung auf immer höhere Touren gerät … Es bleibt der leidige Arbeitsmarkt. Die Suche nach qualifizierten Arbeitskräften nimmt jedoch zusehends zu. Und daß der Wanderungsprozeß der Arbeitnehmer unverändert im Nord-Süd-Gefälle verläuft, macht die Richtung neuer Arbeitsplätze deutlich. Wer an sturer Kohlevorrang-Politik festhält, wird unweigerlich zum geographischen Sozialfall. Der Blick ins nächste Jahrzehnt bietet der modernisierten deutschen Wirtschaft beste Perspektiven. Vor allem die Jugend kann wieder Mut fassen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er äußert sich zur Breschnew-kritischen Rede von Gorbatschow:

Im Laufe der Breschnew-Ära ist die Lage der UdSSR auf wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und „ideologischer" Ebene starr geblieben. Dies ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Im Gegensatz dazu hat sich das Reich Stalins und Chruschtschows vergrößert und die Grenzen unter den Zaren gesprengt. Warum beklagt sich heute eigentlich Gorbatschow? Er kann nicht die Repression kritisieren, an der er teilgenommen und die er in den elf Monaten, seit er an der Macht ist, vehement fortgesetzt hat. Die Unbeweglichkeit der Nomenklatura, der er angehört, hat ihm ermöglicht, seine heute erreichte Karriere zu „programmieren". Noch nie hat vor ihm ein Mann – höchstens Breschnew selbst – über ein so riesiges Erbe geherrscht. Und vielleicht aus Furcht darüber, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein, opfert er den Erblasser. Eine Verteufelung, die auch schon seine Vorgänger angewandt haben. Auch eine Art, Kontinuität zu gewährleisten.

The Washington Post

Zum Machtwechsel auf den Philippinen meint sie:

Große Sorgfalt ist aufgewendet worden, um Gewalttätigkeit in Grenzen zu halten. Diese Sorgfalt muß aufrechterhalten und erweitert werden, während das Land darangeht, die Gesundheit seiner verzerrten und ausgebeuteten Wirtschaft wiederherzustellen, die Streitkräfte zu rehabilitieren, seine politischen Institutionen wiederzubeleben und entschieden gegen eine kommunistische Aufstandsbewegung vorzugehen, die sich – wir hoffen dies stark – neben Ferdinand Marcos als Hauptverlierer der Ereignisse erweisen mag … Es liegt an den Vereinigten Staaten, ihn aufzunehmen, falls er zu kommen wünscht. Dies zu tun bedeutet nicht, daß wir ihn lieben, es würde ausschließlich bedeuten, daß dieses Land die besten Interessen von jedermann erkennt – einschließlich die von Frau Aquino.

Oben Zusammenarbeit, unten weltweite Sabotage

Gorbatschows seltsames Programm gegenüber dem Westen / Von Carl Gustaf Ströhm

Die Entwicklung der Welt bestätigt die fundamentale Schlußfolgerung des Marxismus-Leninismus, daß die Geschichte der Gesellschaft nicht die Summe zufälliger Faktoren, sondern ein gesetzmäßiger Prozeß ist." Dieser glaubensstarke Ausspruch des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag in Moskau führt, wendet man ihn auf die Sowjetunion selber an, zu verblüffenden Ergebnissen.

Es ist also kein Zufall, sondern eine Gesetzmäßigkeit, daß der erste Mann des sowjetischen Kommunismus – nachdem er zuvor Breitseiten der Anklage gegen den amerikanischen Imperialismus abgefeuert hatte – plötzlich zur Schlußfolgerung gelangt: „Unsere beiden Länder (UdSSR und USA) haben nicht wenige Berührungspunkte. Es gibt eine objektive Notwendigkeit, miteinander im Frieden zu leben, auf einer Grundlage des gegenseitigen Vorteils zusammenzuarbeiten." Aber, so schränkt Gorbatschow sofort ein: Zusammenarbeit nur auf der Basis der Gleichberechtigung. Diese Sorge um die „Gleichberechtigung" erhellt die Situation.

Gorbatschow weiß, daß sein Vorgänger Leonid Breschnew samt der ihn umgebenden Generalität etwas viel Schlimmeres angestellt hat, als den Schlendrian und die Korruption in der Sowjetunion zu tolerieren. Sie glaubten, im Zeitalter der Entspannung den Westen mit einer Kombination von Friedenstönen und Aufrüstung übertölpeln zu können. Diese Politik mit ihren Mittelstreckenraketen sollte Europäer und Amerikaner trennen und die Sowjetunion zur Hegemonialmacht über den ganzen alten Kontinent befördern.

Statt dessen führte dieses Manöver zu einem Umschwung in den USA und zur Ära Reagan, in der die Sowjets mit der technologischen Überlegenheit der Amerikaner auch auf militärischem Gebiet konfrontiert sind. Folglich muß Gorbatschow heute darum ringen, daß die USA den Sowjetstaat nicht „an die Wand rüsten". Versuche Gromykos, dies durch Drohungen zu bewerkstelligen, scheiterten und führten zur Entmachtung des langjährigen Außenministers. So bleibt Gorbatschow nichts übrig, als das Problem von der anderen Seite anzupacken. An die Stelle von Drohungen treten Verheißungen und Appelle an „Vernunft" und „Einsicht".

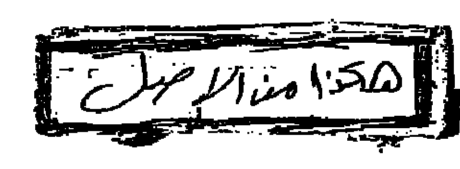
Bemerkenswert ist allerdings, daß derselbe Gorbatschow, der noch unlängst erklärte, die Welt bestehe nicht nur aus den USA und der Sowjetunion, und der bei seinem Besuch in Paris vergeblich die Franzosen mit einem Sonderarrangement zu locken suchte, nun in seinen Parteitagsbetrachtungen über die westliche Welt in erster Linie und fast ausschließlich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sieht.

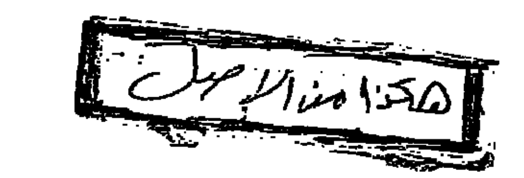
Dies bekommen auch die Osteuropäer zu spüren, die er mahnt, sich allen Versuchen des Westens entgegenzustellen, die Ostblockstaaten gegeneinander auszuspielen. In den sorgenvollen Gesichtern mancher kommunistischer Führer auf der Gästetribüne des Kongresses schien sich die Befürchtung zu spiegeln, Moskau könne im Zeichen des stromlinienförmigen neuen Kurses das bißchen Spielraum, das sich manche dieser Länder im Umgang mit dem Westen errungen haben, wieder zunichte machen.

Aber auch im Verhältnis zu den USA und damit zum Westen insgesamt gibt es bei Gorbatschow Ungereimtheiten – oder aber ein absichtliches Manöver. Denn während er in allerdings sehr unbestimmten Worten zur Zusammenarbeit aufruft, will er offenbar gleichzeitig die „durch die kapitalistische Ausbeutung verelendeten Massen der Dritten Welt" zum Angriff gegen die Bastionen des Imperialismus aufrufen. Zumindest ein Satz seiner Parteitagsrede läßt sich zudem so verstehen, als fordere er die verschuldeten Entwicklungsstaaten dazu auf, die Rückzahlung ihrer Schulden zu verweigern. Die seltsamen Versuche der Ostblockpresse, für den bereits stürzenden Marcos einzutreten, deuten in dieselbe Richtung.

Hier aber zeigt sich, daß der „Realist" und „Pragmatiker" Gorbatschow irgendwie doch nicht über das Gesichtsfeld seiner einstigen marxistisch-leninistischen Lehrgänge zu blicken vermag. Er will den Amerikanern eine Situation schmackhaft machen, in der die Sowjetunion gleichzeitig Partner der USA und Anführer eines weltweiten „Aufstandes der Armen" gegen die USA ist. Nachdrücklicher kann man das Mißtrauen kaum schüren.

So bleibt die Frage, ob nicht Gorbatschow Worte wie „Zusammenarbeit" und „Vernunft" in einem ganz anderen Sinn gebraucht, als sie im Westen verstanden werden. In einem Punkt muß man ihm allerdings recht geben. „In der Welt gibt es keinen ewigen Status quo", sagte er. Er freilich meint, das gelte nur für den Westen – nicht für das sowjetische Reich …





Zwei Hunde trösten Gina über den „Goldenen Bär" hinweg

Die Jury-Präsidenten Gina Lollobrigida ist empört, und sie steht damit nicht allein. Nach der Verleihung des Berliner Filmpreises „Goldener Bär" an den Film „Stammheim" stellt sich auch die Frage: Wie geht es mit den Berliner Filmfestspielen weiter.

Von DORIS BLUM

Man kam sich vor wie bei einer durchgefallenen Schauspielpremiere: Aus allen Ekken erschallten die Buhrufe, als auf der Schluß-Pressekonferenz der Berlinale die Verleihung des Goldenen Bären an den „Stammheim"-Film von Reinhard Hauff bekanntgegeben wurde. Dann stand die Jury-Präsidentin Gina Lollobrigida auf und erklärte in holprigem Englisch, daß sie sich für ihre Person von der Entscheidung der Jury distanziere. Jury-Mitglied Rudi Fehr, der den Dolmetscher spielte, wollte das anfangs gar nicht ins Deutsche übersetzen. Aber die Diva insistierte energisch. Das Votum für „Stammheim" sei keineswegs einstimmig gewesen, und unter den Gegenstimmen habe sich auch die ihre befunden.

Am Abend dann, während der, darüber waren sich die meisten einig, deprimierend niveaulosen und ungepflegten Verleihungs-Feier (die auch noch stolz vom deutschen Fernsehen übertragen wurde), wurde „Gina nazionale", die dem belämmert dreinschauenden Regisseur des Siegerfilms nur kurz die Hand reichte, noch deutlicher. Nach der Zeremonie gab sie für die internationalen Filmkritiker ein Interview: „Stammheim", so zürnte sie da, sei filmisch „die reine Katastrophe".

So „lausig schlecht" sei wohl noch niemals ein prämierter Film auf irgendeinem Festival dahergekommen, räsonierte der Star weiter. Nicht künstlerische, sondern einzig und allein politische Erwägungen hätten die Jury-Mehrheit bestimmt. Überhaupt sei das ganze Festival für sie eine große Enttäuschung gewesen. Die Berliner Filmleute seien nicht zu vergleichen zum Beipiel mit den großartigen Berliner Hundezüchtern. Von denen habe sie soeben zwei herrliche junge Schäferhunde gekauft, „Niko" und „Kora", und die seien wohl mehr wert als die ganze aufgedonnert-triste Berlinale.

Gina sprach's, bestieg ihren schon mit laufendem Motor wartenden Mercedes und entschwand in südliche, wärmere und filmfreundlichere Gefilde.

Die in Berlin Zurückgebliebenen jedoch fragen sich, welcher Teufel die Jury-Mehrheit der 36. Berliner Filmfestspiele geritten haben mag, daß sie ausgerechnet dem „Stammheim"-Film, der den Prozeß gegen die Baader-Meinhof-Bande zeigt, die höchste Auszeichnung zusprach, die die deutsche Filmwirtschaft zu vergeben hat. Wer hat da überhaupt geurteilt? Und wie war es möglich, daß der Preis an einen Streifen fiel, dem, so viele Filmkritiker, tatsächlich nicht die geringsten filmischen Qualitäten zukommen, von dem selbst seine Applaudierer, wie etwa die alternative



Distanzierung und verhaltene Freude bei der Verleihung des Goldenen Bären: Jury-Mitglied Gina Lollobrigida, Festspielleiter Moritz de Hadeln, Regisseur Reinhard Hauff und Autor Stefan Aust FOTO: AP

Berliner „tageszeitung", sagen, daß er ein Politikum sei und sonst nichts?

Man sollte sich die Zusammensetzung der Berlinale-Jury einmal genauer ansehen. Da wird einem sofort auffallen, daß es sich um eine sehr esoterische Versammlung mit deutlicher politischer Schlagseite gehandelt hat. Kein einziger „normaler" Publikumsvertreter war unter den Juroren und außer Gina Lollobrigida von den Schauspielern nur noch die weithin unbekannte Mexikanerin Rosaura Revueltas vom Jahrgang 1920, ehemaliges Mitglied des Ostberliner Brecht-Ensembles, die mit einem Deutschen verheiratet ist.

Ansonsten lauter „Filmologen", Kritiker und Regisseure von der eher publikumsfernen, volkserzieherischen Couleur, allen voran Herr Professor Norbert Kückelmann, der vor zwei Jahren selber einen Terroristenfilm, „Morgen in Alabama", abgedreht hat. Es ging damals um die „Bewältigung" des Attentats auf das Münchner Oktoberfest im Jahre 1980.

An der Seite Kückelmanns, der – zusammen mit Werner Grassmann, dem Leiter des Hamburger Programmkinos „Abaton" – die treibende Kraft für die Kür des Stammheim-Films gewesen sein soll, der polnische Filmschriftsteller Jerzy Toeplitz, der sowjetische – zur Zeit in Paris lebende – Regisseur Otar Iosseliani, Françoise Maupin von der Nachrichtenagentur AFP, der japanische Drehbuchschreiber Naoki Togawa, der englische Regisseur Lindsay Anderson, der unabhängige Produzent Rudi Fehr und schließlich August Coppola vom Filmdepartement der San Francisco University, der immerhin den Vorzug hat, der Bruder des berühmten Hollywood-Regisseur Francis Coppola zu sein.

Über das Abstimmungsverhalten der einzelnen Jury-Mitglieder wird offiziell selbstverständlich striktestes Schweigen gewahrt. Doch inoffiziell sickerte durch, daß neben Lollobrigida der heftigste Widerstand gegen Kückelmann und Grassmann von Coppola, Anderson – und Iosseliani gekommen sei. Die übrigen hätten sich im Verlauf der Diskussion auf die Seite der Stammheim-Befürworter geschlagen, so daß es am Ende sieben zu vier für „Stammheim" stand.

Heftige Kritik war im übrigen auch von ganz Linksaußen gekommen. Diese Kritiker hatten – wie schon bei der Uraufführung in Hamburg – alles Mögliche und Unmögliche versucht, um die Aufführung zu stören. Sie waren nicht damit einverstanden, daß der Film in Bezug auf die in Stammheim einsitzenden Top-Terroristen die „Selbstmordthese der Imperialisten" übernommen hatte. Strenge Einlaßkontrollen verhinderten zwar, daß die Aufführung im Zoo-Palast unterbrochen werden mußte, aber es gelang dennoch, eine Stinkbombe im Zuschauerraum zu zünden, so daß die Vorstellung unter üblem Geruch vonstatten gehen mußte. Unterdessen überlegen die „normalen" Festspielgäste bänglich, wie es mit der Berlinale weitergehen soll. Der Wettbewerb hat in diesem Jahr – trotz solcher „Highlights" wie des „Camorra"-Films von Lisa Wertmüller oder der Don-Camillo-Paraphrase von Nanni Moretti – einen neuen Tiefstand erreicht. Es wimmelte von politisierenden Debütanten-Machwerken, aber merkwürdigerweise ging es kaum um aktuelle politische Probleme. Statt dessen trampelten die überwiegend sehr jungen Filmemacher fast unisono auf den dreißiger Jahren und dem „Faschismus" herum, obwohl keiner von ihnen diese dreißiger Jahre selbst erlebt hat. Man sagte sich wohl: „Wenn ich den Faschismus kritisiere, dann kann nichts gänzlich schief gehen, dann muß man mir wenigstens mein ‚berechtigtes Anliegen' abkaufen."

Alles dies war keine unfreiwillige Panne der Verantwortlichen, sondern entsprach der vollen Absicht und soll auch die Leitlinie für die weitere Zukunft des Festivals abgeben. Festival-Chef Moritz de Hadeln will künftig keinen Qualitätsvergleich der Berlinale mit den anderen sogenannten A-Wettbewerben, den Festspielen von Cannes und Venedig, mehr akzeptieren. Der Berliner Wettbewerb, so erklärte er, „ist nicht als Sammelstelle für Meisterwerke gedacht, sondern als Platz, an dem man einige der interessantesten Filme des Jahres entdecken und diskutieren kann".

Doch was de Hadeln und seine Jury interessant finden und was das zahlende Publikum interessant findet – das eben sind zwei vollkommen verschiedene Schuhe. Selbst „elitäre" Filmkritiker freuen sich nach dem Berliner Desaster nun umso mehr auf Cannes. Die Berlinale aber hat in Anbetracht ihrer kalten Ungepflegtheit und auch in Anbetracht der strengen äußeren Kälte, die in den letzten Jahren meistens während der Festspieltage herrschte, ihren Spitznamen in der Branche endgültig weg: „Das Festival, das in die Kälte ging".



Eine Szene aus dem Film „Stammheim": U. Tukur als Andreas Baader, S. Wegener als Gudrun Ensslin, H. Kremer als Jan-Carl Raspe und T. Affolter als Ulrike Meinhof (v.l.) FOTO: AP

Der neue Mann bleibt ein Gefangener des alten Rituals

Der Mann an der Spitze ist neu, seine demonstrative Vitalität ist neu – doch altbekannt ist, was Michail Gorbatschow vor dem 27. Parteitag verkündet, und wie er es tut.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Der große Konferenzsaal des Internationalen Pressezentrums am Zubowkij Bulvar in Moskau liegt an diesem frühen Vormittag noch im Halbdunkel. Man sieht nur schemenhaft die Köpfe der Journalisten. An der Stirnseite des Raumes leuchtet ein Lenin-Zitat golden auf rotem Hintergrund auf; es verkündet: Die Partei ist Geist, Ehre und Gewissen unserer Epoche. Daneben die Vignette des 27. Parteitages, ein Lenin-Kopf vor wehender Fahne.

Zwei Minuten vor zehn Uhr hört schlagartig die heroische Musik von Glinka auf, die gewölbte Leinwand zeigt nun eine wehende rote Fahne am strahlend-frostigen Februar-Himmel auf dem Kreml-Palast aufgepflanzt. Mit dem Zehn-Uhr-Schlag der Kreml-Uhr tauchen die Kameras ins Innere des modernen Kongreß-Palastes, eine kolossale Hinterlassenschaft Nikita Chruschtschows aus Glas und Stein. Hier findet der 27. Parteitag der KPdSU statt.

Kein Korrespondent durfte hier hinein, um das Spektakel persönlich mitzuerleben. Nur eine autorisierte Übertragung bietet Ausschnitte, informiert das Land. Im ganzen Sowjetbereich wird via Fernsehen und Radio die Eröffnungs-Zeremonie übertragen.

Moskaus neuer Stadtchef Boris Jelzin sprach dem Ereignis vorher „fraglos historische Bedeutung" zu. Leonid Samjatin, offizielles Kreml-Sprachrohr, für die ausländischen Journalisten zuständig, redete ebenfalls von einer „neuen Etappe in der Geschichte der Sowjetunion" und nannte diesen Parteitag einen „Wendepunkt". Nun, so etwas wird jedesmal gesagt.

Die Kameras gleiten über die engbesetzten Reihen des gewaltigen Saales hinauf zu den Rängen, wo sich 4993 Delegierte dieses gewaltigen Sowjetreiches versammelt haben. Alte und Junge, Männer und Frauen, mit strengen Kostümen und farbigen Landestrachten, manche auch ordensgeschmückt. Hier, in diesem Kongreß-Saal, erleben die meisten von ihnen den Höhepunkt ihres oft schon langen Parteilebens. Denn sie wurden erwählt, durften nach Moskau reisen. „Zehn Jahre meines Lebens, seit ich bei der Partei bin, habe ich darauf gewartet", erklärt freudestrahlend vor der Kamera ein biederer Bauer aus der Ukraine.

Die Kameras gleiten weiter, zeigen die Gast-Delegationen aus aller Welt: 153 aus 113 Ländern haben sich hier versammelt: Sie kommen aus den sozialistischen und nichtsozialistischen Bruderländern, aus revolutionären Vereinigungen und Befreiungs-Nationen, aber auch aus sozialistischen Parteien des Westens. Sie alle haben den Weg nach Moskau gefunden und lassen dort über ihre Sprecher in monotonem Refrain die KPdSU und das ganze Sowjetvolk hochleben.

Man sieht einen ernst blickenden Erich Honecker neben dem Polen Jaruzelski mit der obligatorischen Sonnenbrille. Ein Schwenk weiter sitzt ein erschöpft wirkender Fidel Castro in Uniform. Auch der glücklose Ceausescu kam in die Sowjet-Metropole. Sie alle demonstrieren die internationalen Verbindungen der KPdSU, aber auch das „Recht auf nationale Eigenart".

Die Chinesen, die man von sowjetischer Seite so sehr umwirbt, schickten keine Delegation. Sie fanden, daß sie „nichts gemein haben mit der sowjetischen KPdSU". Die neuen Machthaber Albaniens wiederum erhielten keine Einladung, während hingegen die philippinische KP trotz der Unruhen im Lande in Moskau vertreten ist. Aus Italien reiste nur zweite Garnitur an: U. Pecchioli an der Spitze der Delegation. Natta, der italienische kommunistische Führer, der jüngst in Moskau weilte, hatte trotz „wärmster Atmosphäre" darauf beharrt, nicht zum Parteitag zu kommen. Die Franzosen schickten eine Delegation unter Plissonier.

Tage vorher sah man Abend für Abend im sowjetischen Fernsehen die Ankunft der Delegationen auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo einfliegen, mit Bruderküssen herzlichst umarmt.



Michail Gorbatschow: „Wie herrlich ist doch dieses Schicksal" FOTO: TASS

Und dann ist der große Augenblick gekommen: Unter Riesenapplaus betritt Michail Sergewitsch Gorbatschow, wie der Ansager weihevoll verkündet, den Versammlungssaal. Er kommt elastischen Schrittes im nachtblauen Anzug mit gestreifter Krawatte ans Podium. Ihm folgt, vergleichsweise schwerfällig, Andrej Gromyko, dann seine lokale Seilschaft Ryschkow und Ligatschow. Die mannshohe Lenin-Statue leuchtet vor dem roten Hintergrund, scheint zu schweben von den ausgehenden aufgemalten Strahlen.

Gorbatschow tritt auf: ein glattwangiger, alerter Mann, der seine physischen Kräfte zu demonstrieren scheint. Fünf Minuten später hat er bereits den Kongreß eröffnet, „da keine Einwände erfolgten". Jegor Ligatschow folgt ihm. Auch er absolviert in knappen zehn Minuten das obligatorische Eröffnungs-Zeremoniell.

Die festgelegten Regie-Regeln geben nun dem KP-Chef bereits 18 Minuten nach zehn Uhr das Wort. Und Gorbatschow ergreift es: Einem südländischen Händler gleich überschüttet er seine Zuhörer mit einem gewaltigen Wortschwall, aufgezeichnet in einem Manuskript von 209 Seiten Länge. Er spricht von „aggressiven Plänen des Imperialismus", von den „verknöcherten Leistungsformen und der Trägheit seines Landes", er hämmert im Stakkato auf seine Zuhörer ein.

Außenminister Schewardnadse und Verteidigungsminister Sokolow hinter ihm sitzen da als Staffage, nikken nicht einmal beifällig, sondern hören mit versteinerter Miene das Scherbengericht über die Sowjetunion, aber auch über den Kapitalismus und vor allem über die „US-Imperialisten". Der Parteiführer redet nach Manuskript so schnell, daß die Übersetzer, die diese Rede in Englisch und Französisch für das Radio übertragen, immer wieder ins Schleudern kommen.

Gorbatschow legt ein so erbarmungsloses Tempo vor, daß die Delegierten ab und an beinahe den obligaten Zwischenbeifall vergessen –, wären da nicht jene Stichworte, die schon automatisch Applaus auslösen: „Lenin", „Frieden" und „Fortschritt". Mitunter unterstreicht er auch die Wichtigkeit seiner Aussage mit den Händen, weicht vom Manuskript kurz ab. Und dann greift er hin und wieder nach dem Teeglas, das ihm immer wieder gereicht wird.

Nichts hat sich an der Prozedur der Parteitags-Reden seit den späten zwanziger Jahren geändert. Immer erst die endlose Aufzählung der „Errungenschaften" und „Fortschritte", dann das endlose Herausstreichen der großartigen „unsterblichen" wissenschaftlichen Lehren von Marx und Engels. Dann das Eingeständnis der Fehler und Schwächen im wirtschaftlichen und ideologischen Bereich (dieser Abschnitt, der immer mit „jedoch" beginnt), dann Vorwürfe an den Imperialismus, der den realen Sozialismus zu unterwandern und den „Weltfrieden" zu stören versuche. Und endlich mündet das Sprachwerk ein in die Hochrufe auf die große Sowjetunion.

Die Kameras schweifen immer wieder über die Delegierten, während Gorbatschows Stimme aus dem Unsichtbaren erschallt. Auch Raissa Gorbatschowa entdeckt man unter den Delegierten, in strengem schwarzen Kostüm mit weißer Schleifenbluse. Manche der Delegierten sind längst eingenickt. Doch Gorbatschow redet und redet, redet eindringlich und streng. Er spricht in diesem Gewaltakt, als wenn er dem sowjetischen Volk zeigen wolle, welch physische Reserven in ihm, dem Führer, stecken.

Sechs Stunden dauert das Marathon-Stakkato: Dann mündet Gorbatschow in die triumphierende Schicksalsformel: „So und nur so werden wir das Vermächtnis des großen Lenin erfüllen können, mit Tatkraft und Einheit des Willens. Ein anderes Schicksal hat uns die Geschichte nicht zugewiesen. Aber wie herrlich ist doch dieses Schicksal, Genossen."

Und noch einmal raffen alle Angesprochenen ihre Kräfte zusammen, applaudieren rhythmisch ihrem KP-Chef. Es ist 18.20 Uhr, als im Konferenzsaal des Pressezentrums die Lichter wieder angehen und heroische Musik ertönt.

Draußen bläst ein scharfer Wind. Minus 20 Grad zeigt das Thermometer. Doch die Milizionäre scheinen von der Kälte unberührt. Sie schauen angestrengt, selbst beim Herausgehen aus dem internationalen Pressezentrum auf die „Kartotschka" der akkreditierten Journalisten: Die mit roten Bändchen kommen aus sozialistischen Ländern. Blaue Bänder stehen für westliche Korrespondenten – und da schaut man denn auch lieber genauer hin.

„Ekki" Gries plant Rückkehr in die Politik

Nea. Wiesbaden

Kein „Comeback eines Sozialliberalen" und auch keine Rivalität zu seinem Nachfolger Wolfgang Gerhardt sieht der frühere hessische FDP-Landesvorsitzende Ekkehard („Ekki") Gries in seinem für viele überraschenden Entschluß, nach vierjähriger Pause nun doch wieder in die große Politik einzusteigen und auf einem sicheren hessischen Listenplatz 1987 für den Bundestag zu kandidieren.

Jahrelang war Gries als Innenminister in den Kabinetten Osswald und Börner ein treuer Koalitionspartner der hessischen SPD gewesen. 1982 vollzog er als Landesvorsitzender die Wende seiner Partei mit und schied aus Koalition und Kabinett aus. Aber die unsicher gewordene Parteibasis machte ihn zum Sündenbock, zwang ihn zum Rücktritt und fügte ihm bittere Abstimmungsniederlagen auf Parteitagen zu. Enttäuscht zog Gries sich schließlich mit seiner Ministerpension auf eine Anwaltspraxis und in die Kommunalpolitik (dort ist er inzwischen Kreistagsvorsitzender im Hochtaunus) zurück. Nur einmal trat er noch in die breitere Öffentlichkeit, als er während der langwierigen rot-grünen Verhandlungen in Hessen die FDP zu mehr Flexibilität und Nachgiebigkeit gegenüber den Sozialdemokraten ermahnte. Vergeblich.

Gerade dies bringen heute Beobachter mit seiner Bundestagskandidatur in Verbindung. „Parteifreunde haben mich gedrängt", sagt Gries. Sind es etwa solche, die mit der heutigen FDP-Linie nicht zufrieden sind?

Gries, der in diesem Jahr 50 wird, wehrt sich gegen solche Vermutungen: „Die sozialliberale Koalition war damals die einzige Antwort auf die damalige Situation. Aber nicht nur die Situation ist anders geworden, vor allem auch der Partner von damals. Wenn die SPD mit klarem Blick in den Grünen ihren Partner auf längere Sicht sieht, dann stellt sich für die FDP die Frage eines sozialliberalen Bündnisses überhaupt nicht mehr." Gries bekennt sich ausdrücklich zur neuen Bonner Koalition.

Als Rivale für seinen Nachfolger Gerhardt will er sich nicht sehen. Er habe ihn, sagte er, immer fair behandelt und sich nicht vorgedrängt. Aber wenn er jetzt für den Bundestag kandidiere, erwarte er, daß ihm ein sicherer Listenplatz eingeräumt werde. Noch einmal sich „das Gesicht zerkratzen lassen" wolle er nicht.

1983 eroberte die hessische FDP vier Bundestagssitze. „Ekki" Gries wird auf dem Listenparteitag im April für den Listenplatz drei kandidieren. Auf diesen Platz hatte sich eigentlich der Darmstädter Bundestagsabgeordnete Klaus-Jürgen Hoffie (beim letztenmal Platz vier) Hoffnungen gemacht.

Binnenmarkt als Priorität der EG

cr. Bonn

Die Vollendung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes bis 1992 gehört für den Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei und Vizepräsidenten des Europaparlaments, Egon Klepsch, zu den vorrangigsten Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft. Ein funktionsfähiger freier Binnenmarkt, in dem Waren und Dienstleistungen ohne Behinderungen gehandelt werden können, sei der Kern der Europäischen Gemeinschaft und zugleich die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der EG. Nur auf dieser Basis, so Klepsch, könnten die Mitgliedsstaaten ihre weltweite Konkurrenzfähigkeit beibehalten und ausbauen.

Die Reform der Agrarpolitik, die Harmonisierung und Normung von Vorschriften sowie der weitere Ausbau des Bereiches Forschung und Technologie stehen an der Spitze des diesjährigen Arbeitsprogrammes des Europaparlaments. Ein fünfjähriges Rahmenprogramm für die zweite Phase des Informationstechnologieprojekts „Esprit" stehe dabei im Vordergrund.

Hannover bangt um halbe Milliarde bei der NH

MICHAEL JACH, Hannover

Das Land Niedersachsen hätte bei einem Konkurs der Neuen Heimat (NH) Verluste aus Darlehen und Bürgschaften in Höhe von mindestens einer halben Milliarde Mark zu erwarten. Dies läßt sich anhand der Antwort von Sozialminister Hermann Schnipkoweit (CDU) auf eine gestern von den Grünen eingebrachte Dringliche Anfrage im Landtag errechnen. Großteils bis Mitte der siebziger Jahre hat das Land der NH-Gruppe Bürgschaften über 580 Millionen, Baudarlehen in Höhe von 320 Millionen sowie weitere 150 Millionen Mark an Aufwendungsdarlehen gewährt und damit den Bau von 36 500 Mietwohnungen gefördert. Am Jahresende 1985 hatte die Gruppe im Land einen Bestand von 39 000 Wohnungen, davon 1600 leerstehend.

Landesbürgschaften und Baudarlehen sind nach Schnipkoweits Schätzung bisher zu etwa einem Viertel getilgt (die Überprüfung ist noch nicht abgeschlossen). Die Bürgschaften sind zur Hälfte durch den Bund rückverbürgt; das verbleibende Obligo des Landes ist, wie anderweitig in Hannover bekannt wurde, überwiegend erst an zweiter Stelle im Grundbuch abgesichert und kann damit im Konkursfall zu höchstens vier Fünfteln geltend gemacht werden. Die Baudarlehen des Landes sind nach Grundbuch drittrangig und damit ungesichert.

Landesregierung lehnt Zergliederung ab

„Angesichts der gewaltigen Finanzkraft der Anteilseigner" hält Schnipkoweit einen Konkurs des Wohnbau-Riesen allerdings „für nahezu ausgeschlossen". Der Minister, selbst Mitglied der IG Bergbau, kann sich „nicht vorstellen, daß sich die Gewerkschaften hier ihrer sozialen Verantwortung entziehen". Es sei nun an ihnen als den Eigentümern, ein Sanierungskonzept vorzulegen.

Eine Zergliederung der Neuen Heimat in Länder- oder Regionalgesellschaften, wie der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder sie verlangt hat, lehnt die Landesregierung „in Übereinstimmung mit allen anderen Ländern" (Schnipkoweit) ab. Aus hannoverscher Sicht steht dahinter dem Vernehmen nach auch die „relativ bessere" Situation der NH in süddeutschen Ländern: Eine Zerschlagung des Konzerns würde im Norden die Lasten erhöhen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) soll seinem wankenden Wohnbau-Konzern die zur Sanierung nötigen Finanzmittel durch Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital gewerkschaftseigener Unternehmen zuführen. Mit dieser Aufforderung griff gestern Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) in die Suche nach Wegen zur Rettung der NH vor dem Zusammenbruch ein.

Ministerin Breuel: „Neue Subventionen unzumutbar"

In einem offenen Brief an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit bezeichnet Frau Breuel neue Staatssubventionen für die NH als unzumutbar: „Die Neue Heimat braucht finanzielle Hilfe, aber nicht vom Steuerzahler, der bereits große Opfer gebracht hat." Statt dessen solle sich der DGB die maßgeblich von Niedersachsen über den Bundesrat angestoßene Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zunutze machen.

An die Adresse der etwa 60 000 niedersächsischen NH-Mieter wurde gestern die Zusicherung der Landesregierung wiederholt, ihre Schutzrechte zu gewährleisten und sie „nicht im Stich zu lassen". Neben der Inpflichtnahme der Gewerkschaften bestimmt dieser Grundton seit Monaten alle Äußerungen der regierenden CDU zum Problembündel Neue Heimat. Parteipolitische Schläge in Richtung SPD unterbleiben in diesem Zusammenhang fast völlig, um den Sozialdemokraten nicht Anlaß zu bieten, sich gegenüber den NH-Geschädigten mit ihrer Wahlkampf-Vokabel „CDU-Ellenbogen-Politik" psychologisch aus der Affäre zu ziehen.

Ministerpräsident Ernst Albrecht hatte schon Ende letzten Jahres die Bereitschaft herausgestellt, an dem vom DGB erwarteten Sanierungsplan „mitzuwirken". Was es das Land im Ernstfall kosten darf – darüber herrscht eisernes Schweigen.

„Kohl soll die Kraft für die Regierungsarbeit genommen werden"

Gespräch mit Arbeitsminister Blüm: Justiz muß „Öffentlichkeitsarbeit" überdenken

ms. Bonn

„Wird es bei uns zum Nationalsport, Politiker – unabhängig vom Vorgehen der Justiz – mit Vorab-Verurteilungen zu überschütten, sie an den Pranger zu stellen? Wohin wird diese publizistische Geilheit noch führen, die nichts als ihre eigenen Vorurteile enthüllt?" Norbert Blüm, Weggefährte von Helmut Kohl, stellt diese Fragen angesichts der Vorgänge in den letzten Wochen.

Er ist von der Fraktionssitzung der Union, auf der sich der Kanzler zu den „Begleitumständen" des gegen ihn eröffneten Ermittlungsverfahrens geäußert hat, in die WELT-Redaktion gekommen. „Ich kenne Helmut Kohl seit über zwanzig Jahren als einen Mann, der sich für die CDU und für unser Land abrackert, rund um die Uhr, ohne Rücksicht auf sich." Blüm: „Er hat einen großen Vertrauensvorschuß verdient." Die Union werde ihren politisch erfolgreichen Kanzler nicht durch pausenlose Abwehr von Verdächtigungen und Verteufelungen vom Regieren abhalten lasen. „Wir brauchen unsere ganze Kraft um die Sorgen der Bürger zu beseitigen. Es gibt noch genug Aufgaben: Friede sichern, Arbeit für alle, den Schwachen helfen. Mit der Abwehr von Verteufelungskampagnen sollen wir von unseren wichtigen Aufgaben abgelenkt werden. Auf diesen Leim werden wir nicht gehen."

Blüm fragt, wo die Stimme von Johannes Rau bleibe. „Er hat doch millionenfach und mit viel Geld seinen Anstandsappell verbreitet."

Man müsse vorsichtig sein, daß der Rechtsstaat nicht in zwei Welten zerfällt: „Für den Normalfall gilt das ordentliche Rechtsverfahren und für die Politiker wird der Ausnahmezustand hergestellt. Sie werden zum Freiwild." Jeder Vorwurf werde erlaubt nach dem Motto: Es wird schon etwas hängen bleiben. „Auf der anderen Seite entdecke ich eine Supersensibilität im Bereich des Datenschutzes. Wie paßt eigentlich das eine zum anderen?"

Die öffentliche Meinung müsse aufpassen, „daß sie kein Gerüst baut für einen Pranger, an den man dann Politiker zum Anspucken stellt". Und die Justiz „muß die Wirkung ihrer 'Öffentlichkeitsarbeit' bedenken". Sie gefährde ihre eigene Unbefangenheit, wenn sie nicht zu verhindern sücht, daß sie möglicherweise ungewollt das Material für öffentliche Vorverurteilungen liefere. Was die Angelegenheit mit Kohl betreffe, so sei er sicher, daß „sich das auflöst in Haltlosigkeit". Die Regierung werde „mit Gelassenheit und Entschlossenheit" ihre Pflichten erfüllen und die Aufgaben anpacken. Zum Beispiel die Präzisierung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz. „Wir werden vor niemandem in die Knie gehen, der glaubt, mit Polemik die Sachargumente ersetzen zu können." Zwei Jahre sei jetzt über den Paragraph 116 diskutiert und mit dem Sozialpartner gesprochen worden, schon deshalb sei der Vorwurf eines „Schnellverfahrens" absurd.

Aber diese Gelassenheit, die darin zum Ausdruck gekommen sei, „darf nicht mit Feigheit verwechselt werden". Blüm: „Die Neutralität des Staates in Tarifauseinandersetzungen wird nicht meistbietend versteigert. Sie muß absolut gesichert bleiben."

„ Wir wollen die Folgen des Arbeitskampfes für die Zahlpflichten des Arbeitsamtes klären. Mehr nicht! Die tieferen Ursachen des Streites liegen wo ganz anders. Das Verhältnis der Sozialpartner hat einen Vertrauensverlust erlitten. Beide haben Angst, der andere schlägt sie k. o. Und leider können sie sich auch gegenseitig mehr verletzen als früher. In einer verflochtenen Wirtschaft kann man mit Schwerpunktstreiks



Bundesarbeitsminister Norbert Blüm FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

und Aussperrung mehr anrichten als früher. Aber ich bin nicht der Prügelknabe für die Unfähigkeit der Sozialpartner, ihr Verhältnis wieder in Ordnung zu bringen. Vielleicht wirkt die jetzige Auseinandersetzung wie in reinigendes Gewitter und die Besonnenen auf beiden Seiten nutzen die Chance für die Besinnung der drei Gewerkschaften und Arbeitgeber, die sich wechselseitig brauchen."

Nahezu fassungslos sehe er allerdings den Versuch der IG Metall, sich die „Grünen als Bündnispartner auszusuchen". Blüm: „Die Grünen, das sind doch diejenigen, die die Ford-Werke auf Fahrradproduktion umstellen wollen. Ich kann der IG Metall nur sagen: Viele Grüße von den Automobilarbeitern." Man könne nicht den Wohlstand einer Industriegesellschaft in einer grünen Idylle produzieren.

Er frage sich, wie weit die „gewerkschaftliche Geistesverwirrung" gediehen sei. Gewerkschaften und Grüne Hand in Hand – „das wäre so, wie wenn die Metzgerinnung bei den Vegetariern um Unterstützung bittet".

Blüm fragt weiter: „Ist die Hemmungslosigkeit der IG-Metall-Funktionäre schon so weit gediehen, daß sie auf DKP-Veranstaltungen wie z. B. in Velbert die Regierung attakkiere, sie gefährde das Streikrecht. Ausgerechnet Arm in Arm mit Kommunisten „in deren Machtbereich Streikende ins Gefängnis wandern". Das sei mehr als eine „Geschmacklosigkeit".

Zurück zur Diskussion um den Paragraphen 116, zu der Frage, wie Blüm zur Einrichtung einer Schiedsstelle steht. „Dazu sage ich jetzt überhaupt nichts. Ich warte das Hearing ab und die dort vorgetragenen Argumente. Ich bin weder Rechthaber noch Dogmatiker." Aber unabhängig von „allen Vorschlägen" gelte: „Die Neutralität des Staates wird nicht aufgegeben."

Zu den Sachfragen, die behandelt werden müssen, gehört für Blüm auch die Aufklärung über die Renten-Situation, nachdem in den vergangenen Tagen aus den eigenen Reihen irritierende Vorschläge dazu gekommen sind. Blüm: „Seit 1973 gab es bei den Renten-Finanzen nur die Bewegung abwärts. Jahr für Jahr wurden die Kassen leerer. 1986 füllen sie sich wieder, die Rücklagen steigen erstmals wieder an. Und das bedeutet mehr Renten-Sicherheit, das Gebot Nummer eins. So können wir die Diskussion über die Strukturreform führen, ohne daß Einsturzgefahr droht." Blüm spricht von einer „angstfreien Diskussion", die somit jetzt möglich sei.

Zum „Fundament" der Rentenversicherung gehöre, daß sie „beitrags- und lohnbezogen bleibt". Blüm: „Wer die Rente ins Gemenge der Fürsorge bringt, der nimmt den Rentnern den sich selber erarbeiteten Anspruch." Deshalb sei er für eine „saubere Trennung" zwischen Sozialhilfe und Rentenpolitik. Das bedeute eine „klare Absage an eine Mindest-Rente, an jeden Renten-Kuddelmuddel". Die Rentenerhöhung folge der Lohnentwicklung in einem Abstand von einem Jahr. „Deshalb werden die Renten 1986 um drei Prozent erhöht."

Blüm, der eine solide Sozialpolitik für sich in Anspruch nimmt, spricht freilich von einem „publizistischen Wettbewerbsnachteil" in der Rentendebatte. „Der Nachteil liegt darin: Die Politik ist zu leise." Blüm fragt, wieviele von dem Kaufkraftgewinn wissen, der sich aus der niedrigen Inflationsrate ergibt: „Was haben die Rentner von den Rentensteigerungen von 1980 bis 1982 gehabt, von den 14,4 Prozent, wenn die Preise in diesem Zeitraum um 18,1 Prozent gestiegen sind?" Der Kaufkraftgewinn, den die Rentner 1986 durch die Preisstabilität erreichen, „beträgt acht Milliarden Mark". Blüm: „Ist das nichts?"

Nachmann bittet Parteivorsitzende um Gespräch

rtr, Bonn

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, hat die Vorsitzenden von CDU, CSU, SPD und FDP um ein Gespräch über die innenpolitische Lage gebeten. Nachmann erklärte, er wolle mit ihnen über zunehmende antisemitischen Tendenzen in der Bundesrepublik sprechen, gegen die von den Parteien zu wenig unternommen werde. Daß die junge Generation zwar keine Schuld für die Verbrechen gegen die Juden habe, aber dennoch Verantwortung trage, werde von einer zunehmenden Zahl von Politikern in Frage gestellt.

In politischen Kreisen greife die Ansicht um sich, unter die Judenfrage müsse 40 Jahre nach Ende der Nazi-Herrschaft endlich ein Schlußstrich gezogen werden. Nachmann bezeichnete es als schlimm, daß eine Reihe von Politikern damit liebäugelten, "daß ihnen das Stimmen bringt". Heute befaßt sich der Bundestag auf Initiative der FDP-Abgeordneten Hamm-Brücher in einer Aktuellen Stunde mit antisemitischen Tendenzen.

Anklage wegen RAF-Mitgliedschaft

dpa, Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt Anklage gegen die beiden mutmaßlichen Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) Ingrid Ursula Barabaß (33) und Mareile Schmegner (25) erhoben. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft sind die Beschuldigten hinreichend verdächtig, sich 1982 bzw. 1984 der RAF als Mitglieder angeschlossen zu haben. Die beiden Frauen waren am 3. Juli 1985 in Frankfurt festgenommen worden und befinden sich seither in Untersuchungshaft.

Ingrid Barabaß war bereits 1982 wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Bewegung 2. Juni" rechtskräftig zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Gegen Pastorinnen: Pfarrer tritt ab

dpa, Weiden

Aus Protest gegen die Beschäftigung einer Pfarrerin in Weiden hat der evangelische Pfarrer Gilbrecht Greifenberg (33) seinen Dienst quittiert. In einer im Gottesdienst verlesenen Erklärung betonte er, eine Kirche, die entgegen den Weisungen der Bibel und ohne Rücksicht auf die weltweite Ökumene Pfarrerinnen weiht, sei nicht mehr seine Kirche.

Waffenschieber flohen nach Ost-Berlin

Nordkoreanische Diplomaten sollten ausgeliefert werden

DIETER DOSE, Berlin

Vier nordkoreanische Diplomaten, akkreditiert bei der „DDR"-Regierung in Ost-Berlin, sind amerikanischen Sicherheitsbeamten und der Westberliner Polizei durch die Lappen gegangen. Sie sollten festgenommen und ausgeweisen werden, aber sie befanden sich nicht in dem Büro, das ihnen seit längerer Zeit als Aufenthalt in West-Berlin diente. Die Alliierte Kommandantur hat die Ausweisung der Diplomaten, sogenannte zweite und dritte Sekretäre an der Ostberliner Botschaft Nordkoreas, mit der Begründung verfügt, daß sie von West-Berlin aus undurchsichtige Waffengeschäfte abwickeln.

Unweit vom Grenzübergang Invalidenstraße im Bezirk Tiergarten, der ein schnelles Verschwinden in den Ostteil der Stadt ermöglicht, hatten sich die Nordkoreaner auf einem großen Güterbahnhofsgelände eingenistet. Ihr Partner: ein Westberliner Speditionsunternehmen, geleitet von einem seit 15 Jahren in der Stadt lebenden Tschechen. Gegen die Firma wird ermittelt.

Anfang Januar waren die dunklen Geschäfte der Nordkoreaner aufgeflogen. Auf die Spur kam ihnen der amerikanische Zoll, publik wurde der Fall durch das SFB-Fernsehmagazin „Kontraste". Verwickelt darin ist auch eine Importfirma aus der Eifel. Über diese Firma wurden 87 amerikanische Hughes-Hubschrauber vom Typ „500 M-D", Wert rund 35 Millionen Mark, erworben. Von Rotterdam aus übernahm die Westberliner Spedition den Weitertransport nach Nordkorea.

Bei den Hubschraubern handelt es sich zwar um eine zivile Version, sie lassen sich jedoch für militärische Zwecke umrüsten. Nach den in USA geltenden Bestimmungen ist aber auch der Verkauf ziviler Hubschrauber an kommunistische Länder verboten. Die amerikanischen Behörden haben außerdem Hinweise, daß die Nordkoreaner versucht haben, in der Bundesrepublik Raketen für die Ausrüstung der Helikopter zu beschaffen.

Nach alliiertem Recht, gültig übrigens für ganz Berlin (!), sind Waffengeschäfte einschließlich der Vermittlung verboten. Sollten die Nordkoreaner, die bei der Speditionsfirma ein- und ausgingen und in Wagen ihrer Botschaft vorfuhren, noch einmal in West-Berlin auftauchen, werden sie festgenommen und abgeschoben. Jedoch nicht über den nächstgelegenen Grenzübergang, sondern über den an der Heerstraße – direkt in das Gebiet der „DDR". Denn formell heißt der Beschluß der Kommandantur: Sie dürfen sich nicht mehr auf dem Gebiet von Groß-Berlin, zu dem beide Teile der Stadt gehören, aufhalten.

Schöfbergers Ärger mit den Frauen

PETER SCHMALZ, München

Dem bayerischen SPD-Vorsitzenden Rudolf Schöfberger steht Ärger mit seinen Genossinen ins Haus. Nachdem der Parteibezirk Südbayern seine Kandidaten für die SPD-Landsliste zur Bundestagswahl vorgeschlagen und dabei die Frauen mit nur zwei Ausnahmen auf die hinteren Ränge verwiesen hat, proben die Politikerinnen den Aufstand. Im Präsidium, im Landesvorstand und bei der Landeskonferenz, die am 15. März die Liste endgültig festlegt, wollen sie gegen die Benachteiligung protestieren.

Schöfberger hat bei dieser Auseinandersetzung einen schweren Stand und darf sich des weiblichen Mißtrauens sicher sein, seit er bei der Vorstandswahl im vergangenen Herbst seine Konkurrentin Anke Martiny ausbootete. Auch die Delegierten des Bezirks Südbayern haben mit ihrem Votum gegen die Frauen demonstriert, wie groß die Distanz zwischen Theorie und Praxis sein kann: Vor noch nicht einmal einem Jahr hatten sie den mutigen Beschluß gefaßt, künftig den Frauen gemäß ihrem Mitgliederanteil jedes vierte Mandat zu überlassen. Als es aber jetzt erstmals zum Schwur kam, stimmten sie ab wie gewohnt und setzten nur die bisherigen Abgeordneten Anke Martiny und Sigrid Skarpelis-Sperk auf aussichtsreiche Plätze. Vergeblich hatte der südbayerische Bezirksvorsitzende Jürgen Böddrich gemahnt, man stehe „bei den Frauen im Wort".

Schöfberger ist sich der Brisanz dieser Delegiertenentscheidung sehr wohl bewußt und bemühte sich, in einer Erklärung, von der südbayerischen Frauenbenachteiligung abzulenken, indem er hervorhob, nach den Vorschlägen aus allen drei bayerischen SPD-Bezirken – die von der Landeskonferenz gewöhnlich unverändert übernommen werden – seien im nächsten Bundestag voraussichtlich sechs statt bisher drei Sozialdemokratinnen aus Bayern vertreten. „Das sollen uns", meinte er forsch, „die anderen Parteien, vor allem die CSU mit ihrem steinzeitlichen Patriarchat, erst einmal nachmachen." Bayerns SPD schickt derzeit 26, die CSU 53 Abgeordnete nach Bonn.

Peinlich ist Schöfberger auch ein weiteres südbayerisches Votum: Der Augsburger SPD-Politiker Max Amling, seit 14 Jahren Bundestagsmitglied, wurde auf den aussichtslosen Platz 39 zurückgesetzt.

Bastian muß für Sitzblockade zahlen

dpa, München

Der Bundestagsabgeordnete Gerd Bastian (62), der früher der Fraktion der Grünen angehörte, muß für seine Sitzblockade gegen die Nachrüstung vor der Wiley-Kaserne in Neu-Ulm im April 1983 zahlen. Das Bayerische Oberste Landesgericht in München wies jetzt in letzter Instanz die Revision des General a.D. gegen das Urteil des Amtsgerichts Memmingen zurück, das ihn wegen gemeinschaftlicher Nötigung zu einer Geldstrafe von 2400 Mark verurteilt hatte.

Forstverbände: 1986 weitere Waldschäden

gh. Bonn

Nach Ansicht forstwirtschaftlicher Spitzenorganisationen haben die bisherigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung dem Wald nicht geholfen. Wie der Deutsche Forstwirtschaftsrat, der Deutsche Forstverein, die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, der Bund Deutscher Forstmänner sowie die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer erklärten, sei nach wie vor eine „Entwicklung zu sichtbaren schweren Schäden" bei allen Baumarten festzustellen. Es müsse auch für 1986 mit einer Ausbreitung der Waldschäden gerechnet werden. Die fünf Verbände halten eine Rettung wesentlicher Teile der Wälder nur dann für möglich, wenn bis spätestens 1993 mindestens die Hälfte der jährlichen Schadstoffbelastung (Stand 1983) abgebaut ist. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, Freiherr von Boeselager, verwies darauf, daß der Dreiwegkatalysator eine wirksame Schadstoffreduzierung gewährleisten könne. Deshalb sei eine Umrüstung bei Neuwagen und bei Altfahrzeugen zu forcieren.

Die Verbände forderten die Bundesregierung weiter auf, der Öffentlichkeit halbjährlich statt bisher alle vier Jahre einen Immissionsschutzbericht vorzulegen.

Als Tiedge den Führerschein verlor, fuhr er als ‚Tappert' weiter

WERNER KAHL, Bonn

Jetzt beginnt der Aufmarsch der Ministerialbeamten aus dem Hause Friedrich Zimmermanns. Die Fachaufsicht des Bundesinnenministeriums über den Verfassungsschutz wird vor dem Spionage-Untersuchungsausschuß in den Zeugenstand gerufen. Aus Gelsenkirchen reist auch der dort inzwischen zum Stadt-Beigeordneten gewählte frühere Sicherheitsexperte Wilhelm Mensing an.

Vergilbt sind zwar Schlagzeilen des vergangenen Herbstes, die bei der Konstituierung des Parlamentausschusses nach dem Verschwinden des Agentenjägers Hansjoachim Tiedge als Ziel der Opposition verkündeten „SPD will Zimmermann stürzen" („Frankfurter Rundschau"). Doch ist es verständlich, daß SPD und Grüne nach viermonatiger Beweisaufnahme mit der Verlängerung der Zeugenliste politisch nachladen, auch wenn die Zwischenbilanz heute nicht so aussieht, daß weiteres Zuwarten noch ans Ziel bringt.

Alle Zeugen aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz hätten „von guter, sogar von optimaler Zusammenarbeit" mit dem Bundesinnenministerium gesprochen, sagte der Bundestagsabgeordnete Rolf Olerog (CDU). Olderog, von Haus aus Jurist, ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses. In seiner parlamentarischen Arbeit leitete er mehrfach einen Untersuchungsausschuß. Die Aufsicht des Ministeriums über den geheimen Nachrichtendienst wiederum funktionierte nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme reibungslos. Der Verfassungsschutz erlebte eine Fachaufsicht, die nicht zu straff, aber auch nicht zu schwach war.

Kein Hinweis auf Fehler Zimmermanns

Im Innenministerium an der Graurheindorfer Straße ging man von der Erwartung aus, daß das untergeordnete Amt, eine von 30 dem Ministerium unterstellten Behörden mit zusammen 17 000 Beschäftigten, angemessen seiner Berichtspflicht nachkam. Somit sah man keinen Anlaß, beim Verfassungsschutz nachzuforschen, ob es da etwas gab, was das Ministerium nicht wußte.

Auch Vizepräsident Stefan Pelny, exponierter Vertreter der SPD in der Kölner Amtsleitung, bestätigte die Aussagen des damaligen Präsidenten Heribert Hellenbroich, daß man sich verständigt hatte, wegen des Sozialfalls Tiedge das Ministerium nicht zu informieren.

Die Beweisaufnahme brachte insgesamt für den Verdacht der Opposition auf ein Fehlverhalten insbesonder der Innenminister Friedrich Zimmermanns (CSU) im Fall Tiedge nicht den geringsten Hinweis. Korridor-Klatsch, es sei „amtsbekannt" gewesen, daß Tiedge immer häufiger einen über den Durst zu trinken, gab verständlicherweise nichts her.

Bei dem erweiterten Untersuchungsauftrag, Wünsche des Parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger (CSU) an den Verfassungsschutz zu prüfen, auf die Vizepräsident Stefan Pelny (SPD) hingewiesen hatte, ergab jedoch nichts Rechtswidriges. Kritik, daß ein Bericht nicht als Verschluß-Sache behandelt worden sei, hätte der Staatssekretär vermeiden können, wenn er nicht selbst, sondern die ihm unterstellte Dienststelle ersucht hätte, den Bericht so wie von ihm ursprünglich beim Verfassungsschutz angefordert „offen" zu liefern. Es werde den Ausschuß sicherlich nach dem Abschluß der Beweisaufnahme beschäftigen, in diesem Bereich bessere Wege zu finden, auch wenn diese vielleicht mehr „formalisiert" würden, sagte Rolf Olderog.

Den Verfassungsschutz nicht mißbrauchen

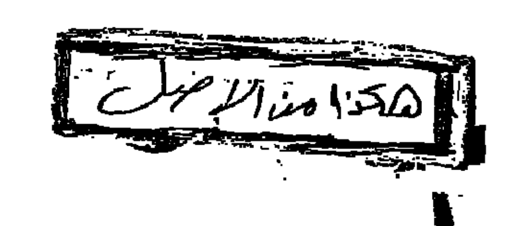
Unstrittig ist für das Ausschußmitglied, daß jeder Abgeordnete weiterhin das Recht hat, Auskünfte einzuholen. Es dürften nicht mehrere Klassen von Abgeordneten geschaffen werden, sagte Olderog. Selbstverständlich sei es, daß der Verfassungsschutz weder diffamiert noch für parteipolitische Zwecke mißbraucht werde. Unstrittig sei es ferner, daß „eine Reihe von Politikern der Grünen wegen früherer verfassungsfeindlicher Aktivitäten vorbelastet" seien. Daß nun gefragt werde, ob diese Leute unter ihre Vergangenheit einen Schlußstrich gezogen haben, und „loyal zur Verfassung und zu unserem Staat stehen", sei durchaus berechtigt, betonte Olderog.

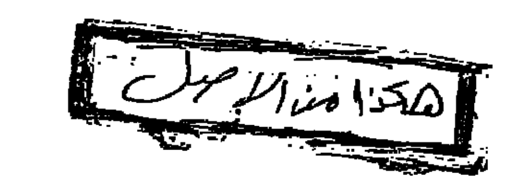
Durch eine klare Antwort hätte auch eine offenbar mißverständlich formulierte Frage des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger nach dem möglichen Einfluß östlicher Geheimdienste auf die Kampagne gegen Parteispenden des Flick-Konzerns im Zusammenhang mit dem Namen Eberhard von Brauchitsch ihre Erledigung gefunden. „Von Brauchitsch war nie in irgendeiner Weise verdächtig", betonte Hellenbroich.

Auf die Frage eines Abgeordneten, warum er sich Spranger gegenüber nicht gleich „deutlich" geäußert habe, sagte Hellenbroich: „Spontan hätte ich geantwortet, was soll der Quatsch? Das habe ich unterdrückt."

Um Tiedge selbst geht es kaum noch im Ausschuß. So dürfte auch die Doppelrolle des Agentenjägers in Köln in den Akten verschwinden. Denn der Regierungsdirektor besaß auch Papiere auf den Decknamen „Tappert". Als Tiedge den Führerschein verlor, fuhr Tappert weiter ...

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Inder streiken aus Protest gegen Teuerung

Schonfrist für Gandhi ist vorbei / Pandschab-Krise schwelt

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

Die Schönwetter-Periode ist vorbei: Sturmwolken brauen sich zusammen über jener Regierung Rajiv Gandhi, die im ersten Amtsjahr von der indischen Bevölkerung gefeiert, von der Opposition gelobt wurde, sich jetzt aber zunehmender Kritik ausgesetzt sieht. Rajiv Gandhi versprach, das 750-Millionen-Volk ins 21. Jahrhundert zu führen und den Preis, so scheint es, muß er jetzt dafür zahlen.

Erhebliche Preissteigerungen für Güter des täglichen Bedarfs trieben die Bevölkerung zum Protest auf die Straße, in Kaschmir und drei weiteren Bundesstaaten Indiens liefern sich Hindus und Moslems Straßenschlachten, und im Pandschab terrorisieren Sikhs, die für einen unabhängigen Staat „Khalistan" eintreten, die Landesregierung.

„Die da oben im Ministerpräsidentenbüro", *meinte ein Büroangestellter mit etwa 200 Mark Monatslohn*, „wissen gar nicht, wie wir leben. Sonst hätten sie die Preise nicht so stark angehoben, daß wir mit unserem jetzigen Verdienst nicht mehr auskommen." Tatsächlich treffen die Preissteigerungen von bis zu zehn Prozent für Weizen, Ölprodukte und vor allem Kochgas nur den Kreis der Bevölkerung, der mit dem Pfennig rechnen muß.

Geschäfte geschlossen

Als Finanzminister V. P. Singhs den Preisanstieg bekanntgab, rief er einen derartigen Sturm der Entrüstung hervor, daß der Präsident der Kongreßpartei forderte, die Preissteigerung zumindest für Ölprodukte und Gas zu mindern. Der Ministerpräsident folgte dem Rat des Parteipräsidenten.

Der dennoch von der Opposition ausgerufene Generalstreik hat in weiten Teilen des Landes das öffentliche Leben lahmgelegt. In Bombay wurden 1 000 Personen in Vorbeugehaft genommen. In vielen Städten blieben Geschäfte, Schulen und Banken geschlossen.

Die Opposition wirft der Regierung „unsoziale Beschlüsse" vor, vor allem, weil die Erhöhung des Benzinpreises eine Teuerungslawine bei allen Gütern des täglichen Bedarfs, von Lebensmitteln bis zu Agrarprodukten, auslöst. Hinter vorgehaltener Hand kritisieren auch führende Miglieder der regierenden Kongreßpartei die Teuerung.

Drei Ziele strebt die Regierung Gandhi mit der Preiserhöhung an: Eindämmung des Verbrauchs von Öl, nachdem statt vorgesehener 7,3 Prozent die Steigerungsrate für dieses Jahr auf mindestens 13 Prozent geschätzt wird, Abbau von Subventionierungen in der Landwirtschaft durch eine Erhöhung des Erzeugerpreises für Weizen; das Defizit im Etat 1985–87 zu drücken, der dem Parlament vorliegt. Regierungsnahe Wirtschaftler argumentieren, daß der Weg in die freie Marktwirtschaft immer mit Opfern, sprich Preiserhöhungen, verbunden sei.

Konflikt Hindus–Moslems

Mit der „Ruhe im Land" scheint es vorbei zu sein. Die Panschab-Krise schwelt trotz der Vereinbarung zwischen Neu-Delhi und der Landesregierung weiter. In Kaschmir, dem sensitiven Grenzstaat zu Pakistan, revoltieren die Moslems und liefern sich seit Tagen Straßenschlachten mit Hindus. Die Armee mußte ausrücken, um die streitenden Parteien zu trennen. Seit Tagen herrscht Ausgangssperre.

Diese „kommunalen Unruhen" waren von den Bundesstaaten Madhya Pradesch, West-Bengalen und Uttar Pradesch auf das mehrheitlich moslemische Kaschmir übergeschwappt, nachdem ein indisches Gericht den Hindus einen heiligen Schrein zugesprochen hat, den Moslems seit Jahrzehnten für sich beanspruchen.

Die Regierung Gandhi sieht sich seit einem Jahr erstmals mit Problemen konfrontiert, die unter Indira Gandhi zum innenpolitischen Alltag gehörten. Oppositionelle in Neu-Delhi meinen, das neue Team um Rajiv Gandhi und er selber lassen Fingerspitzengefühl vermissen.

Giscard-Partei stellt eigenen Kandidaten auf

P. R. Paris

Drei Wochen vor den Parlamentswahlen in Frankreich bieten Regierung und Opposition ein erstaunliches Bild: Die vom Machtverlust bedrohten Sozialisten laden vergnüglich zum Ball ein – das Fernsehen strahlt davon Bilder aus, die einen vor Fröhlichkeit strotzenden Premierminister Fabius zeigen. Gaullisten, Liberale und Christdemokraten des bürgerlichen Lagers, denen alle bisherigen Umfragen die Machtübernahme vorhersagen, demonstrieren dagegen weiter Uneinigkeit.

Ihre neueste Variante: Nachdem RPR, die neogaullistische Sammlungsbewegung, die Kandidatur ihres Parteichefs, des Pariser Bürgermeisters Jacques Chirac, für das Amt des Ministerpräsidenten anmeldete, läßt sich nun der kleinere Koalitionspartner UDF, die liberal-konservative Gruppe, vernehmen. Auch dort wird es nicht für ausgeschlossen gehalten, daß der künftige Regierungschef aus den eigenen Reihen hervorgeht. Mehrere Namen würden sich anbieten: Ex-Premier Jacques Chaban-Delmas, dem ein gutes Verhältnis zu Mitterrand nachgesagt wird. Simone Veil, die als Präsidentin des Europäischen Parlaments zusätzliche Erfahrungen sammelte. François Léotard, dem als ehrgeizigen Generalsekretär der Republikanischen Partei eine politische Zukunft sicher ist. Auch Giscard d'Estaing kommt wieder ins Spiel, der Präsident, der 1981 den Sozialisten unterlag und der seitdem eher im politischen Abseits steht.

Es scheint den Bürgerlichen – wie auch anderswo in Europa – eigen zu sein, daß sie in entscheidenden Situationen ihre Divergenzen offen austragen. Statt Zusammenhalt zu praktizieren, tut sich ein Jahrmarkt der Eitelkeiten auf, der vergessen machen könnte, daß sich die Opposition seit Mitte Januar in einem von RPR und UDF verabschiedeten Wahlbündnis befindet. Statt Kalkül also Rankünе, die wie ignorierend darüber hinweggeht, daß die Sozialisten in der Wählergunst steigen, seit sich Staatspräsident Mitterrand in den Wahlkampf einmischt.

Den Marcos-Truppen boten sie Rosen an

Von JOCHEN HEHN

Marcos außer Landes. Eine ganze Nation ist im Glück. Vier Tage voller Entspannung entladen sich in einer Eruption südländischen Temperaments. Feuerwerk explodiert, Freudenfeuer lodern auf in den verbarrikadierten Straßen. Die Tore vom Camp Crame werden aufgestoßen, Soldaten und Zivilisten umarmen sich im Hochgefühl ihres gemeinsam errungenen, noch unfaßbaren Erfolges.

In der EDSA, wie die Epifanio de Los Santos Avenue vor dem Militärlager der revoltierenden Soldaten im Volksmund genannt wird, schmeckt man den Erfolg. Er reizt Augen, Nase, Zunge. Den pechschwarzen Rauchschwaden brennender Autoreifen, die Düfte von Suppen aus den mobilen Garküchen mischen sich mit Dünsten von Schweiß und Urin. Es ist der Geruch von „Peoples Power". Der nach vier schier nicht enden wollenden Tagen und Nächten des Ausharrens in den Straßen der philippinischen Hauptstadt Manila. Es ist der Geruch der Freiheit.

Die ersten Sonderausgaben der Zeitungen werden den Austrägern aus den Händen gerissen. „Cory, her Excellency", melden die Schlagzeilen. Alle können es schwarz auf weiß lesen: Sie selbst sind die wahren Helden dieser friedlichen Revolution, die ohne Beispiel ist. Als Zivilisten schützten sie Soldaten vor Soldaten, mit friedlichen Mitteln widerstanden sie dem Druck der Marcos-Truppen. Statt Gewalt mit Gewalt zu vergelten, boten sie ihnen Rosen an, hielten ihnen Rosenkränze und Marienstatuen entgegen.

Diese Gesten blieben nicht ohne Wirkung. Viele Soldaten ließen achselzuckend, aber auch erleichtert, ihre Maschinenpistolen sinken und liefen zur Gegenseite über. Die Freudenfeiern währen die ganze Nacht hindurch. Zwei Stunden nach Mitternacht lassen sich die ersten Ermatteten auf den Gehsteigen zum Schlafen nieder. Gebettet sind sie auf den Zeitungen, die den Sieg verkünden. Es sind die Zeitungen der Opposition: „Malaya", „Inquirer", „Manila Times" und andere. Sie haben den Widerstand des philippinischen Volkes mit Ratschlägen und Aufrufen unterstützt.

Die Regierungszeitungen waren von der Bevölkerung systematisch boykottiert worden. Ihre Auflagen sanken dramatisch, während die der oppositionellen Blätter nach oben schnellten. Der Kampf gegen Marcos war auch ein Kampf der Medien. Marcos hat ihn verloren. Nicht erst seitdem die Rebellentruppen den Regierungssender „Kanal 4" besetzt hatten.

„Radio Veritas", der Rundfunksender der katholischen Kirche, und „Kanal 7" waren seit der Besetzung der Militärbasen durch General Ramos und Verteidigungsminister Enrile 24 Stunden täglich die Schaltstellen der oppositionellen Kräfte. Sie lotsten Demonstranten zu den neuralgischen Punkten. Tauchten Marcos-Einheiten an einer Ecke auf, wurden die Menschenmassen umdirigiert. Aufrufe an die Bevölkerung ergingen, für Nachschub an Nahrungsmitteln und Getränken zu sorgen. Babysitter wurden organisiert, damit Eltern sich den Demonstranten mit anschließen konnten.

Auch die Befehle von General Ramos an seine im Stadtgebiet verteilten Soldaten und seine Appelle an die Einheiten der Gegenseite wurden über diese Sender ausgestrahlt und über Transistorradios, von den Demonstranten mitgeführt, unters Volk gebracht. Viele Soldaten, die zu Marcos' Einheiten gehörten, erfuhren erst auf diese Weise, daß ihre vorgesetzten Offiziere sich bereits der Gegenseite angeschlossen hatten.

Drei Uhr morgens am Sender „Kanal 4". Unter dem weiß-roten Stahlgerüst der Übertragungsstation ist an Schlafen kaum zu denken. Auf einer notdürftig errichteten Bühne heizt eine Band die Stimmung der übernächtigten Menschenmassen ein. Bekannte Stars nutzen eine Sendepause im Fernsehen, um den Menschen draußen ihre Songs vorzutragen. Ins Sendegebäude wird Proviant gebracht. Nachschub für die Ansager der Station. Auf den Zugangsstraßen zum Sender gibt es für Fahrzeuge kein Durchkommen mehr. Sie sind blockiert durch kreuz und quer abgestellte Busse. Die meisten Reifen sind platt. Man wollte so verhindern, daß sie weggefahren werden.



Mit dem Ruf „Wir sind alle Brüder" versucht ein Priester einen Filipino von gewaltsamem Vorgehen abzuhalten FOTO: AP

Plötzlich setzt leiser Nieselregen ein. Für die meisten nach vier Tagen so etwas wie eine sanfte Dusche. Gesichter mit tiefgeränderten Augen recken sich zum Himmel, doch die Erfrischung ist nur von kurzer Dauer. Der Malacanang-Palast ist um vier Uhr morgens noch umlagert. Die Menschen schieben sich aneinander vorbei, mit dem L-Zeichen grüßend, jenem Symbol, das aus gespreizten Daumen und Zeigefingern gebildet, den Begriff „Laban" (Kampf) signalisiert.

Unter diesem Zeichen hatte „Cory" Aquino die Philippinen in den Kampf gegen Marcos geführt. An den schmiedeeisernen Gittern, die den Präsidentenpalast umgeben, hängen junge Menschen wie Trauben. Sie schwingen gelbe „Cory"-Fahnen und recken ihre Spruchbänder in die Höhe. „Lang lebe Cory, der wahre Führer der Nation."

Ex-Präsident Ferdinand Marcos sitzt derweil im Flugzeug, das ihn, seine Familie und einige Getreue auf die Pazifikinsel Guam bringt. Als Marcos sechs Stunden vorher mit dem Hubschrauber in Richtung des US-Luftstützpunktes Clark flog, stürmten Tausende in den Präsidentenpalast. Sie rissen Marcos-Bilder von den Wänden und hausten wie die Vandalen. Eine scharfe Erklärung von General Ramos machte dem Spuk jedoch schnell ein Ende.

Soldaten sichern den Palast, in dem Marcos jahrelang wie ein Gefangener gelebt hat. 1972, als er das Kriegsrecht über das Land verhängte, ließ er auch eine Bannmeile um den Malacanang-Palast errichten. Wußte er überhaupt noch, was draußen in den Köpfen seiner Landsleute, die er so gut zu kennen glaubte, vor sich ging? Wohl kaum. Die Ereignisse der letzten Jahre und Monate sind Beweis genug, daß er, der begnadigte Volkstribun, der die Massen immer wieder mit begeisterten Appellen mitzureißen verstand, den direkten Draht zu ihren Herzen verloren hatte.

Gestern drängten sich noch immer Tausende um den Malacanang-Palast. Ein Trupp von Handwerksleuten und Arbeitern wird eingeschleust. Sie bessern die Schäden aus, die in der Nacht zuvor im Überschwang der Gefühle angerichtet wurden.

Zustimmung der Dänen gilt als sicher

Referendum über EG-Reform / Einschneidende wirtschaftliche Folgen bei einem Nein

G. MEHNER, Kopenhagen

Mit einem deutlichen Ja zur EG-Reform werden sich die Dänen heute aus dem gleißenden europäischen Rampenlicht verabschieden. Die letzten Meinungsumfragen über den Ausgang der Volksbefragung sehen jedenfalls das Lager der Befürworter 62 Prozent klar vorn.

Die Wahlbeteiligung dürfte mit 80 Prozent nicht ganz an die Zahlen der Volksabstimmung von 1972 herankommen, als 90 Prozent über den EG-Beitritt abstimmten. Wegen des Eisganges in der Ostsee mußten die Abstimmungsunterlagen per Hubschrauber auf einige dänische Inseln eingeflogen werden.

„Die Debatte war so kurz, daß lediglich fünf Prozent der Bevölkerung überhaupt weiß, um was es sich eigentlich dreht", behauptet die „Volksbewegung gegen die EG". Und in der Tat wurde das Für und Wider unter den neun Parteien im Folketing auf einem derart juristisch spitzfindigen Niveau geführt, daß der dänische Normalverbraucher in der Wahlkabine sein Kreuz eher nach gefühlsmäßigen Vorlieben setzen wird.

Eine Kostprobe der Reformgegner: „Hat die Regierung einen Modus dafür gefunden, daß sie im EG-Ministerrat jederzeit 23 Stimmen mobilisieren kann, damit keine Mehrheitsbeschlüsse gegen dänische Interessen gefaßt werden können?" Dazu ist anzumerken, daß Dänemark in diesem Gremium lediglich über drei Stimmen verfügt. Überhaupt sollte die stärkere Verankerung des Mehrheitsstimmrechtes ein stromlinienförmigeres Beschlußverfahren bringen.

„Wir wollen mehr Handel und eine bessere Zusammenarbeit in der Gemeinschaft", so der Parteivorsitzende Anker Jörgensen: „Aber wir wollen keinen Ausverkauf unserer Umwelt, unserer Gesundheit und unseres Selbstbestimmungsrechtes". Das EG-Paket sei der erste gefährliche Schritt in Richtung politische Union, in der zunehmend Beschlüsse über die Köpfe der Dänen hinweg gefaßt würden.

„Eine politische Union", so hatte Ministerpräsident Poul Schlüter klargestellt, „wird es in meiner Lebenszeit nicht geben. Aber es könnte gut sein, daß unsere Kinder eine Union wünschen". Das dänische Vetorecht bestehe „vollständig unangetastet" weiter. Aus Brüssel hätten die Dänen Brief und Siegel, daß sie an ihrer anspruchsvollen Umweltpolitik festhalten könnten.

Außenminister Uffe Ellemann-Jensen hatte in der Fernsehdebatte erneut eindringlich auf die wirtschaftlichen Folgen eines Neins hingewiesen: Dies bedeute ein „Dänemark auf Schmalkost": Die Reallöhne würden sinken, die Krone geriete unter Druck, 40 000 Arbeitsplätze in Industrie und Landwirtschaft seien gefährdet und zwei Drittel der Fischereiwirtschaft gerieten in Existenznot. Ein Nein, so lautet auch der Wahlslogan seiner Partei (rechtsliberal) „würde für uns alle viel zu teuer".

Zentrumsdemokrat Erhard Jacobsen argumentierte, daß nur durch ein deutliches Ja das dänische Renommee – auch mit Seitenblick auf die NATO-Mitgliedschaft – gerettet werden könne. Ein Ja habe nicht nur für Dänemark, sondern sogar „welthistorische Bedeutung". Die sozialdemokratische Darstellung, daß das Hochsteuerland Dänemark die europäische Steuerharmonisierung mit einem 30 Milliarden Kronen-Defizit bezahlen werde, wollte er um eine gewichtige Null auf drei Milliarden Dänenkronen reduziert wissen.

Der EG-Widerstand artikuliert sich teilweise abstrus: Einige Gegner illustrieren ihr Unbehagen mit einem „Rotkäppchen und der böse Wolf"-Vergleich. Wobei das Rotkäppchen natürlich Dänemark ist. Andere sehen den Osthandel zusammenbrechen, weil durch die Paketverabschiedung die EG zur Großmacht werde. Eine Großmacht geriete aber zwangsläufig im Gegensatz zur Sowjetunion und damit werde der Handelsaustausch belastet.

„Je stärker Europa zersplittert ist", so hatte sich kürzlich Ex-Kanzler Helmut Schmidt in die Debatte eingeblendet, desto stärker würde die weltpolitische Dominanz der Sowjetunion.

Setzt Irak bei Fao neue Waffe ein?

Mit infanteristischen Mitteln konnten die Iraner bisher nicht vertrieben werden

DETLEV AHLERS, Basra

In der seit zweieinhalb Wochen währenden Schlacht um Fao, setzen die Iraker wahrscheinlich eine neue Waffe ein: Fuel Air Explosive (FAE). Es handelt sich um Behälter, die aus Flugzeugen an Fallschirmen abgeworfen werden und Erosol-Dämpfe versprühen, die dann explodieren. Da es sich um ein Gemisch mineralischer Herkunft handelt, gilt es nicht als chemische Waffe.

Sie kann dem Gegner, vor allem, wenn er sich nicht in festen Stellungen befindet, durch die Druckwelle hohe Verluste an Soldaten zufügen. Die Waffe ist auf dem östlichen wie auf dem westlichen Markt erhältlich. Es ist nicht bekannt, ob inzwischen eine Version entwickelt wurde, die man als Artillerie verschießen kann, was die Anwendung für die Iraker erheblich vereinfachen würde.

Eine solche Waffe haben die Iraker im Kampf um die Hafenstadt Fao notwendig, weil sie die Iraner, die seit dem 10. Februar Irak vom Golf abschneiden, bisher mit infanteristischen Mitteln nicht vertreiben konnten. Denn zu Beginn dieser Offensive hatten die Iraner auch einen Teil der Schatt-El-Arab-Insel Umm Al-Rassas besetzt. Um den Gegner, dort weit unter Divisionsstärke, zurückzuwerfen, wurden von den Irakern Spezialeinheiten eingesetzt, von denen die Iraker aber nur sechs oder sieben Brigaden haben. Die normalen Kräfte des VII. Korps vor Ort waren wohl mit dieser Aufgabe überfordert. Die Soldaten desselben Korps aber kämpfen nun vor Fao, wo sich mehrere iranische Divisionen festgesetzt haben, die sich allerdings nicht tief eingraben können, weil man nach einem oder zwei Spatenstichen auf Grundwasser stößt. Für eben diese Gegebenheit ist FAE hervorragend geeignet.

Was die Kampfmoral betrifft, scheinen die Iraner den kriegsmüden Irakern überlegen zu sein. Zwar werfen jene bei Fao neben den Revolutionsgarden auch viele erzwungene „Freiwillige" an die Front, aber für den Krieg, der dort geführt wird, braucht der Soldat keine lange Ausbildung. Wie man ein Gewehr, einen Mörser und die leichte Panzerfaust handhabt, kann man in zwei Tagen lernen. Entscheidend ist die Einstellung. Die Iraker haben hier den fanatisierten Iranern nicht dieselbe Kraft entgegenzusetzen, wenn es um den Kampf Mann gegen Mann geht.

Das wurde in den letzten Kriegsjahren dadurch ausgeglichen, als es die Iraner waren, die den Gegner aus seinen Stellungen vertreiben wollten – nun aber stehen die Iraker, wenn auch auf eigenem Territorium, vor dieser Aufgabe.

Zwar stauten sich Dutzende 155-mm-Geschütze auf den Straßen nördlich von Basra, die an die Front geworfen werden. Aber mit dieser Waffe allein, so ausgiebig die Iraker auch in den letzten Tagen mit ihr feuerten, kann man eine Invasion nicht vernichten.

An der Nordfront halten die Iraner bereits seit Jahren eine irakische, nasenförmige Ausbuchtung der gemeinsamen Grenze von etwa 400 Quadratkilometern besetzt. Offenbar haben sie dort weitere Stellungen dazuerobert. Doch dieses gebirgige Gebiet östlich der irakischen Stadt Kirkuk mit ihren Ölfeldern ist auf beiden Seiten der Grenze kurdisch.

Diese kämpferische Minderheit führt zumindest auf dem Lande in beiden Staaten eine von den Zentralregierungen möglichst unabhängige Existenz. Die Rebellen haben der irakischen Armee einige Verluste zugefügt. Es gibt wohl auch Verbindungen ihres Anführers Barsani Junior zu den Iranern. Sicher ist: Das iranische Militär würden sie ebenso hart bekämpfen, wenn es diesen Landstrich erobern sollte.

Helmut Schmidt: Die meisten Westeuropäer geben sich einer Selbsttäuschung hin

Der Mangel an Führungswillen in Europa scheint amerikanische Dominanz geradezu zu provozieren. Aber zuviel Dominanz von Leuten in Washington, die wenig internationale Erfahrung besitzen, unterminiert Europas Vertrauen in das wichtigste Mitglied des Bündnisses und dadurch in die atlantische Allianz selbst, stellt Helmut Schmidt in dieser Folge fest. Und weiter: Zur Zeit herrscht fast eine Euphorie angesichts der Vitalität und Stärke, die sich in der gegenwärtigen amerikanischen Rüstungs- und Militärpolitik widerspiegelt. Aber diese Einstellung ist für die Europäer beunruhigend, und in gewissem Maße stellt deren gegenwärtiges Verhalten eine Reaktion darauf vor. Über Lateinamerika schreibt Schmidt: Wir müssen eine Gesamtstrategie entwickeln, die Lateinamerika hilft, sich selbst zu helfen; und wir müssen eine direkte oder indirekte Intervention mit der Gefahr einer horizontalen Eskalation verhindern.

Offenkundig ist es Europa nicht gelungen, seine Autonomie gegenüber den Vereinigten Staaten zu vergrößern. Vielmehr scheint insbesondere in den letzten Jahren das Gegenteil der Fall zu sein, vor allem seit die Vereinigten Staaten ihre psychische Schwäche nach Vietnam und Watergate überwunden haben. Während wir uns dem Ende des Jahrhunderts nähern, verändert sich möglicherweise die bipolare amerikanisch-sowjetische Welt allmählich zu einem Machtdreieck, das China einschließt. Aber Europa scheint derzeit nicht den Willen zu haben, in jener obersten Weltliga mitzuspielen, in der wir die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und demnächst die Volksrepublik China finden.

Die meisten Westeuropäer geben sich noch immer einer Selbsttäuschung hin, indem sie die Welt aus einer eurozentrischen Perspektive betrachten. Geschichte ist seit zweitausend Jahren aus eurozentrischer Sicht geschrieben worden, und die Europäer haben diese alte Gewohnheit nicht aufgegeben. Sie können nur schwer verstehen, daß sich auch auf anderen Kontinenten Geschichte ereignet – ähnlich wie amerikanische Zeitungsleser es oft schwer verständlich finden, daß Kultur und Geschichte sich auch auf anderen Kontinenten jenseits der Grenzen der Vereinigten Staaten entwickeln.

Über allen diesen Schwächen Europas darf man jedoch nicht vergessen, daß Europa eine strategisch wichtige Region bleibt – eine Region, die in der Tat entscheidende Bedeutung für die Sowjetunion und den Westen einschließlich der Vereinigten Staaten besitzt. Aber es kann noch lange dauern, bis die Europäer ihr analytisches Denken von den Folgen eines nationalen Differenzierungsprozesses befreien, der sich seit vielen Jahrhunderten vollzog und dessen Ergebnis Unterschiedlichkeit der Sprache, der philosophischen und religiösen Anschauungen, der sozialen und wirtschaftlichen Struktur und des politischen Verhaltens ist.

Ohne Konsultation Ablehnung durch die USA

Es wird viel Zeit in Anspruch nehmen, und man darf nicht vorzeitig ungeduldig werden. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Amerikaner ebenfalls zur Egozentrik neigen. Heute besteht in den Vereinigten Staaten in zunehmendem Maße die Tendenz, sich auf die Wahrnehmungen der eigenen nationalen Interessen zu konzentrieren. Zur Zeit herrscht fast eine Euphorie angesichts der amerikanischen Vitalität und Stärke, die sich in der gegenwärtigen amerikanischen Rüstungs- und Militärpolitik widerspiegelt. Aber diese Einstellung ist für die Europäer beunruhigend und in gewissem Maße stellt das gegenwärtige europäische Verhalten eine Reaktion darauf dar.

Was ich über den Wunsch und zugleich die derzeitige Unfähigkeit der Westeuropäer sagte, mehr Autonomie gegenüber den Vereinigten Staaten zu gewinnen, gilt in noch stärkerem Maße für die Beziehungen der osteuropäischen Staaten zu Moskau. Diese Beziehung liefert sozusagen die Karikatur dessen, was für die amerikanisch-westeuropäischen Beziehungen gilt.

Ich kann die Situation durch einen kleinen Vorfall illustrieren – klein in amerikanischer Sicht, klein in sowjetischer Sicht, aber enorm in europäischer Sicht –, der sich im Sommer und Herbst 1982 ereignete. Zu jener Zeit verhandelten die Amerikaner und die Russen in Genf über Mittelstreckenraketen (INF) in Europa. Mein Freund Paul Nitze war der amerikanische Unterhändler.

Niemand in Europa war besonders erpicht darauf, zusätzliche Atomraketen auf seinem Boden zu haben, keines der kommunistischen Regime, weder die Polen, Ungarn, Tschechen oder Ostdeutschen, noch die NATO-Mitglieder, weder die Westdeutschen noch die Holländer, Belgier oder Italiener, nicht einmal die Briten. Aber die Entscheidung über die Stationierung hing vom Ausgang dieser Verhandlungen ab. Wir hatten dafür vier Jahre angesetzt, und die Vereinigten Staaten hatten für jedes Stadium enge Konsultationen versprochen.

Im Sommer 1982 entwickelte dann Nitze im Verlauf des berühmten „Waldspaziergangs" am Stadtrand von Genf mit seinem sowjetischen Partner eine Kompromißformel für ein INF-Rüstungsbegrenzungsabkommen. Ich würde noch heute sofort seine Formel annehmen, denn es handelte sich um einen weisen Kompromiß. Aber Moskau und ebenso Nitzes eigene Regierung in Washington lehnten ohne jede Konsultation, sogar ohne jede Information ihrer Verbündeten diesen Kompromiß ab. Die amerikanische Öffentlichkeit nahm den Vorfall kaum wahr, selbst nachdem er mehrere Monate später an die Öffentlichkeit gelangte. Aber er verursachte bei den demokratischen Regierungen Westeuropas tiefe Unzufriedenheit und Verärgerung, und eine ähnliche Reaktion war bei den kommunistischen Regierungen Osteuropas erkennbar.

Dieser Vorfall illustriert, daß die Westeuropäer nicht vollkommen daneben liegen, wenn sie das Gefühl haben, vor der politischen Hegemonie der Vereinigten Staaten auf der Hut sein zu müssen. Schließlich steht mit den SS-20-Raketen in erster Linie Europas Schicksal auf dem Spiel. Sie vermögen nicht die Vereinigten Staaten zu treffen, zielen aber auf Westeuropa, genau wie die in Westeuropa aufgestellten amerikanischen Raketen auf Ziele in der DDR, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei und im westlichen Rußland gerichtet sind.

Die amerikanische Verpflichtung zu engen Konsultationen mit ihren europäischen Verbündeten war ja während der INF-Verhandlungen in Genf ein integraler Bestandteil des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 gewesen, in dessen Folge die INF-Verhandlungen initiiert wurden und in dem eine Anzahl europäischer Länder (mit Ausnahme Frankreichs) sich verpflichtet hatten, im Eventualfall des Scheiterns der Verhandlungen, schließlich doch neue amerikanische atomare Mittelstreckenraketen auf ihrem Boden stationieren zu lassen. Der völlige Mangel an Konsultationen vor der amerikanischen Ablehnung der Kompromißformel stellte zweifellos einen Akt unberechtigter amerikanischer Dominanz dar.

Reagans Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) bedeutete einen ähnlichen schweren Schlag. Es hatten keinerlei Konsultationen mit den Verbündeten stattgefunden, als Reagan am 23. März 1983 öffentlich erklärte, SDI sei dazu bestimmt, „den Verlauf der Geschichte zu ändern", und mache durch Errichtung einer letzten, undurchlässigen Sperre gegen ballistische Flugkörper sogar die strategischen Atomwaffen obsolet. Er faßte eindeutig eine Umkehrung der bisher vereinbarten atomaren Strategie und der durch sie implizierten atomaren Abschreckung ins Auge.

Die Idee der Verteidigung gegen die Atomraketen eines Gegners war natürlich der Sache nach nicht neu; sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion hatten mindestens seit den sechziger Jahren Forschungen im Bereich der Raketenabwehrwaffen betrieben. Im ABM-Vertrag hatten sie sich 1972 auf eine strikte Begrenzung der Zahl solcher Waffensysteme geeinigt, um das Wettrüsten zu begrenzen und das Gleichgewicht der gegenseitigen Abschreckung aufrechtzuerhalten.

Nunmehr wurde dies alles plötzlich als obsolet hingestellt; zumindest war dies ja das Ziel des Präsidenten. Es schien auch zu heißen, daß die französischen und britischen Atomstreitkräfte in Zukunft überflüssig sein würden.

Bringt SDI den Europäern wirklich mehr Sicherheit?

Und die Ankündigung schien eine Budget-Verlagerung weg von der konventionellen Verteidigung und hin zur Raketenabwehr zu beinhalten, womit die Bedrohung Europas durch die sowjetischen konventionellen Streitkräfte tendenziell noch weiter vergrößert würde.

Selbst heute, nach mehreren Jahren, ist es völlig unklar, ob durch SDI auch nur eine halbwegs zufriedenstellende Verteidigung gegen die sowjetischen strategischen Raketen erreichbar sein wird. Es wird weitere zehn Jahre dauern, bis man überhaupt beurteilen kann, ob damit über eine gewisse zusätzliche Verteidigung amerikanischer Raketenbasen hinaus noch irgend etwas anderes wirksam geschützt werden kann. Den europäischen Regierungen erscheint es unwahrscheinlich, daß durch SDI die Sicherheit ihrer Bevölkerung erhöht wird. Diese Skepsis hängt mit den kurzen Entfernungen zusammen, die die auf Europa gerichteten Raketen zurücklegen müssen, und insbesondere mit der Existenz unbemannter, der … Bodensilhouette folgender Kampfflugzeuge oder Marschflugkörper (GLCM), denen kein zukünftiges SDI-System gewachsen wäre.

Überdies wissen die Europäer, daß die Russen sich auch durch die enormen Aufwendungen für eine rüstungstechnische Antwort auf SDI nicht wirtschaftlich niederkämpfen lassen werden. Die Russen sind besorgt über die Aussicht, ihre Wirtschaft schwächen zu müssen, aber sie werden in der Lage sein, mit den Amerikanern Schritt zu halten, möglicherweise mit nur geringer zeitlicher Verzögerung. Sie werden einfach ihre Bevölkerung ein wenig mehr leiden lassen, um einen höheren Prozentsatz ihres Bruttosozialproduktes für militärische Zwecke ausgeben zu können. Die europäischen Regierungen aber haben nicht das geringste Interesse an einem Wirtschaftskrieg; sie sind an Gleichgewicht und Stabilität interessiert.

Aus all diesen Gründen hat der Versuch der amerikanischen Regierung, dem Bündnis die Strategische Verteidigungsinitiative aufzuzwingen, die Verbündeten in Europa überrascht und tief beunruhigt. Verteidigungsminister Weinbergers anschließende dringende Einladung an die Verbündeten, sich dem Programm innerhalb von sechzig Tagen anzuschließen, bedeutete lediglich das Tüpfelchen auf dem „i".

Die Vereinigten Staaten mögen mit diesem jüngsten Versuch einer eigenmächtigen und einseitigen Entscheidungsfindung davonkommen. Aber das Ergebnis könnte das gleiche sein wie beim Getreide-Embargo von 1982. In beiden Fällen lehnten die Europäer, die nicht konsultiert worden waren, die Teilnahme glatt ab, weil sie nicht an Handelskriege glauben und Handelskriege nicht in ihrem Interesse liegen. Washington mußte beide Embargos kurz nach ihrer Verhängung wieder aufheben.

Der Mangel an Führungswillen in Europa scheint amerikanische Dominanz geradezu zu provozieren. Aber zuviel Dominanz von Leuten in Washington, die wenig internationale Erfahrungen besitzen, unterminiert Europas Vertrauen in das wichtigste Mitglied des Bündnisses und dadurch in die Allianz selber.

Das ist das Dilemma: Europa hat ungenutztes Potential – enormes wirtschaftliches, finanzielles, währungspolitisches, industrielles und militärisches Potential. Es wird aber nicht voll genutzt, hauptsächlich wegen des Führungsmangels innerhalb Westeuropas. Diese notwendige Führung auf dem Weg zu mehr Kooperation könnte von einer Gruppe von Ländern oder von einem einzelnen Land ausgehen – oder von einer herausragenden Einzelpersönlichkeit. Ich habe den Amerikanern geraten, nicht ungeduldig zu sein; sie sollten vermeiden, voreilig so abfällige Begriffe wie „Eurosklerose" zu verwenden.

Optimismus und Vitalität – ein Schlüssel zum Erfolg

Während der relativ kurzen Geschichte der Vereinigten Staaten haben sich niemals fremde Armeen auf ihrem Territorium befunden. Anders als die Russen, die Polen, die Deutschen, die Franzosen und viele andere haben sie nie eine traumatische Niederlage erlebt oder katastrophale Opfer bringen müssen. Aus diesem (und anderen) Gründen verfügen die Vereinigten Staaten über die größte Vitalität aller Nationen der Welt. Obendrein sind die Amerikaner – von Geburt an oder jedenfalls durch Erziehung – Optimisten. Manchmal scheint dieser Optimismus uns Europäern etwas naiv, denn wir sind aufgrund unserer historischen Erfahrung mehr oder weniger skeptisch geworden. Aber zweifellos ist der amerikanische Optimismus in den meisten Fällen recht hilfreich. Aus all diesen Gründen habe ich nicht nur eine tief verwurzelte Sympathie für die amerikanische Nation, sondern auch einiges Verständnis für ihr gelegentliches Überlegenheitsgefühl. Aber wenn ich einen kleinen Rat geben darf: Amerika sollte zu diesem Zeitpunkt der Geschichte die Überlegenheit, die es zu haben glaubt, nicht allzu offen zeigen; es sollte statt dessen den Rat des weisen Atheners Thukydides befolgen, der gesagt hat: „Die Athener haben nichts dagegen, wenn ein Mann klug ist, solange er es für sich behält."

Auf jeden Fall dürfen die Amerikaner nicht vergessen, daß in bezug auf die amerikanische „Grand Strategy" – oder, um Henry Kissingers Formulierung zu benutzen, „Geostrategie" – Westeuropa und seine gut ausgebildeten, fleißigen und erfinderischen Menschen ein unentbehrlicher Faktor der westlichen Stärke bleiben werden. Europa bleibt unentbehrlich für ein Amerika, das seine eigene Freiheit und seinen Frieden aufrechterhalten will.

Die Interessen, wie auch die Interdependenz der Interessen der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder reichen viel weiter als der geographische Raum gemeinsamer Verteidigung, den der NATO-Vertrag definiert. Aber wie weit und zu welchem Nutzen können die verbündeten Länder ihre globalen Interessen verfolgen? In welchem Ausmaß kann ihre Politik in diesen Gebieten, die manchmal Dritte Welt genannt werden, zumindest eine gemeinsame Richtung haben? Lassen Sie mich drei verschiedene Regionen als Beispiele anführen, um diese Frage zu untersuchen.

Seit die Vereinigten Staaten aus dem Zweiten Weltkrieg als einzige westliche Weltmacht hervorgingen, haben sie entdeckt, daß sie – strategisch gesehen – eine Macht mit zwei Ozeanen sind. Dennoch bedurfte es der Kriege in Korea und Vietnam sowie der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung Japans und einiger anderer asiatischer Nationen in den letzten fünfzehn Jahren, um den Amerikanern die pazifische Dimension in ihrer „Grand Strategy" und Weltsicht völlig bewußt zu machen. Und trotz der kubanischen Raketenkrise von 1962 hat es eigentlich bis heute gedauert, bis die Vereinigten Staaten verstanden, daß sie eine Macht mit drei Ozeanen sind – daß sie nämlich auch tief und unauflöslich in die Region um den Golf von Mexiko und die Karibische See verstrickt sind.

Diese Verstrickung erstreckt sich nicht nur auf Mexiko, Kuba, Nicaragua, El Salvador, die Landbrücke, die die beiden Amerika verbindet, und das Karibische Becken, sondern auf sämtliche vierhundert Millionen Einwohner Lateinamerikas. Bereits Anfang des nächsten Jahrhunderts werden es fast siebenhundert Millionen sein. Schon heute hat Lateinamerika – und das gilt stärker noch für die Zukunft – die größte Ansammlung von Katholiken auf dem Erdball und die größte Konzentration von Menschen, die ein und dieselbe europäische Sprache sprechen – um genau zu sein: zwei eng verwandte europäische Sprachen. Obwohl die meisten dieser Länder Anfang des letzten Jahrhunderts durch den „Libertador" Simón Bolívar und andere nationale Führer vom europäischen Kolonialimperialismus befreit wurden, sind die dennoch seit mehreren Generationen unter die Klassenherrschaft kleiner Oligarchien geraten.

Gefahren für den Prozeß der Demokratisierung

Seit den Zeiten von Christoph Kolumbus sind Millionen in Rückständigkeit und Analphabetismus gehalten worden, und die meisten wurden ausgebeutet. Wann immer eines dieser Völker im 19. und 20. Jahrhundert sich zu befreien versuchte, wurden Diktaturen oder Militärregime eingerichtet, um das Land ruhig zu halten und die Wirtschaft reibungslos weiterlaufen zu lassen. Diese Volkswirtschaften waren hauptsächlich Küsten-Wirtschaften, mit zurückgebliebenen Gebieten im Hinterland.

Diese Situation paßte den Handelspartnern Lateinamerikas in Europa und Nordamerika gut. Erst in neuester Zeit begannen einige lateinamerikanische Länder, von einer autoritären Herrschaftsform zum Pluralismus oder zur Demokratie überzugehen – Argentinien, Brasilien und Peru sind dafür Beispiele –, aber wegen des Elends und der Unruhen sind alle Bewegungen mit dem Ziel der Demokratisierung ihrer Länder gegenwärtig in Gefahr. Elend und Unruhen führen wiederum zu ausländischen Einmischungen, entweder verdeckt durch kommunistische Infiltration und kubanisch-sowjetischen Waffentransfer oder offen durch nordamerikanische „covered action", die in Wahrheit kaum verdeckt bleibt, oder durch militärische Drohung.

Die durchgehende Instabilität dieser Region hat zweifellos weltweite strategische Implikationen. Die Vereinigten Staaten, die Römisch-Katholische Kirche, die europäischen Staaten – besonders Spanien und Italien –, die Privatbanken der westlichen Welt sowie die Sowjetunion beobachten das sich entwickelnde Drama mit großem Unbehagen. Aber bisher hat weder der Westen insgesamt noch haben die Vereinigten Staaten eine Gesamtstrategie für Lateinamerika entwickelt – eine Strategie, die vorrangig den Lateinamerikanern helfen muß, sich über ihr eigenes Schicksal im Rahmen ihres historischen Erbes, ihres religiösen Glaubens und ihres Wunsches nach Freiheit und wirtschaftlichem Wohlergehen klarzuwerden und ihren eigenen Weg zu finden.

Das zweitwichtigste Ziel einer solchen Gesamtstrategie sollte es sein, kohärente und sich erweiternde wirtschaftliche Verbindungen zwischen diesem großen Kontinent und der freien Weltwirtschaft insgesamt sicherzustellen. Kurzfristig heißt das, Schritt für Schritt das gegenwärtige Schuldenproblem Lateinamerikas zu lösen und damit auch die Gefahren zu dämpfen, die es für die Großbanken von der Wall Street, London und Frankfurt sowie schließlich für das ganze Banken- und Kreditsystem birgt, von dem die freie Welt abhängt.

Und drittens ist eine Gesamtstrategie nötig, die die Gefahr einer direkten oder verdeckten sowjetischen Intervention, und damit die Gefahr eines Krieges beseitigt. Ein Krieg in dieser Region wäre möglicherweise geographisch nicht so leicht eingrenzbar wie die jüngsten Konflikte um die Falkland-Inseln und Grenada. Er könnte sich sehr wohl ausdehnen.



Vom Genfer „Waldspaziergang" zurück: Unterhändler Paul Nitze (USA) und Jurij Kwisinksi (UdSSR), links; Nitze mit Helmut Schmidt







Lateinamerika: Seit der Befreiung durch Simon Bolivar (2.v.l.) Anfang des 19. Jahrhunderts ein Halbkontinent der Krisen – Ruf nach einer Gesamtstrategie: Henry Kissinger (l.) und Ronald Reagan (r.) – Tüpfelchen auf dem I: Caspar Weinberger

FOTOS: ALAIN MINGAM/STUDIO X - BAUM/DPA - JUPP DARCHINGER - KEYSTONE - DPA - GABY SOMMER/STUDIO X



Morgen in der Welt:
Die Grenzen des Schuldenmanagements – Plädoyer für ein Allgemeines Abkommen zur Kreditvergabe – Krieg in Mittelamerika oder Die Gefahr einer horizontalen Eskalation – Lieber ein neuer Marshall-Plan als Geld für SDI – Warum keine Soziallehre der Kirche für Lateinamerika?

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben sollten, aber nachlesen wollen, rufen Sie an: 02054/101541. Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gern zu.

Der belgische Außenminister Leo Tindemans sieht Defizite in der Sicherheitspolitik der Westeuropäer / Warnung vor Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen

Der atomare Schirm der USA ist nach Ansicht des belgischen Außenministers Leo Tindemans für Westeuropa unverzichtbar. Dennoch sollten sich die Europäer nicht darauf verlassen, daß die Amerikaner Sicherheitsprobleme immer so sehen wie sie. In einem WELT-Interview greift Tindemans Gedanken von Bundesverteidigungsminister Wörner über einen eigenen Raketenschutz für Europa auf. Das Gespräch führte Helmut Hetzel.

Plädoyer für ein europäisches SDI-Projekt

WELT: Im Oktober vergangenen Jahres meldeten Sie, Herr Außenminister, und Ihr niederländischer Amtskollege Hans van den Broek sich lautstark zu Wort. Präsident Reagan hatte im Vorfeld des Genfer Gipfels die europäischen Verbündeten zu einem „Minigipfel" nach Washington eingeladen. Belgien und die Niederlande, beide NATO-Partner wurden nicht berücksichtigt. Sie, Herr Tindemans, verlangten damals mit Unterstützung aus Den Haag eine NATO-Sondersitzung der Außenminister. Werden die „kleinen" europäischen Länder nicht allzu leicht von Washington übergangen?

Tindemans: Wir lasen damals in der Zeitung, daß Washington die „Großen" eingeladen hatte, um gemeinsam das Treffen mit Gorbatschow vorzubereiten und protestierten. Selbstverständlich kann Präsident Reagan einladen wen er will, aber wenn man einen Gipfel vorbereitet, muß man das gemeinsam mit den Alliierten tun. Unser Protest hat Eindruck gemacht. Zwei Tage später hörten wir, daß Shultz nach Europa kommen wird. Er hat uns dann persönlich informiert und wir konnten unsere Sicht der Dinge darstellen. Und nach dem Genfer Gipfeltreffen ist Reagan selbst in Brüssel gewesen. Nachher erst habe ich erfahren, daß dieser Beschluß, nur die großen Industrieländer einzuladen, nicht auf höchster Ebene gefaßt worden war. Glücklicherweise haben die Amerikaner unseren Protest richtig verstanden. Wir sind alle Alliierte. Für uns, wenn wir die Geschichte betrachten und analysieren, ist deutlich, daß Westeuropa in einem modernen Krieg nicht ohne Hilfe von Übersee verteidigt werden kann: ich meine die Vereinigten Staaten und Kanada. Seit 1940 ist das deutlich.

WELT: Hört man auch zu, wenn die kleinen Länder sprechen?

Tindemans: Ja, wenn wir mit unserem Anliegen glaubwürdig sind. Ich will Beispiele nennen: Die Harmel-Doktrin (Pierre Harmel: belgischer Außenminister von 1966 bis 1972) als Grundlage für das Prinzip der Abschreckung, die auch gleichzeitig beinhaltet, offen für einen Dialog mit dem Osten zu sein.

WELT: Stimmt diese Harmel-Doktrin nicht auch weitgehend mit der Reagan-Doktrin überein und könnte sie auch so interpretiert werden: nur aus einer Position der Stärke heraus kann mit Moskau erfolgreich verhandelt werden?

Tindemans: Ja und nein. Ich glaube, das ist eine sehr schwierige und wichtige Frage, über die noch nicht ausreichend nachgedacht worden ist. Welche Strategie kann man entwickeln, wenn der Osten so stark bewaffnet ist und über ein derartiges Nuklearpotential verfügt? Das ist doch die große Frage. Ich glaube, daß man bis heute noch keine bessere oder glaubwürdigere Strategie gefunden hat als die Strategie der Abschreckung. Man muß einen möglichen Aggressor glaubhaft davon überzeugen können, daß, sollte er angreifen, auch schweren Schaden nehmen wird. Trotzdem aber muß versucht werden, das Abschreckungspotential auf möglichst niedrigem Niveau zu halten. Was ist die bessere Sicherheitspolitik? Es kann sein, daß man ohne Waffen keine Sicherheit hat. Aber welche Waffen bieten die größte Sicherheit? Es genügt nicht, die Bewaffnung so niedrig wie möglich anzusetzen, wenn dadurch die Sicherheit gefährdet wird.

WELT: Sehen Sie innerhalb einer westlichen Globalstrategie Möglichkeiten und Chancen, daß Westeuropa im Bündnis mittel- und langfristig eine dominantere Rolle spielen könnte – und welchen Einfluß könnte eine solche Entwicklung auf das Verhältnis Europas zu Moskau haben?

Tindemans: Zuerst noch dies: der Doppelbeschluß war doch auch ein Beispiel, daß Europa mitredet. Es waren doch die europäischen Länder, die damals gesagt haben, die Abschreckung ist nicht mehr glaubwürdig, wenn wir keine Antwort auf die SS-20 geben. Aber zurück zu Ihrer Frage. Erstens, es gibt keine ernstzunehmende Verteidigung, wenn die Amerikaner daran nicht beteiligt sind. Zweitens, die strategischen Nuklearwaffen sind nicht in Europa, und sie sind in einem System der Abschreckung unverzichtbar. Wir brauchen den nuklearen Schutzschirm der USA, aber sehen wir die Probleme immer so wie die Amerikaner sie sehen? Ich meine: nein. Die Amerikaner betrachten die Lage von einem globalen Standpunkt aus. Wir leben direkt an der Grenze zum Ostblock. Für uns ist das anders. Geopolitisch sind wir gegenüber Osteuropa Nachbarn. Das sind psychologische und geographische Faktoren, die Einfluß haben. Auch wenn wir das gleiche wollen wie die Amerikaner. Deshalb reagiert unsere Bevölkerung anders als die amerikanische. Dort hat man weniger das Gefühl direkt bedroht zu sein oder in direkter Nähe eines Aggressors zu leben. Das führt zu anderen Einschätzungen. Bei einer Entfremdung zwischen Amerika und Europa wären wir, die Europäer, die Opfer, fürchte ich. Ich sage nicht, daß die Amerikaner das wollen, aber es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß in den USA Strömungen existieren, die gegen die Anwesenheit amerikanischer Soldaten in Europa sind.

WELT: Welchen Einfluß könnte die Verwirklichung der amerikanischen SDI-Pläne auf das Verhältnis Europa/USA haben?

Tindemans: SDI kann großen Einfluß haben. Zuerst technologisch und damit auch wirtschaftlich. Es gibt bekanntlich drei SDI-Phasen: die Phase der Untersuchung, die Phase der Herstellung und die Phase der Aufstellung. Wir sind noch immer in der ersten Phase. Technologisch und wirtschaftlich ist SDI von großer Bedeutung. Ob Europa Schritt halten kann mit einem eigenen Eureka-Projekt oder sich in der Zusammenarbeit bei SDI engagiert, das wird für Europa von allergrößter Bedeutung sein.

WELT: Könnte es sein, daß SDI in letzter Konsequenz die Beziehungen zwischen Europa und den USA substantiell verändert?

Tindemans: Das könnte sein. Als wir das in der Westeuropäischen Union (WEU) besprachen, haben verschiedene Länder, darunter auch wir Belgier, die Bedingungen formuliert: die Strategie der Abschreckung darf durch SDI nicht beeinträchtigt werden. Zweitens, SDI muß im Rahmen des ABM-Vertrages bleiben. Sollte sich SDI nicht innerhalb des ABM-Vertrages bewegen, muß man mit den Sowjets darüber gesondert verhandeln. Und drittens, SDI sollte nicht Superiorität bedeuten. Für uns Europäer stellt sich dabei die Frage: werden wir durch SDI beschützt oder nicht? Könnten die Europäer in der SDI-Frage mit einer Stimme sprechen, hätten sie sicherlich auch eine größere Chance, inhaltlich Einfluß auf das Projekt zu nehmen.

WELT: Welche Bedeutung spielt in diesem Zusammenhang eine mögliche deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft, vorausgesetzt es käme zu einer Übereinstimmung zwischen Paris und Bonn bei der nuklearen Verteidigung und Paris würde den Atomschutz der Force de Frappe auf das Territorium der Bundesrepublik ausweiten. Wäre das auch für Belgien, für die Benelux-Staaten und die anderen Europäer vorteilhaft?

Tindemans: Wir sind sicher nicht dagegen. Wenn Sie sagen Verteidigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, bin ich geneigt zu antworten: wir haben doch die Atlantische Allianz und die Westeuropäische Union. Wenn Frankreich und Deutschland noch enger zusammenarbeiten möchten, ist das für uns eine gute Sache. Die Bundesrepublik ist keine Nuklearmacht. Frankreich hat die Force de Frappe, eine reine nationale Verteidigungswaffe. Verliert die französische Nuklearwaffe ihren Sinn als Nationalwaffe wenn auch Deutschland damit geschützt wird stellt sich die Frage, ob Deutschland über den Einsatz der Force de Frappe mitbestimmen kann oder nicht, oder ob diese Waffe allein in den Händen der Franzosen bleibt.

WELT: Aber würde eine deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft, eine Liaison zweier Mittelmächte, nicht auch globalstrategisch das Ost-West-Verhältnis insgesamt beeinflussen und das europäische Gewicht innerhalb des westlichen Bündnisses auch gegenüber der USA aufwerten?

Tindemans: Das muß gewiß untersucht werden. Wahrscheinlich wird man von sowjetischer Seite auch dagegen agieren. Eine deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft würde die heutigen Verhältnisse ändern. Wenn ich jetzt sehe, was man in der Sowjetunion vorschlägt, die sogenannte Nulloption, das impliziert doch, daß die französischen und britischen Nuklearwaffen nicht mehr modernisiert werden können. Und Sie sehen, wie die Franzosen und Briten darauf reagieren.

WELT: Würde das Verhältnis Europas gegenüber Washington davon tangiert?

Tindemans: Ich kann jetzt noch nicht sagen, wie Washington das beurteilen oder wie man dort reagieren würde. Fragen wir aber: wird SDI auch Europa schützen – dann lautet die amerikanische Antwort: das ist möglich. Interessant sind hier auch die Vorstellungen von Herrn Wörner: Könnten wir nicht selbst einen solchen Raketenschutz für Europa entwickeln? Das ist eine europäische Perspektive. Wir sollten dies im Rahmen der Westeuropäischen Union intensiver diskutieren und eine einheitliche europäische Haltung dazu ausarbeiten.

WELT: Sie halten eine Art „europäisches SDI-Projekt" für wünschenswert?

Tindemans: Immer.

WELT: Das wäre also eine Initiative, die Sie uneingeschränkt unterstützen könnten?

Tindemans: Hier gibt es doch zwei Fragen. Kommt eine eigene europäische Verteidigungsinitiative oder versuchen wir die Amerikaner zu überzeugen, daß sie auch das für uns machen müssen.

WELT: Sie sprechen über den Wörner-Vorschlag?

Tindemans: Ja. Ob man nun dafür oder dagegen ist, die Frage lautet, „Was geschieht mit Westeuropa, wenn die Vereinigten Staaten SDI realisieren?" Die Sowjets sind doch auch nicht untätig. Sie arbeiten auch an einem solchen System. Werden wir Opfer dieser Entwicklungen oder können wir eine gemeinsame europäische Antwort darauf geben?

WELT: Aber eine solche verteidigungspolitische Einigung der Europäer würde natürlich auch voraussetzen, daß Frankreich an dieser gemeinsamen Verteidigungsstrategie teilnimmt und auch die französischen Truppen, zumindest die konventionellen Streitkräfte unter einen gemeinsamen europäischen Oberbefehl stellt. Welchen Preis würde Paris dafür verlangen?

Tindemans: Das ist eine ganz wichtige Frage. Ich glaube, seit dem Treffen zwischen Gorbatschow und Reagan hat sich das weltpolitische Klima verändert. Es gibt wieder Hoffnung. Will man Abrüstungsmaßnahmen einleiten, stellt sich automatisch die Frage der konventionellen Waffen. Sollte Gorbatschow mit seinen jetzigen Vorschlägen durchdringen würde ein konventioneles Übergewicht auf der Seite Osteuropas entstehen. Dann stellt sich erneut die Frage wie man wieder ein Gleichgewicht schaffen kann. Auch in Frankreich scheint insgesamt eine militärstrategische Neuorientierung stattzufinden.

WELT: In den Niederlanden hört man oft, Deutschland sei europamüde geworden im Gegensatz zu Frankreich. Was meinen Sie dazu?

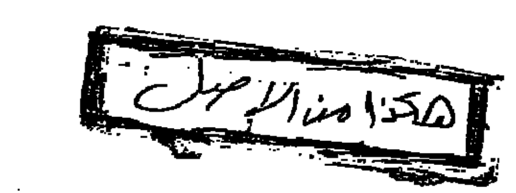
Tindemans: Das ist zu stark formuliert. Wir sollten doch nicht vergessen, das bestehende Währungssystem ist nicht möglich ohne die Bundesrepublik. Aber in Deutschland ist ein Klima entstanden, daß sich mit dem Satz: „Wir sind immer der Zahlmeister" treffend zusammenfassen läßt. Ein solches Klima hindert auch Parlament und Regierung, sich mehr für Europa zu engagieren. Und das ist sehr gefährlich.

WELT: Meinen Sie damit, daß sich die Deutschen wieder zunehmend mehr mit sich selbst beschäftigen, daß die deutsche Frage wieder in den Vordergrund gerückt ist?

Tindemans: Sie wissen, Bundespräsident von Weizsäcker hat hier in Löwen ein Ehrendoktorat erhalten. Ich habe die Laudatio persönlich gesprochen und deshalb viele Veröffentlichungen von Herrn Weizsäcker noch einmal gelesen. Ich glaube, mit ihm wissen viele in Deutschland, daß eine Wiedervereinigung nach wie vor nur eine Chance über ein vereinigtes Europa bekommen kann und daß die Politik der europäischen Einigung die beste Friedenspolitik ist.

Die europäische Idee hat ihn seit den frühen 60er Jahren nicht mehr aus dem Griff gelassen. In Leo Tindemans, dem 63 Jahre alten belgischen Außenminister, hat Europa einen seiner erfahrensten und fähigsten Fürsprecher. Von 1970 bis 1975 war er Mitglied des Komitees Jean Monnet zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa, dann Generalsekretär der Europäischen Christdemokraten. Nach vor allem ihm persönlich zugeschrieben Erfolg der Christlich-Sozialen Partei bei den Parlamentswahlen 1973 war der aus Flandern stammende Tindemans von 1974 bis 1978 belgischer Premierminister.

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG



HANDBALL / Knapper, aber sehr wichtiger Sieg über Polen zum Auftakt der Weltmeisterschaft



Ein Weltmeister ohne Disziplin

sid/dpa, Zürich

Gleich am ersten Tag der Handball-Weltmeisterschaft in der Schweiz gab es aufsehenerregende Ergebnisse: Eine Bauchlandung für den Titelverteidiger UdSSR und eine Überraschung durch Südkorea. Während die UdSSR in einer Neuauflage des WM-Finales von 1982 gegen Olympiasieger Jugoslawien mit 22:26 eine bittere Niederlage einstecken mußte, gelang den wieselflinken Asiaten ein erstaunliches 29:21 über Island.

Anatolij Jewtuschenko, Trainer der UdSSR, verfiel trotz des Fehlstarts nicht in Resignation: „Noch ist gar nichts entschieden, unser Ziel bleibt das Endspiel." Die Konkurrenz aber sieht es anders. Veselin Vujovic, Jugoslawiens überragender Rückraumschütze, jedenfalls meint: „Die sind nervlich angeschlagen."

Gerade Jewtuschenko („Das war eines unserer schwächsten Spiele") stand als permanentes Stehaufmännchen stellvertretend für die fehlende Souveränität der Sowjets. Wild gestikulierend, mit dem Kampfgericht diskutierend, über die Schiedsrichter schimpfend, verlor der erfahrene Staatstrainer völlig die Kontrolle über seine disziplinlosen Spieler, die sich auch vor Diskussionen mit dem Trainer nicht scheuten. Kreisläufer Rymanow fand sich schnell auf der Bank wieder, auf der auch Routinier Gagin nach zwei verschossenen Siebenmetern entnervt Platz nahm. Die Sonderstellung der UdSSR scheint zunächst einmal dahin zu sein – und dies ausgerechnet vor dem Spiel gegen die „DDR" heute in Davos.

Petre Ivanescu, Trainer von TuSEM Essen und WM-Beobachter in der Schweiz, warnt alle Mannschaften vor den schnellen und technisch versierten Südkoreanern: „Sie sind zu beachten." Die Enttäuschung der Isländer drückte Johan Gunnarsson, Trainer des THW Kiel, so aus: „Ganz Island weint. Die Nation hat das Debakel live im Fernsehen erlebt."

Andreas Thiel Weltklasse – einer wollte ihn sogar in Gold aufwiegen

sid/dpa, Zürich

Wer den Kopf wegzieht, hat den Poker schon verloren. Wer Angst hat, ist kein Handball-Torwart. Das Trio der Auswahl des Deutschen Handball-Bundes (DHB) – Andreas Thiel, Stefan Hecker und Siggi Roch – lebt vom Risiko und mit der Gefahr, auch einmal K. o. zu gehen. „Es ist einfach ein ausgeprägter Instinkt, wie und ob du richtig stehst. Mehr nicht. An einem Spitzentag kann von mir bis zu 50 Prozent des Erfolgs abhängen", sagt Andreas Thiel, die deutsche Nummer eins. Im Spiel gegen Polen hielt der 25 Jahre alte Jurastudent vom VfL Gummersbach in seinem 83. Länderspiel, was zu halten war, darunter einen Siebenmeter. Prädikat zum Auftakt der Weltmeisterschaft in der Schweiz: Weltklasse.

Ähnliche Sicherheit wie Thiel bot zuletzt Manfred Hofmann. Der 110malige Nationaltorwart vom TV Großwallstadt hatte 1974 mit seiner fast schon legendären Knie-Abwehr in Karl-Marx-Stadt gegen die „DDR" dem DHB-Team die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1976 in Montreal gesichert.

Popularität sei schön. Tauschen möchte Thiel, der Westfale aus Lünen, mit keinem: „Der Reiz liegt in der extremen Position, auf der ich spiele, und in der Verantwortung, die auf mir lastet." Die Nerven, die der Brillenträger in Zürich strapazierte, die Gefahr einer Verletzung, die Thiel bei den spektakulären Paraden riskierte und die der DHB-Auswahl in den letzten Sekunden das 21:20 und damit „zwei unglaublich wichtige Punkte" zum Vorrundenauftakt retteten, spielte er herunter: „Glück und Pech liegen so dicht zusammen, das ist morgen schon überholt."

Und weil dies eben so ist, kosteten Thiel und seine Kollegen den Augenblickserfolg in vollen Zügen aus. Auf den Schultern seiner Mitspieler wurde der Gummersbacher Torwart aus der Halle getragen, er war der Held des Abends. Was ihm dieses Zeremoniell bedeutet, hat er einmal so ausgedrückt: „Eine Ehrenrunde ist mir lieber als Geld." Er selbst vergaß in seiner Bescheidenheit seine Mitspieler nicht: „Es gab viele Helden an diesem Abend." Dabei meinte er vor allem den Abwehr-Organisator Thomas Happe: „So gut habe ich ihn noch nie gesehen. Was er da vorne gerettet hat, war schon super."

Weltklasse aber war das, was Thiel in der Schlußminute vollbrachte: In dieser dramatischen Minute, in der die Polen auf Manndeckung umstellten, verlor der in Basketball-Manier dribbelnde Erhard Wunderlich den Ball an Zbigniew Plechoc. Der Rechtsaußen stand ungehindert am Kreis, doch Thiel, der von seinen Freunden „Hexer" oder „Krake" genannt wird, lenkte den Ball mit dem linken Fuß neben den Pfosten. Doch es wurde noch einmal spannend. Sekunden vor der Schlußsirene scheiterte der ebenfalls völlig freistehende Zbigniew Tluczynski an Thiel. Dann endlich das Ende und die Jubelszenen. „Mit Thiel im Tor hätten wir gewonnen", meinte der 222malige polnische Nationalspieler Jerzy Klempel vom Bundesligaklub Frisch-auf Göppingen, der das Spiel als Zuschauer verfolgte. Wolfgang Struck, Mäzen von Turu Düsseldorf, wollte in der ersten Euphorie sogar „Andreas Thiel in Gold aufwiegen".


„Eine Ehrenrunde ist mir mehr wert als Geld." – Andreas Thiel auf den Schultern seiner Mitspieler nach dem Sieg über Polen. FOTO: DPA

Seinen Körper setzt der Nationaltorwart nur im Training extremen Belastungen aus. „Ich bin ein Leptosom in Reinkultur." Balltraining ist für ihn die beste Torwartschule, Gymnastik und Athletik eher ein Fremdwort für den per Lexikon-Definition „schmalen, schlanken Menschen mit zartknochigen Gliedmaßen". Dabei hat der angehende Jurist, der nach der WM in das 1. Staatsexamen steigen will, den Schmerz tausendfach trainiert. Wenn der Ball – Kaliber: 19 Zentimeter Durchmesser, knapp 500 Gramm schwer – mit einer Geschwindigkeit bis zu 130 km/h den total angespannten Körper trifft, ist die Empfindung ausgeschaltet.

Verdrängungskünstler sind sie alle drei, Thiel, Hecker und Roch. „Wir sind eher ruhige Typen, vom Charakter verschieden, aber in der Einstellung gleich", sucht Thiel nach einer Beschreibung für den „typischen Torwart". Es gibt keinen, nur – und da stimmen alle überein – „Andreas ist zur Zeit die Nummer eins". Kiels Trainer Ingi Gunnarsson fand nach dem Spiel gegen Polen das größte Kompliment: „Die Meisterschaft hat er mir 1985 mit einem Tor vor der Nase weggeschnappt. Jetzt bringt er die DHB-Auswahl nach Seoul." Der ehemalige isländische Nationaltrainer und Psychologie-Student gilt nicht unbedingt als euphorisch, wird aber nicht zuletzt wegen seiner erfolgreichen Arbeit als Experte geschätzt. „Diese Reflexe, dieses Gefühl für die Situation kann man nicht beschreiben, das muß man sehen."

Gratulieren kann sich Bundestrainer Simon Schobel, der über ein Torwart-Trio verfügt, um das ihn jeder Nationaltrainer beneidet. „Wenn bei dir rundherum alles stimmt und du mit der Erfahrung wächst, ist die Erklärung gefunden, warum wir so gut sind." Auf das Wort „wir" legt Andreas Thiel die Betonung, weil er zu bescheiden ist, um sich zu meinen. Das überläßt er anderen. „Ich will 100 Länderspiele und dann vielleicht einmal ein ganz kleiner Torwarttrainer im Raum Gummersbach werden."

Dort wird der Torwart, der erst 1981 von Vlado Stenzel in das internationale Rampenlicht gebracht wurde, seine zweite Karriere beginnen. „Handball ist viel, aber nicht alles. Die Juristerei ist meine zweite Liebe."

SPORT-NACHRICHTEN

Angerer schoß daneben

Ruhpolding (sid) – Drei Fehlschüsse kosteten Peter Angerer (Hammer) den Sieg im 20-km-Biathlon bei der Militär-Weltmeisterschaft in Ruhpolding. So gewann er in 1:00:52,6 Stunden nur Bronze. Es siegte der Österreicher Eder. Im 10-km-Wettbewerb dagegen siegte Georg Fischer (30:57,20 Minuten) vor seinem älteren Bruder Fritz (31:00:00) und Jürgen Laschinger (33:41,70) aus Regen.

Verträge verlängert

München (sid) – Torwart Raimond Aumann hat seinen Vertrag beim deutschen Meister Bayern München um zwei Jahre bis zum 30. Juni 1988 verlängert. Um ein jahr verlängerte der Fußball-Bundesligaklub den Vertrag mit Vorstopper Norbert Eder bis zum 30. Juni 1987.

Horst Hrubesch operiert

Hamburg (sid) – Ohne Komplikationen verlief die Leisten-Operation, der sich der frühere Fußball-Nationalspieler Horst Hrubesch von Borussia Dortmund in Hamburg in der Paracelsus-Klinik unterzog. Hrubesch muß zehn Tage in Hamburg bleiben. In dieser Saison wird der Mittelstürmer nicht mehr spielen können.

Thränhardts Revanche

Stockholm (sid) – Carlo Thränhardt (Köln) ist bei einem Hallen-Hochsprung-Meeting in Stockholm die Revanche für die Niederlage gegen Olympiasieger Dietmar Mögenburg bei den Hallen-Europameisterschaften in Madrid geglückt. Thränhardt siegte mit 2,31 Meter vor dem Belgier Eddy Annys, der ebenfalls 2,31 m übersprang. Hinter dem Schweden Patrick Sjöberg (2,28) kam Mögenburg mit 2,28 m auf Rang vier.

Weitere Spiele gefährdet

Düsseldorf (sid) – Wegen des Winterwetters drohen der Fußball-Bundesliga am Wochenende erneut Spielabsagen. Gestern waren drei Spiele gefährdet: HSV – Schalke, Uerdingen – Kaiserslautern, Köln – Stuttgart.

ZAHLEN

HANDBALL

WM in der Schweiz, Vorrunde, erster Spieltag, Gruppe A: „DDR" – Kuba 28:24, Jugoslawien – UdSSR 26:22. – Gruppe B: Deutschland – Polen 21:20, Schweiz – Spanien 15:15. – Gruppe C: Island – Südkorea 21:29, Rumänien – CSSR 23:18. – Gruppe D: Dänemark – Ungarn 21:25, Schweden – Algerien 24:16.

FUSSBALL

Länderspiel in Dschidda: Saudi-Arabien – Wales 1:2 (1:1). – **Länderspiel** der Junioren „U 15" in Caserta: Italien – Deutschland 2:1 (1:1).

EISHOCKEY

Bundesliga, Play-off-Runde, Halbfinale (2. Spiel): Rosenheim – Düsseldorf 2:5, Iserlohn – Köln 2:0.

TENNIS

405 000-Dollar-Turnier der Herren in La Quinta, 2. Runde: Noah (Frankreich) – Wilkison (USA) 6:4, 6:4, Vajda (CSSR) – Davis (USA) 2:6, 6:1, 6:4, Higueras (Spanien) – Anger (USA) 7:5, 7:5. – Doppel: Becker/Zivojinovic (Deutschland/Jugosalwien) – Popp/Perkiss (Deutschland/Israel) 6:4, 7:6. – **Damen-Turnier** in Oklahoma City, 1. Runde: Betzner (Deutschland) – Cordwell (Neusseeland) 6:4, 1:6, 7:5.

TISCHTENNIS

Israelische Meisterschaften in Tel Aviv, Finale, Damen: Nemes (Deutschland) – Elliott (England) 18:21, 21:14, 21:15, 21:15.

TENNIS

Beckers Qual im Doppel

dpa, La Quinta

Boris Becker hatte es wieder einmal schwer in seinem ersten Spiel eines Turniers. Diesmal im Doppel beim Grand Prix in der südkalifornischen Stadt La Quinta. Weil sein jugoslawischer Partner Slobodan Zivojinovic einen äußerst schwachen Tag hatte, mußte sich Becker praktisch alleine zum 6:4, 7:6-Sieg über die deutsch-israelische Kombination Wolfgang Popp/Shahar Perkiss quälen.

Wichtiger als dieses Ergebnis sind die neuen Querelen um die deutsche Davis-Cup-Mannschaft, die vom 7. bis 9. März in Mexiko anzutreten hat. Trainer Niki Pilic holte sich beim Versuch, einen Trainingspartner für Michael Westphal, Andreas Maurer und Hansjörg Schwaier zu verpflichten, einen Korb. Er wollte Damir Keretic überreden, mit nach Mexico City zu fliegen. Doch der sagte ab. Begründung: „Was ist das für eine Planung vom Tennisbund? Ich hätte gerne gespielt, obwohl mich der Verband ja offenbar längst vergessen zu haben scheint. Aber so kurzfristig geht das doch nicht."

Zuvor war bereits Wolfgang Popp ausgeladen worden. „Ich vermute, wegen meiner kritischen Worte über Becker und Tiriac", sagt Popp. Und: „Aber die Art und Weise, wie ich wieder ausgeladen wurde, beweist doch nur, daß ich auch mit meiner Kritik am Tennisbund recht hatte. Becker grüßt mich auch nicht mehr. Aber das ist mir egal." Nach dem Doppel mußten sich Popp und Becker jedoch zwangsläufig die Hand geben ...

FUSSBALL

Schuster kann gehen

sid, Barcelona

Bernd Schusters spanische Karriere scheint beendet. Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler, 1981 für eine Ablöse von 3,6 Millionen Mark vom 1. FC Köln zum FC Barcelona gewechselt, wurde als Mannschaftskapitän abgesetzt. Es erscheint fraglich, ob er jemals wieder für Barcelona spielt. Der Verein hat bereits seine Bereitschaft angedeutet, den 26 Jahre alten Mittelfeldspieler vorzeitig aus seinem bis zum 30. Januar 1988 laufenden Vertrag zu entlassen. Voraussetzung: Ein Verein muß bereit sein, 500 Millionen Peseten Ablöse (etwas über 8 Millionen Mark) zu bezahlen.

Die Hintergründe für Schusters Degradierung: Seit über einem Monat steht er nicht mehr zur Verfügung – wegen einer Knieverletzung, die von spanischen Zeitungen angezweifelt wird. Und er fehlte mehrmals unentschuldigt beim Training. Einmal, weil einer seiner Leibwächter angeblich einen Unfall hatte, dann, weil er einfach in seine Zweitvilla nach Ibiza fuhr, schließlich waren überraschende Schneefälle schuld.

Schuster hatte in der Vergangenheit mehrmals erklärt, er fühle sich in Barcelona nach sechs Jahren nicht mehr motiviert. Die Antwort des Vereins: Ein solcher Spieler könne nur noch schaden. Einen Nachfolger hat Barcelona schon gefunden. Mark Hughes (22) von Manchester United unterschrieb einen Achtjahresvertrag. Für Schuster, Jahreseinkommen rund 750 000 Mark, interessiert sich Olympique Marseille.

STAND PUNKT / *Deutsch-deutsche Werbeflächen im Sport*

Die Frage klingt absurd: Was haben die Profis von Bayern München und die Armeesportler vom ASK Oberhof gemeinsam, abgesehen davon, daß sie alle Sport treiben und deutsch sprechen?

Nichts, auf den ersten Blick jedenfalls nicht. Die einen spielen Fußball und füllen sich dabei die Brieftaschen, was in der „DDR" denn auch eilfertig in die Schublade „kapitalistische Dekadenz" geschoben wird. Geld im Sport, so lehren es die kommunistischen Ideologen, sei das Ende olympischer Ideale, die Unfairneß schlechthin. Die anderen, die aus dem Thüringer Wald, jagen mit Bobs durch Eiskanäle und dabei Medaillen und Weltmeistertitel. Dafür erhalten sie ihren Sold, ab und an eine Beförderung. Und damit hat es sich – sagen die, die sich als die Gralshüter des Amateurgedankens feiern lassen.

Die Frage also muß absurd sein, Gemeinsamkeiten kann es nicht geben, zwischen München und Oberhof liegt ein größerer Abstand, als es die Kilometerangaben ausdrücken könnten. Wenn, ja wenn da nicht immer häufiger (nichts Seltenes bei Ideologen) Menschen auftauchen würden, die öffentlich Wasser predigen und (un)heimlich Wein trinken.

Denn es gibt doch eine verblüffende Gemeinsamkeit zwischen Ball- und Bob-Künstlern, die sich in Worten und Zahlen ausdrücken läßt: Was die Herren Profis auf der Brust ihrer Arbeitskleidung tragen, schmückt auch die Vorderfront der Bobs, in denen die Kameraden Armeesportler sitzen. Konkret und gar nicht absurd: Der FC Bayern München und die Weltmeister aus Oberhof werben für die gleiche Firma, für einen amerikanischen Computer-Hersteller (Commodore). Der Preis dafür, ein volkseigenes Sportgerät als kapitalistische Werbefläche zur Verfügung zu stellen, wird zwischen 75 000 und 100 000 Mark geschätzt – West natürlich, Devisen müssen es schon sein.

Damit kein Zweifel aufkommt: Kein Wort gegen derartige Geschäfte, sie nutzen am Ende dem Sport. Nur sollen die Herren, die immer auf andere zeigen, endlich ihre Heuchelei ablegen. que.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Trickreicher Wahlkampf

„Überraschung in Böblingen": WELT vom 22. Februar

Hans Krump beleuchtet den überraschenden Wahlsieg eines SPD-Kandidaten in der schwäbischen Kreisstadt Böblingen. Vielleicht ist es interessant, näher auf die Wahlstrategie der SPD bei diesen Wahlen in Städten, wo normalerweise (absolute) CDU-Mehrheiten vorprogrammiert sind, einzugehen:

1. Die SPD tritt als Partei überhaupt nicht in Erscheinung, schon gar nicht ihre drei Buchstaben. Nur wo es sich nicht vermeiden läßt, wird die SPD-Mitgliedschaft genannt, mit dem gleichzeitigen Hinweis, daß es nicht um Parteien, sondern um Persönlichkeiten gehe.

2. Der Wahlkampf wird von einer sogenannten Wählerinitiative geführt. Selbstverständlich ist diese, zumindest anfangs, identisch mit dem SPD-Ortsverein, aber das braucht ja niemand zu wissen.

3. Der Kandidat gibt sich bürgerlich, fortschrittlich und vertritt auch konservative Positionen. Das Wählerpotential der Grünen wird nicht angesprochen, jedenfalls nicht vor dem ersten Wahlgang. Es wird hauptsächlich versucht, Stimmen vom bürgerlichen Lager zu gewinnen. Hauptziel ist es, einen zweiten Wahlgang zu erzwingen. Im zweiten Wahlgang wird versucht, die Wähler der Grünen zu gewinnen, in dem man sie auffordert, das kleinere Übel zu wählen.

Nimmt man diese Strategie, nimmt man einen einigermaßen passablen Kandidaten und nimmt man vielleicht auch noch Wahlhilfe eines angesehenen Alt-Bundeskanzlers in Anspruch, so ist erklärbar, wie es in Böblingen zu einer „Wahl-Überraschung" kommen konnte.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Schwenker,
Böblingen 1

Boom im dunkeln?

„Glücklicherweise": WELT vom 22. Februar

Sehr geehrter Herr Gillies,

die Wachstums- und Konjunkturdaten verkünden für 1986 einen volkswirtschaftlichen Aufschwung. Der Staatshaushalt befindet sich dank einer soliden Finanzpolitik in einem geordneten Zustand. Auch die Arbeitslosenzahlen beginnen zu sinken. Was liegt da näher, als einmal wieder ein sozialdemokratisches Krisenszenario zu projizieren? Natürlich nicht ohne dem Bürger eine altbekannte Alternative aufzuzeigen, die, da man ja in der Opposition sitzt, im Moment nur eine volkswirtschaftliche Vision bleibt.

Gemeint ist nach altem Brauch und Sitte eine expansive Fiskalpolitik, die dem Arbeitnehmer einen kurzfristigen Wohlstandsrausch beschert und den Arbeitgeber, diesen bösen Kapitalisten, in die planwirtschaftlichen Schranken verweist.

Daß dieser Tanz um das goldene Kalb anschließend vom Bürger bezahlt wird, verschweigt man lieber. Denn „glücklicherweise" wird man als Opposition nur für volksnahe Worte entlohnt, nicht aber für nachfolgende Taten. Diese Kosten überläßt man dann einer bürgerlichen Regierung, wenn der Boom im dunkeln gelandet ist.

Mit freundlichen Grüßen
Albert Alten jr.,
Bardowick

Denkanstöße

Sehr geehrte Damen und Herren,

zahlreiche Politiker, Kirchenführer und Bürger äußerten sich kritisch zu den Ausführungen von Herrn Zeidler.

Ich meine, Herr Zeidler wollte einen Denkanstoß geben, um die verkrusteten Strukturen unserer Rechtsordnung und Gesetzgebung zu lokkern und zu bewegen. Tatsächlich gehört so manches Gesetz abgeschafft und ein anderes abgeändert. Ich weise nur auf das Zivilrecht hin. Heute hat doch ein geschickt taktierender Schuldner mehr Rechte als der jeweilige Gläubiger.

Nicht nur im Zivilrecht brauchen wir Denkanstöße, ebenso im Verkehrsrecht. Oder warum kann sich ein mündiger Bürger, der die deutsche Sprache beherrscht, nicht vor dem Landgericht selbst verteidigen oder seine Rechte zum Beispiel gegenüber Schuldnern vertreten, warum braucht er einen Anwalt? Das Kartellamt müßte einmal untersuchen, wie weit heute die Anwaltspflicht vor dem LG und OLG kartellrechtlich durchsetzbar ist, zumal unter den Anwälten bekanntlich durch das „BRAGO" jeglicher Wettbewerb ausgeschlossen ist.

Mit freundlichem Gruß
Karl Heinz Knauss,
München 80

Nicht so einfach!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Kruse, ist für einen „kalkulierten wirtschaftlichen Druck" auf Südafrika, um das Ende der Rassentrennung zu beschleunigen. Auf der anderen Seite lehnt er aber wirtschaftlichen Druck gegen atheistische Länder ab, wenn sie ebenfalls die Menschenrechte verletzen, ohne daß dort auch nur eine Tendenz zur Besserung sichtbar wäre, zum Beispiel die Ostblockstaaten.

Nach Bischof Kruses Ansicht ist das gerechtfertigt, weil sich die südafrikanische Regierung als christlich verstehe. So einfach sieht das also aus.

Atheistische Regierungen, wie zum Beispiel alle sozialistischen, können in aller Seelenruhe die Menschenrechte verletzen. Sie brauchen auch keine Schritte für eine Reform einzuleiten. Den Regierungschefs von Gorbatschow bis Honecker und Castro sei dringlich geraten, sich weiterhin vor christlichen Wertvorstellungen zu hüten. Nur so können sie den evangelischen Ruf nach einem Wirtschaftsboykott verhindern.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wulf Rothenbächer,
Diez

Wort des Tages

„Der Mensch soll nicht tugendhaft, sondern nur natürlich sein, so wird die Tugend von selbst kommen."

Gottfried Keller, Schweizer Autor (1819–1890)

Wolf bleibt Wolf

Sehr geehrte Damen und Herren,

beim Sindermann-Besuch wurde über alles geredet, nur nicht über die Mauer, das schlimmste Schandmal der deutschen Beziehungen.

Mit freundlichen Grüßen
Hertha Götz,
Baden-Baden

*

„Gastfreundschaften": WELT vom 21. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Horst Sindermann, der jovial lächelnde Sachse, „dritter Schalmeibläser der DDR", war zu Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. Man schwamm förmlich in einem Meer der Glückseligkeit. Der vielerorts an den Tag gelegte Byzantinismus wirkte abstoßend. Es ist deshalb Herrn Philipps in seinem Kommentar zu danken, daß er die Dinge relativiert. Und noch etwas sollte man sich ins Gedächtnis zurückrufen und beherzigen: Der Wolf bleibt ein Wolf, auch wenn er gelegentlich im Schafspelz kommt, d. h. auf unsere Verhältnisse übertragen, der Kommunismus verändert zwar seine Taktik, aber nie sein Ziel.

Mit freundlichem Gruß
Erich Grim,
Limburg

Steuerdruck

Sehr geehrte Damen und Herren,

regelmäßig wiederholen sich in etwa wöchentlichem Rhythmus Meldungen über Steuererhöhungen, welche der SPD als einzige Lösungsverfahren zu aktuellen Problemen der Zeit einfallen.

Es wird sich lohnen, eine „Ideensammlung" Steuern zusammenzustellen, die von Sprechern der SPD in den letzten Jahren zu vernehmen waren. Man geniert sich sogar nicht, den Steuerzahler für die Defizite „befreundeter" Unternehmen in Anspruch nehmen zu wollen. Anfang nächsten Jahres wird eine solche Liste wohl ganz nützlich sein.

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Nagel,
Dobel

Gewissensfrage?

Sehr geehrte Redaktion,

das Gerangel um den fälschungssicheren Ausweis löst bei mir nur ein Befremden aus.

Offensichtlich haben die, die dagegen sind, ein schlechtes Gewissen oder wollen etwas tarnen. Als ich mit 16 Jahren, heute 71, in meiner Heimat Lettland das erste Mal einen Daumenabdruck in den Pass rollte, hatte ich dabei ebensowenig Bedenken, wie ich sie heute hätte, wenn es um die Sicherheit unserer Gemeinschaft geht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jürgen Hach,
Baddeckenstedt

Personalien

GEBURTSTAG

Friedrich Rau, Senatsdirektor a. D. und früherer SPD-Bundestagsabgeordneter, feiert am 1. März in Gaienhofen, Baden-Württemberg, seinen 70. Geburtstag. 1965 kandidierte Rau im Wahlkreis Ulm gegen den damaligen Bundeskanzler **Ludwig Erhard** und kam über die SPD-Landesliste von Baden-Württemberg in den 5. Bundestag. Hier war er im Haushaltsausschuß Sprecher seiner Fraktion für Einzelplan 31 (Wissenschaft) und im Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik Sprecher für Hochschulfragen. Rau zählte zu den Gegnern der Großen Koalition und der Notstandsgesetze. Deswegen verzichtete er auf eine erneute Kandidatur und erklärte 1969 – einen Tag vor der Bundestagswahl – seinen Austritt aus der SPD. Er schloß sich der FDP an, für die er zum Landtag kandidierte und die er aber auch wieder – 1983 nach der „Wende" – verließ. Seit 1965 ist Rau Vorsitzender des Instituts für Filmgestaltung E. V. in Ulm.

ERNENNUNGEN

Professor **Karl Braunstein**, Kirchenrechtler und Rechtshistoriker, ist von dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, **Joseph Kardinal Höffner**, zum neuen Beauftragten für die sudetendeutschen kirchlichen Angelegenheiten ernannt worden. Braunstein ist Nachfolger des verstorbenen Prälaten Dr. **Karl Reiß**.

*

Der Präsident des Bayerischen Senats, **Hans Weiß**, wurde Ehrenmitglied des Münchner Presseclubs. Zu den bisherigen Ehrenmitgliedern gehören unter anderen Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** und sein Vorgänger im Amt, **Alfred Goppel**, Landtagspräsident **Franz Heubel** und der OB **Georg Kronawitter**. Der Vorsitzende des Presseclubs, **Georg Wulffius**, wurde einstimmig wiedergewählt. Der Münchner Presseclub wurde vor 35 Jahren gegründet und ist heute der älteste in der Bundesrepublik.

*

Der Naturwissenschaftler und Würzburger Honorarprofessor **Martin Kürsten** wurde von Bundeswirtschaftsminister **Martin Bangemann** zum neuen Präsidenten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ernannt. Die Behörde hat ihren Sitz in Hannover. Zu ihren Aufgaben gehören zum Beispiel geowissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit der Rohstoffversorgung der Bundesrepublik befassen.

AUSZEICHNUNGEN

Fünfzehn Jahre lang ist die „geräuschlose" Sozialversicherung, wie man die gesetzliche Unfallversicherung nennen könnte, in Bonn vom Hauptgeschäftsführer **Friedrich Watermann** gelenkt worden. Gestern hat er das Steuer in die Hand seines früheren Mitarbeiters **Peter Buss** gelegt. Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** überreichte Watermann im Kreis vieler Gäste das Große Bundesverdienstkreuz. Watermann hat es verstanden, diese Unfallgefahrengemeinschaften der bundesdeutschen Wirtschaft, jede von einer robusten Selbstverwaltung aus Arbeitgebern und Gewerkschaften getragen, durch schwierige Zeiten zu steuern.

*

Mit dem Kulturpreis der Stadt Würzburg ist der Musikpädagoge **Siegfried Fink** ausgezeichnet worden. Den Preis in Höhe von 10 000 Mark erhielt Professor Fink für seine erfolgreiche Tätigkeit als Dozent für Schlagzeug und Perkussion an der Würzburger Staatlichen Hochschule für Musik. Den Förderpreis in Höhe von 5000 Mark erhielt der Komponist **Ulrich Schultheiß**.

*

Der Sigi-Sommer-Literaturpreis 1986, der mit 10 000 Mark dotiert ist und vom R. S. Schulz-Verlag in München gestiftet worden ist, wurde dem Journalisten und Romancier **Hans Helmut Kirst** verliehen. In einer Laudatio hieß es dazu, Kirst habe sich seit vielen Jahren „durch seine Kolumnen als ‚Spaziergänger' und natürlich als Schriftsteller bekannt gemacht".

Wilhelm Krampe, früherer CDU-Bundestagsabgeordneter, starb 60jährig in Hamm. 1947 begann er als Jugendsekretär der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB). Seit 1964 war er als Diözesansekretär der KAB im Erzbistum Paderborn tätig. Er war Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen Westfalen/Lippe, deren stellvertretender Bundesvorsitzender und ebenso stellvertretender Landesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Westfalens. Von 1966 bis 1980 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

Der Mann mit Grundsätzen

Ein aufschlußreicher Band: Kurt Schumacher in den Nachkriegsjahren

Willy Brandt ist bekannt für seine erstaunliche Integrationskraft, wenn es um die verschiedenen Flügel seiner Partei geht. Sieht man jedoch genauer hin, entpuppt sich diese Fähigkeit zumeist als subtile Art der Nivellierung unliebsamer Strömungen und Ansichten. Zuletzt konnte man das erleben, als die amtierende SPD-Führung daranging, den ersten Nachkriegsvorsitzenden der Partei, Kurt Schumacher, aus Anlaß des 40. Jahrestages der vom ihm initiierten „Reichskonferenz" der SPD vom 3. bis 6. Oktober 1945 in Wennigsen mit einer Gedenkveranstaltung vor Ort zu ehren. Die Festrede hielt kein anderer als Willy Brandt, der seine Ansichten zur Person des 1952 verstorbenen charismatischen Führers der Sozialdemokraten mit der erbschleicherischen Eingemeindungsformel krönte: „Er gehört nicht Gruppen, sondern der Gesamtheit derer, die es ernst meinen mit dem Ringen um soziale Demokratie und demokratischen Sozialismus."

Willy Albrecht:
Kurt Schumacher – Reden, Schriften, Korrespondenzen 1945-1952
Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn. 1045 S., 76 Mark.

Man muß das so hart sagen, denn vor Tische las man es bei Brandt ganz anders. In seinem 1982 erschienenen Erinnerungsband „Links und frei" kam er dem kompromißlosen Antifaschisten, Antikommunisten, Demokraten und radikalen Wiedervereinigungskämpfer schlicht so: „Die an Fanatismus grenzende Unbedingtheit, mit der er an einer einmal gefaßten Entscheidung festhielt, seine Art des Redens und die Überbetonung nationaler Gesichtspunkte – ich könnte nicht behaupten, daß ich mich mit Schumacher wesensverwandt fühlte."

Warum dieses öffentlich gemachte Privat-Bekenntnis Brandts ernst genommen werden muß im Sinne eines – auf die SPD bezogenen – ideellen Verhängnisses, während die Wennigsen-Rede des Parteichefs getrost unter dem Motto „Papier ist geduldig!" abgehakt werden kann, macht eine Dokumentation deutlich, die alle erreichbaren Reden, Schriften und Korrespondenzen Kurt Schumachers aus den Jahren 1945 bis 1952 zusammenfaßt und mit einer ausführlichen, äußerst informativen Studie zur Person Schumachers und Genese seines politischen Denkens einleitet. Geschrieben hat diese Studie der Herausgeber des Bandes, Willy Albrecht.

Albrecht hat nichts Geringeres vorgelegt als ein wirkliches politisches „Buch des Jahres". Aber die Bestsellerlisten haben das nicht registriert. Denn der Mann, um den es geht, seine Ideale und die Methoden, Argumente und Denkfiguren seines politischen Kampfes – das alles ist aus der Mode gekommen. Aber eben nur aus der Mode.

Tatsächlich schlagen die Aufsätze, Briefe, Reden, Interviews und Notizen Kurt Schumachers in die Tagesdiskussionen zum Themenkreis Ost- und Deutschlandpolitik, Wert der parlamentarischen Demokratie, Verteidigungs- und Wiedervereinigungspolitik ein wie eine Bombe. Das heißt: Sie sind mit den in ihnen enthaltenen und präzise formulierten Grundsätzen eben nicht nur zeitbezogene Äußerungen, sondern richtungsweisende Analysen bis heute. Daß sie diese Qualität besitzen, hängt mit einer Charaktereigenschaft ihres Verfassers zusammen, der sein Verhältnis zur politischen Technik der Taktik auf dem Parteitag der SPD im Mai 1950 in Hamburg so beschrieb: „Taktik ist etwas Auswechselbares. Aber die Auswechselbarkeit der Taktik bezieht sich auf das Operieren mit nicht auswechselbaren Grundsätzen." Diese „nicht auswechselbaren Grundsätze" durchziehen die Dokumentation wie ein roter Faden, und wer die Einleitung liest, wird erfahren, daß diese politischen Axiome des Sozialdemokraten Schumacher schon am Beginn seiner politischen Laufbahn zu finden waren.



Kurt Schumacher FOTO: DPA

Gewiß, auch dies beleuchten die Dokumente: Viele in- und ausländische Zeitgenossen Schumachers hat das harte Argumentieren, ging es um die Errichtung einer irreversiblen Demokratie im zerstörten und geteilten Nachkriegsdeutschland, irritiert, denn Schumacher trat nicht als demütiger Bittsteller auf, sondern als einer, der sich nicht erst seit dem 8. Mai 1945 im Recht wußte. Schumacher, der einst die Nazis im Reichstag zur Weißglut gebracht hatte und später jahrelang ins KZ kam, brachte nach 1945 die Kommunisten zur Weißglut, weil für ihn feststand, daß sie nur die „rotlackierten Doppelausgaben der Nationalsozialisten" waren, einig mit diesen im „Haß gegen die Demokratie" und in der „Vorliebe für die Gewalt".

Solche Einsichten paßten nach 1945 nicht in die Harmonie-Kulisse zwischen den Noch-Alliierten. Aber Schumacher scherte sich nicht um die Angriffe derer, die ihn mißverstehen wollten. Was er wollte, war klar: ein wiedervereinigtes Deutschland auf der Grundlage der demokratischen Strukturen, wie sie sich in den drei Westzonen herausgebildet hatten. Er durchschaute die sowjetischen Einheitsofferten ebenso, wie er separatistisches Verhalten gegenüber westlichen Alliierten – z. B. in der Saarfrage – scharf brandmarkte. Beispielhaft ist seine große Bundestagsrede vom 9. März 1951 über „Deutschlands Einheit in Freiheit". Hier, kurz vor seinem Tode, kommt der glanzvolle Rhetoriker und Analytiker noch einmal groß auf die Szene. Seine Analyse ist hochaktuell, wenn er die sowjetische Friedenspolitik in ihrem Kern als Politik einer „Partei der Kriegsrüstung" charakterisiert. Die Rede endet so: „Mit dem Kampf für die deutsche Einheit dienen wir aber auch der Sache der Freiheit und der Menschlichkeit in der ganzen Welt!" Das Protokoll verzeichnete damals, 1951, „anhaltenden stürmischen Beifall". ULRICH SCHACHT



Kampf gegen Guerrillas: Israelische Soldaten in Südlibanon FOTO: DPA

Korrupte Revolution

Eine Dokumentation über die Ziele der PLO

Im Frühjahr vorigen Jahres begann die Räumung Südlibanons durch die israelischen Truppen, aber der Krieg in Libanon ist seitdem längst nicht beendet. Schiitische Milizen verhindern im Süden die Rückkehr palästinensischer „Kämpfer", die in West-Beirut und in Südlibanon einen eigenen Staat mit umfangreichen Waffenlagern, mit Terror zur Einschüchterung der Bevölkerung, mit Raub und willkürlichen „Hinrichtungen" gebildet hatten. Die PLO wurde im Juni 1982 von den Israelis vertrieben, aber noch heute ist ihre Herrschaft gefürchtet. „Die PLO vertritt die dreckigste, korrupteste und brutalste Revolution in der Geschichte", sagt ein libanesischer Arzt in Sidon.

Diese Klage findet sich in der Dokumentation, die Professor Raphael Israeli von der Hebräischen Universität in Jerusalem veröffentlicht hat. Angesichts neuer Terrorakte, angeblicher „Friedensgespräche" des PLO-Vorsitzenden Arafat und andauernder innerer, blutiger Machtkämpfe unter elf PLO-Organisationen ist es nützlich, diese Dokumentation zu kennen. Sie enthüllt die PLO als Teilinstrument der marxistisch-kommunistischen Revolution, die PLO ist mehr als eine nationale „Befreiungsbewegung" zum Kampf gegen Israel.

Den Israelis sind in Sidon, Tyros, West-Beirut und in versteckten Kommandoquartieren Tausende von Dokumenten in die Hände gefallen, von denen Raphael Israeli die bedeutsamsten veröffentlicht, im arabischen Original und in englischer Übersetzung. Darunter befinden sich nicht nur Zeugnisse für erfolgreich bestandene Militärkurse in der Sowjetunion, Ungarn, Jugoslawien oder der „DDR", sondern das wörtliche und sehr aufschlußreiche Verhandlungsprotokoll einer Konferenz zwischen Arafat und dem damaligen Außenminister Gromyko vom 13. November 1979 in Moskau. Arafat spielt dabei unter anderem die Rolle des Zensors und Informators über arabische Angelegenheiten.

„Revolution bis zum Sieg", lautet der Gruß in einem Befehl des obersten PLO-Militärrats, der Mitte Juli 1981 den Beschuß der israelischen Städte Kiryat Shmona, Metulla, Dan und Nahariya anordnete. Eingesetzt werden sowjetische Gradraketen, 130-Millimeter-Artillerie und 160-Millimeter-Granatwerfer. Unter den Zielen ist nicht eine militärische Einrichtung. Das Zielgebiet ist das zivile Nordisrael, also kein 1967 besetztes arabisches Gebiet. Das widerlegt alle Propagandaerklärungen, die PLO wolle nur die 1967 besetzten Gebiete „befreien".

Unter den Dokumenten befinden sich auch Aufzeichnungen lokaler PLO-Größen, wer zu was ausgebildet wurde, da sind „Kameraden" aus Mali und Niger dabei, Somalis, Pakistanis, Türken und Kommandos aus Bangladesch. Aber umgekehrt erhalten libysche und syrische Offiziere auch Kommandoposten über Palästinenser, während „Offiziere" der PLO in Indien und Pakistan trainiert werden. Das internationale Geflecht der PLO wird sichtbar gemacht.

PLO in Lebanon
Ausgewählte Dokumente, herausg. von Raphael Israeli. Verlag Weidenfeld und Nicolson, London, 316 S., 10 Pfund.

Die von den Israelis gefundenen Waffen und Munition, darunter hundert Panzer vom Typ T-34 und T-54, reichten für fünf neue Bataillone aus. Unter den Waffen finden sich moderne amerikanische Gewehre M-16 und deutsche G-3, die von Saudi-Arabien an die PLO gingen. Die Kisten hatten noch die originale Verpackung mit amerikanischen Transportzetteln. Bestimmungsort: Saudi-Arabien.

Dramatisch und enthüllend sind die Befehle zur „Einberufung" und Ausbildung aller über zwölfjährigen Knaben von Ende Mai 1982, also vor der israelischen Invasion. Ihr Sold wurde auf 400 Libanesische Pfund, etwa 200 Mark monatlich, festgelegt. Sie wurden dann als Kanonenfutter eingesetzt, die Israelis nahmen über zweihundert dieser „Kinder" gefangen, die sich oft hinter Frauen versteckten oder aus dem Hinterhalt schossen. Für die PLO dienten diese „Kinder" ebenso wie die Bombardierung der vor Krankenhäusern und Schulen aufgebauten PLO-Geschütze als „Beweis", daß die Israelis Krieg gegen Frauen, Kranke und Kinder führten. PETER M. RANKE

Alles über Sicherheit

Friedensstrategien und Bündnisse in aller Welt

Nur unter Inkaufnahme des gefährlichen Vorwurfs, sträflich leichtsinnig zu sein, könnte sich heute jemand in dem Glauben wiegen, unsere Existenz hier im Herzen Europas habe nichts zu tun etwa mit der der Argentinier, der Inder oder gar der Australier, unseren Antipoden. Mit der Verflechtung der Weltwirtschaft, der immer engeren Vermaschung der Kommunikationsmittel, mit der über die Kontinente hinwegreichenden Zerstörungskraft von nuklearen Raketen oder auch dem gewachsenden Verständnis dafür, daß die Ressourcen auf unserer Erde endlich sind und der „blaue Planet", der unsere Existenz bedeutet, mit rücksichtsloser Naturzerstörung nicht weiter geschunden werden darf, sollte eine Vorstellung davon entstehen, daß die Menschheit „in einem Boot" sitzt.

Wir alle sind aufeinander angewiesen, können uns gegenseitig helfen, uns aber auch schaden. Der Menschen Existenz, ihre Sicherheit zu leben, zu arbeiten und sich die politischen Bedingungen zu geben, die ihr Miteinander regeln sollen – all das ist in den letzten Jahrzehnten in teilweise kaum merklichen Schrittchen miteinander verflochten und zueinander in Beziehung getreten.

Das Handbuch „Sicherheit und Frieden", das jetzt in exzellent weitergeführter neuer Auflage herausgekommen ist, bemüht sich, diese unterschiedlichsten Arten von Interdependenzen durchsichtig und damit verständlich zu machen. Der Inhalt gliedert sich in acht Kapitel und ermöglicht so, die verschiedenen Kategorien von Politik, Sicherheit, Strategien, Länderkunde, Bündnissen und Ähnlichem zu überblicken.

Im ersten Kapitel werden NATO, Warschauer Pakt und andere regionale wie überregionale sicherheitspolitische Abkommen beschrieben; das zweite geht auf andere Formen von Sicherheit ein, etwa Blockfreiheit oder Neutralität. Ein eigenes Kapitel widmet sich den beiden Supermächten, ein weiteres konzentriert sich auf die Existenz Europas. Schließlich werden in den restlichen Kapiteln militärpolitische Fragen wie militärisches Gleichgewicht, die Strategie der NATO, Probleme der Rüstungskontrolle und auch die Psychologie des Friedens dargelegt.

Das Buch sollten alle lesen, die in Politik, Bildung, Medien, in den „gesellschaftlich relevanten Gruppen" oder sonstwo Verantwortung tragen. Etwas Vergleichbares gibt es auf dem deutschsprachigen Buchmarkt nicht. Das Handbuch verdient diese Bezeichnung tatsächlich. Es hat sich in der verbesserten zweiten Auflage endgültig zu einem zuverlässigen und gut geordneten Nachschlagewerk für Fragen der politischen und militärischen Sicherheit entwickelt. Dabei macht es der Vorzug noch attraktiver, auch für den Laien leicht verständlich zu sein. Die Texte werden mit recht übersichtlichen Karten, Tabellen, Graphiken und anderen zeichnerischen Mitteln gut ergänzt.

Ortwin Buchbender / Hartmut Bühl / Heinrich Quaden:
Sicherheit und Frieden
Handbuch der weltweiten sicherheitspolitischen Verflechtungen, Militärbündnisse, Rüstungen, Strategien. Mittler Verlag, Herford. 433 S., 44 Mark.

Als sehr hilfreich erweist sich schließlich auch der Anhang des Werkes, in dem 39 Staaten mit wichtigen Einzelaspekten ihrer Sicherheitspolitik textlich und graphisch vorbildlich dargestellt sind. Die weiteren Staaten finden dann wenigstens in einer ausführlichen Tabelle Erwähnung, deren einzelne Angaben zumindest einen Gesamteindruck vermitteln. Selbst vor so speziellen Fragen wie „Welche Länder setzen wo Militärberater ein?" oder „Wo stammen die Waffen der 21 arabischen Länder her?" kapituliert das Handbuch nicht.

Wer sich nach und nach die präzisen Informationen und die didaktisch geschickte Darstellung bestimmter politischer, strategischer oder philosophischer Fragen dieses Buches aneignet, weiß am Ende, daß Sicherheit ein Wert geworden ist, der letztlich nur noch im Miteinander der Menschen zu erreichen ist. RÜDIGER MONIAC

Wenn Angst die Hoffnung verdrängt

Wie autonom ist der Mensch? – W. Falks neuartige Fortschritts-Deutung

Der Glaube an den Fortschritt entstand im 18. Jahrhundert; er verheißt der ganzen Menschheit eine bessere Zukunft, ist aber nicht allen Menschen eigentümlich. An den Fortschritt glaubt nur eine Minderheit, die sich für aufgeklärt hält und auf die Masse, die im Finstern tappt, herabblickt. Heute wird dieser Glaube brüchig, denn das, was auf uns zukommt, scheint bedrohlich; die Angst vor der Katastrophe verdrängt die Hoffnung.

In dieser Situation gibt der Literaturwissenschaftler Walter Falk dem Fortschritt eine „alternative Deutung". Er setzt sich jedoch nicht mit allen Fortschritts-Denkern auseinander, sondern nur mit Kant, für den der Fortschritt „die Emanzipation aus allen Bindungen" war und für den das zu erreichende „Ziel in der totalen Autonomie der Menschheit" bestand. Das, meint Falk, sei ein verhängnisvoller Irrtum. Der Mensch darf, wie Falk darlegt, nicht als autonom angesehen werden, denn er ist Gott untertan und zugleich dem Teufel ausgeliefert. Gott will den Fortschritt, der Teufel will den Stillstand; der Mensch muß sich entscheiden.

Viele moderne Theologen bemühen sich, den Teufel abzuschaffen, wobei sie die Bibelstellen, die keinen Zweifel an seinem Dasein erlauben, neu, in fortschrittlichem Sinn, interpretieren. Falk rechnet mit ihrem Widerspruch, aber er fürchtet sich nicht, denn er hat eine Methode entwickelt, die der Kritik standhält, weil sie rational und streng wissenschaftlich ist.

Walter Falk:
Die Ordnung der Geschichte. Eine alternative Deutung des Fortschritts
Burg Verlag, Sachsenheim. 480 S., 44 Mark.

Man kann lange darüber streiten, was Wissenschaft ist, und was sie leistet. Es gibt Gottesbeweise, die als wissenschaftlich konzipiert sind; von manchen werden sie anerkannt, von anderen verworfen. Falk, der ausdrücklich auf die Hilfe der Theologie und Metaphysik verzichtet, führt Beweise, die nicht jeden überzeugen werden; außerdem weiß er einiges, das nicht unbedingt wißbar ist. Er weiß, was Gott und der Teufel wollen und wie sie ihren Willen durchsetzen – aber woher weiß er das?

Um den Wert des Fortschritts zu beurteilen, muß man sein Ziel kennen; der Fortschritt als solcher ist wertindifferent – eine bloße Bewegung nach vorn. Die Fortschrittsgläubigen machen die Voraussetzung, daß diese Bewegung notwendig gut sei und notwendig zu einem guten Ziel führen müsse, aber das ist weder bewiesen noch beweisbar: ein bloßer Glaube, der wie eine Seifenblase in der Luft schwebt.

JOHANNES KLEINSTÜCK

Diktatorische Machtbürokratie

Eine konzentrierte Informationsfülle über die **„Sowjetunion 1984/85. Ereignisse, Probleme, Perspektiven"** (Hanser Verlag, München. 386 S., 38 Mark) legt turnusgemäß das Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien vor. Wie in den seit 1974 erschienenen Vorgänger-Bänden gruppierte die 12köpfige Redaktion unter Heinz Timmermann unter den Kapiteln Innenpolitik, Wirtschaft und Außenpolitik facettenreiche Einzeldarstellungen zu einem Ganzen, das durch sachliche und zeitgeschichtliche Querverweise sowie im Rahmen erhaltene Quellennachweise gut lesbare Information auf einen Blick gibt. Zahlreiche Tabellen, Statistiken und Personalübersichten ergänzen das Werk, das nach der „Übergangszeit" in der Sowjetunion jetzt unter Gorbatschow eine „Modernisierung ohne einschneidende Reformen" voraussieht: Denen steht die erstarrte Ideologie des Marxismus-Leninismus und die konservative diktatorische Machtbürokratie im Wege. HS

Unsichere Kantonisten

Die „bewaffneten Organe der Arbeiter- und Bauernmacht" in der *„DDR"* – neben der Nationalen Volksarmee auch die Grenztruppen, die „Tschekisten" des Ministeriums für Staatssicherheit und die „Kampftruppen der Arbeiterklasse" – werden oft in einem Atem über- und unterschätzt. Einerseits werden sie zu einer Art Elitearmee stilisiert, auf die sich die SED jederzeit verlassen kann. Andererseits gelten sie als unsichere Kantonisten, die nur durch die „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" bei der Stange gehalten werden. Die Wirklichkeit ist jedoch weitaus diffiziler. Das verdeutlicht Gunter Holzweißig in dem Band **„Militärwesen in der DDR"** (Holzapfel Verlag, Berlin. 160 S. mit Abb., 12,80 Mark), in dem er knapp Entstehung, Organisation und Funktion der militärischen und paramilitärischen Einheiten in der „DDR" schildert. Es ist nicht das Bild einer militarisierten Gesellschaft, sondern eines Volkes, das mit militärischen Mitteln beherrscht wird. P. Jo

Viel zu früh verließ uns mein geliebter Mann, unser liebevoller Vater, Sohn, Bruder und Schwager

Herbert Ditges

9. 12. 1927 – 23. 2. 1986

Sein Leben war geprägt von Liebe zu seiner Familie, Hilfsbereitschaft für Freunde und Mitmenschen. Es war erfüllt durch die Freude an seinem Beruf und seinen unermüdlichen Einsatz für die Belange der Landwirtschaft.

In Dankbarkeit und tiefer Trauer
Elisabeth Ditges geb. Krewel
Karl-Otto Ditges
Dr. Brigitta Ditges
Claus-Markus Ditges
Katharina Ditges geb. von Meer

5350 Euskirchen, Gut Friedrichsruh

Die feierlichen Exequien werden gehalten am Freitag, dem 28. Februar 1986, um 9.30 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche zu Euskirchen.

Anschließend findet die Beerdigung von der Friedhofskapelle, Euskirchen, aus statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Für eine Spende zugunsten der Deutschen Krebshilfe, Dresdner Bank, Kto.-Nr. 909090, BLZ 370 800 40, wären wir dankbar.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche zu betrachten.

Dichter, was hoffst du? Daß in den fallenden Leben lange noch Hände dein Buch vor glückliche Augen und vor glühende Herzen halten?
Ehe die Augen zu Ende gelesen, sinken die Hände, und die Herzen verpochen, noch voll deines Wortes, ins Nichtgewesene auch, in das du schwandest.
Wilhelm von Scholz

Gertie von Scholz

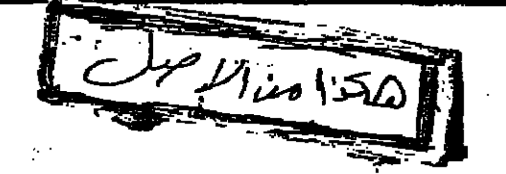
geb. Richter

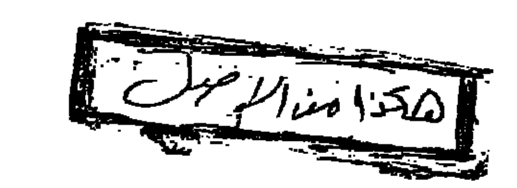
18. 11. 1899 – 23. 2. 1986

Witwe des 1969 in Konstanz verstorbenen Dichters Dr. Dr. Wilhelm von Scholz auf Seeheim.

In liebender Trauer
Ihre Schwestern:
Anni Ehrke, geb. Richter, Kassel
Klara Grosse, geb. Richter, Eichen
Ihre Nichten:
Helgard Thoma, geb. Ehrke, Haslach
Regine Singh, geb. Grosse, Düsseldorf
Ihr Treuhänder:
Heinz Weidenfeld, Konstanz

7750 Konstanz – Seeheim, 23. Februar 1986
Urnenbestattung.





Wie man ein Pfennigstück in ein Miniatursieb verwandeln kann

Kaum dicker als ein menschliches Haar ist dieser Miniaturbohrer, der einen Durchmesser von nur 0,2 Millimetern besitzt. Eine Pfennigmünze (Durchmesser etwa 1,6 Millimeter) könnte man damit in ein Sieb verwandeln, denn auf ihre Fläche passen etwa 5000 Löcher dieser Größe. Entwickelt wurde er für Leiterplatten, wie sie für den Bau von Computern benötigt werden. In eine Leiterplatte mit einem Format von 60 mal 70 Zentimetern bohren diese Präzisionswerkzeuge zum Beispiel 25 000 Löcher. Von Schwäbisch Gmünd aus, dem Sitz der Herstellerfirma Kemmer, werden diese Spezialbohrer in alle Welt geliefert.

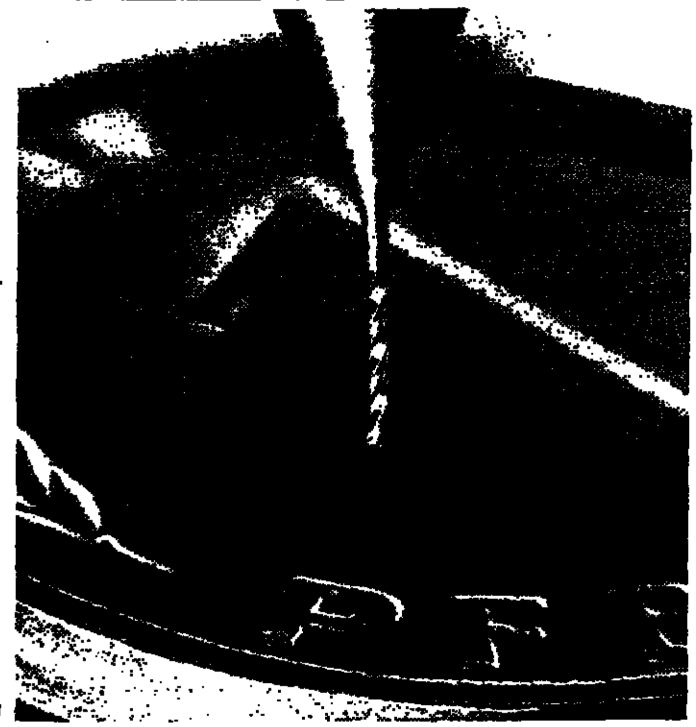


FOTO: IBM

„Der teuerste Schrott der Menschheit"

Linus Pauling, Nobelpreisträger und Atomwaffengegner, feiert seinen 85. Geburtstag

Von LUDWIG KÜRTEN

Er ist der einzige Mensch, der zweimal einen ungeteilten Nobelpreis erhielt, er ist Träger r präsidialen Verdienstmedaille n US-Präsident Harry Truman und s sowjetischen Lenin-Friedensprei- und gehörte zur ersten Generation r „Friedensbewegung". Die Wis- ischaft verdankt ihm Einsichten in Natur der chemischen Bindung i die Struktur der Eiweißstoffe. scheute er sich, mit ungewöhnli- n und umstrittenen Ideen an die entlichkeit zu gehen: Linus Carl iling, eine der schillerndsten na- wissenschaftlichen Persönlichkei- dieses Jahrhunderts, vollendet 'gen sein 85. Lebensjahr.

eine wissenschaftliche Arbeit lei- e Pauling seit 1922 vor allem am fornia Institute of Technology in idena, wo er von 1931 bis 1964 den stuhl für Chemie innehatte. Aus- nd von den damals noch „druck- hen" Ergebnissen der Quanten- ıanik, entwickelte er neuartige tellungen über die Bindungs- e innerhalb von Molekülen. Spä- vandte er sich Strukturbestimmungen an Borwasserstoffen und Silikaten zu und weitete seine Arbeit in den 40er Jahren auch auf die Molekularbiologie und Medizin aus.

Unter anderem wies er nach, daß die Sichelzellen-Anämie, eine Blutkrankheit, durch eine einzige Veränderung in der Aminosäure einer der vier Polypeptid-Ketten des Blutfarbstoffes Hämoglobin verursacht wird. Sein Buch „Die Natur der chemischen Bindung" gilt als eines der einflußreichsten wissenschaftlichen Werke des 20. Jahrhunderts. Für die Aufklärung der dreidimensionalen Struktur der Eiweißstoffe (Proteine) wurde ihm 1954 der Nobelpreis für Chemie zuerkannt.

Seit den 50er Jahren trat Pauling als radikaler Vorkämpfer gegen die Atomwaffentests auf. Waffen nannte er „den teuersten Schrott der Menschheit". Diese Aktivitäten trugen ihm Schwierigkeiten mit den Behörden und eine Vorladung vor den McCarthy-Ausschuß ein. 1958 übergab er der UNO eine von 11 000 Wissenschaftlern aus 48 Ländern unterzeichnete Petition für die Einstellung aller Atomtests. 1963 erhielt Linus Pauling den Friedensnobelpreis – am selben Tag, an dem der zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien geschlossene Vertrag über den Stopp von Atomwaffentests in der Atmosphäre in Kraft trat.

In den siebziger Jahren machte Pauling erneut durch eine umstrittenen These auf sich aufmerksam. Er postulierte, daß Vitamin C in hohen Dosen eine wirksames Mittel gegen Krebs sei, eine Behauptung, die bis heute wissenschaftlich nicht gesichert werden konnte. 1974 gehörte er zu den Unterzeichnern einer Petition, die sich für die Sterbehilfe bei hoffnungslos kranken Menschen aussprach.

Pauling ist auch heute noch wissenschaftlich aktiv. Er forscht an dem 1973 von ihm gegründeten „Linus Pauling Institute of Science and Medicine" in Palo Alto (Kalifornien) und veröffentlicht unermüdlich wissenschaftliche Beiträge. Vor wenigen Tagen erst erschien sein neues Buch „How to Live Longer und Feel Better" („Wie man länger und besser lebt").

Über Geschmack darf man streiten

Modernste Winzertechnik ermöglicht die Herstellung von Weinen ohne Schwefelzusatz

Von JOACHIM NEANDER

Schritt für Schritt nähern sich Wissenschaft und Winzerpraxis einem Ziel, das lange unerreichbar schien: einen guten, sorten- und gebietstypisch schmeckenden Wein ganz ohne Zusatz von Schwefel zu erzeugen. Zwei Kompromißlösungen scheinen zur Zeit möglich: traditioneller Ausbau mit deutlich geringerer SO_2-Dosis oder totaler Verzicht auf Schwefelzusatz bei leicht verändertem Weingeschmack.

In der Öffentlichkeit herrschen, vor allem im Zusammenhang mit den großen Weinpanscheraffären, teilweise falsche Vorstellungen zum Thema Schwefel und Wein. Tatsache ist, daß auf der ganzen Welt bei der Behandlung des Weinmosts im Keller Schwefel verwendet wird, allerdings nicht als Konservierungsmittel, denn dazu sind die Dosen zu gering. Im Wesentlichen wird er auch nicht mehr zum sogenannten Stoppen der Gärung benutzt, um damit eine Restsüße zu erzeugen. Vielmehr dien. der Schwefel dazu, vor, während und nach der Gärung die Oxidation zu verhindern und unliebsame Mikroorganismen abzutöten. Vor allem aber kann man mit seiner Hilfe unerwünschte Gärnebenprodukte, wie zum Beispiel das höchst unangenehme Acetaldehyd, binden und neutralisieren.

Wieviel Schwefel schadet, ist nicht genau bekannt

Auf der anderen Seite ist seit Jahrhunderten bekannt, daß der Schwefel unter Umständen der Gesundheit schadet. Das Problem ist, daß gesicherte Toxizitätswerte bis heute nicht ermittelt werden konnten. Bei manchen Menschen treten schon bei einem Schwefelgehalt von zehn Milligramm pro Liter Wein leichte Kopfschmerzen auf. Andere vertragen über längere Zeit bis zu 1000 mg/l ohne Symptome.

Sicher scheint, daß noch höhere Dosen in jedem Fall schädlich sind (Kopfschmerzen, Schwindel, Erbrechen). Ein Arbeitskreis der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt als Anhaltspunkt eine Maximalmenge von 0,7 mg SO_2 pro kg Körpergewicht. Bei der Weinbereitung ist in der EG eine Höchstmenge von 175 mg/l festgelegt. Ausnahmen bis zu 400 mg/l werden allerdings für die seltenen Beeren- und Trockenbeerenauslesen zugelassen, deren mühsame Herstellung einer relativ großen Oxidationsgefahr ausgesetzt ist, von denen man aber auch selten mehr als ein oder zwei Gläschen konsumiert.

Bemühungen, diesen Grenzwert von 175 mg/l noch weiter zu senken, scheitern in der EG bisher vor allem an den Engländern, die Schwierigkeiten mit ihren traditionellen Faßweinimporten aus Frankreich und Portugal bekämen. In der Bundesrepublik wird in der Praxis die Höchstmenge nur selten erreicht. Namhafte Weingüter geben ihren Durchschnitt mit ca. 100 mg/l an. In problemlosen Jahren kann er deutlich darunter liegen. Einen gänzlich schwefelfreien Wein gibt es übrigens gar nicht, da bei der Gärung selbst SO_2 (durchschnittlich 20 bis 40 mg/l) gebildet wird.

Vorreiter in Richtung auf einen Weinausbau ohne Schwefelzusatz ist in der Bundesrepublik der Edenkobener Weingutsbesitzer Werner Walter. Jahrelang galt er als unliebsamer Außenseiter, wozu er durch eine ziemlich voreilige und teilweise aufdringliche Werbung selber einen Teil beitrug. Inzwischen hat Walter aber viel dazugelernt. Vor allem tritt er gegenüber der großen Mehrheit seiner Berufskollegen konzilianter und moderater auf. Nachdem er sich in seinem jahrelangen Prozeß bis hinauf zum Bundesgerichtshof die Anerkennung eines Patents für sein Verfahren erstritten hat, gestattet ihm die EG inzwischen, zwar nicht direkt auf dem Etikett, immerhin aber auf einer Halsschleife seine Weine als „ungeschwefelt" anzupreisen.

Vor allem aber treten nach und nach auch prominente Betriebe mit ihm in Verbindung, um nach seiner Methode Versuche anzustellen. Als erster bietet jetzt eines der ältesten und größten privaten deutschen Weingüter, das Fürstlich Castellsche Domänenamt in Castell (Unterfranken), zwei nach der „Walthari-Methode", also ohne Zusatz von Schwefel behandelte 1984er Weine an.

Fürst Albrecht zu Castell-Castell legt großen Wert auf die Feststellung, es handele sich um einen Versuch, nicht aber um eine völlige Kehrtwendung zum ungeschwefelten Wein. Diese Weine seien ein Angebot an die gegen SO_2 Empfindlichen: „Wir Winzer haben uns jahrzehntelang viel-leicht zu ausschließlich um die Qualität und den Geschmack unserer Weine gekümmert und zu wenig um die Bekömmlichkeit."

Wer die ungeschwefelten Castell-Weine probiert, kommt zu folgendem Ergebnis. Sie moussieren (wie übrigens auch die Pfälzer Weine vom Walthari-Hof) leicht, da die bei der Gärung entstehende Kohlensäure dank der Gegendruckfüllanlage voll in der Flasche enthalten bleibt. Sie weichen in Farbe, Geruch und Geschmack leicht von den entsprechenden mit Schwefel ausgebauten Weinen ab, ohne sich allerdings durch einen Fremd- oder Fehlton auszuzeichnen. Die Oxidationsgefahr hält sich in Grenzen. Rebsorte und Besonderheiten des Bodens sind zu erkennen. Nicht jeder vielleicht, aber doch die Schwefelempfindlichen werden sich daran gewöhnen.

Grundlage des Verfahrens ist modernste Technik

Werner Walter, der sein Verfahren dem fürstlichen Weingut in Lizenz überläßt, dabei aber nur die von ihm selbst gezüchteten Gärhefen und die eigens für ihn konstruierte Abfüllmaschine verwenden läßt, ist zuversichtlich, daß ihm weitere Fortschritte gelingen werden. Mit seinen Reinzuchthefen kürzt er den Gärvorgang erheblich ab und vermeidet dadurch unerwünschte Nebenprodukte. Manche Weinkenner meinen allerdings, daß dadurch auch ein Teil der erwünschten natürlichen Geschmacksvielfalt der fast 1000 verschiedenen Inhaltsstoffe des Weins verlorengeht. Voraussetzung für seine Methode sind – und dies unterscheidet ihn von den meisten anderen „alternativen" Winzern – modernste Kellereitechnik, möglichst kurze Transportwege und größte Hygiene.

Auch seine Grenzen hat er inzwischen abgesteckt. Ein schwefelfreier Weinausbau in Holzfässern ist unmöglich. Und von der Spätlese aufwärts wird es auch problematisch. Neue Chancen könnte noch der sogenannte biologische Säureabbau bieten, der zwar technisch schwierig und riskant ist, aber etwa in der Schweiz und im Elsaß dazu geführt hat, daß die Weine einen deutlich niedrigeren SO_2-Bedarf aufweisen als üblich.

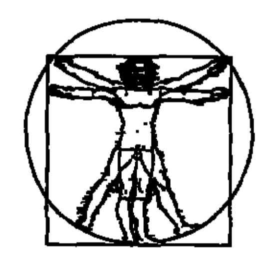
NOTIZEN

Wandelbare Werkstoffe

Würzburg (dpa) – Neue Werkstoffe mit den vielfältigen wandelbaren Eigenschaften organischer Kunststoffe und der Härte von Glas zu entwickeln gelang nun nach mehrjähriger Arbeit dem Fraunhofer Institut für Silikatforschung in Würzburg. Das Institut gab seiner Entdeckung den Namen Ormosile („Organisch modifizierte Silikate"). Mit Hilfe der Ormosile könnten zum Beispiel Plexiglas kratzfest gemacht oder neuartige Kontaktlinsen hergestellt werden.

Aufklärung per Film

Bonn (DW.) – Eine Videokassette sowie eine Ton-Diareihe zum Thema Aids bietet nun zum kostenlosen Entleih die Konferenz der Landesfilmdienste e. V. an. Alle Interessenten können auf diesem Wege aktuelle Informationen über die Aids-Erkrankung erhalten. Besonders viel verspricht man sich von einer Benutzung des Materials durch Ärzte und psychosoziale Beratungsdienste.



(Rückfragen und Bestellungen bei: Konferenz der Landesfilmdienste, Rheinallee 59, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/35 50 02)

Jagd auf den Bisam

Münster (H. H.) – Schäden von mehr als zwei Millionen Mark richteten Bisame im vergangenen Jahr allein in Westfalen-Lippe an. Vor allem Fischteiche und die Böschungen fließender Gewässer sind davon betroffen. Die Landwirtschaftskammer setzt daher neben den Jagdausübungsberechtigten auch amtliche und freiwillige Bisamjäger ein. 31 600 Tiere gingen ihnen 1985 in der westfälischen Region in die Falle. Da aber die Bisame kaum noch natürliche Feinde haben, nimmt ihr Bestand und der von ihnen verursachte Schaden immer wieder zu.

Dregger: Wie Reagans Antwort zustande kam

p.p. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger haben den Koalitionsabgeordneten eindringlich ins Gewissen geredet, „nicht übereinander, sondern miteinander zu reden – und schon gar nicht übereinander in der Presse zu reden". Der Anlaß für diese Mahnung während der vergangenen Fraktionssitzung war die koalitionsintern geführte Auseinandersetzung um die Antwort von US-Präsident Reagan auf die Abrüstungsvorschläge von Kreml-Chef Gorbatschow am vergangenen Wochenende. Dregger hat dabei die Entstehungsgeschichte des Reagan-Briefs nachgezeichnet, nachdem ihm Kohl ausdrücklich für die Mithilfe bei der Korrektur des ursprünglichen amerikanischen Entwurfs gedankt und sich dabei auch auf Dreggers WELT-Interview vom 20. Februar bezogen hatte.

„Es hat zwei Entwürfe gegeben", berichtete der Fraktionsvorsitzende in der Sitzung am Dienstagnachmittag, „das war der Sinn eines Konsultationsverfahrens." Der zweite Entwurf, der „die deutschen Positionen aufgenommen" habe, sei erst am Samstagabend im Kanzleramt eingetroffen. Da er, Dregger, selbst nicht erreichbar war, habe Kanzler-Berater Teltschik ihn erst am Sonntagabend unterrichten können. Mit in Milde verpackter Kritik sagte Dregger deshalb vor der Fraktion: „Andere Kollegen, die sich am Sonntagmorgen noch geäußert haben, waren nicht unterrichtet". Gemeint war der CDU-Bundestagsabgeordnete Todenhöfer.

Dregger, der die Modifikationen in der zweiten Brief-Version als Zeichen des „engen Vertrauensverhältnisses" insbesondere zwischen Reagan und Kohl bewertete, kommentierte in der Fraktionssitzung die Unterschiede zwischen beiden Entwürfen: „Im ersten war von einer differenzierten Null-Lösung die Rede, einer Null-Lösung nur für Europa unter Beibehaltung von SS-20-Raketen im Osten der Sowjetunion, die jederzeit nach Westen verlagert werden konnten. Dagegen hat die deutsche Seite Stellung genommen. Und der zweite Entwurf, der jetzt entscheidend ist, enthält Gleichgewicht global für beide Seiten." Der „zweite große deutsche Erfolg" sei, „daß sich der Antwort-Brief nicht nur auf die Mittelstreckenraketen beschränkt, sondern die Kurzstreckensysteme mit einbezieht".

Lehrverträge: Wilms sieht einen Trend zum Positiven

Attacke der SPD vor fast leeren Bänken im Bundestag

PETER PHILIPPS, Bonn

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit und bei fast leerem Haus debattierten gestern morgen die Parlamentarier im Bundestag über die Lage am Ausbildungsmarkt. Die SPD hatte die Aktuelle Stunde beantragt und ließ Gerd Weisskirchen ihre grundsätzliche Kritik an der Bundesregierung vortragen: Mit „keinem Trick der Statistik" seien die „Ängste, die zerstörten Hoffnungen der 100 000 aus der Welt zu schaffen", denen im vergangenen Jahr „eine Chance zum Einstieg in die berufliche Erstausbildung verwehrt wurde".

Weisskirchen sprach davon, daß es trotz des „vierten Jahres einer Konjunkturbelebung" unverändert eine „verheerende Bilanz" bei den Ausbildungsplätzen gebe. Die Bundesregierung habe den unter Helmut Schmidts Kanzlerschaft vorhandenen „Angebotsüberhang" bei Ausbildungsplätzen „rapide verkommen lassen". Es gebe darüber hinaus auch noch für viele eine Fehlqualifikation.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms wies die Kritik der Opposition zurück: In den vergangenen drei Jahren seien „rund zwei Millionen neue Lehrverträge abgeschlossen (worden), 200 000 mehr als in den drei Jahren zuvor". Zwar hätten Ende 1985 immer noch rund 38 000 Jugendliche eine Lehrstelle gesucht, aber „die Bundesregierung unternimmt alles, um bei der Bewältigung auch dieser Probleme hilfreich zur Seite zu stehen". Wenn nun „vom Bankrott oder von der Lehrstellenkatastrophe" gesprochen werde, „nimmt das heute niemand mehr ernst". Die Erfolge der Bildungspolitik zeigten sich im übrigen auch darin, daß „die Jugendarbeitslosigkeit – unter 25 Jahren – zurückgegangen ist und nicht ansteigt". Im übrigen empfehle sie der SPD zur erneuten Forderung nach einem „Umlageverfahren" zur Schaffung von Ausbildungsplätzen die Lektüre der „Bundestagsdrucksache vom August 1982", aus der Regierungszeit der SPD, in der „minutiös ausgeführt ist, daß ein solches Umlage- und Abgabeverfahren nicht praktikabel ist".

Auch Friedrich Neuhausen (FDP) sagte zu diesem Thema, daß „auf dem gegenwärtigen Hochplateau die Erneuerung dieser Diskussion" um eine Ausbildungsplatz-Abgabe „kontraproduktiv" sei, weil sie „das hohe freiwillige Angebot und die Chance, es zu halten und zu steigern, mindern" könne. Das Wort von der „verlorenen Generation" sei im übrigen „eine schlichte Unwahrheit".

Seite 2: Kommentar

Schlechte Noten für die Bundespost. Privatfernsehen ruft Politik zu Hilfe

Appell an Fernmeldebehörden: Auftragsverfahren bei der Verkabelung beschleunigen

GERNOT FACIUS, Bonn

Eigentlich hätte Bundespostminister Schwarz-Schilling dem Kabinett über den Stand des Privatfernsehens berichten sollen; Kompetenzgerangel zwischen den Ressorts hat diese Berichterstattung zum wiederholten Male verzögert. Die „Perspektiven für die Entwicklung privater Rundfunkveranstalter in der Bundesrepublik Deutschland" wurden deshalb gestern ausschließlich aus der Sicht des Bundesverbandes Kabel und Satellit beschrieben. Die Post erhielt dabei nicht die besten Noten.

Anfang 1985, so erinnerte der Verband, der die privaten Rundfunkveranstalter vertritt, habe das Postministerium angekündigt, daß bis Jahresende jeweils 136 ECS- und 136 Intelsat-Empfangsantennen in Betrieb sein würden. „Tatsächlich waren bis zum Jahresende rund 100 ECS- und lediglich eine Intelsat-Anlage in Betrieb; daher können derzeit lediglich circa 1 Million Haushalte ECS-Satellitenprogramme empfangen". Der Verband fordert „intensive Bemühungen" der Oberpostdirektionen und örtlichen Fernmeldeämter, um durch ein zügiges Auftragsverfahren diesen Rückstand so schnell wie möglich aufzuholen.

Problematisch erscheint den Vertretern privater Programme die Kanalbelegungspraxis in den Kabelverteilanlagen. Sie sehen sich nicht „chancengerecht" behandelt. Deshalb ihre Aufforderung an Bundespost und Bundesländer: „Neben den Programmen ARD, ZDF und den jeweils nach entsprechendem Landesrecht veranstalteten Dritten Programmen muß eine Nachbarkanalbelegung mit regionalen bzw. auf nationale Verbreitung angelegten privaten Rundfunkprogrammen erfolgen, bevor weitere öffentlich-rechtliche Programme Berücksichtigung finden können."

Die bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verfügen über mehrere bundesweite Hörfunk- und Fernsehketten, über die sie jeweils fast 100 Prozent aller Zuschauer und Zuhörer erreichen können. Ein Wettbewerbsvorsprung, der von den kleinen Konkurrenten kaum aufzuholen ist. Der Markt könnte aber besser und schneller erschlossen werden, würden alle neuen zur Verfügung stehenden terrestrischen Sendemöglichkeiten ausschließlich an private Anbieter vergeben. An dieser Frage wird sich im medienpolitischen „Schicksalsjahr" (BKS-Vorsitzender Jürgen Doetz) noch mancher Streit entzünden.

Am 13. März wollen die Miniterpräsidenten ihre medienpolitische Sprachlosigkeit überwinden und zumindest über die längst fällige Belegung des direkt strahlenden Rundfunksatelliten TV-Sat 1 miteinander reden, der im Herbst betriebsbereit sein soll. Von der Bundespost erwarten die privaten Anbieter nach der politischen Entscheidung „die umgehende Bestellung des für ein Satellitensystem unverzichtbaren TV-Sat 2 sowie die Bereitschaft, bei den anstehenden Vertragsverhandlungen mit privaten Nutzern, die bisher diskutierten Finanzierungsvorschläge drastisch zu reduzieren, bis sichergestellt ist, daß durch die Nutzung des TV-Sat tatsächlich eine Vergrößerung der technischen Reichweite im nennenswerten Umfang ermöglicht wird". Von der Entscheidung der Kanalzuweisung hängt auch industriepolitisch viel ab. Eine Großserienfertigung entsprechender Fernsehgeräte und Antennen ist kaum möglich, wenn eine Garantie für ein funktionierendes Satellitensystem nicht gegeben wird. Der TV-Sat 1 ist ohne den Reversesatelliten TV-Sat 2 ein Torso. Für eine „Ruine im Orbit" möchte niemand aber gerne Geld ausgeben.

SPD bestätigt Analyse von Lothar Loewe

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Berliner SPD hat Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit bei der Lösung der Probleme im Sender Freies Berlin signalisiert (SFB) und zugleich auch harte Kritik am früheren Intendanten Wolfgang Haus (SPD) geübt.

Parteisprecher Wilhelm Wiegreffe schrieb in einem Beitrag für den Bonner SPD-Pressedienst als Maßstab für die SFB-Entwicklung müsse gelten, den Sender „bundesweit zu einem attraktiven Aushängeschild Berlins zu machen". Für einen neuen Intendanten und sein „Führungsteam" dürfe „allein die Qualifikation zählen". Ein Nachfolger für den angeschlagenen Lothar Loewe müsse „das breite Vertrauen sowohl des Rundfunkrates als auch der Mitarbeiterschaft genießen". Ein neuer Intendant dürfe „nicht unter den Gesichtspunkten des politischen Proporz ausgewählt werden" – alles Maßstäbe, denen der Favorit für die Loewe-Nachfolge, der jetzige Senatspressechef Winfried Fest genügt, den die SPD also offenbar mittragen würde.

Es spiele „keine Rolle", ob ein neuer Intendant „Mitglied einer Partei ist oder nicht", legt Wiegreffe noch einmal nach: „Entscheidend ist die Gewähr, daß er sich von nichts anderem leiten läßt als von der Wiederherstellung journalistischer Grundsätze." Daß dies bereits aus früheren Jahren herrührt, unterstreicht auch Wiegreffe – und bestätigt damit nachträglich die richtige Analyse des jetzigen Intendanten Lothar Loewe. Der SPD-Sprecher benutzt sogar das Loewe-Wort vom „Sender mit eingeschlafenen Füßen" und konstatiert, daß die journalistischen Ansprüche „im Laufe der Jahre in die Häckselmaschine gruppenpolitischer Auseinandersetzung geraten" seien.

Ohne den Namen von Loewe-Vorgänger Wolfgang Haus, der von 1978 bis 1983 als Intendant fungierte, zu erwähnen, schreibt der Berliner SPD-Sprecher von einer „langjährigen Motivations-, Kreativitäts- und Produktivitätskrise" im SFB. Eine neue Führung „hat nicht erst dort anzusetzen, wo mit dem derzeitigen Intendanten das Chaos ausbrach, sondern sie muß auch das aufarbeiten, was dem SFB bereits in früheren Zeiten den Ruf eingetragen hat, die einzige Bürokratie zu sein, die über einen eigenen Sender verfügt".

Vorwürfe gegen Nasa

Challenger-Techniker warnten vor dem Start der Raumfähre

wth, Washington

Die Weltraumfähre „Challenger", die am 28. Januar auf dem Weg ins All explodierte, hätte niemals gestartet werden dürfen. Dies wurde gestern bei der Anhörung der Untersuchungskommission enthüllt, die die Vorgänge, die zur bisher größten amerikanischen Weltraumkatastrophe führten, überprüfen soll. Obwohl die genaue Ursache des Unglücks noch nicht ermittelt ist, sind Experten sicher, daß das auslösende Moment einige Gummiringe an der rechten Festtreibstofrakete waren, die infolge der kalten Witterung ihre Abdichtungsfunktion nicht mehr voll erfüllen konnten.

Die Techniker von Thiokol, dem Hersteller der Festtreibstoffraketen, hatten am Abend vor dem Start, als für den nächsten Morgen Temperaturen von nur 26 Grad Fahrenheit vorausgesagt waren, von einem Start abgeraten, weil diese Ringe nur bei Temperaturen von mehr als 50 Grad Fahrenheit voll funktionsfähig seien. Allan McDonald, Cheftechniker bei Thiokol, sagte nun aus: „Ich fühlte mich von der Nasa unter Druck gesetzt, als ich vom Start abriet." Darauf nahm die Nasa direkten Kontakt mit der Firmenleitung auf. Eine halbe Stunde später gab Thiokol schriftlich ihre Feststoffraketen zum Start frei.

Der Techniker McDonald war von der Starterlaubnis für „Challenger" so erschüttert, daß er, nachdem er überstimmt worden war, den Nasa-Offiziellen erklärte: „Wenn dieser Fähre etwas zustößt, möchte ich nicht derjenige sein, der vor einem Untersuchungsausschuß diese Startfreigabe rechtfertigen muß."

NH-Sanierung weiter erschwert

AP, Bonn

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) sieht neue Hindernisse für eine Sanierung des gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmens Neue Heimat. Schneider wies in Bonn auf Berichte hin, wonach die Neue Heimat in Hamburg bereits vor einem Jahr 439 Wohnungen an eine Versicherungsgesellschaft verkauft, sie dann zurückgepachtet und jetzt Mieterhöhungen von rund 23 Prozent verlangt habe. Der Minister betonte, mit einem solchen Verhalten trage die Neue Heimat selbst Angst und Verunsicherung unter ihre Mieter. Dies sei nicht hinzunehmen. Bundesbauminiter Schneider will sich um eine unverzügliche und restlose Aufklärung des Vorgangs bemühen und alles tun, um die betroffenen Mieter zu schützen.

Westeuropa für China wichtig

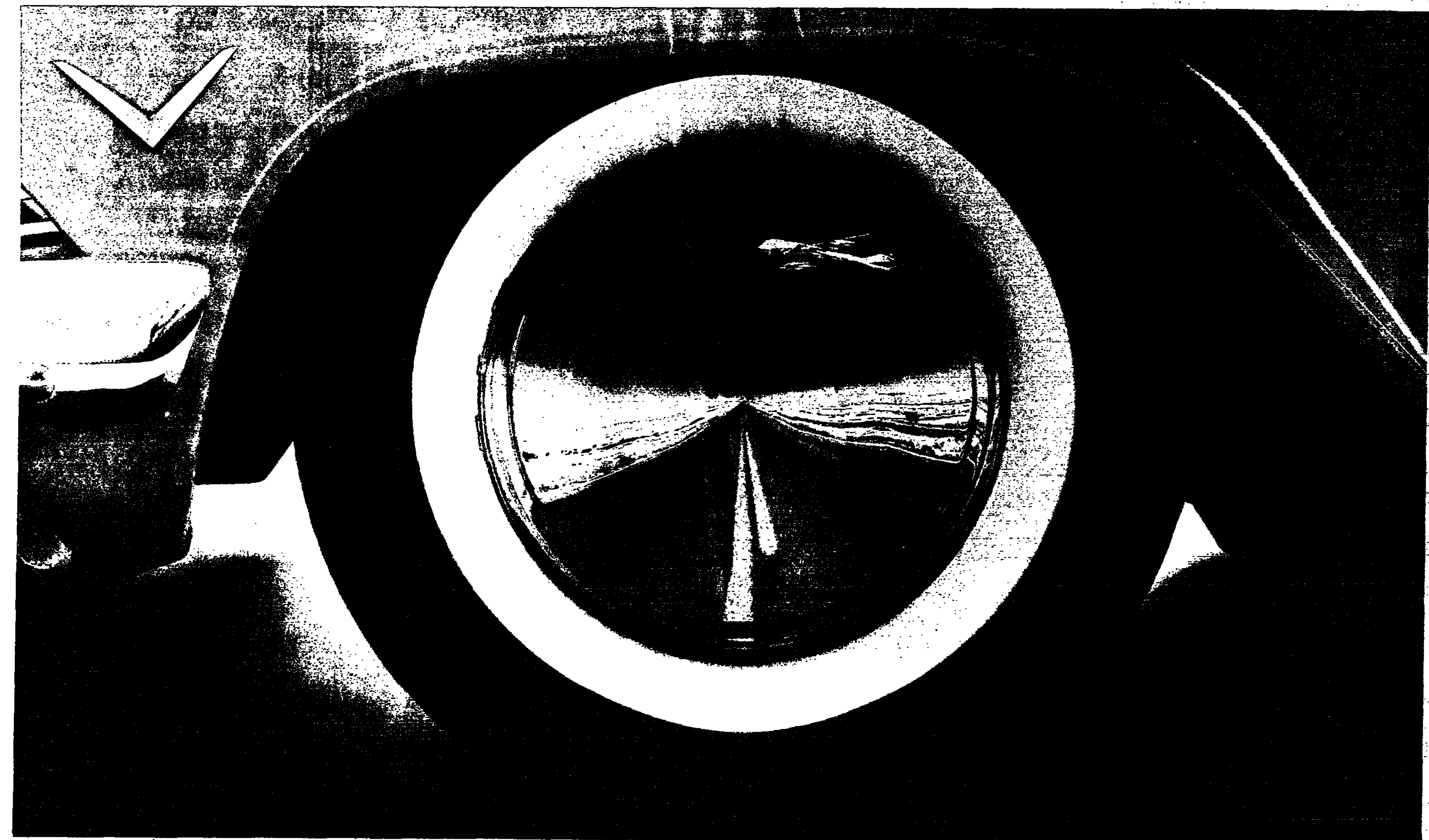
hs. Hamburg

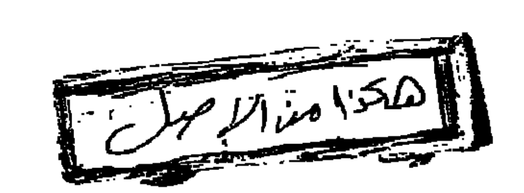
Die Beziehungen der Volksrepublik China zu den Vereinigten Staaten sind weit besser entwickelt als zu der Sowjetunion. Dies erklärte der Botschafter der Volksrepublik, Guo Feng Min, in Hamburg. In der langfristigen Planung Chinas nehme Westeuropa einen wichtigen Platz ein, besonders zur Bundesrepublik Deutschland wolle sein Land diese Beziehungen noch enger gestalten. Die chinesische Führung bleibe auf Reformkurs, doch wolle sie diesen Weg behutsam gehen nach dem Motto „Eile mit Weile". Weitere Reformmaßnahmen seien deshalb in diesem Jahr nicht geplant. Zunächst müßten die Erfahrungen ausgewertet werden, sagte der Botschafter, „doch jetzt sind wir uns unserer Sache ganz sicher."

CSU stellt sich auf vorzeitige Wahl ein

lz. München

Die CSU bereitet sich auf die Möglichkeit vor, daß der Bayerische Landtag vorzeitig aufgelöst und der Wahltermin vom 12. Oktober vorverlegt wird. Man wolle keine früheren Wahlen, betonte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler gestern nach einer Sitzung des Ältestenrats im Landtag, aber man fahre mit den Wahlvorbereitungen von jetzt an zweigleisig. Tandler erklärte, er sehe keinen Anlaß, sich von der Äußerung von Justizminister August Lang zu distanzieren. Dieser hatte der Opposition vorgeworfen, sie verbinde sich bei ihrem Kampf gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wak-kersdorf mit Anarchisten. Die SPD kündigte daraufhin an, künftig alle Parlaments-Sitzungen zu baykottieren, bei denen Lang das Wort ergreift.





Spendable Bayern

HH – Im finanzschwachen Bayern werden die Spendierhosen angezogen. Dieser Schluß drängt sich auf, wenn man den Antrag des Freistaats auf befristete Zahlung eines Arbeitslosengeldes an Beamte auf Widerruf liest. Noch ist nicht erkennbar, inwieweit dieses Bemühen in den übrigen Bundesländern in Wahlkampfzeiten auf Wohlwollen stößt.

Doch kann man nicht früh genug vor solchen Ausuferungen warnen. Präzedenzwirkungen für andere Berufsgruppen würden sich mit Sicherheit einstellen. Bereits in der jetzigen Form sind „die Kosten nicht genau abzuschätzen", wie im Antrag offen zugegeben wird, da man „nur von einer mutmaßlichen Entwicklung in den hauptbetroffenen Bereichen der Lehrer und Juristen" ausgehen könne. Ob es also bei den für alle Länder „hochgerechneten" jährlichen Kosten von 125 Millionen Mark bliebe („für den Bund entstehen keine oder allenfalls nicht nennenswerte Kosten"), steht dahin.

Hinzu kommt: Die Zahlung von Arbeitslosengeld beruht bisher auf einem durch Zahlung von Versicherungsbeiträgen erworbenen Anspruch. Bayern will diesen Grundsatz mit der Begründung verlassen, daß andernfalls „eine erhebliche Beitragsbelastung" auf die Betroffenen zukäme.

Wie will man eine solche Ausnahmeregelung, wenn sie kommen sollte, gegenüber allen jenen Arbeitslosen begründen, die – vielleicht nach einem langen Arbeitsleben – bei Ablauf ihres Anspruchs auf Arbeitslosengeld nur noch die niedrigere Arbeitslosenhilfe bekommen?

Fleißarbeit

Ha.(Brüssel) – Eine echte Fleißarbeit ist der Bericht der EG-Kommission über die europäische Braunkohlen- und Torfindustrie. Man fragt sich nur, wem damit eigentlich gedient ist. Offenbar soll die Untersuchung den Griechen bescheinigen, daß die Braunkohle in der EG durchaus lebensfähig und damit förderungswürdig ist. Athen jedenfalls könnte einen solchen Nachweis brauche. In der Diskussion über das künftige Beihilfensystem für die Steinkohle hat sich die griechische Regierung nämlich gegen eine Verlängerung der deutschen Subventionen ins Zeug gelegt und die Diskriminierung ihrer heimischen Energiequelle beklagt. Voraussetzung für die Genehmigung von staatlichen Beihilfen soll – wie beim Stahl – künftig der Grundsatz sein, daß das Geld für Strukturverbesserungen und nicht zur Erhaltung unwirtschaftlicher Industrien verwendet wird. Während die Deutschen ihre Subventionen aus eigener Tasche zahlen, wollen die Griechen allerdings Beihilfen aus Brüssel haben. Es sieht deshalb nicht so aus, daß sie ihr Ziel erreichen werden.

Richtung 2,20 Mark

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Rasch bewegt sich in diesen Tagen der Dollarkurs auf die 2,20 Mark zu. Und trotzdem: Die Exporterwartungen wurden kaum gedämpft, wie die jüngste Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) zeigt. Dies mag auf den ersten Blick paradox erscheinen; sollten doch die Ausfuhr-Erfolge der vergangenen beiden Jahre zum Teil auf gerade dem Kursanstieg der amerikanischen Währung beruhen.

Jetzt sei die Schmerzgrenze für die Exportwirtschaft erreicht, heißt es hier und da, ohne daß dieses genau erklärt werden kann. Legt man die Kaufkraftparitätentheorie zugrunde, dann könnte ein Kurs von um die 2,20 Mark herum als der richtige dargestellt werden. Aber auch mit fundamentalen ökonomischen Faktoren läßt sich die Kursentwicklung der letzten Jahre kaum ausdeuten.

Die Bewegungen glichen eher denen eines schwer manövrierbaren Riesentankers, auf dessen Kommandobrücke sich Kapitän, Lotse und Steuermann nicht ganz einig waren, wohin die Reise exakt gehen sollte, und die auch noch auf Zuruf von außen reagierten. Die Folge: Der Tanker wich von seinem Kurs nach beiden Seiten stärker ab, als es sonst der Fall gewesen wäre. Auch der Dollarkurs schoß nach unten und nach oben über sein Ziel hinaus. Jetzt ist er wieder auf dem Weg nach unten.

Was bedeutet dies für die deutsche Volkswirtschaft? Unmittelbar werden die Importe, soweit sie in Dollar kontrahiert sind, billiger. Dies gilt in erster Linie für Rohstoffe. Beim Öl zeigt sich dieses für die Konsumenten ganz hautnah. Der Preisverfall auf den internationalen Ölmärkten wird durch die Schwäche des Dollar noch verstärkt. Überhaupt: Es besteht eine Wechselbeziehung zwischen dem, was beim Öl und was auf den Devisenmärkten geschieht. Für sich allein betrachtet, führt dieses alles sofort zu einem noch höheren Überschuß in der Handelsbilanz.

Denn die Exporte, die insgesamt zu 80 bis 90 Prozent und selbst in die USA zu 65 Prozent in Mark fakturiert sind, reagieren erst mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Monaten. Sie beruhen auf bereits abgeschlossenen Verträgen, so daß die veränderten Wettbewerbsverhältnisse sich auch erst später auswirken können.

Schwinden werden allerdings jene windfall profits, die deutsche Firmen, die in den Dollarraum exportieren, gemacht haben. Sie haben zwar keine Kapazitäten für dieses Geschäft aufgebaut, weil sie wegen der zeitweilig schleppenden Binnennachfrage über ausreichende Produktionsmöglichkeiten verfügten. Aber auch wegen der für sie günstigen Kursentwicklung haben sie diesen Handel forciert. Allerdings finden sie auf der Kostenseite einen gewissen Ausgleich durch die billigen Rohstoffe. Die Ölverbilligung stärkt die Kaufkraft der Konsumenten und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen. Der Wachstumseffekt wird für dieses und das nächste Jahr auf zusätzlich jeweils 0,5 Prozentpunkte veranschlagt, was auch die Einfuhren anregt.

Und dieses gilt, wie die Analysen internationaler Organisationen zeigen, nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für die Europäische Gemeinschaft und andere Industriestaaten gleichermaßen. Dadurch erhöhen sich die Absatzchancen deutscher Firmen, zumal da ihre Angebotspalette mit ihrem Schwergewicht bei Investitionsgütern besser als die der Amerikaner in diesen allgemeinen Aufschwungprozeß paßt, der vor allem von den Investitionen getragen wird. Sicher, das Geschäft mit den Ölexportländern wird noch schwieriger. Aber der Anteil dieser Länder an den deutschen Lieferungen ist bereits in den vergangenen Jahren ständig gesunken.

Überdies hat der Kursrückgang des Dollar es erleichtert, die deutsche Zinsentwicklung von der in den USA abzukoppeln. Die Zinsen dürften weiter sinken, was die wirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich stimulieren wird.

Die zum Teil gegenläufigen Effekte, die von dem sinkenden Dollarkurs ausgehen, lassen sich nur schwer quantifizieren. Zurückhaltende Ökonomen meinen, die Vor- und Nachteile hielten sich die Waage. Andere beurteilen die Situation eher positiv. Selbst an der Exportfront droht kein Einbruch. Die Prognosen, die von einer Zunahme der Ausfuhren zwischen vier und sechs Prozent ausgingen, dürften kaum nach unten korrigiert werden.

HYPOTHEKEN / Banken raten mit Blick auf niedrige Immobilienpreise zum Kauf

Bauherren warten trotz fallender Zinsen auf noch günstigere Angebote

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Seit einigen Wochen befinden sich die Zinsen für Hypothekendarlehen auf rasanter Talfahrt. Hypotheken sind derzeit so billig wie Ende der siebziger Jahre. In diesen Tagen haben zahlreiche Hypothekenbanken in der Bundesrepublik bereits die dritte Zinsanpassung (oder sogar mehr) in diesem Jahr nach unten vorgenommen. Ein Ende der Rutschpartie der Zinsen ist offenbar nicht abzusehen.

Eine Umfrage bei verschiedenen Hypothekenbanken ergab, daß trotz des attraktiv niedrigen Zinsniveaus die Nachfrage nach Hypotheken im Durchschnitt als „eher mäßig" bezeichnet wird. Offenbar wartet die potentielle Kundschaft in Anbetracht der fallenden Zinsen ab, ob sie nicht noch günstigere Konditionen erhaschen kann.

Dies gilt vor allem mit Blick auf den Wohnungsneubau, der sich spürbar verlangsamt hat. Immerhin verringerte sich die Zahl der Baugenehmigungen in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr um etwa 25 Prozent auf 252 400 Wohnungen. Demgegenüber hat im Hypothekenbereich freilich der Anteil der Bestandsfinanzierung, also der Umschuldungsvorgänge und auch der Finanzierung von Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen deutlich zugenommen.

Bei der Frage, wie lange wohl die Niedrigzinsphase noch anhalten könnte und ob der Abwärtstrend nicht noch weitergehe, zuckt man in Bankkreisen mit den Achseln. Eine derartige Phase sei schwieriger zu beurteilen als eine Zeit hoher Zinsen. Man räumt aber ein, daß die Zeichen eher in Richtung Niedrigzins zeigten.

Begründet wird dies mit dem günstigen binnenwirtschaftlichen Umfeld. Gewisse Risiken sieht man jedoch von seiten des Auslandes, das sich in hohem Maße an den deutschen Wertpapiermärkten „eindeckt".

Das Kreditgewerbe rät Bau- oder Immobilienkaufwilligen, die Chance zu nutzen. Denn die Baupreise stagnierten, die Baulandpreise seien zurückgegangen und das Zinsniveau habe ein so niedriges Niveau erreicht wie schon lange nicht mehr. Der Run würde einsetzen, wenn es Anzeichen für eine Zinstrendwende gäbe.

Vorerst spricht nichts für eine Wende: Fünfmal hat beispielsweise die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, im bisherigen Verlauf dieses Jahres die Konditionen nach unten angepaßt. Das Gros der Institute kam bislang auf drei Änderungen in diesem Jahr. So wurden zum Beispiel bei der Deutschen Centralbodenkredit-AG, Köln, die Konditionen zuletzt per 18. Februar für Hypotheken mit fünfjähriger Laufzeit und Vollauszahlung auf 6,95 Prozent ermäßigt, was einen anfänglichen Jahreszins (nach der Preisangabenverordnung) von 7,21 Prozent bedeutet. Bei der ersten Zinsanpassung dieses Jahres am 7. Januar lag der Nominalzins bei 100prozentiger Auszahlung noch bei 7,33 Prozent.

„Erst" zwei Zinsanpassungen nach unten vollzog in diesem Jahr die DG Hyp – Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg: Per 19. Februar wurde der Zins für Hypotheken mit fünf Jahren Laufzeit und 100 Prozent Auszahlung auf 6,8 Prozent nominal (effektiv 7,04 Prozent) festgelegt. Alles in allem liegen die Hypotheken mit zehn Jahren Laufzeit und Festzinsbindung derzeit bei den deutschen Hypothekenbanken bei einem Nominalzins von 7,4 bis 7,5 Prozent Vollauszahlung.

Die deutschen Realkreditinstitute, also private Hypothekenbanken und öffentliche Banken, haben im vergangenen Jahr für 29,5 Milliarden DM neue Hypotheken für den Wohnungsbau zugesagt, das ist eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 17,9 Prozent. Von diesen Neuzusagen entfielen 13 Milliarden DM (minus 2,7 Prozent) auf den Wohnungsneubau.

Institut	Zins* 10 Jahre Laufzeit	Zins* 5 Jahre Laufzeit
DG Hyp, Hamburg	7,40	6,80
Centralboden, Köln	7,50	6,81
Frankfurter Hypo	7,50	6,81
Württ. Hypo., Stuttgart	7,45	6,90
Bayer. Hypo., München	7,40	6,75
Rhein. Hypo., Ffm.	7,35	6,75

* Nominalzins in Prozent; Auszahlung 100 Prozent.

KAMMERGERICHT

Selex + Tania konnten ihre Beschwerde nicht durchsetzen

ERWIN SCHNEIDER, Berlin

Die Beschwerde der Einkaufsvereinigung Selex + Tania, Offenburg, gegen die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamtes vom Mai 1985 wurde gestern vom Kartellsenat des Berliner Kammergerichts zurückgewiesen. Eine schriftliche Begründung liegt noch nicht vor. Die Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof wurde zugelassen. Diesen Weg will die Selex + Tania-Gruppe auch gehen, wie deren Rechtsvertreter während des Prozesses mehrfach betonten.

Die Berliner Wettbewerbshüter hatten Selex + Tania den gemeinsamen Einkauf für die angeschlossenen Unternehmen versagt, weil die Gesellschaftsverträge gegen das kartellverbot nach Paragraph 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen verstießen. Selex + Tania ist als Gruppe 1983 durch die Vereinigung der Selex-Handelsgesellschaft und der Tania Vereinigte Handelsgesellschaft entstanden, erbringt für die angeschlossenen Handelsunternehmen Einkaufs-, Inkasso- und Delkredere-Leistungen und ist das größte Einkaufskontor der Bundesrepublik.

In keinem einzigen Fall habe das Kartellamt der Selex + Tania-Gruppe eine Wettbewerbsbeschränkung nachweisen können, erklärten die Prozeßvertreter. Durch die Einkaufsvereinigung würde der Marktgegenseite, also den Herstellern, auch keine Alternative genommen, sondern rein objektiv gegeben. Das Marktvolumen der Gruppe liege bei einem Gesamtvolumen des deutschen Marktes von knapp 150 Mrd. DM unter fünf Prozent. Man wickle ein Warenvolumen von 6,4 Mrd. Mark ab, die Inkassozahlen von 8,9 Mrd., die das Kartellamt nennen würde, seien bankmäßige Abwicklungen.

Wenn die Untersagung rechtskräftig würde, so die Vertreter von Selex + Tania weiter, werde sich im Grunde überhaupt nichts ändern. Der Gesellschaftsvertrag werde ruhen, aber das Unternehmen weiterarbeiten; schon weil die Industrie weiter auf Selex + Tania zukommen würde.

Dies wäre ein beispielloser Fall, wenn sich nichts ändern würde, erklärte Professor Niederleitinger, Vizepräsident des Bundeskartellamtes. Im übrigen beweise diese Aussage, daß die Regelung des Interessenausgleichs zwischen den einzelnen Partnern von Industrie und Handel in das Kollektiv verlegt worden sei.

Es sei kein kleiner Fisch, der auf dem Prüfstand des Bundeskartellamtes gelegen hätte. Für 1985 werde ein Einkaufsvolumen von elf Mrd. Mark erwartet. 1984 seien allein durch das Verreechnungswesen Vorteile von 291 Mill. Mark entstanden. Selex + Tania sei auch keine besonders lockere Kooperation; 1984 sei im Lebensmittelbereich 36,5 Prozent des Umsatzes der angeschlossenen Einzelhändler über Selex + Tania abgewikkelt worden. 1985 dürfte der Anteil auf 50 Prozent gestiegen sein. Im übrigen seien elf Umsatzmilliardäre beteiligt.

AUF EIN WORT

„Energiepolitik muß sicherstellen, daß die verschiedenen Energieträger jeweils in den Bereichen eingesetzt werden können, in denen sie den größten Beitrag zu einer preiswerten und umweltfreundlichen Energieversorgung insgesamt leisten."

Ludwig Gerstein, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.
FOTO: R. SCHULZE VORBERG

Stoltenberg für Zinsrückgang

Frankfurt (dpa/VWD) – Am deutschen Rentenmarkt steuern die Renditen das niedrigste Niveau seit Herbst 1978 an. Die Umlaufrendite der festverzinslichen Wertpapiere – als Kennziffer für den langfristigen Kapitalzins geläufig – fiel auf glatte sechs Prozent zurück. Bundesfinanzminsiter Gerhard Stoltenberg schließt einen weiteren Rückgang der Kreditzinsen nicht aus. Diese Entwicklung sei möglich, da eine Überhitzung der Konjunktur „nicht in Sicht" sei. Auch international wünsche er sich, vor allem im Interesse der hochverschuldeten Entwicklungsländer, einen weiteren Zinsrückgang.

ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG

Bayern will den Beamten auf Widerruf Hilfe leisten

HH, Bonn

Der Freistaat Bayern hat für die Bundesratssitzung am 14. März einen Gesetzesantrag eingebracht, dessen Realisierung die Länder nach seinen eigenen Schätzungen mit jährlich bis zu 125 Millionen Mark belasten wird. Ziel des Antrags ist, Beamten auf Widerruf, die nach bestandener Anstellungsprüfung (Assessorexamen) aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden und keine Beschäftigung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes finden, für längstens sechs Monate Übergangsbezüge zu zahlen.

Begünstigt wären vor allem Juristen und Lehrer. Die Übergangsleistungen sollen an die zuletzt bezogenen Anwärterbezüge anknüpfen. Ihre Höhe entspricht in etwa dem Arbeitslosengeld, das die Betroffenen erhalten würden, wenn sie als Beamte auf Widerruf in der Arbeitslosenversicherung versicherungspflichtig gewesen wären.

Bayern begründet den Gesetzesantrag mit dem „Anspruch auf Fürsorge und Schutz durch den Dienstherren", den die Beamten „aufgrund ihres Dienst- und Treueverhältnisses" hätten. Im Antrag werden zwar auch Alternativregelungen wie etwa die tatsächliche oder fiktive Einbeziehung dieser Beamten in die Arbeitslosenversicherung mit oder ohne Beitragszahlung genannt, aber verworfen.

Eine solche Regelung würde nämlich „die Solidargemeinschaft der Versicherten erheblich belasten, weil bei dieser Gruppe ein weit über dem Durchschnitt liegendes Versicherungsrisiko bestünde". Zudem würden die Betroffenen auch renten- und krankenversicherungspflichtig. „Damit ergäbe sich für sie aber eine erhebliche Beitragsbelastung."

PAZIFISCHE LÄNDER

Deutsche Exporte wuchsen stärker als Gesamtausfuhr

Mk. Bonn

Die deutschen Exporte in den pazifischen Raum sind stärker gestiegen als die Gesamtausfuhren. Dies unterstreicht, darauf wird in der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage hingewiesen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Darin werden die Chancen für eine Ausweitung von Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit als gut bezeichnet.

Im vergangenen Jahr stiegen die Lieferungen in die pazifischen Entwicklungsländer um 4,3 auf 19,6 Milliarden Mark. Damit haben sie sich seit 1980 mehr als verdoppelt. Die Einfuhren gingen leicht auf 19,8 Milliarden Mark zurück. Die deutschen Exporte in die pazifischen Industrieländer Japan, Australien und Neuseeland erhöhten sich 1985 um 2 auf 13,2 Milliarden Mark. Auch sie haben sich seit 1980 verdoppelt. Allerdings erhöhte sich das Defizit weiter, da die Einfuhren um 2,6 auf 23,4 Milliarden Mark kletterten.

Nach Japan und den USA ist die Bundesrepublik der drittgrößte Handelspartner dieser Region. Die deutschen Unternehmen liefern vor allem Maschinen und Anlagen, chemische und elektrotechnische Erzeugnisse. Beim Import aus den Entwicklungsländern, aber auch Australien und Neuseeland dominieren Rohstoffe. Aber zunehmend kommen auch industrielle Fertigwaren, vornehmlich Textilien von dort.

In der Antwort wird noch einmal auf die mangelnde Marktöffnung in Japan hingewiesen, die nicht nur das Verhältnis zur EG, sondern auch zu den USA und den anderen pazifischen Ländern belastet. China ist nach Japan bereits der größte Handelspartner der Bundesrepublik in dieser Region.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Britische Leistungsbilanz weist Überschuß aus

London (dpa/VWD) – Die britische Leistungsbilanz hat im Januar einen Überschuß von 1,14 Mrd. Pfund (3,8 Mrd. DM) ausgewiesen. Das war das beste Ergebnis seit nahezu drei Jahren, teilte das Handelsministerium mit. Allerdings spielten Sonderfaktoren wie eine EG-Haushaltsrückerstattung von 438 Mill. Pfund und Rekord-Öleinnahmen von rund einer Mrd. Pfund eine Rolle.

Plus bei Auftragseingang

Washington (VWD) – Der Auftragseingang in der gebrauchsgütererzeugenden Industrie der USA ist im Januar um 0,4 Prozent gestiegen. Nach einem Plus von 4,3 Prozent im Dezember. In den letzten Prognosen war für den Januar von einer Abnahme um 1,8 Prozent ausgegangen worden.

Kooperation mit Israel

Bonn (HH) – Für eine erfolgversprechende technische Zusammenarbeit zwischen deutschen und israelischen Unternehmen bestehen nach Meinung des BDI-Präsidenten Langmann gute Voraussetzungen, wie er zur Eröffnung einer deutsch-israelischen Wirtschaftskonferenz gestern in Köln erklärte. Der gute Ruf israelischer Forschungseinrichtungen und das hohe technische Niveau deutscher Produkte böten „eine solide Gesprächsgrundlage zur Erkundung weiterer Kooperationsmöglichkeiten".

Baugesetzbuch

Bonn (Go.) – Einer Verabschiedung des Baugesetzbuches noch in dieser Legislaturperiode steht nach Meinung der Bundesregierung „nichts mehr im Wege". In seiner gestern verabschiedeten Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates sieht das Kabinett „die Konzeption für das Baugesetzbuch voll bestätigt".

Weiterbildung

Stuttgart (nl) – Auf die enge Verzahnung der beruflichen Weiterbildung mit der konkreten Arbeitsplatzsituation hat Bundesbildungsminister Dorothee Wilms anläßlich der Eröffnung des Kongresses „Weiterbildung und Beruf – Chancen und Perspektiven" (26. bis 28. Februar) in Stuttgart hingewiesen. Dies bedeute unter anderem auch, daß in der langfristigen betrieblichen Personalpolitik der Weiterbildung ein neuer Stellenwert eingeräumt werden müsse.

500 Millionen weniger

Hannover (rtr) – Wegen des gesunkenen Ölpreises und des niedrigeren Dollar-Kurses erwartet das Land Niedersachsen in diesem Jahr Mindereinnahmen von bis zu 500 Mill. DM aus dem Förderzins.

55 000 Einkäufer erwartet

Düsseldorf (Py.) – Über 55 000 Facheinkäufer werden zur 148. Igedo – Düsseldorfer Modemesse – (2. bis 5. März 1986) in Düsseldorf erwartet. Sie treffen dort auf über 2300 Kollektionen von Ausstellern der Damenoberbekleidung von 157 Herstellern aus zwölf Ländern. Neben umfangreichen Firmenpräsentationen geben auf den deutschen Designer-Schauen bekannte Modemacher ihre Kollektionsvorstellungen preis.

Unternehmensbesteuerung

Bonn (HH) – Die FDP betrachtet eine durchgreifende Reform der Unternehmensbesteuerung „als vordringliche Aufgabe für die nächste Legislaturperiode", erklärte ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Solms. Die Spitzensätze der Körperschaft- und Einkommensteuer sollten „auf deutlich unter 50 Prozent" gesenkt werden. Mit der Aufhebung des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes würden einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne gleichbehandelt, so daß sich die Kapitalertragsteuer erübrige.

Wochenausweis

	23.2.	15.2.	23.1.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	67,9	67,0	67,2
Kredite an Banken	88,9	92,3	99,6
Wertpapiere	4,0	4,1	4,1
Bargeldumlauf	109,5	111,0	109,8
Einl. v. Banken	40,0	50,3	47,4
Einlagen v. öffentl. Haushalten	7,0	1,9	9,7

EINKOMMENSTEUER

Musterverfahren wegen Nebentätigkeit angestrengt

HH, Bonn

Mit einem Musterverfahren will der Rudolf Haufe Verlag vom Finanzgericht Baden-Württemberg klären lassen, ob die Streichung des ermäßigten Steuersatzes für wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Nebentätigkeit nach Paragraph 34,4 Einkommensteuergesetz (EStG) den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung verletzt.

Bis 1981 gab es für solche Nebeneinkünfte, soweit sie von anderen Bezügen wie Lohn und Gehalt eindeutig abgrenzbar waren, einen ermäßigten Steuersatz. Der Verlag rät allen Beziehern solcher Nebeneinkünfte, gegen den Einkommensteuerbescheid Einspruch einzulegen und das Ruhen des Einspruchsverfahrens zu beantragen, bis darüber entschieden sei.

Der Paragraph 34,4 EStG war 1949 zusammen mit Steuerbefreiungen etwa für Sonntags- und Nachtarbeitszuschläge eingeführt worden. Diese Befreiungen sind nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofes vom August 1985 verfassungsmäßig. Mit dieser Entscheidung sieht sich der Verlag in seiner Auffassung bestärkt. Er hält es für „nicht ganz einsichtig, weshalb man zum Beispiel den Schriftsteller im Nebenberuf benachteiligt, wenn auch er seine Freizeit an Wochenenden opfert". Er sieht den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung als verletzt an. Denn der Gesetzgeber hätte entweder 1982 beide Steuervergünstigungen außer Kraft setzen oder für den uneingeschränkten Fortbestand des Paragraphen 34,4 EStG sorgen müssen.

Der Verlag hatte bereits einmal mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht Erfolg, als er die Rückzahlung der „Zwangsanleihe" erstritt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Kindergeld-Urteil des Gerichtshofes

Regierungen in Verlegenheit gebracht

WILHELM HADLER, Brüssel

Arg in Verlegenheit gebracht hat der Europäische Gerichtshof die EG-Regierungen mit einem Urteil in Sachen Kindergeld: Es verpflichtet die Mitgliedsstaaten, zwar diskriminierende Regelungen für „Wanderarbeiter" aus der Gemeinschaft abzuschaffen, ließ aber offen, nach welchen Grundsätzen ein Familienlastenausgleich gestaltet werden müßte.

Der Spruch der Europa-Richter geht auf die Klage eines Italieners zurück, der in Frankreich arbeitet und nach französischem Recht für seine in Italien verbliebenen Kinder lediglich Kindergeld in Höhe des (niedrigeren) italienischen Satzes erhielt. Als einziger Mitgliedsstaat war Frankreich 1971 von den EG-Partnern ermächtigt worden, bis zu einer einheitlichen Regelung für die gesamte Gemeinschaft am sogenannten Wohnland-Prinzip festzuhalten. Die übrigen EG-Länder berechneten hingegen das Kindergeld nach dem „Beschäftigungsland-Prinzip".

Der Gerichtshof sieht in der französischen Ausnahme einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot des Römischen Vertrages und ein Hindernis für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Gemeinsamen Markt. Die französische Gesetzgebung muß also unverzüglich geändert werden.

Inzwischen hat jedoch auch eine Reihe von anderen Mitgliedsländern (Bundesrepublik, Luxemburg, Niederlande und Belgien) immer wieder gefordert, EG-weit auf das französische System zu gehen. Eine derartige „Harmonisierung nach unten" scheiterte bislang nicht nur am Widerstand der Kommission, sondern auch an den Mitgliedsstaaten, die Nutznießer des „Beschäftigungsland-Prinzips" wären, also Italien, Griechenland, Irland, Spanien und Portugal.

In den Beitrittsverhandlungen mit Griechenland und den iberischen Staaten setzte die Bundesregierung durch, daß das Kindergeld für Arbeitnehmer aus diesen Ländern bis zur Einigung über eine einheitliche Regelung, spätestens aber bis zum Ablauf der Übergangszeit der Beitrittsverträge (im Falle Spaniens und Portugals spätestens Ende 1988) auf die im Herkunftsland geltenden Sätze beschränkt werden darf.

Die Kommission hat Frankreich bereits aufgefordert, ihr mitzuteilen, welche Konsequenzen es aus dem Urteil ziehen will. Offenbar plant die EG-Behörde unverzüglich neue Vorschläge für eine Harmonisierung vorzulegen. Theoretisch könnte diese Regelung sowohl in der „Verewigung" des einen oder des anderen Prinzips wie auch in der Vereinbarung einer Mischform bestehen. Die Einigung wird jedoch äußerst schwer werden, da das EG-Recht in diesem Bereich Einstimmigkeit verlangt.

ÖSTERREICH

Handelsdefizit geschrumpft

freis. Wien

Eine deutliche Konsolidierung wies die österreichische Leistungsbilanz im vergangenen Jahr auf. Nach vorläufigen Berechnungen der Nationalbank sank das Defizit von elf auf zwei Mrd. Schilling; in der erst in einigen Monaten vorliegenden endgültigen Bilanz dürfte sich nach Zurechnung der Handelskredite sogar ein Überschuß von rund 1 Mrd. Schilling ergeben – nach einem Abgang von 4 Mrd. Schilling ein Jahr zuvor.

Wesentlichen Anteil an dieser positiven Entwicklung hatte die Handelsbilanz, deren Defizit sich binnen Jahresfrist von 77,6 auf 65,3 Mrd. Schilling (etwa 9,4 Mrd. DM) verringerte; der darin enthaltene Transitverkehr weist einen von 2,9 auf 13,8 Mrd. Schilling gestiegenen Überschuß aus.

Dies kommt insofern etwas überraschend, als üblicherweise in guten Konjunkturjahren die lebhafte Inlandsnachfrage einen Importsog ins besondere bei Konsumgütern bewirkt. 1985 allerdings stiegen die Warenexporte mit 12,6 Prozent (auf 354 Mrd. Schilling) deutlich stärker als die Importe mit 9,7 Prozent (auf 431 Mrd. Schilling). Bei diesen sich von der Statistik der Notenbank üblicherweise unterscheidenden Zahlen des Statistischen Zentalamtes entfielen vier Fünftel oder 57 Mrd. Schilling auf die Energiebilanz. Die Energieimporte erhöhten sich im Jahresverlauf um 5 Mrd. Schilling. Allerdings verfehlten gegen Jahresende der Verfall von Ölpreis und Dollarkurs ihre Wirkung nicht. Im Monat November mußte Österreich beispielsweise um 20,6 Prozent weniger für Energieimporte aufwenden als ein Jahr zuvor. Davon entfielen 12,7 Prozent auf Menge und 9 Prozent auf Preis. Beim Rückgang des Preises für Rohöl um rund 19 Prozent machte die Dollarabwertung allein zwei Drittel aus.

US-LUFTVERKEHR / Eastern-Verkauf beschleunigt Konzentrationsprozeß – Kampf um die Passagiere wieder härter

Texas Air avanciert zur mächtigsten Gesellschaft

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Zivilluftfahrt wird kaum noch wiederzuerkennen sein, wenn der Kauf der Eastern Airlines durch die viel kleinere Texas Air wie geplant über die Bühne geht. Die Turbulenzen, die daraus resultieren, sind so stark, daß sich auch andere Fluglinien nach einem Partner umsehen müssen. Die Gefahr ist am größten für die Delta Air Lines, USAir und viele andere Carrier, die allein einem Preiskampf „bis aufs Messer" nicht standhalten könnten.

Falls andere Offerten nicht zum Zuge kommen, die Mechaniker-Gewerkschaft nicht einlenkt und das US-Verkehrsministerium, das nach der Deregulierung die Aufgaben der Bundesluftfahrtbehörde in Washington übernommen hat, den Zusammenschluß absegnet, verschiebt sich schon jetzt das Gewicht der wichtigsten amerikanischen Carrier.

Neue Branchenstruktur

Die Ehe mit Eastern macht Texas Air mit einem Schlag zur mächtigsten Fluggesellschaft. Die bisherige Nummer eins, American Airlines, rutscht auf die dritte Position. Gemessen an den verkauften Passagierkilometern, ergibt sich diese künftige Branchenstruktur (bisheriger Ranglistenplatz in Klammern):

- 1. Texas Air 81,4 Mrd. (Eastern (3) 53,0; Continental (8) 26,2 und New York Air (22) 2,2 Mrd.)
- 2. United 76,8 Mrd. (United (2) 66,4; Pan Am Pacific 10,4 Mrd.)
- 3. American (1) 70,6 Mrd.
- 4. Northwest 52,8 Mrd. (Northwest (7) 35,7; Republic (10) 17,1 Mrd.)
- 5. Trans World Airlines (4) 51,2 Mrd.
- 6. Delta (5) 48,2 Mrd.
- 7. Pan Am (6) 33 Mrd.
- 8. People Express 24,8 Mrd. (incl. Frontier (15) 7,2 Mrd.)
- 9. Western Airlines (11) 16,6 Mrd.
- 10. USAir (12) 15,5 Mrd.

Der „Shake out" ist nach Ansicht amerikanischer Fachleute unvermeidlich, da der Vorstandsvorsitzende der Texas Air Corp. in Houston, Frank Lorenzo, der Strategie einer aggressiven Kostensenkung folgt, um finanziell angeschlagene Unternehmen auf Flughöhe zu bringen. So geschah es 1982, als er in einer erbitterten Fusionsschlacht die fast bankrotte Continental übernahm. In einem damals noch erlaubten Konkursverfahren warf Lorenzo Schulden ab und zwang die Gewerkschaften zu umfangreichen Lohnkonzessionen.

Die getrimmte Continental verlor 1983 zwar 218 Mill. Dollar. Seit 1984 fliegt sie wieder in den schwarzen Zahlen; 1985 stieg der Reingewinn von 50,3 auf 60,9 Mill. Dollar. Lorenzo führt überdies gern erbarmungslose Preiskriege, um seine eigene Marktposition zu verbessern. Schon wegen der hohen Verschuldung bei Eastern (2,44) und Texas Air (0,7 Mrd. Dollar) – 79,4 und 87,1 Prozent im Verhältnis zum Kapital – muß er dieses Spiel wiederholen.

Zahlreiche Neugründungen

Seit der Herstellung eines weitgehend freien Marktes im US-Luftverkehr, den Jimmy Carter 1978 dem Kongreß abrang, sind in Amerika mehr als 100 Flugunternehmen gegründet worden, während etwa 40 pleite gingen. Der Kampf um jeden Passagier, der gerade wieder neu entbrannt ist – ein Ticket von New York nach San Francisco ist für 69 Dollar zu haben –, war noch nie so hart; als Konsequenz müssen die Carrier expandieren. Je mehr Orte sie anfliegen, um so treuer ist die Kundschaft. Deswegen sind für Lorenzo Easterns Routen in die Karibik sowie nach Lateinamerika und London besonders attraktiv. Da seine New York Air bereits Washington und Boston bedient, muß er sich vermutlich vom Eastern-Shuttle trennen.

In dieser Situation dreht sich das Fusionskartell schneller. Delta ist besonders verwundbar, weil sie mit hohen Arbeitskosten belastet ist. Zusammen mit Eastern kontrolliert sie von Atlanta aus 90 Prozent des Verkehrs. Als kritisch wird die Lage auch für Pan Am, TWA, Western, Ozark und USAir beurteilt. Nach Bekanntwerden des Lorenzo-Deals schossen ihre Aktien nach unten. Wegen des großen Verkehrspotentials von und nach Asien wird der Verkauf der Pazifikstrecken durch Pan Am an United, der kürzlich genehmigt worden ist, als ein nicht wiedergutzumachender Fehler gewertet.

Kein Zweifel, in der Umstrukturierung der US-Zivilluftfahrt hat sich das Tempo weiter beschleunigt. Spekuliert wird bereits, daß vielleicht fünf oder sechs noch größere Carrier die Turbulenzen überleben, von starken Regionallinien wie Piedmont oder Southwest abgesehen. Genannt werden Texas Air, United, American und Northwest.

BRITISH AEROSPACE / Mitarbeit an Airbus unsicher

Kampf um Londons Hilfe

fu, London

Der Flugzeughersteller British Aerospace kämpft um seine weitere Existenz als wichtiges Mitglied im europäischen Airbus-Konsortium. Sie hängt davon ab, ob die Regierung in London bereit ist, British Aerospace für dessen Anteil an der Entwicklung von zwei Flugzeugtypen der neuen Airbus-Generation eine Starthilfe in Höhe von bis zu 500 Mill. Pfund (1,67 Mrd. DM) zu gewähren. Bei den zwei neuen Airbustypen handelt es sich um den zweistrahligen Kurz- bis Mittelstrecken-Jet A-330 und den vierstrahligen Langstrecken-Jet A-340.

Wie schon bei den bisherigen Airbusmodellen soll British Aerospace bei den beiden Typen der neuen Generation für die Entwicklung und den Bau der Tragflächen verantwortlich sein. Insbesondere der deutsche Partner im Airbus-Konsortium, MBB, hat bereits durchblicken lassen, daß er bei einem Ausscheiden von British Aerospace durchaus bereit und technisch in der Lage wäre, die Konstruktion der Flügel-Sektionen für die neuen Airbusse zu übernehmen.

Branchenkenner bezweifeln allerdings, daß dies so ohne weiteres möglich wäre. British Aerospace hat sich in der Tragflächenentwicklung ein erhebliches Know-how geschaffen, das nicht zuletzt aerodynamisch völlig neu entwickelte Flügel mit hohen Einsparwerten bei Treibstoff für die A-310- und A-320-Modelle hervorbrachte.

Für London ist die Entscheidung alles andere als einfach. Zwar hat sich die Regierung Thatcher vor zwei Jahren nach langem Zögern bereit erklärt, British Aerospace für dessen Anteil an der Entwicklung des Kurzstrecken-Airbus A-320 eine Starthilfe in Höhe von 250 Mill. Pfund zur Verfügung zu stellen. Aber obwohl für diesen Typ bereits 100 feste Bestellungen vorliegen, bevor er überhaupt vom Boden abgehoben hat, wird ein großer Teil der Starthilfe abgeschrieben werden müssen.

Das Risiko verlorener Steuergelder für die neue Airbus-Generation ist mindestens ebenso groß. Andererseits ist die Gefahr, daß Großbritannien als einer der führenden Flugzeughersteller der Welt technologisch ins Hintertreffen gerät, nur zu offenkundig. Denkbar ist, daß London nur einen Teilbetrag als Starthilfe gewährt und British Aerospace auffordert, die Differenz aus eigenen Mitteln zu beschaffen oder am Markt aufzunehmen.

FERMENTA / Zweifel an den Bilanzzahlen aufgetreten – Aktienkurs stürzt in unvorhergesehene Tiefen

Falscher Doktorhut zerstört Verbindung zu Volvo

dpa/VWD, Stockholm

Der schwedische Autokonzern Volvo wird sich nicht wie geplant an dem Biotechnik-Unternehmen Fermenta beteiligen, haben jetzt der Volvo-Vorstandsvorsitzende Per Gyllenhammar und der Fermenta-Aufsichtsratsvorsitzende Gösta Bystedt in Göteborg bekanntgegeben. Gyllenhammar begründete den Rückzug Volvos von dem im Januar bereits vereinbarten Handel mit einer durch Enthüllungen über den Fermenta-Hauptaktionär Refaat el-Sayed geschaffenen „neuen Situation".

Die neue Situation ist durch den „teuersten Doktorhut aller Zeiten" entstanden, wie Stockholmer Börsianer ulkten, als die Aktien des schwedischen Biotechnikkonzerns Fermenta innerhalb einer Woche mehr als die Hälfte ihres Wertes verloren hatten; diese Entwicklung ist noch nicht gestoppt. Auslöser für den spektakulären Kurssturz waren Enthüllungen über den Fermenta-Hauptaktionär und damaligen Vorstandsvorsitzenden Refaat el-Sayed, der sich jahrelang mit einem nie erworbenen Doktorgrad der Mikrobiologie geschmückt hatte und auch mit Patenten geschwindelt haben soll.

Der persönliche Aktienbesitz des in Ägypten geborenen el-Sayed soll in diesen Tagen um 800 Millionen Kronen (267 Mill. DM) an Wert verloren haben. Doch die Verluste an der Börse könnten sich für den 40jährigen noch als das geringste von immer neuen Übeln erweisen. Denn seit der schwedische Umweltjournalist Björn Gillberg den „Doktor" el-Sayed ins öffentliche Gerede brachte, jagten sich die Hiobsbotschaften für den begeisterten Fußballspieler, der noch im Dezember vom schwedischen Fernsehen als besonders erfolgreicher Unternehmer zum „Mann des Jahres" gekürt worden war.

Besonders hart trifft Fermenta das Platzen des Handels mit dem schwedischen Autokonzern Volvo. El-Sayed hatte im Januar mit Volvo-Chef Per Gyllenhammar einen Aktientausch vereinbart, mit dem die Biotechnikbranche Schwedens völlig umgekrempelt werden sollte: Danach wollte Fermenta zwei Volvo-Beteiligungen übernehmen, und im Gegenzug sollten die Autobauer 20 Prozent der Fermenta-Aktien aufkaufen.

Als aber die Fermenta-Kurse purzelten, wollte man bei Volvo plötzlich nichts mehr von einer „gültigen Vereinbarung" wissen, deren Existenz el-Sayed unermüdlich hervorhob. Volvo argumentierte: Man könne nicht einen Preis zahlen, der zwanzig Prozent über dem Tageskurs liege.

Für den Biotechnikkonzern saß el-Sayed dabei nicht einmal mehr mit am Verhandlungstisch. Er trat kurz nach Bekanntwerden seines Doktor-Schwindels als Vorstandsvorsitzender ab und ist formell nur noch stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates. Dessen Vorsitzender, der Elektrolux-Boss Gösta Bystedt, forciert dabei die Absetzbewegungen von el-Sayed zusehends.

Damit reagierte die neue Konzernspitze auf immer lauter werdende Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Fermenta-Jahresabschlusses 1985. Schlüsselzahlen sollen fehlen, die den behaupteten Gewinn vor Steuern von 320 Mill. Kronen (105 Mill. DM) bei einem Umsatz von 1,6 Mrd. Kronen (500 Mill. DM) aus dem abgelaufenen Jahr glaubwürdig erscheinen lassen würden. Die Stockholmer Börse hat angesichts der zunehmenden Unsicherheit den Handel mit Fermenta-Aktien bereits zweimal in diesem Monat ausgesetzt.

FINNLAND / Hochtechnologie gewinnt Bedeutung

Wirtschaft wächst stetig

hs, Hamburg

Finnland gehört zu den wenigen Staaten, deren Bruttosozialprodukt bisher ständig gestiegen ist; 1985 wuchs die Wirtschaft das vierte aufeinanderfolgende Jahr mit drei Prozent. Darauf wies der Generaldirektor des Verbandes der finnischen Versicherungsgesellschaft, Matti L. Aho, in Hamburg hin.

Das Agrarland – in der ersten Nachkriegszeit war noch jeder zweite Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft tätig – hat sich zu einer Industrienation mit Hochtechnologie entwickelt, die sich zunehmend auf kleine Marktnischen spezialisiert. Das Wachstum liegt über dem europäischen Durchschnitt. Für dieses Jahr werden 2,5 Prozent erwartet; die fallenden Ölpreise könnten ein noch besseres Ergebnis bewirken.

Auch sonst kann sich die Wirtschaftsbilanz sehen lassen. Die Inflationsrate, die früher 18 Prozent betrug, lag im letzten Jahr bei fünf Prozent. Für dieses Jahr hat die Regierung vier Prozent prognostiziert. Die Arbeitslosenquote lag in den vergangenen Jahren bei etwas über sechs Prozent; diese Rate könnte im laufenden Jahr auf 6,4 Prozent steigen.

Trübungen erkennt Generaldirektor Aho, der auch Vorstandsmitglied des Finnfacts-Instituts ist, jedoch auch. Aho nannte gleichzeitig zwei Bedrohungen für die Wirtschaft seines Landes: Erstens verschlechtere sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit um 2,5 Prozent, da die Arbeitskosten in den Konkurrenzländern weniger steigen als in Finnland. Zweitens rechnet die Zellstoffindustrie bei einem weltweiten Überangebot mit einem Preisverfall. Fast 30 Prozent der finnischen Exporte entfallen auf die Papierproduktion. Aho zog daraus den Schluß: „Die Zukunft der Sägewerke sieht düster aus."

Management will Land Rover kaufen

fu, London

Die Aussichten, daß Land Rover britisch bleibt, sind erheblich gestiegen. Das Management des weltbekannten Herstellers von Geländewagen (Land Rover, Range Rover) hat jetzt ein offizielles Übernahmeangebot für das Tochterunternehmen des staatlichen Automobilkonzerns British Leyland vorgelegt. Die Übernahme-Finanzierung wird durch ein Bankenkonsortium sichergestellt, das von der Londoner Merchant-Bank Hill Samuel angeführt wird. Der größte Teil wird als Risikokapital von der Bank- und Finanzgruppe Schroders aufgebracht.

Damit verschlechtern sich die Aussichten für den US-Konzern General Motors, mit der geplanten Übernahme des Nutzfahrzeug-Bereichs von British Leyland auch die Land-Rover-Gruppe quasi als Bonbon angeboten zu bekommen. Die Nachricht, daß Land Rover in amerikanische Hände fallen soll, hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Einzelheiten des Management-Angebots wurden nicht bekanntgegeben. Fest steht, daß auch die Mitarbeiter beteiligt werden sollen. Die Regierung hat für detaillierte Übernahmeangebote eine Frist bis zum 4. März gesetzt. Auch der Mischkonzern Lonrho wird bis dahin ein Angebot vorlegen. Interessiert ist auch das britische Unternehmen Aveling-Barford. Welche Chancen sie haben, ist noch nicht klar.

US-KONJUNKTUR / Die Voraussetzungen sind gut

Verwirrende Prognosen

Sbt. Washington

Auf den Märkten haben die unterschiedlichen Prognosen über den Konjunkturverlauf in den USA Verwirrung gestiftet. Niemand weiß mehr, mit welchem Realwachstum in diesem Jahr zu rechnen ist, nachdem die Zentralbanker unter Paul Volcker von drei bis 3,5 Prozent ausgehen, die Administration und das Haushaltsbüro des Kongresses aber an vier und 3,6 Prozent festhalten. Verstärkt worden sind die Zweifel an der eingesetzten Belebung noch durch das US-Handelsministerium, das die Wachstumsrate für das vierte Quartal 1985 von 2,4 auf 1,2 Prozent (Jahresrate) halbiert hat.

Auch wenn die Behörde wegen der geringen Zuverlässigkeit auf die Veröffentlichung früher Blitzprognosen, des „Flash", verzichtet hat, sprechen in Amerika alle verfügbaren Daten für eine erhebliche Konjunkturbeschleunigung im ersten Quartal 1986. Dazu tragen die gesunkenen Zinsen und Ölpreise bei; ein kräftiges Signal senden die im Januar explodierten Baugenehmigungen und Starts (plus 16 Prozent) und der fortgeschrittene Lagerabbau aus. Nicht zu vergessen ist, daß der Index der führenden Indikatoren im Dezember um 0,9 Prozent in die Höhe schoß.

Das nach unten revidierte Wertschöpfungsplus in der Oktober-Dezember-Periode haben die Einbrüche am US-Automarkt verursacht, nachdem die Rabatte der Hersteller ausgelaufen waren. Sie sind jedoch erneuert worden. Alles spricht dafür, daß das US-Bruttosozialprodukt im ersten Halbjahr um rund vier Prozent wachsen und sich die Kurve danach abflachen wird. Für das Gesamtjahr sagt das hochkarätige Time-Team jetzt 3,3 Prozent voraus, nachdem der Anstieg 1985 nur 2,3 (1984: 6,5; 1983: 3,5) Prozent ausmachte. Im vierten Quartal erhöhte sich der BSP-Preisindex von 2,7 auf 3,9 Prozent.

DÄNEMARK / Fehlende Berufsausbildung ist das Hauptproblem der Ausländer

Die meisten Gastarbeiter sind arbeitslos

G. MEHNER, Kopenhagen

Deutlich schlechtere Existenzchancen, überproportional häufig arbeitslos und unzureichend untergebracht: Dies ist nach einer Studie des dänischen Sozialforschungsinstituts die Situation vieler ausländischer Gastarbeiter in Dänemark. Unter den 5,4 Millionen Dänen kommen die „Ausländer aus nichtnordischen Ländern außerhalb der EG" mit über 51 000 zahlenmäßig zwar auf einen kaum ins Gewicht fallenden Einprozentanteil. Aber drei von vier dieser Familien leben ganz oder teilweise von der Arbeitslosenunterstützung. Verschärft wird deren wirtschaftliche Situation noch dadurch, daß in der Regel mehr Kinder zu versorgen sind und daß nur in Ausnahmefällen beide Ehepartner berufstätig sind.

Über 80 Prozent der erwerbstätigen Gastarbeiter sind ungelernt. Unter den Dänen beträgt dieser Anteil dagegen nur zwei Prozent. Diese Relation ist für das wirtschaftliche Zurückbleiben der ausländischen Arbeitnehmer entscheidend verantwortlich. Denn von der Arbeitslosigkeit – sie liegt gegenwärtig bei 9,5 Prozent – sind in Dänemark vorwiegend ungelernte Kräfte betroffen. Vor allem im Zuge der Werften-Krise verschwinden viele Arbeitsplätze, die zuvor einem Türken, einem Jugoslawen, einem Pakistaner oder Marokkaner – diese Länder stellen die größten Kontingente – Brot und Arbeit brachten.

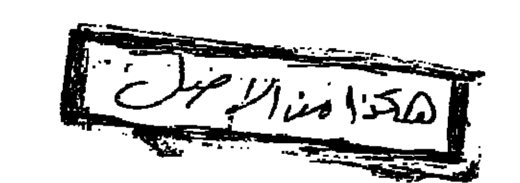
Um neue, im Zuge des technologischen Umwandlungsprozesses entstehende Arbeitsplätze besetzen zu können, fehlt den Ausländern oftmals nicht nur die Qualifikation, sondern auch die sprachlichen Fähigkeiten. Angesichts dieser bescheidenen Beschäftigungsperspektiven entschließen sich mehr und mehr der Gastarbeiter zur Rückkehr in die Heimatländer.

Es ist ein Unikum für einen Wohlfahrtsstaat, aber Dänemark hat keine obligatorische Arbeitslosenversicherung. Die meisten Gesellschaften haben „Unterstützungsvereine" eingerichtet, die mit Hilfe staatlicher Zuschüsse die Mitglieder gegen die Folgen einer nicht selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit versichern. Durch seine Subventionen kann der Staat aber die Höhe des Arbeitslosentagegeldes direkt beeinflussen.

Arbeitsrechtlich sind Gastarbeiter den Dänen völlig gleichgestellt. In Kommunalwahlen haben sie sogar das aktive und passive Wahlrecht. Insgesamt führt ihre kleine Zahl dazu, daß sich das tägliche Miteinander relativ spannungsfrei gestaltet.

Bei ihrem Eintritt in die EG 1972 hatte Dänemark sich auf einen Ansturm von Italienern eingestellt. Aber nicht nur die Italiener, auch andere EG-Nationalitäten fehlen auf dem dänischen Arbeitsmarkt fast völlig. Dies ist die Folge der mangelnden Attraktivität eines Hochsteuerlandes.

In loser Folge beschreibt die WELT die Ausländerprobleme in den EG-Ländern.



AUDI / Über 40 Prozent der Neuwagen mit Katalysator

Stolze Erfolge im Export

sz. München

Der Trend zu besser ausgestatteten, höherwertigen Modellen, vor allem aber eine höhere Produktion brachten der Audi AG, Ingolstadt, 1985 eine Umsatzsteigerung von rund zehn Prozent auf etwa 9,5 (8,7) Mrd. DM. Über das Ergebnis vermochte Vorstandsmitglied Ferdinand Piech vor der Presse in München zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts zu sagen, jedoch dürfte auch der Gewinn höher ausfallen als im Vorjahr. Für 1984 hatte die VW-Tochter 185 (178) Mill. DM ausgewiesen.

Getragen wurde das Wachstum von der günstigen Absatzsituation auf den Auslandsmärkten mit einem Plus von neun Prozent auf 232 918 Fahrzeuge. Die Exportquote erhöhte sich dadurch auf 63 (60) Prozent. Davon wurden in die USA 74 016 Pkw (plus vier Prozent) und in die europäischen Märkte 130 713 Fahrzeuge (plus 12,4 Prozent) geliefert. In der Bundesrepublik konnten dagegen aufgrund der Abgas- und Tempolimit-Diskussion, so Piech, nur rund 137 200 Pkw (minus 7,5 Prozent) abgesetzt werden. Insgesamt konnten damit weltweit 370 105 Autos (plus 2,2 Prozent) ausgeliefert werden. Produziert wurden in den beiden Werken Ingolstadt und Neckarsulm von den 36 400 Mitarbeitern rund 392 000 Fahrzeuge (plus 5,3 Prozent).

Innerhalb der Modellpalette kam es dabei nach Angaben von Piech zu nachfragebedingten Verschiebungen zu den Reihen Audi 80, Audi 90 und dem Coupé. Der Produktionsanteil von Quattro-Fahrzeugen erhöhte sich auf neun (4,7) Prozent. Über 40 (38) Prozent aller Neuwagen wurden mit einem Katalysator geliefert. Auf etwa zwölf Prozent Anteil kamen Dieselfahrzeuge.

Investiert wurden 1985 von Audi über 900 (500) Mill. DM. Neben Werksumstrukturierungen war die Einführung der vollverzinkten Karosserie beim Audi 100 und 200 der Investitionsschwerpunkt. Dieses hohe Niveau dürfte, so Piech, auch wieder 1986 erreicht werden. Im Vordergrund soll jetzt der verstärkte Einsatz von Robotern stehen.

Angesprochen auf die Geschäftsentwicklung 1986 meinte Piech lediglich, daß Audi sicherlich einen angemessenen Anteil am Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik haben werde. Und im US-Geschäft werde das Volumen von 1985 auch bei einem Dollarkurs von 2,25 DM weitgehend gehalten werden können.

KRAFTWERK UNION / Drei nukleare Anlagen abgerechnet – Rekordergebnis erzielt

Vor einer längeren Durststrecke

HANS BAUMANN, Mülheim

Das Geschäftsjahr 1984/85 der Siemens-Tochter Kraftwerk Union AG, Offenbach, bietet allen Grund für die Verwaltung, auf das Ergebnis stolz zu sein. Mit einem Umsatz von 11,4 (7,5) Mrd. Mark wurde ein Rekordergebnis erzielt, das sich auch in der Dividende von wieder 100 Mill. Mark (16 Prozent) und in der Dotierung der freien Rücklagen mit 180 (zwei Jahre null) Mill. Mark spiegelt.

Doch während sich der Vorstand noch in den Erfolgen sonnt, werden die Schatten von morgen schon länger. Zwar hat der Auftragseingang im Berichtsjahr nur leicht auf 6,1 (6,7) Mrd. Mark abgenommen. Doch diese 6,1 Mrd. Mark sind nur zu rund einem Drittel beschäftigungswirksam, da sie hohe Wertanpassungen enthalten.

Deutlich hat daher der Auftragsbestand abgenommen von 29,5 auf 24,1 Mrd. Mark. Aber auch diese Zahl verleitet zu einer falschen Einschätzung des Beschäftigungspotentials, da die Kraftwerk Union (KWU) selbst nur einen Anteil von rund 25 Prozent an den Kernkraftwerksaufträgen hat, die restlichen 75 Prozent aber von rund 700 Zulieferern beigesteuert werden, die sich vornehmlich aus dem Mittelstand rekrutieren.

Da aber die KWU 86 Prozent ihres Auftragsbestandes in nuklearen Anlagen hält, geht auch nur rund ein Drittel des Gesamtbestandes in die eigene Beschäftigung. Diese rund 8 Mrd. Mark darf man jedoch auch wieder nicht gegen den Umsatz von 11,4 (7,5) Mrd. Mark im Berichtsjahr relativieren, weil 1984/85 gleich drei Kernkraftwerke abgerechnet wurden, die das Umsatzvolumen aufblähten. 1985/86 wird dagegen kein Kernkraftwerk abgerechnet, was dann auch den Umsatz entsprechend mager ausfallen lassen wird.

Der Vorsitzer des Vorstandes, Klaus Barthelt, erwartet einen Umsatzrückgang um etwa ein Drittel. Auch für das Ergebnis sieht er „gewaltige Einbußen", die jedoch nicht verhindern würden, daß Mutter Siemens wieder eine Dividende bekomme.

Insgesamt, so Barthelt vor der Presse in Mülheim/Ruhr, sei die KWU gut abgepolstert, um auch schlechtere Jahre gut durchstehen zu können. Die Solidität des Hauses sei ein wesentliches Kriterium für künftige erstklassige Präsenz im Markt, da die Kunden nicht nur Wert auf hervorragende Neuproduktion, sondern in gleich hohem Maße auf jahrzehntelangen Service legten.

Barthelt teilte mit, daß die KWU in zahlreichen Ländern Wartung und Reparatur von Kernkraftwerken anderer Herstellerländer übernommen habe. Für solche Kernkraftwerke liefere sie zum Teil auch die Brennelemente. Den Grund für steigende Nachfrage nach diesen KWU-Leistungen sieht Barthelt in der Tatsache, daß deutsche Kernkraftwerke seit 1980 die Spitze der Weltstromerzeugung halten, die Verfügbarkeit also erheblich über dem Durchschnitt liegt.

Da künftig jährlich nur noch mit einem Kernkraftwerksauftrag aus dem Inland gerechnet werden könne, versuche die KWU jetzt zu diversifizieren, wobei der Umweltschutz im Vordergrund stehe. Ziel sei hier ein Umsatzvolumen von rund einer Mrd. Mark. Zur Zeit werden im Bereich Umweltschutz und Service generell rund 500 Mill. Mark umgesetzt. Die Investitionen von 111 (101) Mill. Mark, im neuen Jahr in der gleichen Höhe, zielen ebenso wie der Forschungsaufwand von 227 (221) Mill. Mark in diese neue Richtung.

GEHA / Stärkere Basis für langfristige Zusammenarbeit

Dennison erwirbt Beteiligung

dos, Hannover

Die Dennison Manufacturing Company, Waltham/Massachusetts, einer der führenden Hersteller von Bürobedarf und Schreibwaren in den USA, hat an der auf gleichem Gebiet tätigen Geha-Werke GmbH, Hannover, eine 40prozentige Beteiligung erworben. Das Stammkapital der Geha-Werke beträgt 30 Mill. DM. Die beiden Unternehmen hatten vor Jahresfrist bereits einen Kooperationsvertrag geschlossen. Die kapitalmäßige Verflechtung soll nach Angaben der Geha-Werke den bisherigen Kooperationserfolg in der Produktionsentwicklung, der Sortimentspolitik und in der internationalen Zusammenarbeit langfristig sichern.

Geha erzielte 1985 einen konsolidierten Umsatz von mehr als 180 Mill. DM; der Anteil des Auslandsgeschäfts erreichte 30 Prozent. Tochtergesellschaften werden in Italien und Belgien unterhalten, die Produktion liegt ausschließlich in Hannover. Das Unternehmen beschäftigt derzeit rund 1300 Mitarbeiter. Nach Angaben der Geschäftsführung wird für 1986 ein kräftiger Umsatzanstieg erwartet, vor allem durch die Einführung neuer Produkte. Finanzielle Probleme gebe es nicht. Mit einer Eigenkapitalausstattung von fast 50 Prozent der Bilanzsumme sei Geha gut gerüstet.

Dennison repräsentiert einen Umsatz von rund 1,6 Mrd. DM und beschäftigt etwa 8000 Mitarbeiter. Auf den Sektor Bürobedarf, Computer-Zubehör und Schreibwaren entfallen rund 50 Prozent des Umsatzes. Die anderen Aktivitäten betreffen die Gebiete Warenauszeichnung, Verpackungs- und Befestigungssysteme sowie technische Papiere. Für Geha, so heißt es, könnten sich aus diesen Bereichen „positive Ergänzungen des eigenen Produktprogramms" ergeben.

Bereits jetzt habe die Zusammenarbeit mit Dennison dem hannoverschen Unternehmen für einzelne Artikel den Zutritt zum wichtigen US-Markt eröffnet. Der US-Partner verfüge auch in Europa über Tochtergesellschaften.

Wichtigster Umsatzträger bei Geha ist mit einem Anteil von über 50 Prozent die Sparte Bürobedarf (Farbbänder). Der Sektor Büromaschinen entwickelte sich in den letzten Jahren besonders expansiv und repräsentiert einen Umsatzanteil von fast 30 Prozent. Die dritte wichtige Produktgruppe sind Schreibgeräte.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Rücktritt

Baden (dpa) – Der Vorsitzende der Konzernleitung und Delegierte des Verwaltungsrats der Brown, Boveri und Cie AG (BBC) in Baden (Schweiz), Piero Hummel, hat am Dienstag überraschend seinen Rücktritt erklärt. Der BBC-Pressesprecher sagte am gleichen Tag, der Rücktritt des 64jährigen Hummel stehe in keinem Zusammenhang mit der vom Verwaltungsratspräsidenten des Konzerns und ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler eingeleiteten Reorganisation des Elektro-Unternehmens. Die Nachfolgerregelung wird Thema einer Sitzung des BBC-Verwaltungsrats am 3. März sein.

Unter Ertragsdruck

Düsseldorf (Py.) – Vor dem Hintergrund witterungsbedingt schwieriger Saisonverkäufe bei ausgeprägter Kaufzurückhaltung der Verbraucher, hat die Sinn AG, Köln, den Einzelhandelsumsatz in ihren 20 Mode- und Textilhäusern 1985 um 12,2 (flächenbereinigt um 3,5) Prozent auf 540 Mill. DM gesteigert. Die Verkaufsfläche nahm um zwei Prozent auf reichlich 66 000 qm zu. Die Zahl der Beschäftigten wuchs auf 2805 (2781). Investiert wurden fast 19 (7) Mill. DM. Wie es heißt, ist es trotz des schwierigen Jahresverlaufs gelungen, den damit verbundenen Kostendruck über einen verbesserten Rohertrag abzufangen. Der Ertag bewege sich im Rahmen der Erwartungen. Eine Dividendenprognose wird nicht gemacht. Für 1984 waren 6 DM je Aktie ausgeschüttet worden.

ABS gefragt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die weltweit tätige Teves-Gruppe, nach eigenen Angaben größter unabhängiger Bremssystemhersteller der Bundesrepublik, erzielte mit Tochtergesellschaften 1985 einen Umsatz von 1,91 Mrd. DM, 12,6 Prozent mehr als 1984 (1,69 Mrd. DM). Das Umsatzwachstum sei vor allem auf eine steigende Nachfrage für das Bremssystem Ate ABS zurückzuführen. Seit Produktionsaufnahme des mikroprozessorgesteuerten Systems 1984 wurden davon mehr als 130 000 Stück produziert. Bis Ende 1986 soll es weltweit in mehr als 20 Pkw-Modellen zum Einsatz kommen. Für 1986 rechnet Teves mit einer Produktion von deutlich mehr als 300 000 Stück. Der Schwerpunkt der Investitionen von insgesamt 113,2 (Vorjahr: 108,5) Mill. DM lag im Ausbau der Frankfurter ABS-Fertigung. Die Mitarbeiterzahl betrug Ende 1985 an 16 Standorten in Europa, Nord- und Südamerika sowie in Südafrika insgesamt 12 544 nach 11 986 ein Jahr zuvor.

Neugliederung sicher

München (VWD) – Einer Neugliederung des Allianz Konzerns scheint nichts mehr im Wege zu stehen. Nach Angaben des Versicherungskonzerns hat die Beschlußkammer des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen in Berlin die Einsprüche von 15 Versicherungsnehmern gegen diese Neugliederung als unzulässig und überdies als unbegründet zurückgewiesen.

Wieder Dividende

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Ceag Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg, will die Dividendenzahlung wieder aufnehmen und die Rücklagen für 1985 angemessen dotieren. Wie es im jüngsten Aktionärsbrief der zum Quandt-Gruppe gehörenden Firma heißt, konnte im letzten Jahr Umsatz und Ertrag nochmals deutlich gesteigert werden. Allein der Umsatz mit Starterbatterien stieg wegen des strengen Winters und der günstigen Automobilkonjunktur um 16 Prozent. Der Konzernumsatz betrug 302 Mill. DM (plus 12 Prozent). Weltweit beschäftigt das Unternehmen 1997 Mitarbeiter.

Mehr Auslandsaufträge

Hamburg (dfh) – Unter dem neuen Namen Müller International Immobilien GmbH firmiert ab sofort die bisherige Industrie Immobilien Müller GmbH, Düsseldorf. Der Namenswechsel erfolgte, um die internationale Tätigkeit dieser in Europa und Nordamerika tätigen Firma und ihrer Töchter zu betonen. Nach Angaben von Geschäftsführer Klaus-Dieter Hölz setzte Müller mit 160 Mitarbeitern (1984: 150) im Jahre 1985 rund 20 Mill. DM um. Vermittelt wurden Immobilien im Werte von etwa 1 (0,8) Mrd. DM, davon rund zwei Drittel an oder für ausländische Auftraggeber. Das verwaltete Fremdvermögen betrug 1985 rund 2,5 (2,0) Mrd. DM; 1,5 Mrd. DM entfielen dabei auf insgesamt 16 Einkaufs-Center.

Keine konkreten Verhandlungen

sz, München

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich MBB irgendwann einmal an einer deutschen Werft aus Know-how-Gründen beteiligt oder es zu einer engen Zusammenarbeit kommt. Bislang sind allerdings darüber noch keinerlei Gespräche, geschweige denn konkrete Beteiligungsverhandlungen geführt worden." Dies betonte ein Sprecher der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, München, auf Anfrage zu Berichten, daß sich dieser größte deutsche Luft- und Raumfahrtkonzern schon in den nächsten Tagen oder Wochen an der Bremer Vulkan AG beteiligen wird. Daß MBB einmal durchaus Interesse an einem Werft-Engagement haben könnte, liegt nahe. Anfang 1985 erhielt MBB den Zuschlag als Generalunternehmer für den Bau von zehn Minenkampfbooten SM 343 für die Bundesmarine (Gesamtauftragswert über 1 Mrd. DM). Im Unternehmensbereich Marine- und Sondertechnik dürfte der Konzern rund 100 Mill. DM umgesetzt haben. Der gesamte Bereich Wehrtechnik steuerte 1985 etwa 1,5 Mrd. DM zum MBB-Umsatz von rund 6,2 Mrd. DM bei.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Franz R. Conrad GmbH; Galerie 70 edition GmbH; **Bochum:** Damen-Moden E. J. Klein GmbH & Co.; **Düsseldorf:** Nachl. d. Frits Koopmann, Flughafenarbeiter; **Gütersloh:** Josef Selhorst sen., Heizungsbaumeister, Rheda-Wiedenbrück; **Hamburg:** M. M. Manfred Mölck Gerüstbau GmbH; Nachl. d. Alfred Stefan Kolano; **Kaufbeuren:** Horst Manfred, Marktoberdorf; **Lahr:** Büroorganisation Fähndrich GmbH; **Lippstadt:** Juckenhöfel-Bau-GmbH; **Mainz:** DEKAMONT Personal-Leasing gmbH; **München:** P + L Hausverwaltungs GmbH; GSB Ges. f. schlüsselfertiges Bauen GmbH, Pullach; **Paderborn:** Rose Dutschke geb. Hanke, Kauffrau; a) Metallbau Barbara Bork GmbH 5 Co. KG, Sennelager b) Barbara Borg Beteiligungs-GmbH, Sennelager, c) Bruno Bork, Schlossermeister, Sennelager; **Salzgitter:** Greiling GmbH & Co. Bauunternehmen, Lebenstedt; **Ulm (Donau):** Fenster-Kaupp GmbH, Dornstadt; **Weilheim:** Nachl. d. Joachim Dirner, Oberau; **Wiesbaden:** Lukoschat Vertriebs-GmbH.

Vergleich beantragt: Burgdorf: Carl Hunze KG, Bauunternehmung, Burgdorf-Otze; **München:** Karl Thiemig, Graphische Kunstanstalt u. Buchdruckerei AG.

HANNOVER FINANZ / Interesse am Mittelstand

Investitionen angestiegen

dos, Hannover

Die zum Haftpflichtverband der Deutschen Industrie (HDI) gehörende Hannover Finanz GmbH, die sich mit dem Erwerb und der Verwaltung von Finanzbeteiligungen an mittelständischen Unternehmen befaßt, berichtet von einem erfolgreichen Verlauf des Geschäftsjahres 1984/85 (30. 9.). Wie aus dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht hervorgeht, wurde das Beteiligungsportefeuille durch den Erwerb von drei neuen Beteiligungen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 18 Mill. DM erheblich ausgeweitet. Die eigenen Beteiligungsinvestitionen stiegen im Berichtsjahr auf 49 (30,5) Mill. DM.

Die Gesellschaft erwirbt vor allem Minderheitsbeteiligungen an nichtbörsennotierten Unternehmen, die „gut geführt sind, aussichtsreiche Unternehmensideen verwirklichen und aufgrund ihrer starken Expansion zusätzliches Eigenkapital benötigen". Um das Risiko zu mindern, achte die Hannover Finanz GmbH darauf, daß die Beteiligungsunternehmen möglichst verschiedenen Branchen angehören. Zum Kreis der Beteiligungen gehören Firmen wie Interpane Glas in Lauenförde, Rossmann-Drogeriemärkte in Burgwedel, Fielmann-Optik in Hamburg, Völkner-Elektronik in Braunschweig und Flender-Antriebstechnik, Bocholt. Die Umsätze aller Beteiligungsunternehmen erreichten im Berichtsjahr 1,05 Mrd. DM. Bezogen auf die Beteiligungsquoten entfallen davon auf Hannover Finanz rund 267 Mill. DM, die aber nicht bilanzwirksam werden.

Der Jahresabschluß der Gesellschaft weist Erträge von 8,58 (8,53) Mill. DM und einen Jahresüberschuß von 3,67 (3,84) Mill. DM aus. Zum „guten Ergebnis" hätten alle Beteiligungen beigetragen. Aus dem Bilanzgewinn wurden 1,4 Mill. DM ausgeschüttet (Stammkapital 50 Mill. DM) und 2,27 Mill. DM der freien Rücklage zugewiesen.

Auch im laufenden Geschäftsjahr werde die Suche nach weiteren Beteiligungen fortgesetzt. Wie es heißt, ist im laufenden Jahr mit einer weiteren Verbesserung der Beteiligungserträge zu rechnen. Dies gelte aber nicht für den Immobilienbereich.

SCHWABENGARAGE / Flaue Absatzentwicklung

Autoleasing kommt auf Touren

nl. Stuttgart

Mit großem Optimismus ist die Schwabengarage AG, Stuttgart, größter deutscher Ford-Händler, in das Jahr 1986 gestartet. Für das laufende Jahr erwartet Vorstandsvorsitzender Lothar Pulvermüller für sein Haus einen Absatz von 18 000 Ford-Fahrzeugen. Das wäre gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von mehr als zehn Prozent. Einschließlich Leasing rechnet er mit einem Geschäftsvolumen von nahezu 30 000 Fahrzeugen.

Im Umsatz werde die Gesellschaft die Marke von einer halben Milliarde DM deutlich überspringen. Die Zuversicht resultiere aus der guten Wirtschaftslage, dem niedrigen Zinsniveau und den Benzinpreissenkungen, Fakten, von denen seiner Meinung nach ein größerer Konsumstoß ausgehen wird.

Im Geschäftsjahr 1985 hat die Schwabengarage mit 15 845 Ford-Fahrzeugen fünf Prozent weniger als im Jahr davor ausgeliefert. Die Ursache für diese relativ flaue Geschäftsentwicklung lag nach Pulvermüllers Worten vor allem bei den Produktions- und Lieferengpässen der Kölner Ford AG, wozu beispielsweise auch die verspätete Auslieferung des neuen Modells „Scorpio" gehörte. Eigentlich habe erst im letzten Quartal die Liefermöglichkeit mit der Nachfrage Schritt gehalten. Inzwischen sei man über die volle Palette lieferfähig.

Der Gesamtumsatz der Schwabengarage verbesserte sich dennoch um zwei Prozent auf 496,4 Mill. DM. Vor allem das Leasing-Geschäft, dessen Umsatz um 15,4 Prozent auf 83,6 Mill. DM zunahm, signalisiert eine weitere steile Aufwärtsentwicklung. Auch die Werkstattauslastung habe sich deutlich verbessert. Man rechne mit einem Ergebnis, das dem von 1984 zumindest sehr nahekomme. Es sei wiederum eine zweistellige Dividendenzahl in Aussicht.

HÜLS / Höhere Dividende für die Konzernmutter Veba

Aufschwung für die Chemie

JOACHIM GEHLHOFF, Marl

Voll im Gleichklang mit der Aufschwungphase der Chemiekonjunktur hat die Hüls AG, Marl, ihren Betriebsgewinn 1985 weit über Umsatz- und Absatzsteigerung hinaus um ein Drittel verbessert. Prof. Carl Heinrich Krauch als Vorstandsvorsitzender dieser (seit Anfang 1986 als Organtochter) zum Veba-Konzern gehörenden fünftgrößten deutschen Chemie-Gruppe sieht die Hüls-Dividende, mit der die Konzernmutter Veba AG für 1984 nach drei Hungerjahren mit 16 Prozent auf 480 Mill. DM Aktienkapital beglückt wurde, für 1985 im Anstieg (zumindest auf 18 Prozent).

Von einer grauen Maus habe sich Hüls, was den Ertrag anbelangt, zu einem gut entwickelten Kater gewandelt, kommentierte mit spürbarem Stolz auf die Firma der Betriebsratsvorsitzende Horst Blossey schon bei der traditionellen Jubilarehrung im Januar die aktuelle Lage. Auch für ihn aus gutem Grund. Denn nach mehrjähriger, auch Arbeitsplätze kostender Umstrukturierung und Rationalisierung hat Hüls mit Schwergewicht bei den Produktionsbetrieben 1985 das Stammpersonal um 250 Leute aufgestockt und will da 1986 noch fast 400 neue Plätze bei den derzeit 14 700 AG-Beschäftigten zulegen.

Ohne den Mitte 1985 (mit Buchwertverlust) verkauften Defizitbereich Agrarchemie hat Hüls 1985 den Gruppenumsatz um fast ein Zehntel auf 6,55 Mrd. DM gesteigert, darin den AG-Umsatz um 6,6 Prozent auf 5,25 Mrd. DM bei einer um 2,1 Prozent auf 2,84 Mill. Tonnen gesteigerten Absatzmenge und darob auf 84 (82) Prozent weiter verbesserten Kapazitätsauslastung. Bei anteiliger Mitrechnung des Verkauften kam die AG auf 5,46 (5,47) Mrd. DM Umsatz mit nun 47,5 (44,6) Prozent Exportanteil.

Mit 85 Prozent Westeuropa-Anteil am AG-Umsatz, das räumt auch der Hüls-Chef ein, ist das Unternehmen zumal im Vergleich zur großen deutschen Konkurrenz in Übersee noch zu schwach präsent. So sei denn auch die im April 1985 für fast 100 Mill. Dollar erworbene US-Firma Nuodex („Oberflächenchemie" mit 150 Mill. Dollar 1984er Weltumsatz) nicht zuletzt auch die „Keimzelle" für künftig größere Hüls-Aktivitäten auf dem weltgrößten Chemiemarkt der USA.

Parallel zum so angedeuteten Akquisitions-Appetit will die AG ihre 1985 auf 147 (107) Mill. DM erhöhten Sachinvestitionen ab 1986 fast verdoppeln. Nunmehr werde fast die Hälfte des Investitionsetats „neuen Produktfeldern und der Weiterentwicklung bestehender Produktlinien" gewidmet.

Die in den letzten drei Jahren neu aufgenommenen „Geschäftsfelder", resümiert der Chef des einst als simpler Massenware-Produzent qualifizierten Unternehmens, brächten nun mit „Höherwertigem" schon 400 Mill. DM Umsatz. Den auch bei (petrochemischer) Massenware erfolgreichen Kurs zur Produkt-Spezialisierung belegt man bei Hüls jetzt nicht zuletzt mit der Versicherung, beim durch europäische Überkapazitäten problembeladenen PVC-Massenkunststoff (sieben Prozent vom AG-Umsatz) habe man 1985 zu den wenigen noch verlustfreien Erzeugern gehört und brauche den europaweiten Kapazitätsabbau nur marginal begleiten.

Generell rechnet Hüls für 1986 mit robust-moderatem Andauern der Chemiekonjunktur. Mit Sorgen mahnt auch diese Firma, die 1985 mit 130 Mill. DM Betriebskosten für Umweltschutz ihren Gewinn deutlich übersteigen dürfte, daß wenigstens bei den Europa-Konkurrenten das konkurrenzneutrale Ideal der Lastengleichheit zur Realität werden müßte.

SPANIEN / Regierung will Eigenkapitalbildung fördern

Zweiter Aktienmarkt geplant

ROLF GÖRTZ, Madrid

Nach Jahren fortgesetzter Konsolidierung und einer fortschreitenden Anpassung an die internationale Entwicklung möchten die spanischen Börsen, vor allem die Madrider, nunmehr auch einen zweiten Markt ins Leben rufen. Nach den guten Resultaten, die man auf den Börsen in London, Paris, Brüssel und Mailand machte, zeigt sich nun auch Spanien bereit, die Chance wahrzunehmen, über einen zweiten Markt auch die kleinen und mittleren Unternehmen dem modernen Wirtschaftsgefüge einzuordnen, ihre Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der EG zu stärken.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Unternehmerdachverband CEOE, José Ceron Ayuso, betonte in einem Seminar zur Förderung des zweiten Marktes die Notwendigkeit einer besseren Kapitalbildung. Der Eigenkapitalanteil eines spanischen Unternehmens beträgt im Schnitt 30 Prozent, liegt also immer noch weit unter dem europäischen Durchschnitt. Die Börse soll nun dazu beitragen, mit ihrem Aktienmarkt auch kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zum Kapitalmarkt zu öffnen. Das Wachstum der Aktienmärkte um 70 Prozent im Jahre 1984 und 72 Prozent im vergangenen Jahr läßt immerhin berechtigte Hoffnungen zu.

Zwei Ziele wollen die Befürworter des zweiten Marktes an den Börsen, in der Wirtschaft, aber auch in der Regierung, verfolgen: Durch die Förderung von Gründungen moderner Kleinunternehmen wollen sie die derzeitige Unternehmensstruktur derjenigen der EG anzupassen. Nach wie vor bilden Kleinbetriebe von fünf bis 10 Arbeitern etwa 47 Prozent der Unternehmen überhaupt, deren Verwaltung überdies nur sehr mangelhaft funktioniert.

Der Zuwachs im Unternehmensregister steigt, ihre Kapitalbasis aber entspricht keineswegs den Erwartungen. Von 15 182 Firmen, die im Jahre 1981 gegründet wurden, wird ein durchschnittliches Kapital von 4,5 Millionen Pesetas, also etwa 72 000 DM, gemeldet. Die 29 200 Unternehmen, die 1984 gegründet wurden, verfügen nur über ein Durchschnittskapital von 3,5 Millionen Pesetas.

Das zweite wirtschaftspolitische Ziel, das die Regierung mit der Förderung der Pläne der Aktie des kleinen Unternehmen verfolgt, ist der Anschluß an die elektronische Revolution. Nach amerikanischem und japanischem Vorbild soll über die Börse Risikokapital für kleine Betriebe lokker gemacht werden. Es gilt, junge spanische Elektronikfirmen zu fördern.

Auf diesem Wege aber tun sich einige Hindernisse auf, die es anderswo nicht gibt. So fehlen Verbindungen für die Zusammenarbeit zwischen der Industrie und den Forschungsabteilungen an den Universitäten. Auch widerspricht die Mobilisierung der Banken dem notwendigerweise konservativen Bankendenken. Die Finanzquellen für den Kapitalbedarf bilden in anderen Ländern Pensionsfonds, die es in Spanien überhaupt noch nicht gibt.

Der Staat gerät als ehrlicher Promotor für die betont private Initiative des neuen Marktes in eine widersprüchliche Situation, die sich schon jetzt in der Praxis bemerkbar macht, und zwar durch die Vorzugsbehandlung staatlicher Unternehmen. Hinsichtlich der notwendigen Steuer- und Abschreibungshilfen zeigte sich das Finanzministerium, jetzt, wo man um die Modalitäten des zweiten Marktes ernsthaft diskutiert, zurückhaltender als vorher. (SAD)

IM BLICKPUNKT / Ludwig Huber im Niemandsland zwischen Politik und Wirtschaft

„*Wenn'st Garantien will'st mußt' zur Bank*"

Schlagzeilen in einigen Blättern beeinträchtigen die Position des Instituts nicht." Seine eigene meinte er stillschweigend sicherlich auch. Äußerst gelassen, aber nach Ansicht vieler Beobachter wenigstens eine Spur zu arrogant, reagierte Dr. Ludwig Huber, seit 1977 Präsident der Bayerischen Landesbank-Girozentrale in München, damit Anfang November 1985 noch auf erste Berichte über den „unerfreulichen Fall" Mega-Petrol. Zu einem schon fast vergessenen Engagement der Bank aus den Jahren 1979 bis 1982, das aufgrund der Größenordnung bei vergleichbaren privaten Großbanken unter „ferner liefen" rangieren würde, auch noch öffentlich Stellung nehmen zu sollen, ging ihm lange Zeit gegen den Strich.

Doch was dann über den sturmerfahrenen einstigen Polit-Profi Huber hereinbrach, ließ ihn schließlich sehr dünnhäutig werden. Öffentliche Anspielungen auf sein Privatleben und Gedankenspiele, ob denn wohl sein Vertrag als Landesbankchef Ende 1986 zum dritten Mal verlängert werden könnte, verfehlten ihre Wirkung nicht. Völlig unerwartet sah sich der 57jährige Huber wieder ins Scheinwerferlicht der politischen Szene gerückt, die er glaubte, als Mitglied einer auf Diskretion und Unauffälligkeit bedachten Branche längst verlassen zu haben. Er mußte schließlich Rede und Antwort stehen: vor dem Verwaltungsrat der Bank mit dem bayerischen Finanzminister an der Spitze, der Presse und – das kam der bayerischen SPD so kurz vor den Landtagswahlen gerade recht – vor einem eigens eingesetzten Untersuchungsausschuß im Landtag.

Aufatmen konnte er erst wieder, als die Staatsanwaltschaft München Mitte Februar die eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Landesbank (Untreue oder Beihilfe zum Betrug) wegen nicht hinreichenden Tatverdachts einstellte. Für Huber war alles fast wieder gewohnte Routine. Und daß ihm dabei jemals das Gefühl für Karriere, Macht und Machterhaltung gefehlt hätte, konnte ihm noch nie nachgesagt werden. Mit 17 Jahren gehörte Huber, am 29. Dezember 1928 in München geboren, zu den Gründungsmitgliedern der CSU. Als 30jähriger zog er – inzwischen Staatsanwalt von Beruf – in den Bayerischen Landtag ein. Knapp fünf Jahre später avancierte er zum CSU-Fraktionschef. Der weitere politische Aufstieg ergab sich daraus fast zwangsläufig: 1964 wurde der Volkswirt und promovierte Jurist jüngster Kultusminister der Bundesrepublik. 1972 zog er dann als Finanzminister ins Kabinett Goppel. Als „Sparkommissar" verstand er es, sich bei den Wählern einen Namen zu machen.

Und plötzlich stand sogar der Weg an die Spitze der Macht in Bayern, auf den Stuhl des Ministerpräsidenten weit offen. Dennoch akzeptierte der intelligente Huber den Ratschlag seines Rottach-Egerner Nachbarn Franz-Josef Strauß, als er ihn fragte: „Was kannst Du mir denn für Garantien geben, daß ich Ministerpräsident werde?" Worauf dieser konterte: „Wenn'st Garantien will'st, mußt' zur Bank gehen." Daß dies schon immer sein geheimster Berufswunsch war, offenbarte er als frischer Bankchef im Juli 1977: „Ich wollte immer Landesbank-Präsident werden." Auch war dieser Posten die lukrativste Pfründe, die es in Bayern zu vergeben gab: Statt eines Ministergehalts von reichlich 100 000 Mark wurde das neue Amt mit nahezu 300 000 Mark jährlich dotiert – eine angemessene Entschädigung für entgangene Ministerpräsidentenwürde.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schon bei seiner Antrittsrede bekundete Huber, der Bergwandern und Skifahren liebt und regelmäßig schwimmt, Tatendrang als Bankier und verkündete als ein Unternehmensziel die „weitere Expansion als Universalbank". Zwar ist das Institut auf die Aufgabe einer Hausbank des Freistaates Bayern und einer Girozentrale der Sparkassen fixiert, doch Huber verstand alle sich bietenden Freiräume zu nutzen. Das Auslandskreditgeschäft wurde ausgeweitet, von Singapur bis Kanada entstanden Stützpunkte und bei interessanten Industriebeteiligungen griff man „maßvoll" zu.

Das Wachstum des öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts unter Hubers Präsidentschaft ist denn auch beachtlich: Von Anfang 1977 bis Ende 1985 stieg die Bilanzsumme von 52 Mrd. auf 108 Mrd. DM bei einem Grundkapital von nun 900 (500) Mill. Mrd. DM zu. In dieser Zeit nahmen das Kreditvolumen auf rund 63 (29) Mrd. DM und die Einlagen auf etwa 44 (19) Mrd. DM zu. Eine Leistung, die heute selbst von neutralen Bankleuten fachlich anerkannt und respektiert wird.

So gut Huber es im Laufe der Jahre auch verstanden haben mag, sich ein Image als anerkannter Großbankier aufzubauen, die Mega-Petrol-Affäre zeigte ihm sehr deutlich, daß er sich nie von der Politik wird abkoppeln können. Als Landesbankchef ist und bleibt er ein Präsident von Politikers Gnaden. Damit verträgt es sich dann wiederum nur sehr schlecht, daß ein Mann wie Huber seine Diskussionen wie ein Staatsanwalt führt: hartnäckig um eisige Logik bemüht, dabei von dem Wunsch beseelt, ohne Gemütswerte auszukommen.

Kann es da verwundern, wenn selbst ehemalige Parteifreunde jede nur geringste berufliche und private Schwäche bei der erstbesten Gelegenheit registrieren? Selbst daß Huber meist dunkelblaue Nadelstreifen-Anzüge trägt, gerne Champagner trinkt und teure Zigarren raucht, bleibt dann hinter vorgehaltener Hand nicht unerwähnt. Huber mag dies als böswillig empfinden, doch es sind die Spätfolgen einer politischen Pfründewirtschaft, deren Nutznießer er ja selbst ist.

Diese Vorgänge sind gleichzeitig ein unerquicklicher Hinweis auf die permanente Gefahr der Politisierung, der eine Landesbank immer ausgesetzt ist. Zumindestens so lange, wie der Vorstandsvorsitz der Landesbank ein Traumjob im vielschichtigen Niemandsland zwischen Politik und Wirtschaft bleibt. Es wäre vielleicht eine lohnende Aufgabe für vernünftige Politiker, ihn endlich für alle Zeit zu entpolitisieren. Aber was macht man dann mit verdienten Politikern, die nach vorzeitig beendeter Karriere noch etwas verdienen wollen?

DANKWARD SEITZ

COMMODORE / Neue Kreditlinie sichert Finanzbedarf

Schulden wurden abgebaut

Wb. Frankfurt

Der amerikanische Heim- und Personal-Computer-Hersteller Commodore kann wieder etwas optimistischer in die Zukunft blicken. Mit ihren wichtigsten Banken hat die Commodore International Ltd, Nassau/Bahamas, eine Vereinbarung getroffen, die dem Unternehmen eine Kreditlinie von 135 Mill. Dollar zunächst bis zum 15. März 1987 sicherstellt.

Über die neuen Kredite kann Commodore verfügen, ohne zusätzliche Sicherheiten zur Verfügung zu stellen. „Damit sind wir wieder zu normalen Geschäftsbeziehungen zurückgekehrt", erklärt Europachef Harald Speyer, der unterstreicht man habe nie daran gedacht, ein Insolvenzverfahren nach dem sogenannten „Chapter 11" in Anspruch zu nehmen.

Möglich wurde die Einigung durch den wieder deutlich besseren Geschäftsverlauf im neuen Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.). In den vier Monaten bis Ende Januar gelang es Commodore die Verschuldung, zur Jahresmitte 1985 noch bei 195 Mill. Dollar, um 60 Mill. Dollar abzubauen und auch die Lagerbestände erheblich zu reduzieren.

1984/85 war der weltweite Konzern buchstäblich abgestürzt. Sein Umsatz sackte um fast ein Drittel auf 883 (1287) Mill. Dollar; dem Vorjahresgewinn von 144 Mill. Dollar folgte ein Verlust von 114 Mill. Dollar. Die Ursachen dafür lagen nach Speyers Ansicht in Fehlentscheidungen der Vergangenheit: Zu lange hatte Commodore im Zustand eines Einprodukt-Unternehmens verharrt und hatte mit seinem Heimcomputer denn auch voll die Flaute dieses Marktes zu spüren bekommen.

Inzwischen wurden neue Produkte entwickelt, darunter auch zwei Personal-Computer für den professionellen Einsatz, die aus der Braunschweiger Filiale des Konzerns stammen. Ein neuer Graphikrechner wird demnächst auch in Europa auf den Markt kommen.

Die nach wie vor gesunde deutsche Vertriebstochter Commodore Büromaschinen GmbH, Frankfurt, hat 1984/85 bei einem Umsatz von 958 Mill.-DM einen Jahresüberschuß von sechs Mill. DM erwirtschaftet.

DORINT-HOTELS / Zweitgrößte deutsche Kette

Sporturlaub immer beliebter

Py. Mönchengladbach

Die Geschäftspolitik, nicht nur passiven, sondern auch aktiven Sporturlaub anzubieten, hat sich für Deutschlands zweitgrößte Hotelkette, die Dorint Hotelgesellschaft mbH, Mönchengladbach, sichtbar bezahlt gemacht. Seit das Interesse am Tennissport dank Boris Becker in einen wahren Boom ausgeartet ist, liegt die Gruppe „voll im Trend". Mit sechs angeschlossenen Tennisschulen ist Dorint inzwischen der größte Anbieter unter den Hoteliers des Landes. Seit 1974 bietet die Kette innerhalb von Hotelpauschalen Ski-, Surf-, Golf- und Schwimmkurse an.

Die 28 Hotels und Ferienparks in Deutschland, Belgien und in der Schweiz haben den Umsatz 1985 um 13 Prozent auf 105 Mill. DM gesteigert. Davon entfielen 32 Mill. DM auf die mit Managementvertrag verbundenen Unternehmen. Für 1986 hat man 125 Mill. DM als Umsatzziel angepeilt. Dabei soll das Plus nicht durch starke Preiserhöhungen, sondern durch neu hinzukommende Betriebe (Eifel-Ferienpark Daun, Erweiterung Bad Neuenahr, Rüsselsheim und Sporthotel Garmisch) zustandekommen.

Die Zimmerauslastung aller Häuser blieb mit 62 Prozent konstant. Die anvisierten 67 Prozent wurden nicht erreicht, weil zugunsten eines höheren Zimmer-Durchschnittspreises auf eine höhere Auslastung verzichtet worden war. Hohe Investitionen haben trotz Umsatzsteigerung das Ergebnis nur stabil gehalten.

1985 wurden insgesamt 1,09 Mill. Übernachtungen gezählt, 1986 sollen es 1,2 Mill. werden. Die Januarzahlen lassen nach Ansicht des Managements einen gesunden Optimismus zu.

Positiv wird vor allem das Sinken der Benzinpreise vermerkt. Hier kündige sich eine verstärkte Bereitschaft an, wieder mehr Kurz- und Wochenendurlaube zu unternehmen. Der Hang der Deutschen zu fernen Sonnenzielen soll mit der Vorliebe in den Nachbarländern für die deutschen Mittelgebirge ausgeglichen werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros: Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer-Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

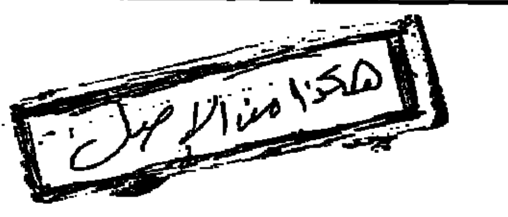
Herstellung: Werner Koziak

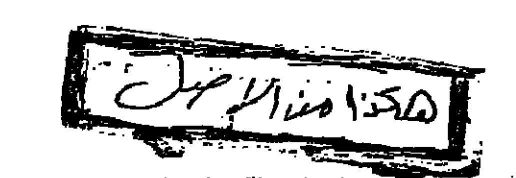
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





Gefahr lauert überall

KHS. – Jedes Jahr erleiden Millionen Bundesbürger mehr oder weniger schwere Unfälle; auf der Straße, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Kindergarten, in der Freizeit. Unbeschadet allen Fortschritts der Unfallursachen-Forschung – sie brachte unter anderem die Gurtpflicht – bleibt die Unfallgefahr ein unberechenbares Risiko.

Viele verlassen sich auf die gesetzliche Unfallversicherung. Oft zerstört aber die Stunde der Wahrheit, wenn man nach einem Unfall den Versicherer zur Kasse bittet, vorangegangene Illusionen. Das passiert einem unter Umständen mit der gesetzlichen Schüler-Unfallversicherung, wenn sich beispielsweise herausstellt, daß die „Gesetzliche" den Freizeitunfall nicht mitversichert oder ihre Leistungen im Falle eines schweren Unfalls nur mager sind.

Hinzu kommt, daß Selbständige und Freiberufler, „Nur"-Hausfrauen und Kleinkinder, die noch nicht den Kindergarten besuchen, bei der gesetzlichen Unfallversicherung nicht versichert sind.

Hier hilft nur der Abschluß einer privaten Unfallversicherung. Sie dürfte, geht man von einer durchschnittlichen monatlichen Belastung von etwa 20 Mark für eine Versicherungssumme von 150 000 Mark aus, wohl nicht zu teuer sein.

Die private Unfallversicherung gilt, im Gegensatz zur gesetzlichen, weltweit rund um die Uhr und in allen Leistungsbereichen. Vereinbarungsgemäß zahlt die „Private" im Versicherungsfall eine Todesfall- beziehungsweise Invaliditäts- oder Übergangsentschädigung (beispielsweise zur Finanzierung einer Heilbehandlung), gegebenenfalls auch Tagegeld (bei zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit).

Preis und Leistung müssen bei einer privaten Unfallversicherung stimmen. Zuweilen treiben fragwürdige Produkte seltsame Blüten; so greifen einige Angebote erst bei Erwerbsfähigkeit von 50 Prozent, obwohl in 87 Prozent aller Fälle die Schädigung unter 25, in 98 Prozent unter 50 Prozent liegt. Hier werden gravierende Deckungslücken erkennbar. Ein genaues Studium der Bedingungen ist nötiger denn je.

UNFALLVERSICHERUNG / Gesetz bietet nur den mageren Mindestschutz

Kinder tragen das größte Risiko

Zuweilen begegnet man der unbeschwerten Auffassung, daß in unserer modernen Industriegesellschaft die private Unfallversicherung die gesetzliche zu ergänzen habe. Wer so denkt, verkennt die tatsächlichen Zusammenhänge. Das gilt für die Versicherung von Erwachsenen, Jugendlichen oder Kindern.

Zweifellos sind der traditionsreichen gesetzlichen Unfallversicherung bedeutende Aufgaben übertragen. Sie bietet Arbeitnehmern, Schülern und Studenten, sogar den Kleinen beim Besuch des Kindergartens, einen gesetzlich garantierten Mindestschutz. Andererseits schließt sie beispielsweise Kleinkinder, die den Kindergarten noch nicht besuchen, aus.

Allerdings entschädigt die gesetzliche Unfallversicherung darüberhinaus bei Unfällen von Kindern, die während des Unterrichts, bei Ausflügen, Besichtigungen, Kino- und Theaterbesuchen von Schulklassen erfolgen. Versichert sind sämtliche Wege im Zusammenhang mit dem Besuch von Kindergärten oder Schulen.

Die Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung reichen von der Heilbehandlung bis zur Rentenzahlung. Wie mager jedoch diese Leistungen in der Praxis ausfallen, wird am Beispiel der Rentenberechnungen der gesetzlichen Schüler-Unfallversicherung für Unfälle im Jahr 1986 deutlich. Grundlage der Berechnung bei Kindern unter 14 Jahren ist die durchschnittliche Bruttolohn- und -gehaltssumme aller Arbeitnehmer für 1984. Sie beträgt nach vorläufigen Angaben 34 824 Mark. Die Bezugsgröße beläuft sich auf 34 440 Mark.

Berechnet werden die monatlichen Rentenleistungen (bei 100 Prozent Invalidität) wie folgt:

- Kinder bis zum sechsten Lebensjahr 25 Prozent
- Kinder ab dem sechsten bis zum 14. Lebensjahr 33,33 Prozent von 2/3 der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme geteilt durch 12.

Hiernach ergibt sich beispielsweise für einen Sechsjährigen bei 100prozentiger Invalidität ein Rentenanspruch von monatlich 484 Mark; bei 80 Prozent wären es 97, bei 60prozentiger Invalidität 194 Mark weniger.

Folgt man der amtlichen Unfallstatistik, so rangieren die von der gesetzlichen Unfallversicherung gerade nicht abgedeckten Heim- und Freizeitunfälle – das sind jährlich mehr als drei Millionen Unfälle – eindeutig vor allen anderen auf Platz 1. Hieran sind Kinder und Schüler mit nicht weniger als 650 000 Unfallopfern beteiligt. Die private Unfallversicherung fungiert nicht etwa als Ergänzung der gesetzlichen Schüler-Unfallversicherung; es ist genau umgekehrt.

Wenn man davon ausgehen muß, daß 70 bis 80 Prozent der Unfälle im privaten Freizeitbereich geschehen, kann die gesetzliche Schüler-Unfallversicherung bei der Absicherung von Kindern und Schülern gegen Unfälle nur von nachrangiger Bedeutung sein.

Weit umfassender, nämlich weltweit und rund um die Uhr, ist die Absicherung der Kinder, die man mit der privaten Unfallversicherung vereinbaren kann. Besonders bei schweren Verletzungen mit schlimmen Folgen, insbesondere bei Invalidität, schließt die private Unfallversicherung eine für den Betroffenen empfindliche Versorgungslücke.

KARL-HEINZ STEFAN

NACHRICHTEN

Verletzungen beim Wintersport

Bonn (WR) – Mindestens 165 000 Bundesbürger verunglücken jedes Jahr beim Wintersport so schwer, daß sie längere Zeit behandelt werden müssen. Knapp 100 000 dieser Verletzungen passieren beim Skifahren, fast 50 000 beim Schlittschuhlaufen. Unfälle beim Wintersport haben die schwersten Folgen aller Sportunfälle. Während von den insgesamt 1,4 Millionen beim Sport Verunglückten nur 43 Prozent länger als 30 Tage an den Folgen laborieren, sind es bei Wintersportunfällen fast zwei Drittel der Betroffenen. Häufigste Unfallursachen: Mangelhaftes Aufwärmen, Überanstrengung.

Weniger Tote auf den Straßen
Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete
1970: 19 193
1975: 14 870
1980: 13 041
1984: 10 199
1985: 8 200

Für viele Autofahrer hat sich ein geschlossener Sicherheitsgurt als Lebensretter erwiesen. Die seit über einem Jahr eingeführte Bußgeldregelung für das Fahren ohne angelegten Gurt hat die Zahl der Schwerverletzten und der im Straßenverkehr Getöteten spürbar sinken lassen. Aber die Zahl der Toten ist immer noch zu hoch. Deshalb wird überlegt, auch Mitfahrer auf den Rücksitzen, die sich nicht anschnallen, mit einem Bußgeld zu belegen. GRAFIK: GLOBUS

Einzugsermächtigung

Köln (WR) – Die Vereinbarung eines Einzugsermächtigungsverfahrens bedeutet in der Regel eine dekkende Stundung. Versicherungsschutz besteht auch in diesem Fall mit Aushändigung des Versicherungsscheins. Er entfällt rückwirkend, wenn nicht abgebucht werden kann (OLG Hamm; Az.: 20 U 1/83 rechtskräftig, vom 19. Oktober 1983).

Abiturienten im Beruf

Düsseldorf (KHS) – Immer mehr Abiturienten suchen eine Lehrstelle. Im vergangenen Jahr waren es schon mehr als 80 000. Zur Zeit befinden sich etwa 145 000 Abiturienten in einer Berufsausbildung, mehr als die Hälfte davon konzentriert sich auf zehn Berufsgänge; den stärksten Zulauf haben das Bankfach (21 300), der Industriekaufmann (14 000) und der Groß- und Einzelhandelskaufmann (7900).

Ring senkt Beiträge

Hamburg (WR) – Die Deutscher Ring Lebensversicherungs-AG, Hamburg, hat die Beiträge für Neuabschlüsse bei Kapital- und Risiko-Lebensversicherungen und Anpassungen von bestehenden Verträgen gesenkt. Die Beitragssenkung gilt für Versicherungssummen bis zu 50 000 Mark. Bei Kapitalversicherungen ermäßigen sich Beiträge um bis zu acht, bei Risikoversicherungen bis zu 15 Prozent.

50 Jahre Hallesche

Stuttgart (WR) – Die Hallesche-Nationale Krankenversicherung aG (HN), Stuttgart, besteht 50 Jahre. Sie nahm 1936 als Hallesche Krankenkasse VVag ihr Geschäft auf und fusionierte 1975 mit dem Nationalen Krankenversicherungsverein. Mit der Beitragseinnahme von über 400 Millionen Mark von 380 000 Versicherten nimmt die HN die elfte Position unter den privaten Krankenversicherungen ein. Die HN gilt für Beamte und Heilberufe als besonders innovativ.

D. A. S.: Jetzt Kfz-Tarife

München (WR) – Die D. A. S. Deutscher Automobil-Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München, bietet jetzt über ihre Tochtergesellschaft, die das Auto-Schutzbriefgeschäft betreibt, auch Kraftfahrt-Versicherungen an. Das Angebot umfaßt Kfz-Haftpflicht-, Voll- und Teilkasko- sowie Kraftfahrtunfall-Versicherung. Die D. A. S. übernimmt die Kraftfahrzeug-Tarife der Muttergesellschaft Victoria.

Kassen erhöhen Studentenbeiträge

AV, Bonn

Rund 1,4 Millionen Studenten müssen für ihre Krankenversicherung tiefer in die Tasche greifen: Ab dem Sommersemester kosten die Beiträge für die Studentische Krankenkasse 57,27 Mark monatlich, fast vier Prozent mehr als vorher. Privatversicherte bezahlen nach dem Studententarif unverändert 62 Mark. Jeder Student kann sich mit einem derartigen Tarif von der gesetzlichen Versicherungspflicht befreien lassen. Studenten, die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gefördert werden, erhalten auf Antrag vom Amt für Ausbildungsförderung einen Zuschuß zu ihrem Krankenversicherungsbeitrag von 38 Mark. Die Bescheinigung über einen privaten Versicherungsschutz wird vom privaten Versicherer ausgestellt. Die Befreiung kann vor oder innerhalb der ersten drei Monate des Semesters beantragt werden.

Die „Anzeige des Risikos" genügt

WR, Bonn

Wenn Haftpflichtversicherungen doppelt bestehen, was zum Beispiel oft in jungen Ehen oder eheähnlichen Gemeinschaften der Fall ist, dann sind die Zahlungen für den jüngeren Vertrag überflüssig. Auch für eine neue Situation oder ein neues Risiko, beispielsweise bei Anschaffung eines Hundes, ist nicht sofort ein neuer Vertrag nötig. Die „Anzeige des Risikos" bei der Privathaftpflicht genügt – ein neuer Vertrag kann später abgeschlossen werden. Die Privathaftpflichtversicherung hat auch eine Vorsorge-Wirkung. Der Bundesverband Deutscher Versicherungs-Kaufleute weist darauf hin, daß die Bestimmungen über den Wegfall des Risikos (Hund verstorben, Betrieb oder Kfz verkauft) bei den verschiedenen Haftpflichtversicherungen unterschiedliche Beendigungs- und Übergangsregelungen vorsehen.

UNFALLVERSICHERUNG / Feste gesetzliche Bedingungen müssen erfüllt sein

Selbsthilfe beim Eigenheim versichert

Wer ein Eigenheim selbst baut, steht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Auch für die Angehörigen und sogar für Freunde und Bekannte, die mithelfen, tritt die gesetzliche Unfallversicherung ein, wenn während der Bauarbeiten etwas passiert. Die gesetzliche Unfallversicherung wird vom Staat finanziert. Private Eigenvorsorge lohnt als Ergänzung dennoch.

Die gesetzliche Unfallversicherung bietet eine Schutzabsicherung. Was sie leistet, reicht jedoch besonders bei schweren Unfällen nicht aus. Auf den zusätzlichen Abschluß einer privaten Unfallversicherung sollte daher ein Bauherr nicht verzichten. Das Leistungsvolumen der privaten Unfallversicherung kann er mit dem Versicherer individuell aushandeln und festlegen. Das gilt für die Leistungen zugunsten des Bauherrn wie auch für helfende Angehörige, Freunde und Bekannte.

Übrigens müssen bei der gesetzlichen Unfallversicherung feste Bedingungen erfüllt sein:

Das Haus muß für den eigenen Bedarf gebaut werden und im Rahmen des öffentlich geförderten oder des steuerbegünstigten Wohnungsbaus entstehen. Von einer Selbsthilfe der am Bau beteiligten Personen wird schon dann gesprochen, wenn die Arbeitsleistung 1,5 Prozent der Gesamtkosten des Bauvorhabens ausmacht.

Folgende Personengruppen sind in den gesetzlichen Versicherungsschutz einbezogen:

- Angehörige des Bauherrn (Ehegatte, Kinder, Geschwister, Eltern, Nichten, Neffen) – unabhängig davon, ob sie zum Haushalt des Bauherrn gehören und ob sie später in das neue Haus mit einziehen sollen. Auch die Zahlung von Arbeitsentgelt an Angehörige schließt den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz nicht aus.
- Fremde Personen, die unentgeltlich mithelfen.
- Fremde Personen, die Arbeiten „auf Gegenseitigkeit" erbringen, was nicht unbedingt zur gleichen Zeit geschehen muß. Eine ernsthafte Absprache genügt.

Jeder Bauherr, der selbst mitwirkt, tut gut daran, sich rechtzeitig mit dem für ihn zuständigen gesetzlichen Unfallversicherer in Verbindung zu setzen. Das ist in größeren Städten die „Eigenunfallversicherung" der Stadt, in den anderen Orten jeweils der „Gemeinde-Unfallversicherungsverband" des Landes. (AV)

SPORTVERSICHERUNG / Wenn plötzlich die Karriere beendet ist . . .

Risikoschutz für Michael Groß & Co.

Was bisher ein Privileg der Fußballprofis war, ist ab sofort auch anderen Sportlern möglich: Sie können sich für den Fall versichern lassen, daß sie durch einen Unfall ihren Sport auf Dauer nicht mehr ausüben können. Die Sportausfall-Versicherung wurde von einer Agentur in Stein bei Nürnberg exklusiv für den deutschen Markt ins Leben gerufen.

„Die neue Versicherung ist eine Revolution. Nicht nur lizenzierte, sondern alle Sportler, die regelmäßig Einkünfte beziehen, können sich gegen die finanziellen Folgen eines plötzlichen Endes ihrer Laufbahn absichern", erklärt Reiner Taschner. Der Geschäftsführer der AAG-Assekuranz in Stein hat in Zusammenarbeit mit dem US-Versicherungskonzern CIGNA das neue „Produkt" ausgearbeitet, das bereits vom Bundesaufsichtsamt genehmigt wurde. Potentielle Klienten sind die Sportler, die über die erlaubten 700 Mark indirekt Einkünfte aus der Werbung haben.

Das Einkommen wie auch das ehrliche und berechtigte Interesse werden, so Taschner, laut alter Versicherungstradition auf „Treu und Glauben" geprüft. Die vereinbarte Versicherungssumme, die bei Sportunfähigkeit fällig wird, kann bei Abschluß durch die Außendienst-Mitarbeiter bis zu 200 000 Mark betragen.

Die Jahresprämie beträgt neun Promille – bei 200 000 Mark sind das 1800 Mark. Bei Sportlern über 28 Jahren und einer Versicherungssumme bis 1,5 Millionen Mark bestimmt die Agentur die Konditionen. So würde beispielsweise bei einem Betrag von einer Million Mark der Kunde 25 000 Mark (2,5 Prozent) pro Jahr an Beitrag zahlen müssen. Spitzensportler wie Michael Groß oder Boris Becker seien willkommene Kunden, so Taschner, denn da brauche man das Einkommen nicht zu prüfen.

Problematischer wäre es bei unbekannten Amateursportlern oder Newcomern, die plötzlich nach oben kommen und genauso schnell wieder verschwinden. „Wir handeln mit einem rohen Ei, aber trotz des großen Risikos bleiben bei uns die Türen offen."

Über die Hälfte der rund 350 Profis der Fußball-Bundesliga – so etwa Rudi Völler, Klaus Allofs oder Lothar Matthäus – und 70 Prozent der Nationalmannschaft sind seit 1983 Taschners Kunden und haben sich im Durchschnitt für 300 000 Mark gegen eine dauerhafte Spielunfähigkeit versichern lassen. GERD MÜNSTER

Altersvorsorge, Versicherungen, Bausparen und Investment.



Aktien weiter verunsichert

Schwacher Dollar drückt auf die Autowerte

DW. – Im Gegensatz zum Vortag zeigte der Aktienmarkt mehr Widerstandskraft. Steigende Kurse lockten jedoch nach wie vor zusätzliche Abgaben hervor, so daß eine nennenswerte Kurserholung nicht zustande kam. Der gesunkene Dollar führte bei den exportstarken Unternehmen zu neuen Einbußen. Dagegen konnten sich die Titel der Großchemie gut behaupten. In der gegenwärtigen Situation, in der vor allem die Käuferseite schwach geworden ist, erweisen sich Kapitalerhöhungen als eine spürbare Belastung.

Mit einem Kurs von unter 360 DM bei einem Emissionspreis von 330 DM für die jungen Aktien ist die Dresdner Bank immer noch nicht aus der Gefahrenzone, besonders wenn man bedenkt, daß im Kurs der Altaktien noch die Dividende für 1985 von vermutlich neun DM (plus Körperschaftssteuerguthaben) enthalten ist. Bei Mannesmann liegen zwischen dem aktuellen Börsenkurs und dem Emissionspreis noch knapp 40 DM. Von Tauschoperationen profitierten einige Einzelhandelsaktien, vor allem Horten und Hussel. Stabil auch AEG und vor allem PKI. Im Gegensatz zu den Autoaktien erweist sich nach wie vor Conti-Gummi als widerstandsfähig. Hier will man ständig gezielte Käufe beobachten. Von den Spezialitäten erfreuen sich besonders die Hypothekenbankaktien ständiger Aufmerksamkeit, eine Reaktion auf das beachtliche Volumenwachstum im vergangenen Jahr.

Frankfurt: Braun AG zogen um 10 DM und Dyckerhoff St. um 8 DM an. Schwach lagen Wella mit minus 40 DM. Conti-Gas büßten 22 DM und Kali Chemie 25 DM ein. Binding verloren 9 DM und Henninger 7,50 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr verbesserten sich um 7 DM und Dittmann um 100 DM. Hein. Lehmann stockten um 19 DM auf. Nino verloren 3 DM. Verseidag lagen um 2,50 DM leichter. Allianz Leben verminderten um 170 DM.

Hamburg: HEW schlossen um 2 DM und Phoenix Gummi um 1,50 DM fester. Bremer Vulkan wurden um 3 DM erhöht. Holsten Brauerei erholten sich um 3 DM und Beiersdorf um 4 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 10 DM höher taxiert. DeTeWe und DUB-Schultheiss lagen um je 5 DM, Engelhardt und Orenstein um je 2 DM fester. Rheinmetall Vz. verloren 25 DM und Springer 8 DM.

München: Agrob St. gaben um 1,50 DM und AKS um 5 DM nach. Deckel AG verloren 1,80 DM und Dywidag 11,70 DM. Verbessert haben sich Flachglas um 2,50 DM und Gehe AG um 2,70 DM. Wanderer gaben um 5 DM nach.

Stuttgart: Boss verbesserten sich um 75 DM. Zeag Zement waren um 13 DM ansteigend. Aesculap verbilligten sich um 11 DM. Kolbenschmidt kosteten 6,50 DM weniger. Daimler büßten 30 DM und Mercedes 16 DM ein.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 266,03 (268,22)
WELT-Umsatzindex: 4555 (5208)
Advance-decline-Zahl: 78 (57)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzbk., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali u. Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W., Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann, MAN, Mercedes-H., Metallges., Nixdorf, Porsche, Preussag, RWE St., RWE VA, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips**, Royal D.**, Unilever**

DM-Total in 1000 DM

Aktien-Umsätze

Inland

		26.2.	25.2.
H	Aach M Berl. 10	2300	2360
H	Aach. M. Vers. 7	1310	1500
D	Aach Rück. 9	2850bG	2900
D	Asoag *4	335T	340T
M	Ad-Gögg. 6	157bG	159bG
H	Adco 3	169,8	170,5
D	Adler 9	315G	315G
F	AEG 0	315,8	321
D	AEG KABEL 9	490G	480
S	Aesculap 9	481	492
F	AGAB 5	116	119

		26.2.	25.2.
F	Cobk.Genußsch.	117,2	117,25
D	Conc. Chem. 4,5+3	299G	299
B	Conc. Spinne *0	350G	350G
D	Contigas 7,5	380T	400T
D	Conti Gummi 3	208,5	208,7
D	Dahlb. St. 7,65	265	266,5
D	dgl. Vz. 14,55	415G	415G
S	Daimler 10,5	1135	1215
M	Deckel AG 0	230,2	232
D	Dt. Atl. Tel.10+1	700T	720bB
H	Doag 5	372	370
D	Dt. Babcock St. 3	203	208
D	dgl. Vz. 3,5	191	196

		26.2.	25.2.
H	Hb.Hochb. *4+0,64	93G	91
H	HEW 5	144	139,5
H	Hcl. Lüb. 9	540G	540
Hn	Hann. Papier 5,5	151,2	156,5
H	Harmstorf 0	83	83
D	Harpener 11	353,5	355
F	Hartm. & B.St. 4	1295	1270T
F	dgl. Vz. 4	1220	1200T
M	Hasen-Bräu 9	1055	1050G
S	Heidelb. Zem. 7	460bG	448bG
M	Heilit & W. 5	275G	275G
D	Hein. Lehm. *0	540	521
D	Heinr. Ind. *14+4	725G	730
H	Hemmoor 0	227G	221G
D	Henkel	381	380,5

		26.2.	25.2.
F	MAB 6,5	410	410B
F	dgl. Vz. 6,5	351T	369T
D	Mannesmann 4	239,5	246
F	Mannh. Vers. 8	900bG	930
H	Maria & K. 7	208	208G
F	MAN St. 7	190,2	195
F	dgl. Vz. 6	175	174,8
F	MAN-Rol. 20,7	584	580,5
S	M.Mül Weing. *0	325	330
D	Mauser 0	91	91
F	Mercedes 10,5	1030	1053
F	Metallges. 0	305	310
S	Mot. u. Lack 0	157bB	155bB
S	Müag 6,5	450G	450G
F	Moenus 0	107	115

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

	26.2.	25.2.
Motor Columbus	1070	1065
Nestlé Inh.	8550	8575
Oerlikon-Bührle	1570	1560
Sandoz NA	4525	4525
Sandoz Inh.	10800	11000
Sandoz Part.	1660	1680
Art. A. Saurer	217	219
Schw. Bankges.	4870	4840
Schw. Bankverein	547	545
Schw. Kredit. A. Inh.	3615	3600
Schw. Rückv. Inh.	15000	14800
Schw. Volksb. Inh.	2430	2420
Sika -B-	3600	3650
Gebr. Sulzer Part.	440	450
Swissair	1970	1980
dgl. NA	1600	1680
Winterthur Inh	5725	5775
Winterthur Part.	5060	5060
Zür. Vers. Inh.	6100	6250
Index: Schw. Kred.	486,00	487,70

	26.2.	25.2.
Canon	1010	1010
Daikin Kogyo	667	675
Daiwa Sec.	915	895
Daiwa House	960	944
Eisai	1430	1420
Fuji Bank	1560	1550
Fuji Photo	1850	1870
Hitachi	739	745
Honda	1040	1050
Ikegai Iron	398	407
Kansai El. P.	2070	2100
Kao Soap	1160	1180
Kirin Brewery	922	910
Komatsu	470	465
Kubota Iron	347	350
Matsushita El. Ind.	1200	1210
Matsushita El. Wks.	960	949
Mitsubishi El.	332	333
Mitsubishi H. I.	373	372
Nikko Sec.	722	716

	26.2.	25.2.
Inter City Gas Ltd.	14,875	14,75
Interprov. Pipeline	–	38,75
Kerr Addison	16,375	16,625
Lac Minerals	37,375	37,5
Massey Ferguson	2,85	2,85
Moore Corp.	31,375	31,25
Noranda Mines	15,75	15,75
Norcen Energy Res.	13,5	13,375
Northgate Expl.	4,45	4,6
Northern Telecom	39,725	39,125
Nova An Alberta 'A'	6,125	6,125
Nu West Group	–	0,35
Oakwood Petrol	5,75	5,625
Placer Development	22,625	22,875
Provigo Inc.	–	18,5
Ranger Oil	4,1	4,05
Revenue Properties	–	7
Rio Algom	24,75	25
Royal Bk. of Can.	28,5	28,5
Seagram	71	70,75

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte. 172,64 (173,11). Elektrowerte. 326,63 (327,61); Autowerte 688,51 (699,66). Maschinenbau. 161,75 (165,05); Versorgungsaktien. 167,57 (169,31); Banken 359,58 (362,67); Warenhäuser 150,22 (147,28); Bauwirtschaft: 413,03 (411,46); Konsumgüterindustrie: 155,21 (155,22). Versicherung 1348,02 (1358,79). Stahlpapiere: 159,66 (173,28)

Kursgewinner (Frankfurt):

Veith-Pirelli	525,00	+35,00	+7,1%
Horten	243,00	+13,00	+5,6%
Andreae-N.Z.	210,00	+10,00	+5,0%
Engelhardt	250,00	+10,00	+4,5%
DUB	317,00	+13,00	+4,2%
Dyckerhoff St	206,00	+8,00	+4,0%
Dyckerhoff Vz.	208,00	+8,00	+4,0%
Hussel	480,00	+17,00	+3,6%
Orenst. u. Koppel	343,00	+12,00	+3,6%
HEW	145,00	+5,00	+3,5%

Kursverlierer (Frankfurt):

Papier Weiss	105,00	-12,00	-10,2%
Salwaiff	41,00	-4,00	-8,8%
Gerling NA kl	550,00	-50,00	-8,5%
Georg	120,00	-10,00	-7,6%
Moenus	107,00	-6,00	-6,9%
Contigas	365,00	-22,00	-5,7%
Wella Vz.	705,00	-40,00	-5,3%
Herlitz St.	150,50	-8,00	-5,0%
Henninger Bräu	144,30	-7,50	-4,9%
Kali Chemie	497,00	-25,00	94,8%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 780,00 T, Kötitzer 1900,00 B, VAB 2900,00 T
Düsseldorf: BASF 293,00, Bayer 297,00, BHF 470,00 T, Contigas 371,00 T, Contigummi 195,00 G, Nixdorf 537,00, Rütgers 420,00, Salamander 296,00 bG, Schering 506,00, VEW 160,00
Frankfurt: Adt 49,00, Allweiler St. 280,00 G, Allweiler Vz. 203,00, BASF 290,00, Bayer 297,20, BHF 460,00 T, Contigas 348,00, Contigummi 205,00, Dresdner Bk. 350,00 G, IWK 302,50, KSB 180,00 T, KSB Vz. 167,00 T, Linde 586,00, Magdeburger Feuer 650,00 B, Magdeburger Feuer NA 1100,00 G, Mainkraft 505,00, Metallges. 295,00, Moto Meter 235,00 G, Nixdorf 538,00, Pfaff 213,00, Rütgers 412,00, Salamander 300,00, Schering 505,00, VEW 157,20, Wella 700,00, Ymos Vz. 177,50
Hamburg: Doag 355,00 B, Schering 518,00
München: BASF 291,00 bG, Bayer 296,00 bG, Bay. Hypo 450,00, BHF 450,00 T, Br. Wolk 220,00 G, Contigas 370,00 TB, IWK 300,00, Linde 580,00 bG, Metallges. 300,00 bG, Nixdorf 539,50, Rütgers 425,00 TB, Salamander 295 TB, Schering 510,00, Stumpf 117,10 G, VAB 2770,00 TB, VEW 157,00, Wanderer 530,00 T

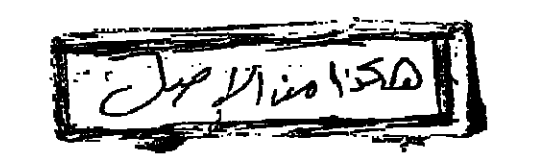
Devisenmärkte

Zunächst sah es bei ruhigem Marktgeschehen am 26. 2. nach einer Atempause im Abwärtrend des US-Dollar aus bei Kursen zwischen 2,2525 und 2,26. Der amtliche Mittelkurs stellte sich auf 2,2438 nach 2,255 am Vortag. Mit einem Tagesgewinn von 11 Pfennig auf 88,545 reagierte der Holländische Gulden auf die Interventionen der Nederlandschen Nationalbank. Das Englische Pfund konnte nicht an die stabile Haltung der Vortage anschließen und verlor 2,4 Pfennig auf 3,335. Die mit 118,75 um 81 Pfennig schwächere amtliche Notiz des Schweizer Franken ist Ausdruck des besonders ausgeprägten Dollarkurs-Rückganges gegenüber der DM. Das gleiche gilt für den Japanischen Yen, der um 7,2 Promille auf 1,2375 nachgab. Neue historische Tiefstkurse verzeichneten die Schwedische Krone, die Spanische Pesete und der Portugiesische Escudo. US-Dollar in: Amsterdam 2,536; Brüssel 45,98; Paris 6,9025; Mailand 1527,00; Wien 15,809, Zürich 1,8895; Ir. Pfund/DM 3,025; Pfund/Dollar 1,4865; Pfund/DM 3,335.

Devisen und Sorten

26.2.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,2398	2,2478	2,2368	2,20	2,30
London[2]	3,328	3,342	3,288	3,28	3,43
Dublin[2]	3,018	3,032	2,939	2,94	3,09
Montreal[1]	1,655	1,6135	1,5871	1,57	1,67
Amsterd.	88,455	88,655	88,16	87,75	89,50
Zürich	118,65	118,85	118,72	117,25	120,00
Brüssel	4,874	4,894	4,819	4,75	4,95
Paris	32,455	32,615	31,76	31,75	33,50
Kopenh.	27,045	27,165	26,87	26,25	28,00
Oslo	31,97	32,09	31,31	31,00	32,75
Stockh.**	31,185	31,345	30,735	30,25	32,00
Mailand[3]**	1,4655	1,4735	1,4205	1,41	1,51
Wien	14,215	14,255	14,157	14,12	14,34
Madrid**	1,577	1,587	1,551	1,55	1,67
Lissabon**	1,502	1,522	1,425	1,10	1,90
Tokio	1,2345	1,2375	–	1,20	1,26
Helsinki	44,06	44,26	43,57	43,00	45,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,583	1,637	–	0,90	1,70
Frankf	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,5785	1,5975	–	1,56	1,66
Johannbg.*	1,113	1,147	–	0,99	1,31
Hongkong*	28,66	28,94	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.



Renten etwas leichter

Bei den öffentlichen Anleihen kam es nach den überraschend deutlichen Kursgewinnen während der Vortage nun zu einer Konsolidierung. Es kam zu Rückschlägen um bis zu 0,30 Prozentpunkte im öffentlichen Bereich. Damit hat sich die Umlaufrendite, die am Dienstag auf genau 6 Prozent gefallen war, wieder etwas erhöht. Eine weitere Zinssenkung sei nach Ansicht vieler Rentenmarktexperten nur dann zu erwarten, wenn die Bundesbank die Liquiditätszügel etwas lockerer läßt. Bei den Pfandbriefen ebenfalls leicht nachgebende Notierungen.

Warenpreise – Termine

Leichter schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Silber verzeichnete Einbußen. Etwas schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Durchweg niedriger notierten Kakao und Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	25.2.	24.2.
März	333,25	335,00
Mai	278,50	277,50
Juli	252,50	254,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	269,70	270,05
Am. Durum	266,64	266,99

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

März	107,50	107,60
Mai	111,60	111,30
Juli	113,70	113,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)

März	94,10	93,80
Mai	95,30	95,10
Juli	94,50	99,50

HAFER Chicago (c/bush)

März	124,50	125,50
Mai	120,75	121,50
Juli	119,00	119,00

MAIS Chicago (c/bush)

März	236,75	239,50
Mai	234,25	236,50
Juli	231,50	232,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

März	100,10	99,90
Mai	102,50	102,30
Juli	104,00	104,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	25.2.	24.2.
März	250,00	254,00
Mai	251,00	256,00
Juli	254,00	254,20

KAKAO New York ($/t)

	25.2.	24.2.
März	2060	2080
Mai	2111	2129
Juli	2147	2163
Umsatz	2210	2125

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 März	5,89	5,82
Mai	6,19	6,10
Juli	6,46	6,35
Sept.	6,56	6,48
Okt.	6,72	6,62
Umsatz	13271	10698

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	5,76	5,63

KAFFEE London (£/t) Robusta

	25.2.	24.2.
März	2550-2570	2594-2595
Mai	2606-2609	2650-2660
Juli	2675-2680	2700-2715
Umsatz	9389	7192

KAKAO London (£/t)

März	1571-1572	1594-1595
Mai	1577-1578	1601-1602
Juli	1606-1607	1632-1633
Umsatz	4995	2071

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	25.2.	24.2.
März	154,00-155,00	152,00-153,40
Mai	162,00-162,20	159,80-160,00
Aug.	168,00-169,00	166,40-166,60
Umsatz	1468	863

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

schw.	26.2.	25.2.
Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw.	1365,00	1365,00
weiß.Munt.	1375,00	1375,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	25.2.	24.2.
März	83,60	83,80
Mai	83,80	84,00
Juli	84,25	84,25
Sept.	84,75	84,05
Nov.	83,75	84,70
Umsatz -1000	600	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

25.2.	24.2.
21,00	21,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

18,75	19,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

März	17,56	18,95
Mai	17,96	18,33
Juli	18,30	18,68
Aug.	18,42	18,83
Sept.	18,42	18,84
Okt.	18,45	18,85
Dez.	18,78	19,22

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.

16,00	16,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	15,25	15,25
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)

top white	13,00	13,25
fancy	17,50	12,75
bleichf.	12,25	12,50
yellow max. 10% fr.F	11,50	11,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

April	40,00	39,30
Juni	44,00	43,10
Juli	44,55	43,70

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

März	57,95	57,40
Mai	59,45	58,80
Juli	60,02	99,50

HÄUTE Chicago (c/lb)

	25.2.	24.2.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	46,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

März	521,25	523,50
Mai	525,00	526,50
Juli	531,00	532,00
Aug.	529,50	532,00
Sept.	513,50	517,00
Nov.	508,25	511,25
Jan.	518,25	522,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

März	154,10	153,30
Mai	155,20	154,30
Juli	156,00	155,50
Aug.	156,00	156,00
Sept.	152,30	152,00
Okt.	148,50	157,80
Dez.	149,50	149,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	25.2.	24.2.
März	294,00	298,60
Mai	301,30	305,00
Juli	308,30	311,30

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

26.2.	24.2.
14,00	14,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk.	26.2.	25.2.
cif	520,00	550,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

465,00	455,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	250,00	257,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

90,00	98,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	300,00	325,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	230,50	240,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	25.2.	24.2.
März	62,85	62,10
Mai	63,60	63,20
Juli	64,02	63,60
Okt.	44,35	44,75
Dez.	44,45	44,80
März	45,45	45,85

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS–1

43,75	44,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	26.2.	25.2.
März	505-509	505-510
Aug.	530-532	531-532
Okt.	531-533	–
Umsatz	80	82

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	26.2.	25.2.
März	40,50	40,50
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	26.2.	25.2.
März	595,00-600,00	595,00-598,00
Mai	–	605,00-610,00
Juli	–	610,00-615,00
Umsatz	0	7

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	26.2.	25.2.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	26.2.	25.2.
März	12075	12065
April	12099	12100

KAUTSCHUK London (p/kg)

	25.2.	24.2.
RSS 1 März	62,00-63,00	65,25-64,25
RSS 1 April	62,50-63,50	63,75-64,75
RSS 2 März	61,00-62,00	61,50-63,50
RSS 3 April	59,75-60,75	61,50-62,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	26.2.	25.2.
März	203,00-205,00	200,50-202,50
April	206,00-208,00	203,50-205,50
Nr. 2 März	197,50-198,50	196,00-197,00
Nr. 3 März	195,00-196,00	193,50-194,50
Nr 4 März	190,00-191,00	188,50-189,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	26.2.	25.2.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	26.2.	25.2.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	255,66-256,00	255,65-255,98
dritt. M.	264,69-264,95	265,24-265,41
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	81,88-82,21	84,82-85,16
dritt. M.	85,56-85,89	88,19-88,36
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	912,37-915,71	945,85-949,21
dritt. M.	929,08-932,42	966,72-967,75
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	133,68-137,02	132,96-136,32
Prod.-Pr.	150,60	151,35
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

26.2.	25.2.
21,44	21,10

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der DM-Zinsen führte am 26.2. zu einer Verringerung der Dollar-Termin-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,61-0,51	1,95-1,83	3,73-3,53
Pfund/Dollar	0,52-0,50	1,56-1,53	2,70-2,65
Pfund/DM	2,60-1,20	6,90-5,50	12,3-10,9
FF/DM	26-10	84-68	140-124

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26.2.: Tagesgeld 4,75-5,00 Prozent; Monatsgeld 4,20-4,30 Prozent; Dreimonatsgeld 4,40-4,50 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26.2.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 26.2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26.2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7¾-8	4½-4¾	4¼-4⅝
3 Monate	7¾-8	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛
6 Monate	7¾-8	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛
12 Monate	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 26.2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26.2. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1170,00	1516,20
5 US-Dollar (Indian)**	750,00	959,00
5 US-Dollar (Liberty)	420,00	556,40
1 £ Sovereign alt	195,25	241,97
1 £ Sovereign Elizabeth II.	180,50	228,57
20 belgische Franken	151,50	201,21
10 Rubel Tscherwonez	192,50	246,81
2 südafrikanische Rand	172,50	218,51
Krüger Rand, neu	770,50	918,27
Maple Leaf	788,50	938,79
Platin Noble Man	936,00	1106,94
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	222,75	282,44
20 schweiz. Franken „Vreneli"	169,50	221,73
20 franz. Franken „Napoléon"	164,25	215,75
100 österr. Kronen (Neuprägung)	729,00	894,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	146,50	189,81
10 österr. Kronen (Neuprägung)	75,75	103,46
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	343,25	425,51
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	79,25	113,15

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,77. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,00, Kurs 100,10, Rendite 5,98

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 26.2.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	54,537	6,70
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	104,802	6,70

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

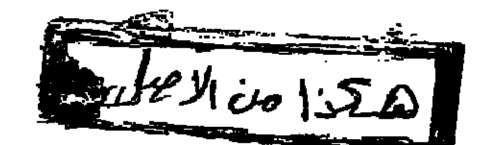
Euro-Yen

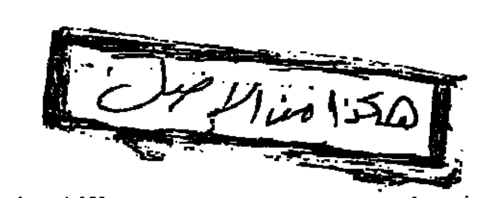
Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert





SIEMENS

Büroelektronik von Siemens – offen für alle.

Büroelektronik von Siemens – offen für den Wunsch der Anwender, Büroelektronik zu handhaben wie klassische Bürogeräte.

Büroelektronik von Siemens – offen für alle Fortschritte, die uns Büroservices bringen.

Büroelektronik von Siemens – offen für alle Hersteller, die auf internationale Normen setzen.

Die Siemens-Schwerpunktschau in Halle 1 CeBIT zeigt, in welche Richtung sich die Büroautomatisierung entwickelt. Sie demonstriert, was heute schon im Büro möglich ist – und was Sie davon haben. Sie informiert über die Bedeutung internationaler Standards für die offene Kommunikation.

Informieren Sie sich bei Siemens.
Halle 1, Stand 5e2/5f4

CeBIT '86

Hannover 12. 3.–19. 3. 1986

Claus Jacobi über die Bevölkerungsexplosion

Heuschrecken-Menschen

In El Salvador kamen 1985 auf 42 000 Todesfälle 208 000 Geburten. Das Land, das 1950 nur 1,9 Millionen Einwohner hatte, wird in 40 Jahren von 15 Millionen Menschen bewohnt werden. In einem der ärmsten Länder der Welt, in Bangladesch, tötete Pfingsten 1985 eine fast sieben Meter hohe Flutwelle 25 000 Menschen. Eine schreckliche Katastrophe. Aber um genau so viele Seelen nimmt dieses hungrige Volk alle 80 Stunden zu. Der Geburtenüberschuß von nicht einmal vier Tagen genügt, um die Verluste aufzufüllen.

Diese Beispiele zeigen schon folgendes: In den letzten Jahren sind zwar zahlreiche Bücher zum Thema Übervölkerung des „Raumschiffs Erde" erschienen. Aber keines ist so überwältigend und schlafraubend, dabei so knapp und prägnant und überdies stilistisch so brillant geschrieben wie das Neueste von Claus Jacobi, dem Chefredakteur der „Welt am Sonntag".

Buch des Tages

Nur: Was geht uns in Deutschland, einer Region mit stark schrumpfender Einwohnerzahl, die Bevölkerungsexplosion in fremden Kontinenten an? Weitaus mehr, als gegenwärtig alle Diskussionsredner über Entwicklungs- und Welthungerhilfe wahrhaben wollen! Jacobi vergleicht diese vom Intellekt verschuldete Naturkatastrophe der Menschen-Sintflut mit den Massenvernichtungszügen der Wüstenheuschrecken:

Jahrelang führen sie in der Sahara ein karges Einsiedlerleben. Plötzlich setzt eine Bevölkerungsexplosion ein. Milliardengeschwader verlassen ihre Heimat, fressen alles Grüne, das sie treffen, ratzekahl und verwandeln fruchtbare Zonen in Wüste, bis sie eines Tages in einem gigantischen Massensterben in der selbstgezeugten Wüste alle elend umkommen.

Je weniger Esser infolge des starken Geburtenrückganges in Europa künftig leben, desto „grüner", um im Bilde zu bleiben, wird unser Land hungernden „Heuschreckenschwärmen" anderer Kontinente erscheinen.

Eine Neuauflage der „Gelben Gefahr"? Nichts weniger als das! Jacobis Buch ist extrem antivölkisch. Ihm geht es darum, erst einmal die Problematik in ihren Ursachen und möglichen katastrophalen Folgen in vollem Umfang zu erkennen, um in Zusammenarbeit mit den Völkern der Welt Lösungen zu erarbeiten.

Wie schwierig das ist, zeigt das Beispiel China. Es ist Hoffnung und Schrecken zugleich: „Der Staat", so Jacobi, „sterilisierte 46 Millionen Menschen. Der Staat gibt kostenlos Verhütungsmittel aus. Der Staat überprüft, ob sie genutzt werden. Der Staat fördert späte Eheschließungen. Kinderreiche Familien werden schikaniert. Kinderarme Familien werden prämiert."

„Das Ziel der Regierung ist die Ein-Kind-Familie. Eine Folge: Da in China traditionell ein Sohn für wertvoller angesehen wird als eine Tochter, töten nun Eltern neugeborene Mädchen. Auch der Staat übte Gewalt. In den letzten fünf Jahren wurden im Zuge der chinesischen Familienplanung angeblich über 50 Millionen Abtreibungen vorgenommen ... zum Teil noch augenscheinlich kurz vor der Geburt und nach Schätzungen ... in neun von zehn Fällen gegen den Willen der Mutter."

87 weitere Länder betreiben seit einem UNO-Beschluß im Jahre 1974 Familienplanung in der einen oder anderen Form. Das Ergebnis: Die Zuwachsrate der Menschheit sank von 2,0 auf 1,7 Prozent (vor allem auf Grund der Maßnahmen Chinas). Das heißt, 1985 vermehrten wir uns immer noch um 77 Millionen Menschen.

Die bisherigen Methoden zum Eindämmen der Menschenflut sind also entweder zu grausam oder nicht ausreichend. Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß eine Geburtenbeschränkung bei Homo nur sapiens in die Wege geleitet werden kann.

Es sollte Priorität aller Regierungen und Forscher sein, bessere Wege zu erarbeiten. Und es muß sofort geschehen, denn, so Claus Jacobi: „Uns bleiben 100 Jahre." Danach wird die Bevölkerungsexplosion der Menschheit ähnlich verheerende Wirkungen zeitigen wie 1000 Wasserstoffbomben.

VITUS B.DRÖSCHER

Claus Jacobi: „Uns bleiben 100 Jahre – Ursachen und Auswirkungen der Bevölkerungsexplosion", Ullstein Verlag, Berlin, 1986, 156 Seiten, 28 Mark.



Wie ein Sämann streut Miriam Cahn schwarzen Kreidestaub aufs Papier, um dann mit den Fingern ins Dunkle zu malen: „Mit den Kindern und Tieren L. i. S." („Lesen in Staub") nennt sie diese Arbeit. FOTO: MORELL FOTO

„Strategische Orte": Kunstmuseum Bonn zeigt Zeichnungen von Miriam Cahn

Apokalypsen in schwarzer Kreide

Miriam Cahn, in Basel und Berlin lebende Schweizerin Jahrgang 1949, erhielt den Internationalen Förderpreis für bildende Kunst des Landes Baden-Württemberg für das Jahr 1984. Dies war der Anlaß zu einer Ausstellung in der Kunsthalle Baden-Baden, die nun im Bonner Kunstmuseum zu sehen ist. Ihr Titel: „Strategische Orte".

Zwei Ende 1984 simultan entstandene Skizzenbücher, die für den Betrachter zum Blättern ausliegen, bildeten die Grundlage für das Ausstellungskonzept, sie eröffnen ihm die Themen. Auf 74 Seiten präsentiert das eine die Metamorphosen eines Atompilzes, dessen zarte, berauschende Farben seine grauenvolle Wirkung eher verschleiern. Das andere, ebenso umfangreiche Buch zeigt Szenen aus dem Leben „mit den Kindern und den Tieren".

Hier, wie auch in allen anderen Zeichnungen, arbeitet Miriam Cahn mit dem stumpfen Schwarz von Kreidestaub. Bedrohung, Zerstörung und Ohnmacht, das also sind die Themen, die in Serien auf zum Teil riesigen Papierbögen entfaltet werden. Rahmenlos, ungeschützt und unfixiert bedecken sie die Wände.

Miriam Cahn ist gelernte Graphikerin, die Zeichnung ihr Metier. Dennoch sind ihre Arbeiten im Wesentlichen malerisch und nicht linear, sie sind keine Abbildung, sondern unmittelbarer, spontaner Selbstausdruck. Dies hängt mit ihrer spezifischen Technik und Arbeitsweise zusammen. L. i. S. – Lesen in Staub – so sind viele ihrer Blätter bezeichnet. Wie ein Sämann streut Miriam Cahn die zu Staub geriebene schwarze Kreide aufs Papier, um dann mit den Fingern und Kreide auf dem Boden herumrutschend ins Dunkel zu malen. Mit sicherer und schneller Hand, mit schwungvollen, kreisenden Bewegungen entstehen so jene eigentümlichen Zeichnungen, die erst beim Abschütteln des losen Staubes sichtbar werden.

Fingerkuppen, Handschalen und Fußspuren zusammen mit archaisierenden Zeichen in der Tradition eines Klee, Soutter oder Penck lassen ein Bild entstehen, das der Aktions- und Performancekunst sehr viel näher steht als der traditionellen Kohle- und Kreidezeichnung. Drei gewaltige Landschaften, Höhepunkte der Ausstellung, sind Leihgaben des Basler Museums für Zeitgenössische Kunst. Es sind Hügel-, Städte- und Küstenlandschaften, die mit ihrem hoch angesetzten Horizont sozusagen in Untersicht gezeigt werden. Schwer behangene Himmel und ein spärliches Licht betonen ihre Dramatik.

Reine Landschaften sind neu im Werk der Miriam Cahn. Eine alptraumhafte Raumlosigkeit beherrscht ihre Figurenbilder mit den vielfach vermummten Gesichtern und den dunklen Augenhöhlen. Dennoch, eine Schreckensvision vermittelt sie nicht, eher eine Art heiterer Trauer wie die der Clowns und Pierrots. Strategische Orte sind begehrte, gefährdete Orte. Für Miriam Cahn sind sie der Mensch, die Tiere, Landschaften. Wie in der Wirklichkeit ist auch in ihren Bildern die Bedrohung permanent und wird dennoch verdrängt.

MARIANA HANSTEIN

Städtisches Kunstmuseum Bonn bis 16. 3., Katalog 12 Mark. Zusätzlich ist eine Edition der eigenen Cahn-Bestände des Museums in 800 Exemplaren erschienen. Preis 30 Mark.

Novelle der Bundesregierung zur Filmförderung

Videothek soll zahlen

Die Bundesregierung hat in der gestrigen Kabinettssitzung in Bonn die Novelle zum Filmförderungsgesetz verabschiedet. Die sogenannte *wirtschaftliche* Filmförderung (im Gegensatz zur Filmförderung durch das Bonner Innenministerium), bei der das Bonner Wirtschaftsministerium die Federführung hat und zu der außer dem Bund auch andere Instanzen, vor allem die Filmtheater selbst, Mittel beitragen, soll mit dem neuen, von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vorgelegten Entwurf über 1986 hinaus fortgesetzt werden können (das jetzige Filmförderungsgesetz läuft Ende des Jahres aus).

Die Novelle sieht eine wesentliche Strukturverbesserung, sprich: Umschichtung, und auch einen finanzielle Aufstockung der finanziellen Mittel vor, mit dem erklärten Ziel, die Leistungskraft der deutschen Filmwirtschaft zu erhöhen und die Qualität deutscher Filme verbessern zu helfen.

Nach dem neuen Gesetz soll künftig grundsätzlich *jeder*, der vom Film profitiert, einen Beitrag für die Filmwirtschaft leisten. Deshalb müssen auch Videotheken nach Inkrafttreten des Gesetzes durchschnittlich 2,25 Prozent ihres Umsatzes aus der Vermietung oder dem Verkauf von Videokassetten als Filmabgabe abführen. Die Bundesregierung erwartet davon einen zusätzlichen Betrag von sechs bis acht Millionen Mark.

Andererseits sollen die Kinos, die bisher über den obligatorischen „Förderpfennig" die Hauptlast der wirtschaftlichen Filmförderung trugen und deren wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch die Konkurrenz der Videos, immer schwieriger geworden ist, spürbar entlastet werden. Ihre Abgabe wird um 0,75 Prozent auf durchschnittlich 2,75 Prozent der Einnahmen aus dem Kartenverkauf gesenkt.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen soll seinen Beitrag für den deutschen Film spürbar erhöhen. Der Anteil der Fernsehanstalten ist in einem besonderen „Film- und Fernsehabkommen" zwischen dem Bund und den Anstalten extra geregelt. Darüberhinaus treten die Anstalten selbst immer öfter als eigene Filmproduzenten oder Co-Produzenten auf.

Die Bundesregierung rechnet in den kommenden Jahren mit etwa 30 Millionen Mark jährlich an Filmförderungsmitteln, die von der Filmförderungsanstalt in Berlin vergeben werden. Hinzu kommen die von der Novellierung nicht erfaßten etwa zwölf Millionen Mark, die vom Bundesinnenministerium vergeben werden, sowie die beträchtlichen Fördermittel, die von den einzelnen Ländern zur Verfügung gestellt werden. Besonders gefördert werden künftig der Absatz deutscher Filme im Ausland und die Produktion von Kinder- und Jugendfilmen.

Neu geregelt wird in der Novelle auch der Zeitabstand zwischen der Aufführung der geförderten Filme in den Kinos und der weiteren Verwertung durch Video und Fernsehen. Das Kino wird demnach einen Vorlauf von sechs Monaten vor der Videonutzung haben; das Fernsehen soll die betreffenden Filme jeweils erst fünf Jahre nach der Kinopremiere ausstrahlen dürfen. Das neue Filmförderungsgesetz hat eine Laufzeit von sechs Jahren. ANDREAS WILD

KULTURNOTIZEN

Der Dirigent Rafael Kubelik (71 Jahre alt) hat aus Gesundheitsgründen alle Termine für die laufende Saison abgesagt.

Eine italienisch-französische Buchagentur zur Förderung von Übersetzungen und Gemeinschaftseditionen soll demnächst gegründet werden.

Der Sigi Sommer-Literaturpreis (gestiftet vom Verlag R. S. Schulz und dotiert mit 10 000 Mark) geht in diesem Jahr an Hans Hellmut Kirst („08/15"). Der Schriftsteller Sigi Sommer bestimmt jeweils allein den Preisträger.

Operntenor Luciano Pavarotti gibt am 26. Juli in der Münchner Olympiahalle ein Konzert vor bis zu 12 000 Zuhörern. Pavarotti wird sein rund zweistündiges Programm (Werke von Verdi, Rossini, Donizetti u. a.) auf einem rundum einsehbaren Podium in der Halle darbieten.

Heinz Braun, der durch Hauptrollen in den Filmen von Herbert Achternbusch, aber auch als Maler bekannt geworden war, ist in München im Alter von 48 Jahren gestorben.

Georg Stephan Trollers Trilogie über Juden im Exil

Das Elend selbst erlebt

Es ist nicht wahr, daß die europäischen Fernsehmacher nicht imstande sind, gültige Darstellungen aus unserer unbequemen Zeitgeschichte zu produzieren und auszusenden. Es ist auch nicht wahr, daß den Schrecklichkeiten unseres schreckensreichen Jahrhunderts nur auf dem Wege über die triviale Seifenoper beizukommen wäre. Wahr ist hingegen, daß immer wieder das Thema aufgegriffen wird, das oft auch in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Filme entstehen, die erregen und ergreifen, die vor allem eins beweisen: Es ist noch nicht alles gesagt, was zu sagen und zu zeigen ist. Und die vielleicht noch ein zweites aufdecken: Die schlimmen Themen unserer Zeit sind nur über die ästhetische Verarbeitung ernsthaft und nachhaltig erreichbar.



„Es ist noch nicht alles gesagt": Szene aus „Wohin und zurück" FOTO: TELEBUNK

Wohin und zurück – ZDF, 22.50 Uhr

In diesem Sinne haben sich Georg Stefan Troller und sein Freund Axel Corti zusammengetan, um aus den authentisch-dichterischen Aufzeichnungen des ehemaligen Flüchtlings aus dem braunen Wien einen Film zu drehen, der die Zeitgeschichte dingfest macht. Troller, der Journalist, war als Halbwüchsiger dazu gezwungen, Wien zu verlassen. Er kam nach New York und erlebte dort als Jude unter Juden das Elend der Emigration, vor allem aber das doppelte Elend, wie Buch und Film zeigen: das der vordergründigen Not mit dem Essen und Wohnen und das des tieferen menschlichen Elends, der Selbstentwürdigung, der Flucht in den illusionären Selbstbetrug.

Troller beschreibt sich selber, er tut es, indem er den gemeinen Alltag in all seinen Belanglosigkeiten ablaufen läßt, indem er gewissermaßen die hehre Freiheitsstatue am New Yorker Hafen aufbröselt in die vorbeihuschenden Figuren einer fremden Welt und in die ephemeren Gestalten der jüdischen Exilanten, dieser aus ihrem eigentlichen Leben vertriebenen Menschen, die sich gewaltsam neu zu stilisieren vesuchen, da sie ihre eigentliche innere Existenz mit der Sprache verloren hatten. „Ich hab' die Worte verloren", sagt ein alter Poet. Und darin liegt mehr als nur eine Tragödie der Kommunikation, es ist eigentlich schon der erschütternde Verlust seiner selbst, ein Verlust, der aus der Hand nicht zu bezeichnen ist, geschweige denn zu beziffern.

Man muß Troller ausgesprochen dankbar sein, daß er mit der Eindringlichkeit eines fast auch schon geschädigten Betroffenen diesen Aspekt zeigt, vorführt, erfahrbar macht, oder erfahrbar zu machen versucht. Er freilich hat sich des Verlustes der Worte erwehren können, ihm half die merkwürdige Abart der Heimatsehnsucht: „Ich muß es wissen", sagt er, „ich muß es wissen, ob Europa nur eine Sentimentalität ist." Troller allein, sein Ersinner und sein Modell, könnte es wissen. Er sagt es mit dieser großen Trilogie.

Weiß Gott, wie schwer es dem Regisseur Corti gefallen sein muß, aus dieser Epopöe drei große Filme zu machen. Gewiß, er hatte den erfahrenen Journalisten Troller als Autor an seiner Seite (Autor im doppelten Sinne, wohlgemerkt), er hatte eine Crew von großartigen Darstellern auf der Lohnliste verzeichnen können, er hatte drei Fernsehsysteme hinter sich, das österreichische ORF, das schweizerische SRG und das deutsche ZDF. Das gab sicherlich Ellenbogenfreiheit am Kassenschalter.

Mit der Troller-Trilogie sind drei Filme entstanden, die vergessen lassen, daß es sich hierbei um Kunstprodukte handelt, so kunstvoll sind sie. Die den Zuschauer aber auch vergessen lassen, wie streng dokumentarisch sie eigentlich daherkommen, so selbstverständlich sind die Schwarzweiß-Szenen dieser dramatischen Hervorbringung.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Schwarzwaldklinik, ehrlich

Und das Gewissen rührt sich doch. Kaum anders mag man es verstehen, wenn das ZDF „der erfolgreichen Serie aller Zeiten" am Dienstagabend eine Reportage folgen ließ, die sich solide bemühte, all das wieder ins nüchterne Bild zu rücken, was die Unterhaltungsmacher ganz ungeniert zu Klischees verzerrt haben.

Eine Klinik im Schwarzwald (ZDF) besuchten Manfred Teubner und Klaus Wiegmann, die das unromantische Geschäft der Heilkunst in einem modernen Medizinbetrieb unter die Lupe nahmen. Während sich im Glottertal Professor Brinkmann melodramatisch ans malträtierte Chirurgenherz faßt, nimmt im Kreiskrankenhaus Nagold der Klinikalltag einen weit weniger spektakulären Verlauf.

Kaum einer der Patienten träumt hier davon, wie schön es ist, krank zu sein. Die Bedingungen, unter denen Ärzte und Pflegepersonal arbeiten, lassen keinen Platz für Gefühlsduselei. Und ein junger Assistenzarzt spricht aus, was man nicht müde wird, der Spielserie vorzuwerfen: Nicht alle Fälle gehen glücklich aus, es werden auch Fehler gemacht. Bei dieser Feststellung blieb es allerdings. Denn die Autoren ließen sich kaum Zeit, derlei Fragen zu vertiefen.

Eine Woche filmischer Beobachtung in Nagold, da mußte alles rasch gestreift werden, was sich rund ums Krankenhaus an Problemen entfalten kann – vom Schichtdienst bis zur Sterbehilfe. Weniger wäre mehr gewesen. Auch die zum Schluß in einer Art Medley wiederholten Statements ließen zwar den didaktischen Anspruch erkennen, machten die Sache aber nicht intensiver. Wie sollten sie auch: Das Märchen von den Halbgöttern in Weiß und den turtelnden Schwestern verträgt im ZDF wohl doch nur eine behutsame Entzauberung. WOLFGANG WISCHMEIER

STUDIO

Mit einem **neuen Sendeplan** soll vom 2. März an der Empfang der 33 Fremdsprachenprogramme des Auslandsrundfunks der Bundesrepublik verbessert werden. Die für Europa bestimmten Sendungen, außer der griechischen, werden der Ortszeit in den Zielgebieten angepaßt, die Sendezeiten aller Fremdsprachen-Programme so gelegt, daß die Hörer zur jeweils günstigsten Zeit die Deutsche Welle in ihrer Sprache hören können. Außerdem werden vom 2. März an die Programme der Deutschen Welle für Rumänien und Jugoslawien nur noch über Kurzwelle ausgestrahlt. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß die Sendungen auf der Mittelwellenfrequenz des Deutschlandfunks nicht in genügender Qualität zu empfangen waren.

*

Der Westdeutsche Rundfunk wird für sein 3. Fernsehprogramm (WDF) künftig ein **eigenes achtwöchiges Ferienprogramm** in den Sommermonaten und ein zweiwöchiges Fernsehprogramm in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr ausstrahlen. Statt einer direkten Kooperation mit den bisherigen Partnern der Sonderprogramme, Nord 3 und Hessen 3, will man künfig auch verstärkt auf Programmaustausch zwischen den Dritten Fersehprogrammen setzen. Der Grund für das Ausscheren des WDF aus den gemeinsamen Sonderprogrammen ist in der Absicht des WDR zu suchen, sein Drittes Fernsehprogramm bundesweit über Satellit und Kabel auszustrahlen. Die Partner der Nordkette und der bisher kooperierende Hessische Rundfunk werden auf ein solches Sommer- und Weihnachtsprogramm verzichten.

*

Ab September werden die Sendungen des **Telekollegs** des Bayerischen Rundfunks (BR) vom Nachmittag auf den Vormittag verlegt und voraussichtlich um 9.30 Uhr ausgestrahlt. Hintergrund dieser Entscheidung soll die bundesweite Ausstrahlung des dritten bayerischen Fernsehprogramms sein. Der Leiter der BR-Fernsehprogrammredaktion Johannes C. Weiss wies außerdem darauf hin, daß die bisher übliche Sendezeit für die lediglich 600 Teilnehmer des „Telekollegs" zu wertvoll sei. Um 17.45 Uhr soll künftig ein Programm für einen größeren Zuschauerkreis ausgestrahlt werden.

*

Vom 2. bis 7. März ist das „**Music Box Team**" in Deutschland unterwegs. Berichtet wird aus Köln, Düsseldorf und Hamburg. Interviews mit bekannten Künstlern – unter ihnen auch die Kölner Gruppe Bap –, Gespräche mit Passanten und Berichte über die deutsche Rockszene stehen auf dem Programm. Der Anfang wird am 2. März mit der Aufzeichnung des Video-Wunschkonzerts „Videopix", das am darauffolgenden Montag ausgestrahlt wird, im Kölner Szenelokal Chin's gemacht.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 Hallenhandball-WM
Deutschland – Spanien
10.45 Diebe unter sich
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Die unbegrenzten Möglichkeiten
Freizeittüftler
16.55 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
4. Teil: Geheimnis um Mitternacht
17.20 Fußballschule
Die erste Folge der 13teiligen Serie beschäftigt sich natürlich mit der „Nr. 1 auf dem Spielfeld": dem Torwart
Gestaltung der Sendereihe: Rudi Michel
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ich, Georg Gärtner, der letzte Soldat aus dem großen Krieg
Von Bettina Woernle und Gerd Hecker
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Mensch Meier
Spiele und Musik mit Alfred Biolek
Unter den Gästen: Yoko Ono
Regie: Peter Ristau
22.35 Tagesthemen
23.05 ARD-Sport extra – aus Davos
Hallenhandball-WM
DDR – UdSSR (Ausschnitte)
Weltcup-Skirennen
Riesenslalom der Herren in Hemsedahl
23.35 Die ewigen Gefühle
Fernsehfilm von Herbert Asmodi
Nach Bernhard von Brentano
Mit Michael Degen, Gila von Weitershausen u. a.
Regie: Peter Beauvais
Rechtsanwalt Elsholtz trifft während eines Wintersportaufenthalts seine Jugendliebe Sabine wieder. Aus der Begegnung entsteht eine neue Liebesbeziehung, die aber persönlichen und materiellen Schwierigkeiten nicht standhält ...
1.15 Tagesschau
1.20 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Daten-Schatten
2. Teil: Gute Verbindungen im Betrieb
Von Didi Denolt
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
Abenteuer in Venedig
Die Spieldose
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Teufels Großmutter
Geschichten mit Brigitte Horney
Der hundertste Geburtstag
Regie: Rob Herzet
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß mit Hans Rosenthal
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Der Lockspitzel
Mit Stephan Schwartz, Lutz Kraushaar u. a.
Regie: Renate Vacano
21.45 heute-journal
22.05 Ein Präsident in Nöten
Über François Mitterrand vor den Wahlen in Frankreich berichtet Horst Schättle
22.50 Wohin und zurück
An uns glaubt Gott nicht mehr
1. Teil einer Trilogie von Axel Corti und Georg Stefan Troller
Mit Johannes Silberschneider, Barbara Petritsch u. a.
Der bewußt in Schwarzweiß gedrehte Film beschreibt den Weg deutscher, österreichischer und tschechischer Emigranten. Er beginnt in der „Reichskristallnacht" im November 1938 und endet im Sommer 1941, als es den letzten Emigranten gelang, das sinkende Schiff Europa zu verlassen.
.40 heute

SAT 1

15.00 Kum Kum
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Abenteuer Wildnis
Frühlingsturnier in der Tundra
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Treibstoff, das aktuelle Motormagazin
19.45 Der Teufel von Colorado
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Barbara Stanwyck u. a.
21.30 APF blick
22.15 Konzert in SAT
22.45 High Chaparral
23.35 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Hanna, liebe Hanna
20.28 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
3 Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1976)
23.45 Kennwort: Kino
„Ginger und Fred" von Fellini
Ein Ratschlag für Kinogänger
23.55 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Sierra
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Arriva Eldorado
Italienischer Spielfilm (1972)
21.55 RTL-Spiel
22.00 Testbild
22.32 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

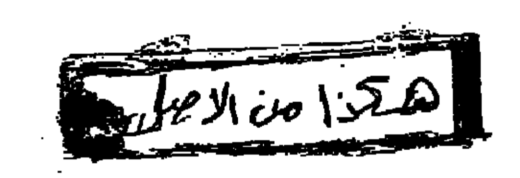
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Nur Du allein
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Rock Hudson u. a.
Regie: Jerry Hopper
21.45 Baby-Prämien
Über „Erziehungsgeld" und die Stiftung Mutter und Kind
22.15 Frederico Fellini
Ein Portrait von Birgitta Ashoff
23.15 Subway
Johnny Griffin – Woody-Shaw-Quintett
0.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Ushirika wa Neema
19.15 Natur und Freizeit (19)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Clou
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Mit Paul Newman u. a.
Regie: George Roy Hill
22.20 Kultur aktuell
23.10 Ich und Du (57)
Moderation: Hans-E. Pries
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.30 Domotechnika '86
19.05 Sammler und Gesammeltes
Antiquitätentage
19.30 Mein Onkel
Franz.-Ital. Spielfilm (1957)
Von und mit Jacques Tati
21.15 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Drei Frauen im Libanon
Christen, Sunniten, Schiiten nach über 10 Jahren Bürgerkrieg
22.30 Claire (3)
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Asphalt
Französischer Fernsehfilm
Mit Carole Laure u. a.
21.05 Ein Leben fürs Caféhaus
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Linus Pauling
Das Ende der Menschheit?
Gespräch mit dem Chemie- und Friedensnobelpreisträger
22.30 Schwitzkasten
Anschl. Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Kultur-Kalender
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Donatella
Italienischer Spielfilm (1956)
20.20 Reisegeschichten
20.40 Z. E. N.
20.45 Zwei Schwestern
21.15 Geistliche Musik
21.30 Rundschau
21.45 Sportrist
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau
23.30 Anton, der Zauberer



Was heißt engagiert?

Nea. – Aus einem Rundfunkkommentar über den Schriftsteller Bernt Engelmann und dessen Rechtsstreit mit dem früheren Bundesminister Oberländer: „Er nahm sich einen engagierten Anwalt."

Der Satz ist, kritisch betrachtet, purer Blödsinn. Er könnte allenfalls bedeuten: „Er nahm sich einen zuvor schon von einem anderen engagierten Anwalt." Denn das Wort „engagiert" besagt, daß jemand „verpflichtet" oder „verpfändet" ist, und zwar ganz vordergründig „gegen eine Gage", also einen Lohn oder ein Pfand. Zwar läßt die Sprache auch einen Gebrauch im erweiterten oder übertragenen Sinn zu: Sich für jemanden oder irgend etwas engagieren oder Engagement an den Tag legen, als beziehe man dafür eine Belohnung. Für „engagiert sein" trifft das allerdings kaum zu.

Doch meint der Kommentator und mit ihm, die seines Sinnes sind, offenbar mit „engagierter Anwalt" noch etwas ganz anderes, einen Anwalt nämlich, der nicht etwa irgendeiner, sondern der „richtigen", der „guten" Sache verpflichtet ist. Daß dies so gemeint ist, läßt sich gerade an diesem Beispiel leicht belegen.

Auch Engelmanns Prozeßgegner Oberländer hat mit Sicherheit einen Anwalt gehabt. Doch der hätte sich täglich 24 Stunden für die Sache seines Mandanten ins Zeug legen können – nie hätte der Kommentator ihm deswegen den Titel „engagiert" zugestanden. Auch ein Börsianer, der sich vorzugsweise in Stahlaktien engagiert hat, käme nie in Gefahr, ein „bei Stahl Engagierter" genannt zu werden.

Warum sich diejenigen im Lande, die sich so absolut sicher und einig darüber zu sein scheinen, welches die gute und richtige Sache ist, so verbissen, so „engagiert" ausgerechnet auf dieses weder besonders schöne, noch für diesen Zweck besonders geeignete Wort gestürzt haben und nun, jeden sprachlichen Einwand beiseite schiebend, daran festhalten, wäre eine Untersuchung wert. Vielleicht schien ihnen das Wort „einsatzbereit" aus anderen Zusammenhängen zu stark belastet. Und ein besseres ist ihnen nicht eingefallen.

Daß eine politisch oder ideologisch abgegrenzte Gruppe von Sprachbenutzern auf diese Art ein Wort konfisziert und umwidmet, geschieht übrigens nicht das erste Mal. In ihrer Frühzeit sprachen die Nationalsozialisten vereinfachend von „der Bewegung". Ihre Anhänger galten als „bewegt" oder „die Bewegten".

Im Schatten des Vaters: Hamburg macht sich für die Söhne J. S. Bachs stark

Der Tick, original zu sein

Das vergangene „Europäische Jahr der Musik" hat nur bestätigt, was seit mehr als einem Menschenalter feststeht: Bach, selbstverständlich Johann Sebastian, ist der Größte. (Zu seiner Zeit bestaunte man in ihm nur den Orgelvirtuosen und Tastenimprovisator, erst Mendelssohns Wiederaufführung der Matthäus-Passion 1829 setzte den Komponisten in seine Rechte ein.) Händel, dem über die Maßen Ruhmreichen zu Lebzeiten, half die gemeinsame Jahrhundertzahl mit Bach – sie teilen sich das Geburtsjahr 1685 – auch 1985 nicht aus dem Halbschatten heraus, in den der Oratorien- und Opernkomponist im Zuge der „Götterdämmerung" Bachs zurücktreten mußte. Trotz wiederbelebender Inszenierungen in den letzten Jahren, trotz der Entdeckung findiger Regisseure, manche Oratorien Händels seien getarnte Opern.

Steht Händel schon im Halbschatten des Thomaskantors, wen wundert es, wenn Bachs leibliche Söhne aus zwei Ehen, sofern sie nicht als Säuglinge starben oder, wie Gottfried Heinrich, „blöde" waren, völlig im Schatten des Vaters „leben". Dabei waren sie, jeder für sich genommen, Musiker ganz ungewöhnlichen Formats. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber vielen um die Musik und ums Musikleben Bemühten unvertraut – sonst hätte das „Jahr der Musik" doch wohl einen Seitenblick auf Johann Sebastian Bachs Nachkommen riskiert.

Es war immerhin Mozart, der über Bachs zweitältesten Sohn, Carl Philipp Emanuel, mit 24 Jahren persönlicher Cembalo-Begleiter des Flöte blasenden Königs Friedrich II., sagte: „Er ist der Vater, wir die Bub'n. Wer von uns was Rechts kann, hat von ihm gelernt. Und wer es nicht eingesteht, der ist ein Lump." Und Friedrich Rochlitz, Herausgeber der „Leipziger Allgemeinen musikalischen Zeitung", räumte um 1810 ein: „Mit dem, was er macht, kämen wir jetzt nicht mehr aus. Aber wie er es macht, da steht er keinem nach."

Es fehlen sogar die Gesamtausgaben

Bisher gibt es keine Gesamtausgabe der Werke Emanuel Bachs. Sein Schaffen ist auf der Schallplatte spärlich vertreten, der Vokalkomponist ist so gut wie tot. Eine Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Gesellschaft, die seit mehr als zehn Jahren in Hamburg an St. Michaelis existiert, dient mehr dem Bach-Vater als dem Bach-Sohn.

Nicht besser ergeht es Bachs jüngstem Sohn Johann Christian, der im Vater-Bach-Jahr 1985 immerhin seinen 250. Geburtstag hatte, ohne daß ihm irgend jemand ein Fest bereitete. Mozart liebte ihn – den Mailänder und späteren Londoner Bach, der vielfach „wie Mozart" klingt – wortwörtlich „von ganzem Herzen". Nach seines Vaters Tod begab sich Johann Christian Bach unter die Obhut seines Bruders Carl Philipp Emanuel in Berlin, später suchte er, wie Mozart, Rat bei Padre Martini in Mailand. Er war Mozart ein väterlicher Freund. „Schade für die musikalische Welt", seufzte Mozart in einem Brief an den Vater, als Christian Bach 1782 in London starb.

Vater Leopold hatte seinem Sohn Wolfgang Amadeus Mozart vier Jahre zuvor sogar im Namen Johann Christian Bachs die Leviten gelesen, ihn „gemahnt, gefälligst „popular", mithin „verkäuflich" zu schreiben.

Wenn es derlei Empfehlungen aus berufenem Munde für Bachs ältesten Sohn, Wilhelm Friedemann, und den zweitjüngsten, Johann Christoph Friedrich (den „Bückeburger"), nicht gibt, so waren und sind beide doch nichts weniger als unbedeutend. Friedemann müßte endlich aus dem Zerrbild des verkommenen Genies heraustreten, das Brachvogel mit seinem unseligen Roman in die Welt gesetzt hat. Zelters Wort, Goethe gegenüber geäußert, „als Componist hatte er den Tic douloureux, original zu sein", ist nicht so falsch wie es gemeint war. Kündigt sich doch in seiner Instrumentalmusik „der neue, empfindsam erregte Stilwille der Geniezeit" an, der in den acht Polonaisen zum frühromantischen Charakterstück und in den Klaviersonaten in die Nähe des Wiener Klassizismus vorstieß.

Der lebenslang dem Bückeburger Hof als Konzert- und Kapellmeister dienende Christoph Friedrich Bach wäre zumindest als Zeitzeuge einer „Epoche des Übergangs" von Interesse. Er unterhielt immerhin freundschaftliche Beziehungen zu Johann Gottfried Herder, der ihm Texte zu Kantaten, Oratorien und zu einer (verschollenen) Oper lieferte.

Hatte das „Jahr der Musik" mangels querdenkender Phantasie der Institutionen nur das Eingefahrene bestätigt, anstatt Liegengebliebenes aufzunehmen und Schiefgerutschtes geradezurücken, so gab es doch an versteckter Stelle ein Signal, das allerdings noch der Einlösung harrt. Kürzlich, am 197. Todestag des „Hamburger Bachs" Carl Philipp Emanuel, konstituierte sich in der Musikhalle der Hansestadt eine „Bach-Gesellschaft für die Musik der Bach-Söhne" – früh genug, um Emanuel Bachs 200. Todestag 1988 im Bewußtsein der Öffentlichkeit als „feierwürdig" zu verankern.

Die Gründer der neuen Hamburger Bach-Gesellschaft, die Cembalistin Edith Picht-Axenfeld und der Mediziner und Theologe Thorsten Schicke, wollen keine soundsovielte Konzertreihe auflegen, sondern einen von Bach-Vater einerseits und der Wiener Klassik andererseits überstrahlten, mithin unterbelichteten Strang der Musik- und Kulturgeschichte „aufarbeiten" – die Unruhezeit der Aufklärung, der Galanterien und Empfindsamkeiten, des Sturms und Drangs, des sich erhebenden Bürgertums. Vieles rumort hier neben- und durcheinander: die Heraufkunft des dualistischen Sonatenprinzips, Emanuel Bachs „Sonaten mit veränderten Reprisen", Goethes Pflanzenlehre, Klopstocks wortmächtige, „sprachmusikalische" Befreiung der zeitgenössischen Dichtung aus rationalistischer Manier und bloßer Rokokotändelei. Bergungs-, Aufräumungs- und Klärungsaufgaben gibt es genug für eine Bach-Söhne-Gesellschaft.

„Fiori musicali" und „Musicalische Compagney"

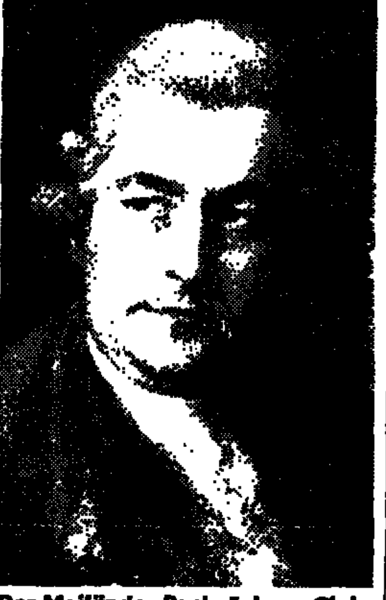
Das gleiche gilt für eine zweite Gründung, die sich in Bremen ereignete. Dort nimmt eine vereinsgetragene, vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst unterstützte „Akademie für Alte Musik" am 1. April 1986 ihren Studienbetrieb auf. Sie bietet Fortbildungs- und Spezialisierungsmöglichkeiten für „abgeschlossene" oder doch „weit fortgeschrittene" Sänger, Instrumentalisten, Theoretiker und Historiker an. Die Lehrerschaft rekrutiert sich hauptsächlich aus Mitgliedern der Bremer „Fiori musicali" und der Berliner „Musicalischen Compagney".

Auch diese „private" Akademie wäre gut beraten, wenn sie aufklärte, wes Geistes Kind die Musik des 17. und 18. Jahrhunderts war und zur Rehabilitierung der Söhne Johann Sebastian Bachs und eines Mannes beitrüge, der zehn Jahre lang auf der Feste Hohenasperg saß, wo er moderne „Ideen zu einer Ästhetik der Tonkunst" auf Zettel schrieb: Christian Friedrich Daniel Schubart. Wie Herder und Emanuel Bach verwarf er die distanzierte Affekt-Nachahmung des Barock als borniert und trivial. Schubart bringt auf den Punkt, was zumal Wilhelm Friedemann und Carl Philipp Emanuel kompositorisch einlösen: „seine Ichheit in der Musik heraustreiben", „original" sein.

LUTZ LESLE


Der Dresdner Bach: Wilhelm Friedemann (1710–1784) FOTO: ULLSTEIN


Der Hamburger Bach: Carl Philipp Emanuel (1714–1788) FOTO: DIE WELT


Der Mailänder Bach: Johann Christian (1735–1782) FOTO: DIE WELT

Schallplatte: Verdis „Ein Maskenball" unter Solti

In die Höhle der Löwin

Von allen Eingriffen der Zensur in Verdis Œuvre war dies wohl der zerstörerischste: die Umwandlung Gustav III. von Schweden, des auf einem Maskenball ermordeten Königs, in einen Gouverneur von Boston namens Riccardo Graf Warwick. Aus der „Vendetta in domino" wurde „Un ballo in maschera".

Dabei hatte Verdi in seiner Musik auf den höfischen Charakter der Vorgänge nachdrücklich wie in keiner anderen Oper angespielt. Dem ersten wie dem letzten Bild gab er sogar einen Stich ins Pasticcio in der Ausgelassenheit einer Musik, die das Lustgetändel des 18. Jahrhunderts visierte. „Le Roi s'amuse" hätte über dem „Maskenball" mit noch größerem Recht stehen können als über „Rigoletto".

Es ist die Überraschung der Neueinspielung des „Maskenball" unter Sir Georg Solti, der nicht gerade unter dem Sternzeichen des musikalischen Getändels geboren schien, daß ihm gerade diese Partien der Ausgelassenheiten meisterhaft von der Hand gehen. Der Aufbruch Riccardos und seines Hofes zu Ulrica geht mit einer bezaubernden Nonchalance vonstatten, als öffne sich nicht die Höhle der Wahrsagerin demnächst dem erschreckenden Blick, sondern eine von Jacques Offenbach in Szene gesetzte Fête.

Es geht in diesem Augenblick bei Verdi schon höchst pariserisch zu (Gustav III. von Schweden war übrigens ein Königsabklatsch des französischen Absolutismus), und dafür kennzeichnend singt der Page Oscar (höchst unüblich in einer italienischen Oper) hohen Sopran.

Alles im „Maskenball" weist zunächst auf diese höfische Atmosphäre, und nach dem Höllengang der Handlung kehrt sie, wenn es ans Sterben geht, zu ihr zurück. Da freilich scheint Sir Georg der ganzen Sache schon ein bißchen müde geworden. Seine „Maskenball"-Einspielung hebt außerordentlich an, um sich im Verlauf der Aufführung immer stärker ins Ordentliche zu verlieren – was freilich auch am National Philharmonic Orchestra liegen mag, das sich auf Kommando, immer wo Not an der Schallplatte ist, musikalisch zusammenfindet, Singstars die Begleitmusik hinzuzapfen, um sich gleich darauf geisterhaft wieder aufzulösen. Hier löst es sich scheinbar auf halber Strecke schon auf.

Das stimmt ein bißchen traurig. Denn mit Sängern hat sich die Aufnahme glänzend bestückt, wenn Pavarotti auch die leichten Stakkati seiner Partie nicht mehr von der Zunge sprühen. Die großen Linien seiner Rolle singt er nach wie vor prachtvoll aus, und Margaret Price ist ihm mehr als nur ebenbürtig darin.

Sie ist eine Amelia, die daheim, für ihren Renato, offenbar fleißig Lieder gesungen hat. Sie geht die Partie mit einem Kunstverständnis an, das noch die fünfziger und sechziger Jahre mit ihren italienischen Jubelsopranen, basierend auf der großen Tradition, offensichtlich nicht kannten. Tradition war vielleicht auch in dieser Beziehung ein bißchen Schlamperei.

Mit der Folgegeneration der Sängerinnen, charakteristischerweise meist keine Italienerinnen, wandelte sich das Bild, und an ihrer Spitze singt nun Margaret Price: großbögig, doch immerfort delikat; ein Wort, das einem neuerdings erst bei Verdi-Interpretationen in den Sinn kommt.

Kathleen Battles Mozart-Erfahrung wirkt sich glänzend auf ihren Vortrag der leichtsinnigen und leichtstimmigen Tändeleien des Pagen aus. Christa Ludwig singt ihre Ulrica wie aus der Höhle der Opernlöwin. Um sie ist Größe. Und daß Renato Bruson den Riccardo zu singen vermag, hat er schon unter Abbado vor gar nicht allzulanger Zeit nachgewiesen. Ein frischerer Zugriff wäre wohl nicht zu verachten gewesen. (Decca 410 210-1)

KLAUS GEITEL

Neu im Kino: Das Volksmärchen „Natty Gann"

Vom Lohn der Tapferkeit

Ob im Box-Ring, im Dschungel oder im Goldgräberdorf, Hollywood hat den Sieg hartnäckiger Einzelgänger schon an den verschiedensten Schauplätzen vorgeführt. Indessen blühte dieser Traum vom Lohn der Tapferkeit wohl in keiner Epoche üppiger als zur kargen Zeit der Depression.

Just in dieser Ära der Schiebermützen und Matratzenlager, der Wanderarbeiter und ziellosen Vagabunden siedelte Jeremy Kagan sein amerikanisches Volksmärchen an: es war einmal eine Halbwaise namens Natty Gann, die im wilden Chicago am Hungertuch nagte. Ihren Vater Sol (John Cusack) nämlich hatte ein blinder Zufall ins trostlose Heer der Arbeitslosen gestoßen. Eines Tages aber witterte er seine Chance und reiste einem der raren Holzfällerjobs nach. Bald wollte er Natty nachkommen lassen.

Da Pflegemütter jedoch im Märchen stets Hexen gleichen, konnte Natty nicht auf seinen erlösenden Brief warten. Nachts schlich sie sich aus der Pension und wagte ohne Geld und Schutz den weiten Weg zu den Rocky Mountains. Eigentlich müßte jetzt die Stunde der guten Fee schlagen, doch dem Mädchen läuft statt dessen ein zuvor arg geschundener Wolf zu, der sie fortan als bissiger Beschützer begleitet. Schließlich wollen in einem finsteren Waisenhaus, beim ungeschickten Viehdiebstahl und vor allem beim verbotenen Trampen auf klapprigen Güterzügen etliche Gefahren bestanden sein.

Anlässe genug also, die Musik nach knapp gemeisterten Bewährungsproben triumphierend aufrauschen zu lassen. Zwar mag man einwenden, daß die Armseligkeit der dreißiger Jahre hier allzu gnädig dosiert sei. Dennoch hat Kagan seiner Heldin eine Hindernisstrecke aufgebaut, deren Hürden oft furchterregend hoch in die prachtvoll fotografierte Landschaft ragen.

Litt mancher legendäre Zeichentrickfilm unter süßlicher Sentimentalität, so beschwört diese Disney-Produktion in fahlen Farben auch manches Gespenst der Vergangenheit. Keine nostalgisch vergoldete Geschichtsklitterung also, denn beim Angriff eines bewaffneten Spießertrupps auf ein erbärmliches Wellblechdorf zeigt Kagan durchaus kritische Krallen.

Wenn sein Film trotz der rührenden Freundschaft zwischen dem Wolf und dem Mädchen nie in alberne „Lassie"-Klischees abgleitet, sondern eher wie die amerikanische Antwort auf „Oliver Twist" wirkt, liegt das freilich auch an seiner erstaunlichen Hauptdarstellerin.

Während manche Kinderstars mit affektierter Niedlichkeit auf die Tränendrüse drücken, weicht die spröde Meredith Salenger jeder Peinlichkeit ganz natürlich aus. So kann Kagan sogar ihre scheue Romanze mit einem wortkargen Streuner ohne störende Larmoyanz andeuten.

Obwohl sich zum redlich verdienten Happy-End doch noch das Pathos ballt: Der Regisseur hat dem oft milde belächelten Familienfilm mit dieser stimmungsvollen Ballade eine dringend benötigte Vitaminspritze gegönnt.

HARTMUT WILMES

An der Place de la Bastille baut Carlos Ott den Parisern das modernste und teuerste Opernhaus der Welt

Wo alle Wunschträume Wirklichkeit werden sollen

Zum 200. Jahrestag ihrer „Großen Revolution" im Jahre 1989 machen sich die Franzosen ein besonderes Geschenk: ein neues Opernhaus in Paris, die „Opéra Bastille", die dann das prunkvolle Palais Garnier ablösen soll. Der Komponist Pierre Boulez stellte jetzt die Pläne und Ideen für das neue Haus vor, das den französischen Steuerzahler rund 770 Millionen Mark kosten wird.

Die Konservativen sind dagegen und wittern in dem neuen Opernhaus, für das derzeit an der Place de la Bastille die Baugrube ausgebaggert wird, ein gigantisches Denkmal, das sich der Kulturminister Jack Lang setzt. Aber die Erkenntnis, daß die französische Hauptstadt ein neues Opernhaus braucht, ist viel älter. Schon unter Pompidou wurden entsprechende Studien in Auftrag gegeben. Daß ein neues Opernhaus her muß, darüber herrscht Einigkeit quer durch die politischen Lager. Und da niemand ein Alternativprojekt zur „Opéra Bastille" entwickelt hat, wird es bei ihr bleiben.

Das, was alle Welt als „Opéra" kennt, das Palais Garnier, war im Grunde genommen schon bei seiner Eröffnung anno 1875 mehr ein prunkvoller Ballsaal als ein Beispiel zeitgemäßer Theaterarchitektur. So grandios das Treppenhaus, das Vestibül, die Foyers, der Zuschauerraum sind, so armütig die Bereiche hinter der Bühne. Die ganze Malaise der Opéra wurde vor ein paar Jahren deutlich, als man versuchte, mit der Mailänder Scala zu kooperieren, und von dort die ersten Kulissentransporte eintrafen. Sie paßten ganz einfach nicht in die Aufzüge der Opéra und mußten zurückgeschickt werden.

Selbst Rolf Liebermann, der in diesem total veralteten und verkrusteten Apparat, in dem es aber auch nichts an moderner Bühnentechnik gibt, noch einmal ungeheure Energien freigesetzt hatte, konnte diesem Betrieb kaum mehr als hundert Aufführungen pro Jahr abtrotzen.

Man dachte daran, Garniers denkmalgeschütztes Prachtstück der Second-Empire-Architektur von Grund auf zu renovieren. Das führte zu nichts. Unter dem Haus verlaufen mehrere Metro-Röhren: Weiter in die Tiefe kann man also nicht. Auch nach keiner Seite kann sie sich ausdehnen. Und zu alledem taugt auch der Zuschauerraum kaum mehr: Mit seinen 1600 brauchbaren Plätzen ist er für eine Stadt wie Paris einfach viel zu klein. Was künftig aus dem Palais Garnier werden soll, ist noch nicht ausdiskutiert. Vermutlich eine Heimstatt für das Ballett. Erhalten und weiterhin bespielt wird es in jedem Fall.

Aber nicht mit Oper. Die zieht komplett an die Bastille um, in jenes Haus, das der Architekt Carlos Ott entworfen hat und das alle Theater-Superlative dieser Welt auf die Plätze verweisen wird. Paris hat Theaterleute gefragt, wie man denn heute gern ein Opernhaus hätte. Die haben sich ihre verwegensten Wunschträume von der Seele geredet. Und diese Wunschträume werden nun gebaut, ohne Abstrich.

Außer einem großen Saal nach Bayreuther Vorbild und mit zwei hängenden Rängen (2700 Plätze) wird es, das ist der besondere Stolz der Planer um Pierre Boulez und den Brüsseler Opernchef Gérard Mortier, eine „Salle modulable" geben, für den die Berliner Schaubühne vage Modell gestanden hat. Denn hier ist alles veränderbar: Bühne und Zuschauerraum sind nicht festgelegt, die Seitenwände können ebenso bewegt werden wie die Decke. Jede neue Form des Musiktheaters soll hier einen ihr gemäßen Raum finden. Die akustischen Tücken, die sich daraus ergeben, glaubt man im Griff zu haben. Je nach Auslegung wird dieser Saal 600 bis 1300 Plätze offerieren.

Schließlich gibt es im Eingangsbereich noch ein offenes Amphitheater, auf dem mit kleineren Darbietungen, vielleicht auch öffentlichen Proben, die Leute ins Haus gelockt werden sollen. Nach 136 Aufführungen in der ersten Spielzeit soll das Haus nach vier Jahren 250 Aufführungen im großen Saal und 120 in der Werkstatt bieten, dazu noch Orchesterkonzerte.

Für die Theatermacher ist etwas anderes noch viel wichtiger. Zweihundert Jahre Theaterarchitektur haben sich auf einen Bühnengrundriß in Form eines kopfstehenden „T" geeinigt: Vorderbühne, rechte und linke Seitenbühne, Hinterbühne. Zu sehen ist davon meist nur die Vorderbühne, allenfalls einmal die Hinterbühne. Carlos Ott erweitert diese Fläche nun zu einem Quadrat mit neun etwa gleich großen Feldern. Das heißt: Auch die Hinterbühne bekommt zwei Seitenbühnen, und dahinter gibt es das ganze gleich noch einmal, wobei das Feld hinten links in der Ecke die Probenbühne sein wird, die dann, gleichsam quergestellt, wiederum über zwei Hinterbühnen und eine Seitenbühne verfügt.

In diesem Areal will man mit einer gigantischen Maschinerie in der Lage sein, in wenigen Minuten eine ganze Ausstattung von der Probenbühne auf die Hauptbühne zu fahren und umgekehrt. Man kann also nachmittags noch auf der Hauptbühne die Schlußproben zu einer Neuinszenierung abhalten, die ganze Kulissenstadt zur Probenbühne zurückfahren, während von dort der Aufbau für die abendliche Vorstellung einer anderen Oper nach vorne fährt. Besieht man, wie oft heute an deutschen Theatern Aufführungen wegen allfälliger Schlußproben abgesagt werden müssen, könnte die Pariser Lösung trotz des baulichen Aufwands auf Dauer die ökonomischere sein.

Für die wirtschaftliche Seite des Hauses hat Gérard Mortier ein ganz neues und vielleicht zukunftsweisendes Konzept entwickelt: Die gesamten Fixkosten des Hauses in Höhe von 255 Mill. Francs nach heutigen Preisen werden vom Staat getragen, die variablen Kosten – das wären die Gagen der Regisseure, Dirigenten, Solisten, die Kosten der Inszenierungen, Werbung und Publikationen – müssen durch den laufenden Betrieb eingespielt werden. Orchestermusiker und Choristen sollen nicht nach Maximalbedarf engagiert werden, sondern mit variablen Arbeitszeiten, bei denen lediglich ein Mindestlohn garantiert wird. Den Staat darf jetzt schon freuen, daß ihn der Betrieb billiger kommt als im Palais Garnier. Unternehmertum ist gefragt.

In gewissen Grenzen jedenfalls. Denn die gesamte Idee des neuen Hauses richtet sich mehr auf die Hervorbringung neuer Werke als auf das Wiederkäuen traditionellen Repertoires. So verband man die Vorstellung der Pläne für die Opéra Bastille zugleich mit einem Symposion über die künftige Entwicklung des Musiktheaters, an dem unter Boulez' und Mortiers Leitung Dutzende hochrangiger Theaterstars beisammensaßen, von Komponisten wie Kagel, Rihm, Pousseur und Glass über Operndirektoren wie Drese, Ardis Krainik (Chicago), Claus Leininger oder Louis Erlo, Regisseure wie Patrice Chéreau, Ruth Berghaus oder Peter Sellars, dazu Verleger, Dramaturgen, Fernsehredakteure und Agenten. Daß das Musiktheater wieder ein stärker kreatives Unternehmen sein müsse, an dem zeitgenössische Musik die Regel sei, ja mindestens die Hälfte an Zeit, Geld und Energie beanspruchen dürfe, darüber war man sich sehr schnell einig. Ab 1989 wird man sehen, ob diese Saat an der Place de la Bastille aufgeht.

REINHARD BEUTH


Opernhaus fürs 21. Jahrhundert: Eingangsbereich der „Opéra Bastille" im Entwurf von Carlos Ott, der (links) das Restaurant „Tour d'Argent" einbezieht FOTO: OPÉRA BASTILLE

JOURNAL

Expressionisten gehen nicht nach Duisburg

dpa, Duisburg

Lothar-Günther Buchheims bedeutende Sammlung von Werken deutscher Expressionisten kommt nicht nach Duisburg. Wenige Monate vor Fertigstellung des eigens für die Sammlung errichteten Erweiterungsbaus des Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museums hat der 67jährige Schriftsteller, Verleger und Sammler seine diesbezügliche Absicht widerrufen. In einem Interview mit der „Neue Ruhr Zeitung" hatte Buchheim die Absage erläutert und gesagt, er könne in Duisburg „nichts mehr in Bewegung setzen", denn dort sei von den Hoffnungen „auf eine große Sache" nichts geblieben, „außer Intrige, Beleidigung und tiefste Verletzung". Der Wert der Buchheimschen Expressionisten-Sammlung, die viele Werke der Künstler-Gruppe „Brücke" enthält, wird auf über 50 Millionen Mark geschätzt.

„Grammy Awards" für Song „We are the World"

dpa, Los Angeles

Der große Gewinner bei der 28. Verleihung der „Grammy Awards" in Los Angeles wurde der Song „We are the World", der vor Jahresfrist mit herausragenden Stars der amerikanischen Popmusik zugunsten der Hungeropfer in Afrika aufgenommen worden war. Ihm fielen die Auszeichnungen als „Song des Jahres 1985" und „Platte des Jahres" und seinen von den Sängern Michael Jackson und Lionel Richter angeführten Interpreten der „Grammy" als beste Pop-Gruppe zu. Unter den Gewinnern der insgesamt 71 Kategorien befinden sich außerdem Stevie Wonder, Tina Turner und Aretha Franklin.

Konflikte im polnischen Staats-Autorenverband

JGG, Warschau

Zu Auseinandersetzungen ist es in den Regionalverbänden des neuen Polnischen Literatenverbandes anläßlich der Jahreshauptversammlung gekommen. Unter den Delegierten zum Jahreskongreß des Gesamtverbandes im März sei kaum einer dabei, der nach 1981 den Verband neu aufbaute, berichtet die Polityka. Sogar die bisherige Gesamtverbandsvorsitzende, Halina Auderska, sei in Warschau nicht wieder als Kongreßdelegierte aufgestellt worden. Unter den neuen Delegierten treffe man vor allem völlig unbekannte Namen an, nebst einigen Repräsentanten der „Grunwald-Gruppe" und deren Wochenorgan „Rzeczywistosc". Polityka konstatiert, daß weiterhin viele namhafte Schriftsteller dem Verband fernbleiben. Die gegenwärtige Entwicklung fördere dies.

Bild-Dokumentation über Gumbinnen

N. M. Bielefeld

Ein Musterbeispiel für die Aufarbeitung von Kultur und Geschichte einer ostdeutschen Region ist die über elfhundert Seiten starke zweibändige Dokumentation „Gumbinnen in Bildern". Das mit Unterstützung der Patenstadt Bielefeld entstandene Werk enthält Aufnahmen von 1880 bis 1982, also auch Bilder aus dem heute kaum zugänglichen Nordostpreußen. Präsentiert werden Stadt und Landschaft, Bauten und Denkmäler sowie Zeugnisse eines blühenden Vereinswesens, des Einflusses der Salzburger Exilanten, der disziplinierten russischen Besetzung im Ersten Weltkrieg bis zu den grauenhaften Ereignissen von Nemmersdorf 1944 (Herausgeber: Kreisgemeinschaft Gumbinnen, Stadtarchiv Bielefeld, 96 Mark).

„Volk und Kultur" – rumänisiert

et. Berlin

Die rumäniendeutsche und die rumänien-ungarische kulturellen Monatsschriften – „Volk und Kultur" und „Müvelödés" (Bildung) – haben mit Wirkung vom 1. 1. 1986 als selbständige Publikationen aufgehört zu existieren. Sie erscheinen jetzt als Beilage der rumänischen Zeitschrift „Cintarea Romaniei" („Wir besingen Rumänien") für Laienkunst. In deutscher und in ungarischer Sprache erscheinen seitdem nur noch Schauspiel- und Chortexte für Laienensembles. Der kulturpolitische und methodologische Teil für die Pflege der Kultur nationaler Minderheiten wird nur noch einheitlich in rumänischer Sprache gedruckt. Die rumänische Entscheidung, die nationalen Laien-Kultur-Zeitschriften für die deutsche, und die ungarische Minderheit einzustellen und sie der rumänischen Schwesternzeitschrift einzuverleiben, muß ganz kurzfristig gefallen sein. Im offiziellen Katalog „Zeitungen und Zeitschriften aus Rumänien 1986" sind „Volk und Kultur", beziehungsweise „Müvelödés" – zum Jahresabonnementspreis von 34 US-Dollar – der rumänischen Nationalwährung – als „Zeitschrift der kulturellen Einrichtungen" in deutscher, beziehungsweise in ungarischer Sprache angeführt.

Mit gewaltigen Flügelschlägen erhob sich jetzt im Tal des Todes in Kalifornien das Modell des Flugsauriers Quetzalcoatlus northropi in die Lüfte. Der Vater des Projekts, der amerikanische Konstrukteur Paul MacCready (rechts mit dem Modell), will mit ihm das Flugverhalten der ausgestorbenen Säugetiere erforschen.


FOTOS: DIE WELT

Jungfernflug nach 65 Millionen Jahren

Den berühmten amerikanischen Flugzeugkonstrukteur Paul MacCready bringt so leicht nichts aus dem Häuschen. Bei einer Serie von Tests mit einem „QN" genannten experimentellen Fluggerät auf dem Race-Track-Salzsee im kalifornischen Tal des Todes aber sprang der Mittfünfziger jetzt wie ein kleiner Junge auf und ab und rief: „Fantastisch, einfach fantastisch." Und während er seinen zerknautschten Segeltuchhut zurechtrückte, war nur noch ein „Ich bin einfach überwältigt" zu hören.

Der Anlaß für MacCreadys Begeisterung sah aus wie eine übergroße Kreuzung zwischen einem gerupften Truthahn, einer Fledermaus und einem Pelikan und hatte rund 500 000 Dollar gekostet. Es war die mit Autopilot, Servolenkung, Computer und zwei batteriegetriebenen Motoren ausgerüstete Nachbildung eines vor 65 Millionen Jahren ausgestorbenen Flugsauriers (Pterodactylus) mit 5,5 Metern Flügelspannweite, die kopfnikkend und flügelschlagend über den geriffelten Boden des Salzsees hinwegglitt. Mehrere Filmkameras – darunter eine in einem Hubschrauber – hielten den knapp zwei Minuten langen Flug fest.

Der von einem amerikanischen Putzmittelkonzern gesponserte Bau eines flugfähigen Pterodactylus geht auf Initiative des Luft- und Raumfahrtmuseums des Smithonian Institute in Washington zurück. Das Museum hat einen Film mit dem Titel „On the Wing" in Auftrag gegeben, der alle Aspekte des Fliegens – von Vögeln und Insekten bis hin zu Drachen und Flugzeugen – untersuchen soll und möchte darin auch die zur Familie der Reptilien gehörenden Flugsauriere als größte flugfähige Tiere berücksichtigt wissen. Als spektakulärster Repräsentant bot sich der nach dem Sonnengott der Azteken und dem US-Luft- und Raumfahrtkonzern Northrop benannte Quetzalcoatlus northropi an, ein Riesenflugsaurier mit einer Flügelspannweite von bis zu elf Metern, von dem erstmals 1971 im texanischen Big-Bend-Nationalpark versteinerte Knochensegmente entdeckt wurden.

Als Konstrukteur kam nur der ehemalige Segelflug-Weltmeister MacCready in Frage, der heute in Monrovia bei Los Angeles seine eigene, auf die Entwicklung ultraleichter Fahrzeuge und Alternativenergiequelllen spezialisierte Firma leitet. Sein „Gossamer Albatros" überquerte 1979 in drei Stunden den Ärmelkanal und brachte seinem Erbauer damit einen Geldpreis in Höhe von 213 000 Dollar ein. Sein „Solar Challenger" flog zwei Jahre später von Paris nach England.

Die Entwicklungsarbeiten für „QN" – sie begannen im Dezember 1984 – stellten MacCready, wie er jetzt der WELT erzählte, vor eine Fülle von Problemen. „Ich habe vor allem gelernt, die Ingenieurskunst von Mutter Natur zu bewundern", sagte er, „wir haben es hier mit einem Fluggerät zu tun, das keine feste Tragfläche hat wie ein Flugzeug sondern das zur Fortbewegung wie ein Vogel mit den Flügeln schlägt."

„Wir hatten gedacht, wir könnten gleich die Endversion anpacken – statt dessen mußten wir gleichsam die Evolution in Etappen von zwei Millionen Jahren pro Woche nachvollziehen." Eines der vielen Probleme: Der Flugsaurier hatte im Gegensatz zu Vögeln keinen Schwanz zur Flugstabilisierung und mußte seine Lage darum ständig mit den Flügeln korrigieren. MacCready und sein Team lösten das Problem, indem sie ihr Modell mit vier Sensoren und 13 künstlichen Muskeln ausrüsteten, die per Computer synchron gesteuert werden.

„Wir kamen aus dem Staunen nicht heraus", erklärte MacCready. „Nicht nur, daß es Vögel gibt wie den Kormoran, der fliegen, tauchen, schwimmen und gehen kann, oder Vögel, die jahrelang in der Luft bleiben können – auch die kleinsten Details sind voller Wunder. Allein eine einzelne Feder eines Geiers hat derart fantastische aerodynamische Qualitäten, daß es eine Million Dollar kosten würde, das nachvollziehen zu wollen."

Die amerikanische Öffentlichkeit muß sich noch bis Juni nächsten Jahres gedulden, wenn sie einen Quetzalcoatlus northropi im vollen Flug sehen will: Dann soll auf der Mall in Washington anläßlich der Premiere von „On the Wings" der erste öffentliche Flug von MacCreadys „QN" stattfinden.

HELMUT VOSS (SAD)

Erstes deutsches „Tiefkühlbaby" kommt zur Welt

AP, Erlangen

Voraussichtlich am kommenden Montag wird in Erlangen das erste deutsche „Tiefkühlbaby" zur Welt kommen. Von der Pressestelle der Friedrich-Alexander-Universität wurde gestern mitgeteilt, daß die Mutter aus dem fränkischen Raum stammt. Ihre Identität wird jedoch geheim gehalten. Die Geburt, so hieß es, werde unter der Leitug des Direktors der Erlanger Universitäts-Frauenklinik, Professor Norbert Lang, stehen. Der inzwischen nach Frankfurt gegangene Professor Siegfried Trotnow, der vor vier Jahren maßgeblich mit der Geburt des ersten deutschen „Retortenbabys" befaßt war, habe im Juni vorigen Jahres die Einpflanzung des kältekonservierten befruchteten Eis in die Gebärmutter der Frau vorgenommen. Die Eizellen waren ihr vorher entnommen worden. Danach wurden sie außerhalb ihres Körpers mit männlichem Samen befruchtet und dann in flüssigem Stickstoff bei minus 196 Grad gelagert. Bisher wurden „Tiefkühlbabys" nur in Großbritannien und Australien geboren.

Einreise gestoppt

AP, München

Die amerikanischen Behörden haben nach einer Mitteilung des ADAC die Einreise für Autourlauber so gut wie unmöglich gemacht. Weil die Zahl der Fahrzeuge ständig wuchs, die illegal in die Staaten eingeführt und dort verkauft wurden, verlangen die Zollbehörden ab sofort für alle im Ausland zugelassenen Wagen eine Barkaution. Sie beläuft sich auf den dreifachen Wert des Autos. Die Kaution wird bei der Wiederausfuhr des Fahrzeugs zurückgezahlt, in der Regel jedoch erst nach Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland.

Umstrittener „Alcotest"

dpa, Lübeck

Die „Drägerwerk AG" in Lübeck, Hersteller des weltweit genutzten Atem-Alkohol-Testgeräts „Alcotest 7310", hat einen Bericht der Fachzeitschrift „Ärztliche Praxis" als „unrichtig" zurückgewiesen, nach dem das Gerät bei der Atem-Alkohol-Kontrolle meist falsche Werte liefere. Nach Angaben des Herstellers von gestern wird das Gerät seit Jahren von der Polizei in mehreren Bundesländern verwendet. In der Zeitschrift hieß es, die Düsseldorfer Untersuchungen hätten ergeben, daß Blutalkohol-Konzentrationen von 0,4 bis 0,99 Promille nur in einem Viertel bis zu einem Drittel der Fälle richtig erfaßt wurden. Besonders kritisch sei der Bereich um 0,8 Promille.

Massenunfälle im Nebel

dpa, Freiburg

Dichter Nebel mit Sichtweiten von unter 20 Meter und Eisglätte in Baden-Württemberg führten gestern in den Morgenstunden zu folgenschweren Unfällen. Auf der Rheintalautobahn bei Freiburg kam es in beiden Fahrtrichtungen zu Massenkarambolagen mit 22 Personenwagen und neun Lastzügen. Nach Angaben der Polizei wurden sechs Menschen teils schwer verletzt. Die Autobahn mußte für mehrere Stunden gesperrt werden.

Messung von Schadstoffen

dpa, Düsseldorf

Rund 14 000 Verbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen müssen in den kommenden Wochen auf die Höhe ihres Schadstoffausstoßes hin neu überprüft werden. Grund ist die vom Bundesrat beschlossene Novellierung der Technischen Anleitung (TA) Luft mit zum Teil erheblichen Verschärfungen für die Emission umweltbelastender Stoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide oder Staub. Betroffen sind Großbäckereien ebenso wie Schlachthöfe und Kraftwerke.

WETTER: Sonnig

Lage: Das Hochdruckgebiet bleibt auch am Donnerstag noch wetterbestimmend für Deutschland, bevor am Freitag die Bewölkung eines Tiefs über der Biskaya von Südwesten her auf Deutschland übergreift.

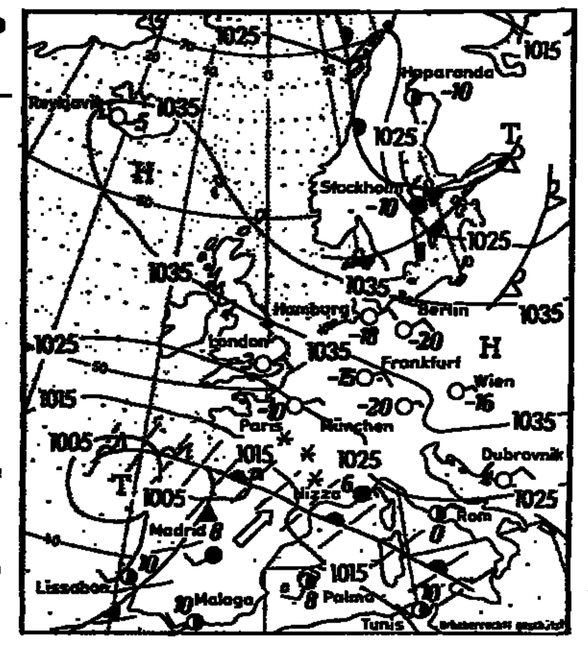
Vorhersage für Donnerstag: Tagsüber allgemein wolkenlos, sonnig und trocken. Temperaturen zwischen minus 5 und null Grad. Nächtliche Tiefstwerte minus 8 bis minus 15 Grad. Im Nordosten bis minus 20 Grad. Nachts schwacher, tagsüber mäßiger, zeitweise böig auffrischender Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Im Norden und Nordosten noch sonnig, sonst aber zunehmend wolkig, doch noch niederschlagsfrei, leichte Frostabschwächung.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.10 Uhr*, Untergang: 18.00 Uhr; **Mondaufgang:** 23.16 Uhr, Untergang: 8.39 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 27. Feb., 7 Uhr

Hochdruckzentrum, Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	-5	wl
Bielefeld	-4	wl
Braunlage	-8	he
Bremen	-6	wl
Dortmund	-5	wl
Dresden	-10	he
Düsseldorf	-4	wl
Erfurt	-11	he
Essen	-5	wl
Feldberg/S.	-15	he
Flensburg	-1	he
Frankfurt/M.	-4	wl
Freiburg	-7	wl
Garmisch	-9	he
Greifswald	-5	wl
Hamburg	-4	he
Hannover	-7	wl
Kahler Asten	-11	wl
Kassel	-6	he
Kempten	-10	he
Kiel	-4	wl
Koblenz	-4	wl
Köln-Bonn	-3	wl
Konstanz	-6	wl
Leipzig	-10	he
List/Sylt	-3	he
Lübeck	-4	wl
Mannheim	-3	wl
München	-8	he
Münster	-5	wl
Norderney	-4	wl
Nürnberg	-6	wl
Oberstdorf	-9	wl
Passau	-6	wl
Saarbrücken	-5	be
Stuttgart	-8	wl
Trier	-4	wl
Zugspitze	-15	wl

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	19	he
Amsterdam	-3	wl
Athen	11	bd
Barcelona	12	bd
Belgrad	-7	Gr
Bordeaux	8	bw
Bozen	3	be
Brüssel	-3	wl
Budapest	-4	wl
Bukarest	-4	he
Casablanca	16	he
Dublin	0	bw
Dubrovnik	7	bw
Edinburgh	1	he
Faro	16	he
Florenz	4	wl
Genf	-4	bd
Helsinki	-2	wl
Hongkong	-	-
Innsbruck	-5	he
Istanbul	1	S
Kairo	23	wl
Klagenfurt	-5	he
Konstanza	-5	he
Kopenhagen	-2	wl
Korfu	14	he
Las Palmas	21	he
Leningrad	-7	S
Lissabon	17	he
Locarno	2	bw
London	0	he
Los Angeles	13	Ne
Luxemburg	-5	wl
Madrid	11	bw
Mailand	2	he
Malaga	16	he
Mallorca	16	bw
Moskau	-11	wl
Neapel	10	he
New York	-8	he
Nizza	9	bd
Oslo	-4	wl
Ostende	-2	wl
Palermo	14	he
Paris	-2	wl
Peking	-1	he
Prag	-8	he
Rhodos	19	he
Rom	7	he
Salzburg	-6	he
Singapur	30	bw
Split	4	he
Stockholm	-2	wl
Straßburg	-5	wl
Tel Aviv	20	wl
Tokio	10	he
Tunis	16	he
Valencia	15	bd
Varna	-4	bd
Venedig	1	wl
Warschau	-10	wl
Wien	-8	he
Zürich	-8	wl

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Tänzerisches Feuerwerk zum Abschied

König Juan Carlos lud zum Galaabend in die Beethovenhalle / Heute zu Gast in Berlin

EVI KEIL, Bonn

„Fabelhaft", befand Richard von Weizsäcker. Der Bundespräsident und seine Frau Marianne klatschten hingerissen Beifall. Mit ihnen 700 auserlesene Gäste, als Spaniens König Juan Carlos und Ehefrau Sofia in der Bonner Beethovenhalle beim Galaabend am Dienstag ihre „hauseigene Truppe" aufspielen ließen. Mit „La Zarzuela", einem Feuerwerk folkloristischer Tänze, nahm das königliche Paar Abschied von Bonn.

Die mit dem königlichen Wappen geschmückte übergroße Einladungskarte erhielten an diesem Abend viele nahe und ferne Verwandte des Monarchen. Im Kreis der Bonner politischen Prominenz, der Regierung und des Diplomatischen Korps fielen sie auf, die Onkeln, Vettern, Tanten, begrüßten sie doch den König mit Wangenkuß, die Königin mit Hofknicks. Zu den angereisten Onkeln gehörten Welf Heinrich Prinz von Hannover und Georg Wilhelm Prinz von Hannover mit Ehefrau Alexandra.

Die beiden Prinzen des Hauses Hannover sind Brüder der verstorbenen Königin Friederike von Griechenland, Sofias Mutter. Königin Sofia, Urenkelin des letzten deutschen Kaisers, hatte auch die katholische Linie der Hohenzollern nach Bonn bitten lassen: Ilse Margot Prinzessin von Hohenzollern von Burg Namedy und Tochter Lütti, verheiratete Gräfin Posadowski-Wehner, außerdem den Markgrafen Max von Baden, Prinz Eugen von Bayern, Alois Konstantin Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und Alexander Prinz zu Sayn-Wittgenstein.

Staatsempfang und Tanz – eine in Bonn wahrlich seltene Verbindung. Im Foyer der Beethovenhalle intonierte eine Kapelle flotte spanische Schlager. Bei „E viva España" begannen auch die Gäste zu tanzen. Andere drängten zum Smalltalk mit dem königlichen Paar.

Juan Carlos und Sofia hatten Mühe, den kleinen Sonderraum zu erreichen, in dem Bundeskanzler Helmut Kohl und Ehefrau Hannelore, die Ex-Präsidenten Karl Carstens und Walter Scheel und Außenminister Hans-Dietrich Genscher warteten. Kohl lobte das geradezu „herzliche Verhältnis" zu den Gästen von der iberischen Halbinsel. Er und auch von Weizsäcker hielten nicht mit ihrem Wunsch hinter dem Berg, daß Spanien in der NATO bleiben solle. Der König dankte Genscher mit bewegten Worten für seine langjährigen Bemühungen um den Eintritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft.

Die „freundliche Wärme", mit der das königliche Paar gestern bei seiner Besuchstour in Köln und Düsseldorf unter anderem von Kardinal Höffner und dem Grippe-geplagten Ministerpräsidenten Rau empfangen wurde, stand im krassen Gegensatz zum herrschenden frostigen Wetter.

Heute ist Juan Carlos Gast Berlins. Er folgt einer Einladung des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen. Auf dem Programm: Eintragung ins Goldene Buch im Rathaus Schöneberg, Essen im Schloß Charlottenburg, Besuch des Reichstagsgebäudes. Das Ibero-Amerikanische Institut zeigt eine Ausstellung über jenen Herrscher, in dessen Reich bekanntlich die Sonne nicht unterging, zu Kaiser Karl V., der als Karl I. zugleich König von Spanien war.

LEUTE HEUTE

Tournee-Geflüster

Daß sie mehr ist als nur die Witwe des ermordeten Ex-Beatle John Lennon will sie unter Beweis stellen. Deutsche Fernsehzuschauer können es heute abend sogar am Bildschirm verfolgen: Gleichsam als Auftakt zu ihrer Europatournee singt **Yoko Ono** in „Bio" **Bioleks** „Mensch Meier" live – ausdrücklich auf eigenen Wunsch. Mit einer dreißigköpfigen Crew, darunter Topleute wie den Produktionsleiter und Lichtdesigner der Rolling Stones, ist sie angereist. Nach Deutschland kommt sie unter der Ägide des Touneemanagers **Fritz Rau:** Dank seines Kontaktes zu **Dick Alen,** Präsident der mit Yoko Ono zusammenarbeitenden US-Agentur William Morris, konnte er die Konzertorganisation an sich ziehen. Mit auf der Reise: ihr Sohn **Sean** (10). Ob die 52jährige das europäische Publikum von ihren Gesangskünsten überzeugen wird, bleibt allerdings abzuwarten: Immerhin, auf eine zehnjährige Musikausbildung kann die millionenschwere Japanerin zurückgreifen. Ein Flop läßt sich da leichter verschmerzen.

Als schwinge das Eis unter den Kufen im Takt mit

HELMUT HETZEL, Leeuwarden

Sie hüpfen nervös von einem Fuß auf den anderen, in der Hand die Kufen, die für sie die Welt bedeuten. Sie sehnen sich danach, daß die größte Natureisbahn der Welt endlich ihnen gehören möge. Auch eisige Kälte kann den Marathoneisläufern jetzt nichts mehr anhaben. Der Uhrzeiger bewegt sich langsam auf fünf zu, die Quecksilbersäule aber bleibt erbarmungslos bei minus 14 Grad stehen. Zehntausende Eislaufenthusiasten feuern mit immer neuen Sprechchören und Gesängen „Olé, olé" die immer ungeduldiger wartenden Schlittschuhathleten an.

Sämtliche Hotels, Restaurants, Kneipen und Cafés in Leeuwarden hatten die ganze Nacht über geöffnet. Gearbeitet wird in dieser nordniederländischen Provinz heute nicht. Auch die Alten sind vom Eislauffieber erfaßt. Einschreiblisten weisen in der Kategorie „80 bis 90 Jahre" sechs Eintragungen aus. Dann ist es endlich soweit: „Start frei", tönt es in der Leeuwardener Frieslandhalle. Die 14. Elf-Städte-Tour, eine Mischung aus Wettkampf, Volkssport und Volksfest, eine Art holländischer Karneval auf Eis, hat begonnen.

Mit von der Partie ist auch in diesem Jahr wieder Vorjahressieger Evert van Benthem. „Meine Kuh hat gerade noch rechtzeitig gekalbt", verrät der Landwirt vor dem Start schmunzelnd. Er ist es auch, der nach einem rund zwei Kilometer langen Sprint von der Frieslandhalle aus als einer der ersten das Eis erreicht. Blitzschnell sind die Schlittschuhe umgeschnallt, und dann zischt er ab in die dunkle Nacht.

Vor ihm liegt der mit exakt 199 Kilometern längste und bekannteste Eislaufmarathon der Welt. Verfolgt wird van Benthem von weiteren 370 Wettkampfeisläufern und rund 17 000 „Amateuren", die nur aus lauter Spaß an der Freud bei diesem nationalen Sportspektakel mitmachen.

Es sind Privilegierte, die dieses Jahr an der „Tour de Holland" über die zugefrorenen Grachten teilnehmen dürfen. Allesamt zahlende Mitglieder des Elf-Städte-Vereins. Der Vorstand sah sich erstmals zu diesem Schritt gezwungen: „Wir könnten das sonst alles gar nicht mehr bewältigen bei dem Andrang."

Ein Heer von Enttäuschten blieb zurück. „Einmal in meinem Leben", seufzte eine 37jährige Frau, „möchte ich da mitmachen." Sie will sich „gleich morgen" als Mitglied im Friesischen Eislaufverband einschreiben lassen. „3000 Gulden", so sagt sie, „hätte ich mir eine Teilnahme kosten lassen." Aber selbst zu diesem Preis war keine Teilnahmekarte mehr zu bekommen.

Als der Tag langsam dämmert, die Wettkämpfer schon ihrem Ziel mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern entgegenfliegen, immer mehr Schaulustige in die Frieslandhalle hasten und die zahlreichen Musikkapellen die Stimmung kräftig anheizen, kann sich die Begeisterung noch einmal steigern. Denn ein Gerücht geht um: „Willem Alexander", ältester Sproß von Königin Beatrix und Prinz Claus, Thronfolger und damit designiertes Staatsoberhaupt der Niederlande, „ist mit dabei", heißt es. Es soll ihm gelungen sein, sich unter einem Pseudonym bei der „Elf-Städte-Vereinigung" anzumelden und sich unerkannt unter das Heer der Schlittschuhläufer zu schmuggeln.

Als Landwirt van Benthem nach sechs Stunden, 55 Minuten und 16 Sekunden als strahlender Sieger über die Ziellinie in Leeuwarden flitzt, wird das Gerücht um Willem Alexander zur Gewißheit. Die Elf-Städte-Tour ist damit geadelt. Die Kapelle „Sterrekikker" bläst jetzt noch kräftiger in ihre Blechinstrumente. Es scheint, als schwinge das Eis unter den Klängen der Musiker und den Kufen der Läufer im Takt mit.

ZU GUTER LETZT

„Berlin ist – wie ich freimütig einräume – schweinemäßig gesehen ein Entwicklungsland." Berlins Innensenator Heinrich Lummer in einem (stattgegebenen) Gesuch an Niedersachsens Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, das Hildesheimer Rauschgift-Suchschwein „Luise" als „Stargast" einer Polizei-Leistungsschau nach Berlin zu entsenden.